

STRATEGIEN DER HOFFNUNG



LUXEMBURG

GESELLSCHAFTSANALYSE UND LINKE PRAXIS

STRATEGIEN DER HOFFENUNG

» Nur um der Hoffungslosen willen
ist uns die Hoffnung gegeben. «
Walter Benjamin

» Es braucht eine konkrete Praxis,
die den Horizont eines guten
Lebens für alle vorstellbar macht
und damit Hoffnung schafft. «
Lia Becker u.a. in diesem Heft

» Hope is power!
Zohran Mamdani «

EDITORIAL

Die Nachrichtenlage wie unsere eigenen Analysen liefern meist ein düsteres Bild der gegenwärtigen gesellschaftlichen Entwicklungen: ungebremstes Schlittern in Richtung Klimakatastrophen, zunehmende Faschisierung, Krieg und Gewalt, Rollback bei vielen Emanzipationserfolgen der letzten Jahrzehnte, spät-neoliberale Kürzungspolitiken und massive Aufrüstung. Und doch sind diese Politiken von Widersprüchen und Bruchpunkten durchzogen. Der apokalyptische Ritt in den Katastrophenkapitalismus ist nicht unausweichlich. Widerstände wachsen, der Handlungsdruck erzwingt das Nachdenken über neue Allianzen, in der Praxis der Proteste entstehen neue Bündnis-konstellationen. Eine breite gesellschaftliche Linke diskutiert und erprobt Strategien der Hoffnung und Solidarität.

Kann aus dem wachsenden Widerstand in den USA mehr werden, um MAGA von der Macht zu verdrängen? Wie weit tragen die Strategien einer Volksfront bzw. eines sozialen und feministisch-intersektionalen Antifaschismus oder einer antifaschistischen Wirtschaftspolitik? Welche kommunalen Strategien lassen hoffen? Wie umgehen mit Gefühlen von Hoffnungslosigkeit und der Rolle von Affektivität und Emotionen im Antifaschismus?

Dieses Heft ist auch das erste einer neuen, überwiegend ehrenamtlichen Redaktion (vgl. Impressum) unter neuer Leitung. Wir reagieren damit auf den Rückbau hauptamtlicher Arbeitskraft in der Rosa-Luxemburg-Stiftung. Im Zuge dessen haben wir erstmals eine FLINTA-Redaktion, die eigenständige Überlegungen und Beiträge produziert. So können wir die Qualität der Ideen und Beiträge steigern. Auch dank der vielen neuen Parteimitglieder steigt die Reichweite der Zeitschrift weiter an, mittlerweile haben wir über 11 000 Abonnements. Umso wichtiger ist es uns, nicht nur treffende Analysen am Puls der Zeit, sondern auch Impulse für konkrete Strategien einer begründeten Hoffnung zu geben.

ANTIFASCHISTISCHE VOLKSFRONT RELOADED

Wie das politische Feld nach links verschieben?

Von Mario Candeias

KONZEPT ODER KAMPFBEGRIFF

Was kann antifaschistische Wirtschaftspolitik?

*Mit Tom Krebs, Carla Reemtsma
& Ines Schwerdtner*

AFFEKTIVE DEMOKRATIE

Wie den Kulturkampf intersektional wenden?

Von Birgit Sauer

INHALT

STRATEGIEN
DER HOFFNUNG

6

DER WIDERSTAND WÄCHST

MAGA von der Macht verdrängen
Von Max Elbaum

14

DAS POLITISCHE FELD NACH LINKS VERSCHIEBEN

Bedingungen und Schwierigkeiten
einer antifaschistischen Volksfront
Von Mario Candeias

LUXEMBURG ONLINE

GEGEN SCHWARZ-BLAU

Sozialer Antifaschismus und Kultur-
kampf von links
Von Lia Becker

24

DAS AMBIVALENTE VERMÄCHTNIS DER VOLKSFRONT

Von Kasper Braskén

LUXEMBURG ONLINE GESPRÄCH

FRANKREICH – FASCHISIERUNG NEXT LEVEL?

Macrons neoliberaler Autoritarismus,
der Rassemblement National
und antifaschistische Allianzen
Mit Ugo Palheta

30

SACHSEN-ANHALT VOR DER WAHL

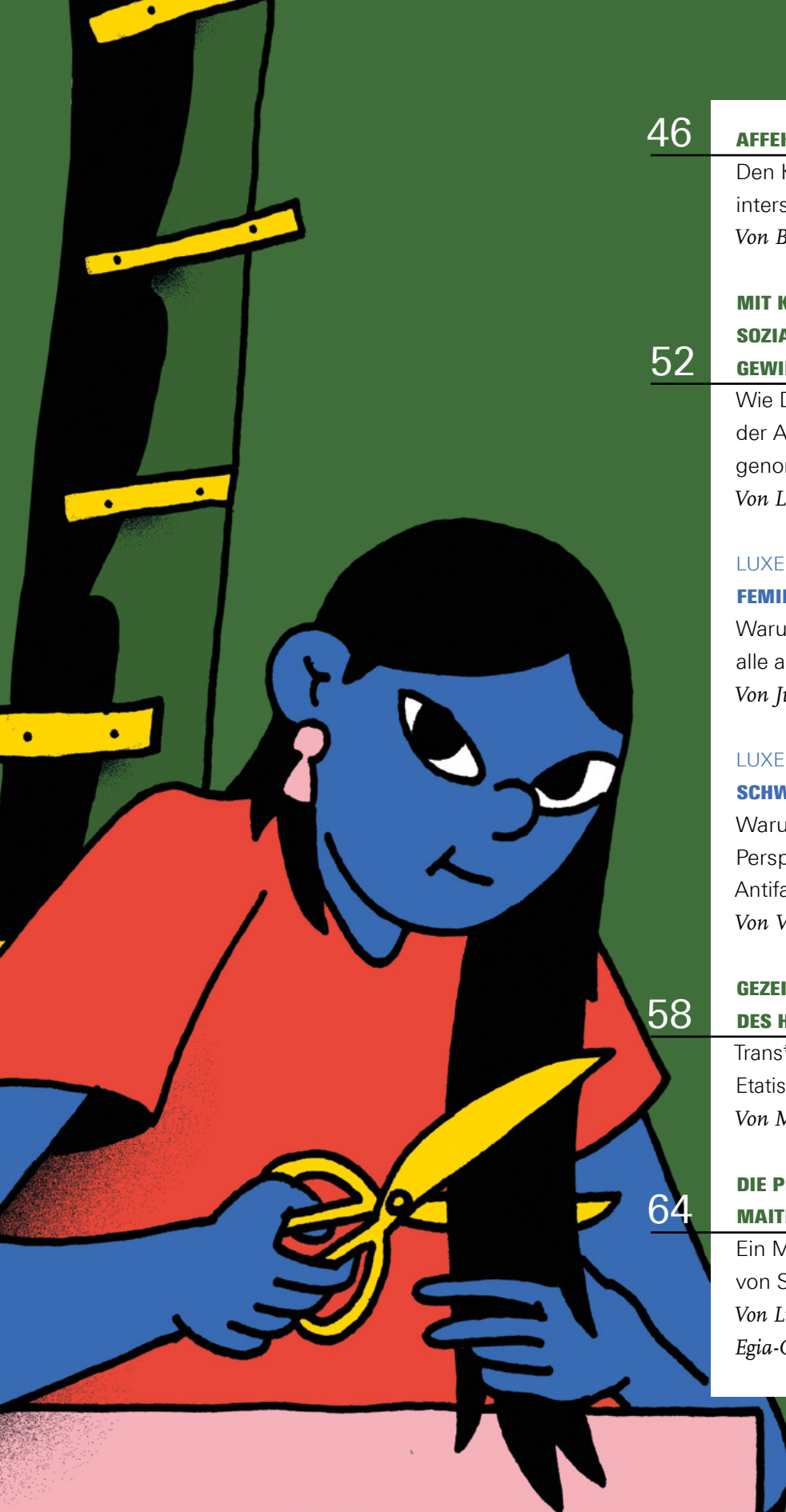
Szenarien der Faschisierung und die
Verantwortung der Linken
Von Anika Taschke

38

LUX LIKE FEMINISM

FÜR EINEN AUFSTAND DER TÖCHTER

Warum es einen intersektionalen
Antifaschismus braucht
*Von Lia Becker, Lola Fischer-Irmeler,
Barbara Fried, Elisa Otzelberger,
Birgit Sauer & Alex Wischniewski*



46

AFFEKTIVE DEMOKRATIE

Den Kulturkampf queer-feministisch
intersektional wenden

Von Birgit Sauer

52

MIT KIEZKAMPAGNEN FEMINISTISCH- SOZIALISTISCH TERRAIN (ZURÜCK-) GEWINNEN

Wie Die Linke in Plänterwald
der AfD Wind aus den Segeln
genommen hat

Von Lena Fries & Katalin Gennburg

LUXEMBURG ONLINE

FEMINISTISCH ANTIFASCHISTISCH

Warum wir bei den CSDs für
alle auf die Straße gehen

Von Jule Govrin

LUXEMBURG ONLINE

SCHWARZE KRITIK DES FASCHISMUS

Warum abolitionistische
Perspektiven für sozialen
Antifaschismus unverzichtbar sind

Von Vanessa Thompson

58

GEZEITENWECHSEL AM ENDE DES HOMONATIONALISMUS?

Trans* Politik zwischen autoritärem
Etatismus und spätem Neoliberalismus

Von Mine Pleasure Bouvar

64

DIE PFLEGEGENOSSENSCHAFT MAITELAN

Ein Modell für die Demokratisierung
von Sorgearbeit

Von Liseth Díaz Molina, Andoni

Egia-Olaizola & Aratz Soto Gorrotxategi

LUXEMBURG ONLINE

**AUS DER PLEITEKOMMUNE IN DEN
KOMMUNALSOZIALISMUS?**

Herausforderungen und Möglichkeiten einer Kommunalpolitik für die Vielen

Von Moritz Warnke

LUXEMBURG ONLINE

**HOFFNUNG ORGANISIEREN
MIT LINKER KOMMUNALPOLITIK**

Von Isabelle Vandre

**»MAKE EGGS CHEAP AGAIN!«
MÖGLICHKEITEN UND GRENZEN
ANTIFASCHISTISCHER
WIRTSCHAFTSPOLITIK**

Von Sabine Nuss

GESPRÄCH

**ANTIFASCHISTISCHE
WIRTSCHAFTSPOLITIK**

Ein geeigneter strategischer Begriff gegen die Fasisierung?

*Mit Tom Krebs, Carla Reemtsma &
Ines Schwerdtner*

LUXEMBURG ONLINE

**LEERSTELLEN ANTIFASCHISTISCHER
WIRTSCHAFTSPOLITIK**

Von Alex Demirović

INFOGRAFIK

**UNGLEICHLAND – GRAFIKEN
UND FAKTEN ZU DEUTSCHLAND**

**ANTIFASCHISMUS OHNE KULTUR-
KAMPF IST ABWEHR OHNE WIRKUNG**

Von Thorben Peters



LUXEMBURG ONLINE

KANONEN ODER BUTTER?

Von Dierk Hirschel

GESPRÄCH

**WELTUNORDNUNG – VON LINKS
ERKLÄRT**

Mit Pauline Jäckels & Felix Jaitner

BLICKWINKEL

ÄQUATOR DER UNGLEICHHEIT

Fotoreportage

von Daniel Chatard

REGIEREN 2026?

Wahlen als eigenständiges Terrain
der gesellschaftlichen Linken

Von Kalle Kunkel

LUXEMBURG ONLINE

LANDTAGSWAHL BADEN-WÜRTTEMBERG

Hoffnung auf erstmaligen Einzug
der Linken

Von Sabine Skubsch

LUXEMBURG ONLINE

HOFFNUNG TROTZ ALLEDDEM

Strategien der Klimabewegung
angesichts von Rollback und
Faschisierung

Von Laetitia Franzke

**HOFFNUNG UND HOFFNUNGSLOSIG-
KEIT IN ZEITEN DES KATASTROPHEN-
KAPITALISMUS**

Von Jan Rehmann

LUXEMBURG ONLINE

APROPOS MAMDANI

Exemplarisches Charisma als Leer-
stelle sozialistischer Selbstreflexion

Von Max Lill

WEHTU-FRAGE

WIE SOLIDARISCH SEIN?

Widersprüche in der linken Debatte
um Gaza und Israel

Von Florian Weis

WEHTU-FRAGE

ANTIZYKLISCHE ZUVERSICHT

Wie realistisch ist die Hoffnung auf
eine friedliche Zukunft in Gaza?

Von Charlotte Wiedemann

LUXEMBURG ONLINE

**DIE FAZ AUF DEM WEG
ZUM KAMPFBLATT DES AUTORITÄREN
LIBERALISMUS**

Von Klaus Weber

ROSALUX KOMPAKT

IMPRESSUM

DER WIDERSTAND WÄCHST MAGA VON DER MACHT VERDRÄNGEN

MAX ELBAUM

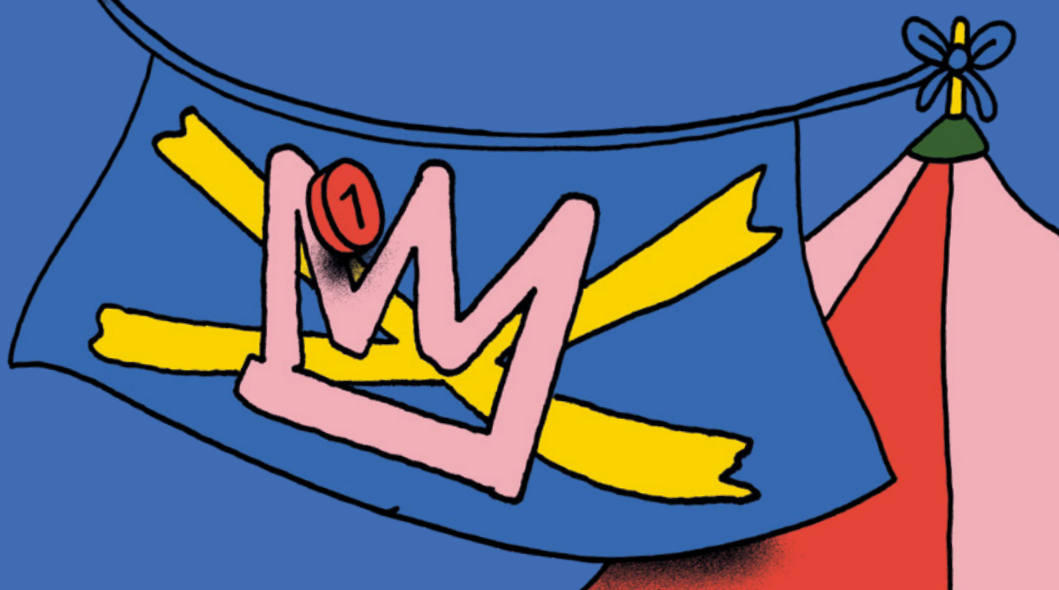
Mit seinem bahnbrechenden Wahlkampf hat Zohran Mamdani im Rennen um das Bürgermeisteramt in New York City einen klaren Sieg errungen. Das – wie auch die Proteste gegen die Einsätze von ICE und Nationalgarde in den USA – zeigen, wie der Widerstand erfolgreich sein kann

Was braucht es, um MAGA zu blockieren, auf eine Weise, die uns mehr als nur eine Verschnaufpause und vorübergehende Linderung von autoritärer Herrschaft verschafft? Dazu habe ich in meinem letzten Artikel einige Hinweise gegeben (vgl. Elbaum 2025). Ziel ist es, bis 2028 eine neue Regierungskoalition zu etablieren, die den Weg zu tiefgreifenden strukturellen Reformen einschlägt. Um dies zu erreichen, müssen wir:

→ eine starke Synergie aus Massenwiderstand und erfolgreichen Wahlkampagnen aufbauen. Das heißt öffentliche Proteste, Arbeitskämpfe, zivilen Ungehorsam und kollektive Verweigerung ausweiten, um MAGA-Angriffe abzuwehren und demokratische Rechte zu verteidigen, einschließlich des Rechts auf Wahlen, die gewissen Standards (einigermassen frei und fair) genügen. Darüber hinaus

gilt es, MAGA-Kandidat*innen bei den nationalen und regionalen Wahlen 2026 und 2028 zu besiegen, damit eine Anti-MAGA-Koalition die Bundesregierung übernehmen und ihre Stärke in blauen, lila und roten¹ Bundesstaaten ausbauen kann;

→ den progressiven Flügel der breiten Anti-MAGA-Koalition so stärken, dass er: a) die politische Ausrichtung der Wahlkampagnen gegen MAGA auf allen Regierungsebenen bestimmen, b) sowohl die Innen- als auch die Außenpolitik einer Post-MAGA-Bundesregierung maßgeblich beeinflussen und c) zumindest in einigen blauen Bundesstaaten Regierungskoalitionen anführen kann, während es in den lila und roten Bundesstaaten darum geht, progressiven Stimmen mehr Gewicht zu verleihen. Wenn uns dieser Durchbruch nicht gelingt und wir am Ende



eine Bundesregierung erhalten, die keine substanziellen Veränderungen liefert, wird MAGA die Gelegenheit haben, mit voller Wucht zurückzukehren.²

NEUE INITIATIVEN UND MAMDANIS GROSSER ERFOLG

Eine Zunahme des Widerstands gegen MAGA war bereits im Gange, als mein letzter Beitrag im Juni veröffentlicht wurde. Dies zeigte sich sowohl in spontanen als auch in organisierten lokalen Aktionen gegen Entführungen durch die Einwanderungsbehörde ICE, begeisterten Menschenmengen bei der »Anti-Oligarchen-Tour« mit Bernie Sanders, Alexandria Ocasio-Cortez und anderen prominenten Progressiven, Protesten gegen die US-Militärhilfe für Israel und die Repressionen gegen Aktivist*innen der Palästina-Solidarität, Organizing-Kampagnen des Federal Unionists Network, der landesweiten Mobilisierung von Hands Off und schließlich dem riesigen Zuspruch zu den »No-Kings-Demonstrationen« am 14. Juni.

Seitdem hat die Trump-Regierung ihre umfassenden Bemühungen zur Konsolidierung autoritärer Herrschaft forciert. Der Vorstoß der Republikaner in Texas, die Trumps

MAX ELBAUM ist Mitglied der Redaktion des *Convergence Magazine*. Er ist zudem zusammen mit Linda Burnham und María Poblet Mitherausgeber von »Power Concedes Nothing. How Grassroots Organizing Wins Elections« (2022).

»Ratschlag« befolgten und durch rassistisches Gerrymandering³ fünf Sitze im Repräsentantenhaus stehlen wollen, die Übernahme der Kontrolle der Polizeikräfte in Washington, DC, durch die Bundesregierung sowie die Entsendung der Nationalgarde in die Hauptstadt, waren die ersten Eskalationen. Seitdem hat Trump die Nationalgarde nach Portland und Memphis geschickt sowie mit der Entsendung von Truppen nach Chicago und anderen Städten gedroht, während die Brutalität von ICE zugenommen hat.

Der Widerstand hat sowohl was die Zahl der Beteiligten angeht als auch hinsichtlich seiner Militanz an Stärke gewonnen. So sind die spontanen Aktionen und Blockaden, die sich gegen die ICE-Maßnahmen richten, größer und ausgefeilter geworden, und es haben basisorientierte Mobilisierungen gegen den Bau neuer ICE-Haftanstalten und gegen

Vereinbarungen zwischen örtlichen Strafverfolgungsbehörden und ICE stattgefunden.

MoveOn⁴ hat eine Kampagne gestartet, die junge Progressive dazu motivieren will, »für Ämter zu kandidieren«. Transrechte waren ein besonderer Schwerpunkt bei den »Pride-Märschen« im ganzen Land, die eine große Entschlossenheit zum Ausdruck brachten, sich gegen die Bemühungen von MAGA, LGBTQ+-Rechte zurückzudrängen, zur Wehr zu setzen. Schwarze und andere antirassistische Gruppen und Initiativen waren führend bei den landesweiten Aktionen »Good Trouble Lives On« am 17. Juli, dem fünften Todestag des SNCC⁵-Anführers und Kongressabgeordneten John Lewis. Eine Vielzahl nationaler Organisationsnetzwerke initiierte die Kampagne »The Big Betrayal: How We Fight Forward« (Der große Verrat: Wie wir weiterkämpfen) und mobilisierte mit einem Massenaufruf am 30. Juli gegen die »Big Ugly Bill«.⁶

»Das ehrgeizige Ziel der Kampagne ist es, eine Million Menschen in Strategien und Praktiken des zivilen Ungehorsams zu schulen.«

Als Reaktion auf das Gerrymandering in Texas gab es am nationalen Aktionstag »Kampf der Trump-Machtübernahme« Proteste in Dutzenden Städten. In Washington, DC, halten die spontanen Proteste der Bevölkerung gegen das Vorgehen der Bundesregierung an und es gibt weiterhin Massenproteste gegen den Einsatz der Nationalgarde in Portland sowie gegen ihren angekündigten Einsatz in Chicago.

Während der Widerstand an Kraft gewinnt, zielen neue Initiativen wie Battleground Alliance PAC und One Million Rising auf eine

Ausweitung und bessere Koordinierung progressiver Aktionen und Strategien ab, sowohl was die bevorstehenden Wahlen als auch den Kampf an anderen politischen Fronten betrifft. Unterdessen motiviert Zohran Mamdani Bürgermeisterkandidatur in New York City für die Demokratische Partei Progressive im ganzen Land und lehrt sie, dass es möglich ist, erfolgreich einen Ansatz zu verfolgen, der sowohl transformativ als auch äußerst populär ist. Mamdanis Sieg über Andrew Cuomo in den parteiinternen Vorwahlen hat maßgeblich dazu beigetragen, den Kampf um die Rechte der Palästinenser*innen ins Zentrum der progressiven Agenda zu rücken.

STRATEGISCHER ZIVILER UNGEHORSAM UND DIE ORGANISATION NEUER MEHRHEITEN

Am 16. Juli erfolgte die erste Massenmobilisierung im Rahmen von »One Million Rising: Strategic Non-Cooperation to Fight Authoritarianism« (Eine Million im Ausstand: strategischer ziviler Ungehorsam gegen den Autoritarismus). Das ehrgeizige Ziel der von der Indivisible-Bewegung⁷ getragenen Kampagne ist es, eine Million Menschen in Strategien und Praktiken des zivilen Ungehorsams zu schulen und damit die Pfeiler autoritärer Herrschaft zu untergraben. One Million Rising stützt sich unter anderem auf die Arbeit des Horizons Project⁸ und beabsichtigt nicht, mit den vielen zahlreichen Widerstandsaktionen verschiedenster Communities im ganzen Land zu konkurrieren oder diese zu ersetzen. Vielmehr hoffen die Organisator*innen, die mit dem Zustrom vieler neuer Aktivist*innen verbundene Energie nutzen zu können, um das Ausmaß, die Raffinesse und die Koordination antiautoritären Widerstands um ein

Vielfaches zu steigern. Auch dem zweiten und dritten Massenaufzug folgten Tausende Teilnehmer*innen.⁹

Was die wahlstrategische Ebene angeht, so startete ein von der Arbeiterbewegung unterstütztes Bündnis eine große Kampagne, deren Ziel es ist, bei den im kommenden Jahr anstehenden Zwischenwahlen 35 oder mehr Sitze und damit die Mehrheit im Repräsentantenhaus zu gewinnen. Zu den initiierten Organisationen des Battleground Alliance PAC gehören die größte Dienstleistungsgewerkschaft des Landes, Service Employees International Union (SEIU), die Gewerkschaften Communication Workers of America (CWA) und American Federation of State, County and Municipal Employees (AFSCME), die Working Families Party sowie zivilgesellschaftliche Organisationen wie Planned Parenthood Votes, Indivisible, MoveOn, American Federation of State, Peoples Action und Popular Democracy in Action. Auch Main Street Action¹⁰ hat sich inzwischen diesem Bündnis angeschlossen.

Diese Kampagne, in die um die 50 Millionen US-Dollar fließen werden, will insbesondere diejenigen Wähler*innen ansprechen und mobilisieren, »die von der Agenda der Republikaner am stärksten betroffen sind – Eltern, die die Krankenversicherung für ihre Kinder verlieren werden; Familien, die nach Kürzungen von staatlichen Ernährungsbeihilfen nicht mehr wissen, wie sie über die Runden kommen sollen; Senior*innen, die sich ihre Medikamente nicht länger leisten können; Menschen, die mit höheren Nebenkosten zu kämpfen haben, und Arbeiter*innen, die zusehen müssen, wie Milliardäre Steuervergünstigungen erhalten, während ihre Löhne stagnieren. Sie sind nicht einfach nur

Teil unserer Kampagne, sondern stehen im Mittelpunkt unserer Bemühung, die Kontrolle zurückzugewinnen und ihren Stimmen an der Wahlurne Gewicht zu verleihen«, so die Erklärung der Battleground Alliance PAC.

Zusätzlich sind zahlreiche andere Anti-MAGA-Bündnisse entstanden. So haben 15 nationale Gewerkschaften und zahlreiche lokale Gewerkschaften sowie der Arbeiterbewegung nahestehende zivilgesellschaftliche Organisationen das Netzwerk »Labor for Democracy« gegründet, »das sich angesichts der Angriffe der Trump-Regierung auf Arbeitnehmerrechte, Gewerkschaften, arbeitende Menschen und die Demokratie dem Schutz grundlegender demokratischer Errungenschaften wie der Demonstrationsfreiheit und dem Recht auf kollektive Interessenvertretung« verschrieben hat.¹¹ Auch die Medicaid Union sowie die Initiativen Standing for Democracy und Make Billionaires Pay, die vom »Women’s March – Our Feminist Future« unterstützt werden, haben ihre Organisierungsbemühungen verstärkt und sich dem Kampf gegen das autoritäre Regime angeschlossen. Am Tag der Arbeit gab es landesweite Proteste unter dem Motto »Workers Over Billionaires« (Arbeiter vor Milliardäre).

»Sunrise wird sich auch an Bündnissen beteiligen, die Störaktionen und Proteste gegen den weiteren Einsatz von Bundestruppen, die Durchsetzung der repressiven Einwanderungspolitik in den Städten und das Durchgreifen gegen politisch Andersdenkende planen.«

Die von Jugendlichen angeführte Sunrise-Bewegung, die sich für einen Green New Deal eingesetzt hat, hat ihren Fokus erweitert und

wird sich künftig auch dem Kampf gegen Autoritarismus und Faschisierung widmen. Einer ihrer Schwerpunkte wird die Organisation an den Universitäten gegen Trumps Versuche sein, die Lehrpläne und Regeln für den Umgang mit politischem Dissens zu kontrollieren. Sunrise wird sich auch an Bündnissen beteiligen, die Störaktionen und sofortige Proteste gegen den weiteren Einsatz von Bundestruppen, die Durchsetzung der repressiven Einwanderungspolitik in den Städten und das Durchgreifen gegen politisch Andersdenkende planen.

Diese Initiativen zeigen mit ihren praktischen Interventionen und Aktivitäten, dass Progressive der kämpferischste Teil der Anti-MAGA-Koalition sind und am besten dazu in

»Diese Initiativen zeigen, dass Progressive der kämpferischste Teil der Anti-MAGA-Koalition sind und am besten dazu in der Lage, von der etablierten Politik entfremdete Menschen einzubinden.«

der Lage, von der etablierten Politik entfremdete Menschen einzubinden. Dies ist eine entscheidende Voraussetzung dafür, um die Basis und den Einfluss progressiver Politik auszuweiten.

Ein weiterer maßgeblicher Bestandteil des politischen Projekts »Block and Build« (vgl. Mak 2025) ist die Auseinandersetzung mit den zentristischen und prokapitalistischen Flügeln der Anti-MAGA-Koalition, deren wichtigstes politisches Vehikel der Establishment-Flügel der Demokratischen Partei ist. So haben die Justice Democrats – ein extrem wichtiges Aktionskomitee, das linke Kandidat*innen protegiert, die sich

gegen Mainstream-Demokrat*innen zur Wahl stellen – bereits ihre Unterstützung für drei Progressive angekündigt, die 2026 in den parteiinternen Vorwahlen amtierende Demokraten besiegen wollen: Donovan McKinney (Michigan-13), Angela Gonzales-Torres (Kalifornien-34) und Justin J. Pearson (Tennessee-09). Zudem ist Zohran Mamdani's Sieg über Andrew Cuomo bei den Wahlen zum Bürgermeister in New York City der spektakulärste Erfolg der US-Linken seit langer Zeit – mit enormem strategischem Potenzial für künftige Wahlkampagnen und -erfolge.

MAMDANI MACHT VOR, WIE ES GEHEN KANN

Zu den Gründen für den erdrutschhaften Sieg von Mamdani über Cuomo und den Lehren, die Progressive und Sozialist*innen im ganzen Land daraus ziehen können, liegen zahlreiche Einschätzungen vor, unter anderem von Waleed Shahid und Eric Blanc. Der Boden für Mamdani's Durchbruch, so Shahid (2025), sei durch ein Jahrzehnt der Organisation bereitet worden, beginnend mit Bernie Sanders' Kampagne 2016 und fortgesetzt durch den Aufschwung des New Yorker Chapters der Democratic Socialists of America (DSA) und die erfolgreiche Unterstützung der Justice Democrats für Kandidat*innen wie Alexandria Ocasio-Cortez (AOC) und Jamaal Bowman [beide wurden ins Repräsentantenhaus gewählt]. Mamdani stehe als »Muslim-American« für »einen neuen Politikansatz, gekennzeichnet durch seine Verwurzelung in solidarischen Kämpfen und seine öffentliche Sichtbarkeit, die jedoch auf einer stabilen Machtbasis gründet und nicht nur auf Präsenz« (ebd.). Viele Details dieser Entwicklung wie das intensive Community Organizing von Gruppen wie Desis Rising

Up and Moving (DRUM), DRUM Beats und CAAAV-Organizing Asian Communities werden von Jasmine Gripper und Lena Pervez Afridi im Convergence-Block&Build-Podcast »How Zohran Won« vom 21. Juni behandelt.¹²

Blanc (2025) nennt die verschiedenen Zutaten, auf die Mamdani zurückgreift und die seinen Erfolg ausmachen: sein Populismus in wirtschaftspolitischer Hinsicht und seine bewusste Konzentration darauf, New York City wieder erschwinglich zu machen; ein »unermüdlicher Tür-zu-Tür-Wahlkampf mit 50 000 Freiwilligen und den New York City Democratic Socialists of America (DSA) sowie anderen verbündeten Organisationen«; eine brillante Social-Media-Kampagne, die enorm viel Aufmerksamkeit erregte und deren »Geheimrezept« nicht in erster Linie technischer, sondern »politischer Natur« war: ein authentischer Botschafter mit einem überzeugenden Programm; der erfolgreiche Aufbau einer breiten linksliberalen Koalition weitgehend durch die Unterstützung progressiver Demokraten wie Brad Lander,¹³ und entscheidende Zugänge zur organisierten Arbeiterschaft (nahezu alle Gewerkschaften, die zuvor Cuomo unterstützten, sind seit den Vorwahlen auf Mamdanis Seite). Blanc fasst zusammen: »Trotz der Behauptungen seiner Gegner ist Zohran kein dogmatischer Extremist, sondern ein radikaler Pragmatiker. Er konnte es nur so weit bringen, weil er sich auf Brot-und-Butter-Themen konzentriert, in einer verständlichen Sprache spricht, als Kandidat der Demokraten angetreten ist, seine ursprüngliche Unterstützung für die Forderung, der Polizei Mittel zu streichen, zurückgezogen und Personen wie Brad Lander unterstützt hat. Obwohl sich Zohran geweigert hat, sich vom demokra-

tischen Sozialismus loszusagen oder seine Opposition gegen den zionistischen Apartheidstaat aufzugeben, war dieser Kampagne jeglicher performativer Ultralinksradikalismus fremd.« (Ebd.)

Es gibt nur wenige andere Orte mit vergleichbaren politischen Rahmenbedingungen und einem ähnlichen Entwicklungsniveau der nichtsektiererischen Linken wie New York City, in denen eine Wiederholung von Mamdanis Erfolg vorstellbar ist. Aber überall

»Überall im Land sind Progressive und Sozialist*innen mit der Frage beschäftigt, wie sie Mamdanis Erfahrungen nutzen und auf die spezifischen Bedingungen in ihren Regionen übertragen können.«

im Land sind Progressive und Sozialist*innen derzeit mit der Frage beschäftigt, wie sie Mamdanis Erfahrungen nutzen und auf die spezifischen Bedingungen (einschließlich des Entwicklungsstands der Linken) in ihren Regionen übertragen können.

EINE TEKTONISCHE VERSCHIEBUNG BEIM THEMA ISRAEL-PALÄSTINA

Ein Aspekt von Mamdanis Kampagne verdient besondere Beachtung. Cuomo stellte Antisemitismus in den Mittelpunkt seiner Angriffe auf Mamdani und versuchte, ihm dieses Etikett anzuhängen, weil dieser die Militäraktionen Israels in Gaza als Völkermord bezeichnet hat. Dass Mamdani diesen versuchten Rufmord in einer Stadt überlebt hat, die nach Tel Aviv die zweitgrößte jüdische Bevölkerung hat, kommt einem politischen Erdbeben gleich. Es zeigt, wie sehr sich die Einstellungen zu Israel und Palästina ge-

ändert haben – und wird wiederum dazu beitragen, dass sie sich noch weiter wandeln. Mamdanis Erfolg zeigt, dass eine propalästinensische Haltung nicht nur moralisch gerechtfertigt, sondern auch politisch weitsichtig ist. Aufsehererregende Umfrageergebnisse vom 29. Juli, veröffentlicht vom Institute for Middle East Understanding Policy Project,

»Mamdanis Erfolg zeigt, dass eine propalästinensische Haltung nicht nur moralisch gerechtfertigt, sondern auch politisch weitsichtig ist.«

untermauern diesen Punkt. Demnach gaben mehr 60 Prozent seiner Unterstützer*innen an, Mamdanis Eintreten für die Rechte der Palästinenser*innen sei für sie ein wichtiger Grund gewesen, ihn zu wählen.¹⁴ 78 Prozent aller, die sich an den parteiinternen Vorwahlen beteiligten, stimmten der Aussage zu, Israel begehe im Gazastreifen einen Völkermord, und 79 Prozent befürworteten eine Einschränkung der Waffenlieferungen der USA an Israel. Nach einer Umfrage von Zenith Research und Public Progress Solutions hat Mamdani derzeit sogar in der jüdischen Wählerschaft in New York City einen Vorsprung von 17 Prozentpunkten gegenüber seinem Kontrahenten Cuomo.¹⁵

Diese Ergebnisse sind Teil eines landesweiten Wandels. Eine neue Gallup-Umfrage enthüllt, dass die Unterstützung für Israel auf beispiellose Tiefstwerte gesunken ist. Nur 32 Prozent aller Befragten befürworten Israels militärische Aktionen im Gazastreifen, und das nur, weil 71 Prozent aller Anhänger*innen der Republikaner dies tun. Unter Unabhängigen ist die Unterstützung auf 25 Prozent

gefallen und bei den Demokraten liegt sie bei lediglich 8 Prozent.¹⁶ Zum ersten Mal stößt der israelische Premierminister Benjamin Netanjahu bei einer Mehrheit der US-Bevölkerung auf Ablehnung. Besonders auffällig ist die Aufschlüsselung nach Alter: Unter allen Befragten im Alter zwischen 18 und 34 Jahren haben nur 6 Prozent eine positive Einstellung zu Netanjahu und nur 9 Prozent befürworten Israels militärische Aktionen im Gazastreifen.

Diese längst überfällige tektonische Verschiebung hat den nationalen Diskurs und das Abstimmungsverhalten der Politiker*innen im Kongress beeinflusst. Zum ersten Mal verwendeten die Mainstream-Medien im August und September den Begriff Völkermord, ohne ihn in Anführungszeichen zu setzen, und brachten Berichte, in denen Israel ausdrücklich für die humanitäre Katastrophe in Gaza verantwortlich gemacht wird. Und eine Mehrheit der demokratischen Senator*innen stimmte zum ersten Mal für eine Beschränkung der Waffenverkäufe an Israel.

Es ist empörend, dass es so lange gedauert hat, an diesen Punkt zu gelangen. Nach dem jüngsten (prekären) Waffenstillstandsabkommen, das den Bewohner*innen des Gazastreifens, die Israels Schlachtfelder überlebt haben, zumindest vorübergehende Erleichterung bringt, aber keinen Weg zur staatlichen Selbstbestimmung bietet, bleibt es dringend notwendig, massenhaften Protest mit Aufklärung zu verbinden. Die Verteidigung der nationalen und Menschenrechte der Palästinenser*innen muss integraler Bestandteil der progressiven Agenda werden, es gilt, die Forderung danach in die Wahlkämpfe der Jahre 2026 und 2028 zu integrieren und dafür zu kämpfen, dass sie in

das Programm einer Post-MAGA-Regierung aufgenommen werden.

An dem zweiten »No-Kings«-Protesttag am 18. Oktober fanden in 2 600 Städten überall in den USA friedliche Massendemonstrationen und kreative Aktionen statt. Millionen gingen auf die Straßen. Aufbauend auf dem gegenwärtigen Momentum der Bewegung und unter Einbeziehung aller, die sich am Widerstand gegen das MAGA-Regime beteiligen, kann »No-Kings2« ein Maßstab dafür sein, welche Kraft die Opposition gegen das autoritäre Trump-Regime bisher gesammelt hat und welche Militanz und Beharrlichkeit benötigt werden in den bitteren Kämpfen, die noch vor uns liegen.

Aus dem Englischen von Mario Candeias

1 Mit blauen Bundesstaaten sind solche gemeint, in denen die Demokratische Partei traditionell eine Mehrheit hat, währe rote republikanisch dominiert sind; in lila Bundesstaaten, sogenannten *swing states*, ist das Abstimmungsergebnis zwischen den zwei großen Parteien stets besonders umkämpft (Anm. d. Übersetzers).

2 Siehe hierzu <https://revolutionintheair.org/fighting-maga/discussion-guide-for-a-path-to-pushing-maga-out-of-power/>

3 Gerrymandering bezeichnet eine manipulative Anpassung von Wahlkreisgrenzen, um die Wahlergebnisse zugunsten einer bestimmten Partei zu beeinflussen. Dies kann dazu führen, dass eine Partei mehr Sitze im Parlament erhält, obwohl sie nicht die Mehrheit der Stimmen erhält (Anm. d. Übersetzers).

4 MoveOn ist eine der größten und aktivsten Kampagnen-Organisationen für progressive Politik in den USA.

5 Das Student Nonviolent Coordinating Committee wurden 1960 von Schwarzen und weißen Student*innen gegründet und war eine der bedeutendsten Organisationen

der afroamerikanischen Bürgerrechtsbewegung (Anm. d. Übersetzers).

6 Anspielung auf das am 4. Juli 2025 verabschiedete Haushaltsgesetz (One Big Beautiful Bill Act), das Steuererleichterungen für Reiche vorsieht. Wer ein Jahreseinkommen zwischen 460 000 und 1,1 Millionen US-Dollar hat, spart zukünftig durchschnittlich 18 000 US-Dollar an Steuern ein. Finanziert wird dies durch Kürzungen bei Sozialprogrammen für Geringverdiener*innen und Erwerbslose. Millionen verlieren so beispielsweise ihren Anspruch auf eine bezahlbare Gesundheitsversorgung (Anm. d. Übersetzers).

7 Bei Indivisible (Unteilbar) handelt es sich um eine landesweite Bewegung, die auf die erste Wahl von Trump zum US-Präsidenten im Jahr 2016 zurückgeht und maßgeblich die »No-Kings-Proteste« organisiert (Anm. d. Übersetzers).

8 Siehe <https://horizonsproject.us/>

9 Siehe www.nokings.org/rise#library

10 Main Street Action spricht insbesondere mittlere und kleine Unternehmen an und will sie in lokale Bündnisse gegen die unsoziale Politik der Trump-Regierung einbinden (Anm. d. Übersetzers).

11 Siehe www.laborfordemocracy.org/

12 Siehe <https://convergencemag.com/podcast/how-zohran-won-w-jasmine-gripper-and-lena-pervez-afridi/>

13 Als Mitglied des Progressive Caucus der Demokratischen Partei wurde der Stadtplaner und Community Organizer Bradford S. Lander 2009 in den Stadtrat von New York City gewählt, wo er zwölf Jahre lang tätig war. 2021 kandidierte er erfolgreich für das Amt des Rechnungsprüfers von New York City. 2025 trat er in den Vorwahlen der Demokraten für das Bürgermeisteramt an und kam auf den dritten Platz hinter Mamdani und Cuomo (Anm. des Übersetzers).

14 Siehe www.imeupolicyproject.org/polls/zohran-nyc

15 Siehe www.newsweek.com/zohran-mamdani-has-17-point-jewish-voter-mayoral-race-lead-2106305

16 Siehe <https://news.gallup.com/poll/692948/u.s.-back-israel-military-action-gaza-new-low.aspx>

LITERATUR

Blanc, Eric, 2025: Die Oligarchie ist nicht unbesiegbar, in: LuXemburg, Juli 2025, <https://zeitschrift-luxemburg.de/artikel/die-oligarchie-ist-nicht-unbesiegbar/>

Elbaum, Max, 2025: A Path to Pushing MAGA Out of Power, in: Convergence Magazine, 17.6.2025, <https://convergencemag.com/articles/a-path-to-pushing-maga-out-of-power/>

Mak, Cayden, 2025: »Block and Build.« Eine linke Strategie gegen das MAGA-Regime, in: LuXemburg, Juli 2025, <https://zeitschrift-luxemburg.de/artikel/block-and-build/>

Shahid, Waleed, 2025: Zohran Mamdani's Win Could Change Everything, in: The Nation, 26.6.2025, www.thenation.com/article/politics/zohran-mamdani-win-analysis-coalition/

**DAS POLITISCHE FELD
NACH LINKS VERSCHIEBEN**
BEDINGUNGEN UND SCHWIERIGKEITEN
EINER ANTIFASCHISTISCHEN
VOLKSFRONT

MARIO CANDEIAS



Um der Faschisierung etwas entgegenzusetzen, braucht es eine möglichst starke Linke – und darüber hinaus eine breite Allianz für einen sozialen Antifaschismus. Die Bedingungen sind unzureichend, ihr Zustandekommen vielleicht unwahrscheinlich. Gefährlich wäre es, den Versuch nicht zu wagen

Wäre es so schlimm, wenn die AfD zukünftig (mit) regiert? Wird sie sich dadurch nicht selbst entzaubern? Die »hohle Hoffnung, dass es so schlimm nicht kommen wird« (Becker 2025), ist trügerisch. Der Versuch, die radikale Rechte einzuhegen, indem ihre Positionen etwa durch einen radikalisierten Konservatismus übernommen werden, und sie in Regierungsbeteiligungen zu entzaubern, hat nirgends funktioniert (vgl. Candeias 2025c). Das Ergebnis ist stets: a) Die radikale Rechte wird stärker und verdrängt die Konservativen; und/oder b) Die Konservativen werden selbst von innen zersetzt und übernommen, werden selbst zu Parteien der Faschisierung (wie die Republikaner unter Trump).

Was wäre von einer Regierungsbeteiligung der AfD zusammen mit einer radikalisierten Union zu erwarten, eventuell schon nächstes Jahr in Sachsen-Anhalt (vgl. Taschke in diesem Heft)? Die Partei würde zunächst Zugang zu Regierungsämtern und Verwaltungsapparaten erhalten und Hunderte von »autoritären Persönlichkeiten« (Adorno) in Positionen bringen. Es geht dabei um Minister*innenämter, etwa für Inneres oder Bildung, sowie Richter*innenposten bis hin zu Polizei- und Gleichstellungsbeauftragten. Missliebige Personen könnten ihres Amtes enthoben oder in Misskredit gebracht werden. Sicher wäre die Einstellung der Förderungen zivilgesellschaftlicher, antifaschistischer und linker Projekte und Strukturen oder (nicht-repressiver) Integrationshilfen für Geflüchtete sowie die Kriminalisierung des Protests gegen rechts. Mit der Schwächung bzw. Vernichtung solcher Strukturen dürfte sich die rechte Hegemonie in Teilen dieser Bundesländer weiter verankern. Vermutlich würde versucht werden, Einfluss auf die Universitäten und Hochschulen zu nehmen, in der Besetzungspolitik oder bei der Einschränkung der Spielräume linker Hochschulgruppen. Demgegenüber könnten radikal rechte Thinktanks in den Genuss einer staatlichen Förderung gelangen, generell rechte Netzwerke in

MARIO CANDEIAS ist Referent für sozialistische Transformationsforschung, linke Strategien und Parteien der Rosa-Luxemburg-Stiftung und leitender Redakteur dieser Zeitschrift.

Polizei, Justiz, Verwaltung und Zivilgesellschaft massiv gestärkt werden. Die AfD würde sich an einem weitgehenden Umbau des Staates versuchen, der auch nach einer möglichen späteren Abwahl Bestand hätte (vgl. Semsrott 2024). In den USA versucht Donald Trump dieses Ziel mit Verve umzusetzen – destruktiv, disruptiv, gegen geltendes Recht und mit Gewalt gegen die »inneren Feinde«.

Es wäre eine »Illusion« (Dahme/Ritter 2025), darauf zu setzen, dass dies ja noch kein Faschismus ist und »wir« das schon überstehen. Viele werden ganz direkt davon betroffen sein, sind es teilweise schon heute (Friedrich 2025). Die Angst vor der Abweichung von den eigenen, reinen Positionen sollte die Analyse nicht (unbewusst) anleiten. Es gibt gute Gründe, eine breite antifaschistische Allianz oder Volksfront nicht anzustreben – das Kleinreden der Gefahr einer Faschisierung an der Macht ist keiner.

DREI DEBATTENSTRÄNGE

Ganz grob lassen sich drei Debattenstränge um die richtige Strategie der gesellschaftlichen und parteiförmigen Linken fassen: a) eine Position, die aufgrund der Verstrickungen von SPD und Grünen in einem »progressiven Neoliberalismus« und einer zunehmenden Militarisierung auf eine Linke als »dritten Pol« sowohl gegen diese als auch gegen radikalisierte Konservative sowie AfD fokussiert. Einige sehen eine »populistische Situation« (Soltz 2025; Michal 2025), die es der Partei Die Linke erlaubt, innerhalb der Polarisierung der politischen Debatte deutliche Terraingewinne zu erzielen. Die letzten Bundestagswahlen verleihen dieser Position eine gewisse Evidenz. b) Eine zweite Position sieht in der Schwäche einer progressiven Machtperspektive das größte Problem. Gegen Faschisierung und Spätheoliberalismus hilft neben breiten Bündnissen gegen rechts letztlich nur eine Regierungsperspektive spätestens 2029, also ein erneuertes rot-rot-grünes Projekt, in dem sich alle Beteiligten aufeinander zubewegen müssen, um tatsächlich wichtige Projekte einer antifaschistischen Politik durch- und umzusetzen (exemplarisch dafür Schlemmeyer 2025). c) Eine dritte Position sieht die Strategie des »dritten Pols« als Voraussetzung für weitere Schritte. Aber die Partei Die Linke ist auch bei Erfolgen zu schwach, um allein gegen eine Dynamik der Faschisierung zu bestehen. Sie plädiert für eine Erweiterung der Strategie durch eine »gesellschaftliche Volksfront von unten« (Candeias 2024; Balibar 2025) bzw. eine neue Allianz eines »sozialen Antifaschismus« (Becker 2025). Diese Position soll hier begründet und ihre Bedingungen und Schwierigkeiten benannt, aber auch vorschnelle Vorurteile entkräftet werden.

OPTION »GESELLSCHAFTLICHE VOLKSFRONT VON UNTEN« HEUTE

(1) Muss es Volksfront heißen? Um nicht um den Begriff zu streiten – schon weil der Volksbegriff von den Nazis offenbar auf ewig besetzt scheint: In der Sache braucht

es eine neue Allianz eines sozialen Antifaschismus. Eine Allianz, die den sichtbaren Widerstand gegen Faschisierung und spätneoliberale Härte organisiert, eine solidarische und demokratische Lebensweise verteidigt und ein überzeugendes Projekt mit gemeinsamem Programm für die Zukunft formuliert. Es muss dabei über die bisherigen Reformversuche hinaus um die Ursachen der multiplen Krisen und der Faschisierung gehen – und in diesem Sinne radikal sein. Radikal auch in der Wahl der Mittel, von einer Kampagne für ein Verbot der AfD (Engeler/Dück 2024) bis hin zur »Idee antifaschistischer Massenstreiks«¹ in Betrieben, Schulen, Hochschulen und Verwaltungen (Dahme/Ritter 2025), einem Aufstand der Anständigen (Demirović) – gewissermaßen eine »offensive Defensivstrategie« (Becker 2025). Und es muss zu unmittelbaren Verbesserungen für die Menschen führen und die Perspektive einer lebenswerten Zukunft für alle eröffnen.

(2) Geht es beim sozialen Antifaschismus nur um sozial-ökonomische Fragen? In Anlehnung an Stuart Hall ist nicht die Frage, ob soziale und ökonomische Probleme für rassistische und sexistische Spaltungen sowie Klassenhass relevant sind, sondern wie diese Elemente verknüpft sind (Candeias 2018, 35). Natürlich geht es auch darum, die »sozialen Stressfaktoren, die die Toleranzreserven zum Schwinden bringen und den Rechten den Weg bereiten«, abzubauen (Goes 2024). Das heißt Wiederherstellung und Ausbau einer resilienten sozialen Infrastruktur, konsequenter sozial-ökologischer Umbau von Wirtschaft und Gesellschaft sowie Rückverteilung des gesellschaftlichen Reichtums. Letzteres ist der Lackmustest (Candeias 2024, 35) eines entschiedenen Gegenprojekts, das die »Mutter aller Probleme« (Goes) angeht: die skandalöse Ungleichverteilung von Reichtum und damit von Macht. Unumgänglich ist dabei eine Position gegen die Verschwendung von Ressourcen und gegen die Blockade der oben genannten Politiken durch massive Aufrüstung sowie eine kommende Konfrontation mit China (vgl. auch Reemtsma/Krebs/Schwerdtner in diesem Heft).

Eine Verengung auf die soziale Frage, gar auf den Sozialstaat, wäre jedoch unzureichend (vgl. Demirović in diesem Heft). Ebenso unverzichtbar ist die Verteidigung und Weiterentwicklung sozialer Rechte, der von diversen Emanzipationsbewegungen erzielten Fortschritte sowie jener einer postmigrantischen Einwanderungsgesellschaft – gegen Rassismus und vielfältige Diskriminierungs- und Abwertungspolitiken. Dem Kulturkampf von rechts, der an diesen Themen seine denunziatorischen Taktiken ansetzt, kann nicht ausgewichen werden. Es geht um konkrete ethisch-politische Fragen einer solidarischen und demokratischen Lebensweise, einer »Politik des Kulturellen« (Gramsci; vgl. Peters in diesem Heft). Die gezielte Gegenposition der Partei Die Linke zu immer schärferer Antimigrationspolitik der Union mithilfe von Stimmen der AfD vor den Bundestagswahlen zeigt, wie sinnvoll das »[T]anzen auf den Triggerpunkten« (Wolf 2025) sein kann, statt sie nur schamvoll zu beschweigen. Gegen die ständige Polarisierung vonseiten der radikalen Rechten gilt es eine

»eigenständige Gegenpolarisierung« (Becker 2025) zu bewerkstelligen. Kerstin Wolter (2025) spricht gar von »linken Polarisierungsunternehmer*innen«, die Themen nicht aus dem Weg gehen, sondern sie klassenorientiert zuspitzen.

Dies sind Elemente eines verbindenden und klassenorientierten Mitte-unten-Bündnisses, das seine vielfältigen Interessen unter dem Banner eines sozialen Antifaschismus zur Erweiterung einer sozialen und ökologischen Demokratie verknüpft – und ihnen eine Struktur der Organisierung gibt. Von der antifaschistischen Haltung zu einem gesellschaftlichen popular-demokratischen Zukunftsprojekt also, das auch in wichtigen Teilen der Klasse der Lohnabhängigen verankert ist.

Heute kann jedoch nicht ungebrochen auf die Arbeiter*innenbewegung rekurriert werden. Sie ist gespalten, in Teilen verbürgerlicht bzw. im Kampf um Statuserhalt nach rechts gewendet. Gewerkschaften sind noch stark einer tripartistischen Orientierung der Sozialpartnerschaft und der Machtteilhabe über die SPD an der Regierung verschrieben und stark unter Druck. Die Klasse für sich ist – von spezifischen Teilen abgesehen – eher demobilisiert. Es geht also um eine plurale, aber geeinte gesellschaftliche und gewerkschaftliche Linke, die als aktiver, ausstrahlungsfähiger Kern breiter Allianzen wirkt, über verbindende Klassenpolitiken größere Teile der Arbeiter*innen remobilisiert und organisiert und auch für Demokrat*innen aus dem bürgerlichen Spektrum anziehend oder zumindest nicht abstoßend wirkt – und diese bewegt, nicht nach rechts zu kippen bzw. selbst aktiv gegen den Faschismus zu werden und eine wirkliche Alternative anzustreben (vgl. auch Zetkin 1923, 723).

LINKSVERSCHIEBUNG ODER ANPASSUNG AN DEN LIBERALISMUS?

(3) Muss man sich an die liberalen Kräfte anpassen, um eine Volksfront zu bilden? Und reicht eine Volksfront bis zur Union? Nein, ihr wesentliches Charakteristikum, die Notwendigkeit nämlich, mit bürgerlichen Gruppen zusammenzuarbeiten, muss vor dem Hintergrund veränderter gesellschaftlicher Verhältnisse spezifiziert werden. »Ein ›Bündnis aller Demokraten‹ in Form einer Allparteienkoalition, die den neoliberalen Status quo« nur verwaltet oder beschweigt, ist »eine Sackgasse« (Becker 2025). Doch schon in den historischen Volksfronten, etwa in Frankreich ab 1934, ging es nicht um Anpassung als vielmehr um eine Linksverschiebung des politischen Feldes (vgl. Braskén in diesem Heft; Candeias 2025d). Zwar musste damals auf (unrealistische) revolutionäre Forderungen verzichtet werden, im Zentrum standen jedoch eine Ausweitung von Sozial- und Arbeitsrechten, eine Erweiterung der bürgerlichen Demokratie sowie klassisch sozialistische Forderungen nach Vergesellschaftung/Verstaatlichung. Getrieben von Generalstreiks gegen einen drohenden faschistischen Putsch und einer anschließenden Welle von Streiks und Fabrikbesetzungen wuchs der Druck der »Einheitsfront von unten« zur Bildung einer Volksfrontregierung bei den Wahlen 1936.

Die ersten Wochen der Regierungsära des Front populaire brachten Reformen Schlag auf Schlag, 133 Gesetze wurden in 73 Tagen verabschiedet (Gross 1962). Die Streikwelle war es, die auch den Widerstand einiger rechter Kräfte und Unternehmensverbände gegen die Regierung schwächte und zum Durchbruch wesentlicher Reformen führte. So hatte das Wahlprogramm eine »Verkürzung der Arbeitswoche ohne Lohnverlust« gefordert – nach einem Streik wurde daraus das Gesetz zur 40-Stunden-Woche. Neu war auch die Einführung eines bezahlten Urlaubs (Schmid 2006). Es folgten kräftige Lohnerhöhungen, die gesetzliche Einführung von Mindestlöhnen und Tarifverträgen, die Anerkennung von Gewerkschaften, das Streikrecht; außerdem eine gesetzliche Abnahmegarantie für Getreide zu festen Preisen, um die prekäre Lage der Bäuer*innen zu verbessern. Darüber hinaus wurden die Rüstungswirtschaft, die Nationalbank sowie die Eisenbahnen verstaatlicht. Es folgte die Freilassung Tausender politischer Gefangener in den Kolonien. Ferner wurden mit den rechtsradikalen »Bünden« (*ligues*) die bestehenden Ansätze faschistischer Massenorganisationen verboten und aufgelöst. Und nicht zuletzt wurde das Frauenwahlrecht eingeführt. – Trotz des Einmarsches der Nazis und des Scheiterns der Volksfront war diese Erfahrung doch auch Grundlage dafür, dass die Résistance und später die PCF (Parti communiste français) zu einer Massenbewegung werden konnte. Die Grundlage war gewissermaßen die gesellschaftliche Bewegung eines sozialen Antifaschismus.

Freilich können Volksfronten in der Geschichte immer nur einen zeitlich begrenzten Charakter haben: Die unter kapitalistischen Bedingungen herrschenden inneren Widersprüche und reorganisierte starke Gegenkräfte treiben die Volksfront ab einem bestimmten Punkt wieder auseinander.² Es sei denn, die zugrunde liegende Linksverschiebung wird im Sinne einer gesellschaftlichen Mobilisierung konsequent in Richtung eines sozialistischen Projekts vorangetrieben und Institutionen werden in dieser Weise umgebaut und abgesichert.

Was bedeutet das heute? In einem Bündnis auch mit bürgerlichen Kräften geht es keineswegs um eine Allianz mit der Union (oder gar mit demokratischen Kapitalfraktionen). Es geht um eine Allianz mit allen progressiven Kräften, darunter eine Vielzahl linksbürgerlicher Bewegungen und zivilgesellschaftlicher Verbände, die teilweise stark verbürgerlichten Gewerkschaften, Teile des Grünen-Wähler*innenpotenzials (evtl. auch der linke Flügel oder Einzelpersonen der Grünen) und natürlich auch Teile des SPD-Wähler*innenpotenzials (oder linken SPDler*innen), also Kräften, die für eine Zusammenarbeit mit dezidiert linken Kräften und der Partei Die Linke offen sind, sie aber weder wählen noch Mitglied werden würden. Sie alle bringen spezifische Mobilisierungspotenziale mit, die Die Linke allein nicht in Bewegung setzen könnte.

Die notwendige inhaltliche Linksverschiebung in solch einem Projekt begrenzt die Breite des angestrebten Bündnisses. Kann eine so gruppierte gesellschaftliche Linke

jedoch wirksam Druck entfalten, können sich die Grenzen verschieben, und eben angesichts der Gefahr fortschreitender Faschisierung weitere Kräfte, nicht zuletzt unentschiedene und widersprüchlich agierende Partner (SPD, Grüne) nach links ziehen oder zumindest dazu bewegen, das Projekt nicht zu bekämpfen. Das gilt umso mehr, wenn es gelingt, Die Linke zur stärksten Kraft links der Union, gar zur hegemonialen Kraft eines progressiven Blocks (Goes 2024) zu machen.

(4) Geht es um eine Regierung? Nein, für den zwischenzeitlichen Erfolg der Nouveau Front Populaire (NFP) in Frankreich waren jahrelange breite Mobilisierungen der Zivilgesellschaft und der Gewerkschaften grundlegend. Auch in der Bundesrepublik muss dies der Ausgangspunkt sein – keine Parteienkoalition als Neuauflage von R2G (rot-rot-grün), kein »Kartell« der Parteien, wie Balibar es nennt (vgl. auch Zelik 2025). Zu heterogen, zu gegensätzlich sind viele Positionen (etwa zur Ukraine oder zu Palästina); zu sehr sind etwa sozialdemokratische, grüne, linksliberale Kräfte in das Scheitern der grün-kapitalistischen Modernisierung und des progressiven Neoliberalismus verstrickt. Zu lange auch hat die Linke Vertrauen verspielt durch widersprüchliche Kommunikation, zu lange hielt sie an den selbsternannten »Linkskonservativen« um Sahra Wagenknecht und deren fragwürdigen Positionen zu Frieden, gegen Emanzipation und Ökologie, für eine rückwärtsgewandte Politik fest. Die Grünen haben bisher keine Konsequenzen aus dem Scheitern der Ampel gezogen, die SPD rückt in einer Koalition mit Friedrich Merz (CDU) weiter nach rechts und muss um ihr soziales wie demokratisches Profil bangen. Nein, in dieser Gegenwart liegt keine Zukunft. Es geht zunächst um eine gesellschaftliche Mobilisierung, um das politische Feld in Bewegung zu bringen.

VIELE VOLKSFRONTEN

(5) Wo anfangen? Entscheidend ist, die ganz unterschiedlichen Bedingungen und Konstellationen der verschiedenen Ebenen auseinanderzuhalten. Auf lokaler Ebene sind »kleine Volksfronten« gegen rechts schon seit Jahrzehnten normal. Insbesondere im Osten besteht auch keine andere Möglichkeit, als dass linke und antifaschistische Kräfte mit der lokalen Pastorin, einer stabilen CDU-Landrätin oder einem SPD-Polizeichef zusammenzuarbeiten, um das Vorrücken der AfD abzubremsen und demokratische Räume, Kulturprojekte, Geflüchtetenunterkünfte, linke Jugendclubs etc. zu verteidigen.

Auf Landesebene ist das Feld sehr divers. Auch hier geht es vordringlich um gesellschaftliche Mobilisierungen und eine starke Oppositionsarbeit im Sinne eines sozialen Antifaschismus, die durch aufsuchende Arbeit und einen sozial-ökologischen Populismus gezielt Teile der demobilisierten und verunsicherten Klasse mit geringen und mittleren Einkommen einbezieht, Protagonist*innen aufbaut und nach vorne stellt – gegen Kürzungspolitiken und Faschisierung zugleich. Entspre-

chende Allianzen sind etwa in Berlin, ausgehend von #unkürzbar, bereits in der Diskussion.

Auf dieser Basis und nur mit dieser Voraussetzung ist mittelfristig auch eine Regierungsoption vorzubereiten. Schon 2026 stehen nicht nur die Wahlen in Sachsen-Anhalt an, die zum Testfeld für eine schwarz-braune, pardon: schwarz-blaue Regierung werden könnten (vgl. Taschke in diesem Heft), sondern auch die Wahlen in Berlin. Dort war Die Linke bei der Bundestagswahl stärkste Kraft. Hier könnte an die Erfahrungen der rot-rot-grünen Regierung angeknüpft werden. Nicht zuletzt in der Mietenpolitik gab es vielversprechende, immer noch unabgeholte Ansätze. Freilich ist das kein leichtes Unterfangen: Die SPD müsste sich aus der selbst verordneten »linkskonserverativen« Ausrichtung unter Franziska Giffey lösen, sich sozialdemokratisieren und für eine progressive und rebellische Regierung öffnen. Trotz deutlich angespannterer Haushaltslage müssten Kürzungen im Sozial- und Kulturbereich zurückgenommen, Ausgaben und Investitionen für resiliente soziale Infrastrukturen und einen ökologischen Umbau der Stadt erhöht werden. Grüne wie SPD müssten neben Signalreformen durch ambitionierte Regulierungen in der Mietenpolitik auch die Vergesellschaftung im Sinne des Volksbegehrens mittragen, durchsetzen und gegen Klagen und öffentliche Angriffe verteidigen. Für Die Linke wäre ein Verzicht darauf ohne nachhaltigen Schaden für die Partei kaum denkbar. Unter solchen Voraussetzungen könnte Berlin zu einem Testfeld für eine größere Perspektive bei künftigen Bundestagswahlen werden – schon um eine Regierungsbeteiligung der AfD zu verhindern.

Für die Bundesebene müssen sich die potenziellen parteipolitischen Träger eines solchen Projekts grundlegend erneuern. Die Linke hat sich (nach der Trennung von Wagenknecht & Co.) mit dem unerwarteten Erfolg bei der Bundestagswahl und einer nahezu Verdopplung ihrer Mitgliederzahlen in eine neue Partei verwandelt. Sie muss nun tragfähige Strukturen aufbauen, programmatische Widersprüche auflösen und Leerstellen füllen. Die Grünen müssen die Fehler ihres Wirkens während der Ampelregierung aufarbeiten, zu einem wirklich linken Programm zurückkehren und in der Opposition Glaubwürdigkeit zurückerlangen. Noch ist davon wenig zu spüren. Cem Özdemir warnt für die kommenden Wahlen in Baden-Württemberg vor einer Linkswendung der Grünen und ruft zur Beendigung aller Umverteilungsdebatten auf.³

Noch schwieriger ist es bei der SPD. Der linke Parteiflügel muss sich neu orientieren, ist fast verstummt bzw. wird, wenn er sich wie in der Friedensfrage äußert, hart von der Spitze delegitimiert, fast zur Bedeutungslosigkeit verdammt. Wie eine Partei in der Regierung mit einem radikalisierten Konservatismus eine Erneuerung der Sozialdemokratie bewerkstelligen soll – dafür fehlt mir bislang die Vorstellungskraft. Die Führungen von Grünen und SPD stehen für Aufrüstung und eine Militarisierung der

Außenpolitik. Insofern kann eine mittelfristig notwendige Regierungsoption keineswegs der Ausgangspunkt sein. Es braucht viel eher eine Plattform wie #unteilbar und eine Verstetigung des Protests für eine gesellschaftliche Alternative.

(6) Wie wahrscheinlich ist eine Allianz des sozialen Antifaschismus? Sie ist notwendig, aber nicht wahrscheinlich. Viele Hindernisse sind bereits angesprochen worden, auf Ebene der Parteien, der widersprüchlichen Einbindung und Kooptation von Gewerkschaften in Regierungs- und Konzernpolitiken, der teilweise scharfen Differenzen in außen- und rüstungspolitischen Fragen innerhalb der gesellschaftlichen Linken bzw. im weiteren progressiven Feld, der Unklarheit der Ziele.

Geht es um die Wiederherstellung der Demokratie oder eine (sozialistische) Erweiterung der Demokratie? An anderer Stelle (Candeias 2025a, 195) habe ich argumentiert, wenn der Zustand der immer schon halbierten⁴ liberalen (Post-)Demokratie mit ursächlich für die Fasisierung ist, dann kann die Gegenmaßnahme nicht darin bestehen, einfach zur Demokratie zurückzukehren, wie sie vorher war. Für einen solchen bürgerlichen »Antifaschismus der Phrase«, der keine wirkliche Auseinandersetzung mit den sozial-ökonomischen Ursachen des Faschismus führen wollte, hat Wolfgang Fritz Haug (1967) den Begriff des »hilflosen Antifaschismus« geprägt.

Das heißt auch, dass die politische Dimension eines neuen Antifaschismus »über das bloße Anti hinaus[gehen]« muss (Haug 1993, 349). Gegen die Fasisierung wirkt kein »Weiter so« mit ein paar Verbesserungen hier und da, sondern einzig ein eigenständiges gesellschaftliches Projekt, das einen klaren Bruch mit dem Bestehenden signalisiert und glaubwürdig vertritt. Die Demokratiefrage ist dabei zentral: Wer entscheidet über die Gestaltung von Zukünften, vom sozial-ökologischen Umbau in der Industrie bis hin zur Organisation öffentlicher sozialer Infrastrukturen, den Einsatz von Arbeitskraft und Naturressourcen, die Verteilung von Reichtum und Eigentum? An diesem Punkt eines Bruchs mit dem Bestehenden sind die progressiven Kräfte noch nicht angekommen. Es fehlt auch an gesellschaftlicher Dynamik, an der Zuspitzung, wie der Trumpismus sie hervorgebracht hat. Die innere Dynamik der Entwicklung treibt aber auch in der Bundesrepublik in Richtung einer vertieften Krise des Exportmodells und der letzten »großen« Koalition in Deutschland. Bis dahin kann und muss Die Linke und die mit ihr assoziierten gesellschaftlichen Bewegungen den Ort eines popularen Zukunftsprojekts besetzen und ausfüllen. Aufgabe ist, diesen Diskurs zu führen, Impulse zu setzen, die Kontaktpolitik mit potenziellen Verbündeten zu intensivieren und zugleich mühsame Organisierung und Verankerung sowie den Machtaufbau der Partei Die Linke voranzutreiben. Auf das bislang fehlende Momentum kann schlecht gewartet werden – es gilt, darauf hinzuarbeiten, vorzubereiten, Bedingungen zu schaffen für ein Momentum.

1 Dass diese Vorstellung keineswegs abwegig ist, zeigt der Aufruf des Chicagoer Bürgermeisters zum Generalstreik anlässlich der millionenstarken »No-Kings«-Proteste am 18.10.2025 (Huffington Post, 18.10.2025, www.huffpost.com/entry/chicago-mayor-brandon-johnson-general-strike_n_68f5168fe4bo2184e56e6a11).

2 Für die wesentlichen Ursachen für das Scheitern der Volksfront vgl. Candeias 2025d.

3 Vgl. ntv, 1.8.2025, www.n-tv.de/politik/Ozdemir-warnt-vor-Linksrutsch-der-Gruenen-article25938666.html

4 Die liberale Demokratie bezieht sich grundsätzlich nicht auf die gemeinsame Verfügung über die kapitalistischen Grundlagen der Ökonomie.

LITERATUR

- Balibar, Étienne, 2025: Gesellschaftliche Volksfront von unten?, in: LuXemburg Online, Juli 2025
- Becker, Lia, 2025: Der Horizont eines sozialen Antifaschismus. Neoliberale Faschisierung und das Momentum der Linken, in: LuXemburg 1/2025, 6–15
- Candeias, Mario, 2025a: Monster verstehen – Eine Chronik des Interregnums, Hamburg, www.rosalux.de/publikation/id/53241/monster-verstehen-eine-chronik-des-interregnums
- Ders., 2025b: Allianz eines sozialen Antifaschismus, kein Kartell der Parteien, Institut Solidarische Moderne, Reihe Forum, 12.5.2025
- Ders., 2025c: Faschisierung an der Macht, in: LuXemburg Online, April 2025
- Ders., 2025d: 90 Jahre Volksfront in Frankreich – Linksverschiebung oder Anpassung an den Liberalismus?, im Erscheinen
- Ders., 2024: Monster verstehen. Wechselwirkung von Faschisierung und blockierter Transformation, in: Becker, Lia/Candeias, Mario (Hg.), Vom Horror zur Hoffnung, hg. von der Rosa-Luxemburg-Stiftung, luxemburg beiträge 24, Berlin, 7–42
- Ders., 2018: Den Aufstieg der radikalen Rechten begreifen, in: ders. (Hg.), Rechtspopulismus, radikale Rechte, Faschisierung, hg. von der Rosa-Luxemburg-Stiftung, Materialien Nr. 24, Berlin, 33–60
- Dahme, Katharina/Ritter, Sabine, 2025: Die Linke als antifaschistische Bündnispartei, links-bewegt.de, 11.7.2025
- Engeler, Malte/Dück, Julia, 2024: Gegen die Normalisierung der AfD, in: Becker, Lia/Candeias, Mario (Hg.), Vom Horror zur Hoffnung, hg. von der Rosa-Luxemburg-Stiftung, luxemburg beiträge 24, Berlin, 79–84
- Friedrich, Sebastian, 2025: Fünf Gründe, warum ein Verbot der AfD so falsch ist wie deren Normalisierung, in: der Freitag, 3.7.2025
- Goes, Thomas, 2024: Welche Strategie gegen den Rechtsrutsch? Für breite Bündnisse und sozialen Antifaschismus, in: LuXemburg Online, Januar 2024
- Gross, Babette, 1962: Die Volksfrontpolitik in den dreißiger Jahren. Ein Beitrag zum Verständnis der kommunistischen Taktik, in: Aus Politik und Zeitgeschichte 43/1962, www.bpb.de/shop/zeitschriften/apuz/archiv/526555/die-volksfrontpolitik-in-den-dreissiger-jahren-ein-beitrag-zum-verstaendnis-der-kommunistischen-taktik/
- Haug, Wolfgang Fritz, 1993: Vom hilflosen Antifaschismus zur Gnade der späten Geburt, Hamburg
- Ders., 1967: Der hilflose Antifaschismus, Frankfurt a. M.
- Michal, Wolfgang, 2025: Die Volksfront-Idee hilft im Kampf gegen die AfD nicht weiter, in: der Freitag, 17.6.2025
- Schlemmer, Jan, 2025: Mitte-links: Die Hoffnung muss organisiert werden, in: nd, 30.6.2025
- Schmid, Bernard, 2006: Vor 70 Jahren in Frankreich: Der Front populaire, der Generalstreik und die »Errungenschaften«, LabourNet.de, 7.6.2006
- Semsrott, Arne, 2024: Machtübernahme. Was passiert, wenn Rechtsextremisten regieren. Eine Anleitung zum Widerstand, München
- Solty, Ingar, 2025: Gegen den linken Todestrieb, in: nd, 21.7.2025
- Taschke, Anika, 2025: »Wir sind die Brandmauer«, in: LuXemburg Online, Mai 2025
- Wolf, Harald, 2025: Auf Triggerpunkten tanzen. Wie die Linkspartei ihren Erfolg verstetigen kann, in: Blätter für deutsche und internationale Politik 7/2025
- Wolter, Kerstin, 2025: Eine linke Polarisierungsunternehmerin, in: LuXemburg Online, Juli 2025
- Zelik, Raul, 2025: Volksfront – gegen wen oder was?, in: nd, 10.8.2025
- Zetkin, Clara, 1923: Der Kampf gegen den Faschismus. Aus dem Bericht des Exekutivkomitees der Komintern, in: dies., Ausgewählte Reden und Schriften, Bd. 2, Berlin/Ost 1960

DAS AMBIVALENTE VERMÄCHTNIS DER VOLKSFRONT

KASPER BRASKÉN



Mitte der 1930er-Jahre schlossen sich in Frankreich Linke zu einer politischen Allianz gegen rechts zusammen und verfolgten als Volksfrontregierung Ansätze einer antifaschistischen Demokratie. Diese weiterzuentwickeln bleibt auch heute eine zentrale Aufgabe der Linken

Nach dem Ersten Weltkrieg wurden in Europa Massen von einer Welle eines revolutionären Optimismus erfasst. Kommunist*innen und unabhängige Linke nutzten den Moment, um eine neue radikale Identität zu erschaffen, mit der sie sich von der Sozialdemokratie absetzten. Eine Reihe verheerender Niederlagen und Rückzugsgefechte der Linken führte in den darauffolgenden Jahren jedoch dazu, dass die ursprüngliche revolutionäre Euphorie versiegte. Als der Faschismus 1922 in Italien und 1933 in Deutschland an die Macht kam, hatte die Linke noch immer mit den tiefen Spaltungen zu kämpfen. An der Basis begann sich – in Reaktion darauf – eine Sehnsucht nach Einheit auszubreiten. Dennoch dauerte es bis Mitte der 1930er-Jahre – bis eine neue Strategie zur Vereinigung der Linken offiziell Einzug hielt: die Volksfront.

FRONT POPULAIRE

Die Idee der Volksfront ist eng mit der damaligen politischen Situation in Frankreich verbunden. Ihre unmittelbaren Ursprünge lassen sich auf die Ereignisse des 6. Februar 1934 zurückführen, als die faschistische Organisation Croix de Feu einen Protestmarsch durch Paris anführte, bei dem es zu gewaltsamen Auseinandersetzungen kam. Angesichts eines drohenden faschistischen Staatsstreichs schien es geboten, die demokratische Republik zu verteidigen. Und so kam es am 13. Februar zu zwei getrennten antifaschistischen Demonstrationen der Linken in Paris, die von einfachen Mitgliedern der Sozialistischen und der Kommunistischen Partei spontan zusammengeführt wurden. Der Druck von der Straße war ebenso spürbar wie die Rufe nach einem geeinten Vorgehen gegen den Faschismus.



Die Kommunist*innen riefen bereits seit Jahrzehnten zur Bildung von »Einheitsfronten« auf (d. h. zur Einheit mit sozialdemokratischen und anderen sozialistischen Kräften). Aber erst der französische Kommunistenführer Maurice Thorez rief 1935 öffentlich dazu auf, diese Vision einer antifaschistischen Einheitsfront auf Parteien der Mittelschicht auszuweiten: Es war die globale Geburtsstunde des Konzepts einer *Rassemblement populaire* (dt. etwa: Volksversammlung), bekannter unter den Namen *Front Populaire* oder Volksfront.

Die Kommunist*innen hinterfragten ihre bisherige Politik. Sie wandten sich nicht nur an Sozialist*innen und Sozialdemokrat*innen, sondern auch an Liberale, an die Mittelschicht, an fortschrittliche Intellektuelle und sogar an Christlich-Konservative, um eine vereinte Front gegen die radikale Rechte zu bilden. Dem vorausgegangen war das Eingeständnis der Schwäche der kommunistischen Parteien. Die Kommunist*innen befanden sich nach Jahren des linken Sektierertums und massiven Repressionen in den faschistischen Staaten international in einer isolierten Position und waren nicht in der Lage, den Faschismus allein wirksam zurückzudrängen. Mit der

KASPER BRASKÉN arbeitet als Historiker der globalen Linken, antifaschistischer Politiken und der internationalen kommunistischen Bewegung an der Universität Helsinki. Er ist Autor des Buches »The International Workers' Relief, Communism, and Transnational Solidarity. Willi Münzenberg in Weimar Germany« (Palgrave) und Ko-Herausgeber von »The Helsinki Notebooks«, www.helsinkinotebooks.com/.

Volksfrontpolitik endete ihre Gleichsetzung der »bürgerlichen Demokratie« mit Kapitalismus und Faschismus, die Grundlage ihrer berüchtigten und desaströsen Politik in der Weimarer Republik gewesen war.

Handelte es sich bei der Volksfront nun um eine dauerhafte Abkehr von einer revolutionären Politik hin zum Gradualismus in Europa oder um einen neuartigen Ansatz einer antifaschistischen Demokratie?

AUF DEM WEG ZU EINER INTERNATIONALEN VOLKSFRONT

Erst nach der Machtübernahme der NSDAP in Deutschland und damit recht spät konnte sich die Komintern dazu durchringen, die Entwicklung breiterer Bündnisstrategien mitzutragen.

Auf dem VII. Weltkongress der Komintern in Moskau im Sommer 1935 stellte Palmiro Togliatti (1965) seinen Genoss*innen die rhetorische Frage: »Warum verteidigt ihr bürgerlich-demokratische Freiheiten?« Er spielte darauf an, wie reaktionär die bürgerlich-demokratischen Regime oftmals gewesen waren. Doch, so Togliatti weiter, sei es der Arbeiterklasse in der Weimarer Republik oder im liberalen Italien trotz aller Mängel nicht besser ergangen als unter den offen faschistischen Diktaturen?

In einer wegweisenden Bestandsaufnahme wies der Vorsitzende der Komintern, Georgi Dimitroff (1935), darauf hin, dass die Sozialdemokratie nicht länger als Bollwerk der Bourgeoisie betrachtet werden könne, da die Bourgeoisie dabei sei, sich nach rechts zu wenden und ihre Unterstützung für das bürgerlich-demokratische Projekt aufzugeben. Infolge dieses Rechtsrucks hätten die Kommunist*innen nicht länger die Wahl zwischen »proletarischer Diktatur« und »bürgerlicher Demokratie«, sondern nur noch zwischen »bürgerlicher Demokratie« und »faschistisch-autoritärer Diktatur«. Die Erfahrungen aus Italien und insbesondere aus Deutschland boten eine klare Schlussfolgerung: Die politischen Freiheiten, die die Demokratie bot, selbst wenn diese von der Bourgeoisie dominiert wurde, waren es in der Tat wert, verteidigt zu werden.

Die Komintern forderte in der Folge die Kommunist*innen auf, sich des »selbstgefälligen Sektierertums« zu entledigen: Es sei ein großer Fehler gewesen, die Macht der linken Bewegung oder den revolutionären Geist der Bevölkerung überzubewerten. Es war Dimitroff selbst, der als Generalsekretär der Komintern die programmatische Rede hielt: In

dieser neuen Situation solle die kommunistische Bewegung bereit sein, »jeden Fußbreit der bürgerlich-demokratischen Freiheiten« zu verteidigen (ebd.) und sich gegebenenfalls an Einheitsfronten oder Volksfrontregierungen zu beteiligen. Es ging der Komintern darum, die Gefahren des Faschismus nicht zu unterschätzen und zugleich dem Fatalismus vorzubeugen: Der Sieg des Faschismus war keineswegs unvermeidlich und die Volksfront galt als mächtiges Bollwerk dagegen.

Damit wandten sich die kommunistischen Parteien dem gewöhnlichen Parlamentarismus zu sowie der Möglichkeit, im Rahmen einer breiteren antifaschistischen Front auf einer gemeinsamen Liste oder Plattform zu kandidieren. Und nicht zuletzt war es ein Versuch, mit dem linken Flügel sozialdemokratischer Parteien sowie mit Bewegungen, Gewerkschaften und Arbeiter*innen zusammenzuarbeiten, die die Sozialdemokratie zu einem Linksschwenk bewegen wollten, statt sich der Mitte zuzuwenden.

Die Volksfrontstrategie bewirkte auch einen Wandel in der Sprache der kommunistischen Parteien, die ihren klassenkämpferischen Duktus mit einer Hinwendung zu einem widerständigen Konzept des Volkes verbanden. Neu war die Betonung des Parlamentarismus und der Achtung vor der Verfassung. Die Volksfront traf die strategische Entscheidung, die Idee der Nation, des Nationalstaats, nicht den Faschist*innen und den Reaktionären zu überlassen. »Wir nahmen unseren Feinden mutig das, was sie von uns gestohlen und mit Füßen getreten hatten. Wir eroberten die Marseillaise und die Trikolore zurück«, wie es Thorez im Januar 1936 im Wahlprogramm der Volksfront

formulierte (zit. nach Degras 1971, 384). Die Massen reagierten darauf und bescherten 1935 der Kommunistischen Partei in Frankreich nie dagewesene Wahlerfolge.

DIE PRAXIS DER VOLKSFRONT

Die Volksfront bot zwar eine Antwort auf die in der damaligen Linken weitverbreitete »Sehnsucht nach Einheit«, doch die jahrelangen erbitterten Auseinandersetzungen hatten ein tief verankertes gegenseitiges Misstrauen geschürt. Wie sollte der Aufbau einer Volksfront gelingen, wenn intern Misstrauen und Argwohn herrschten? Skeptische Zeitgenoss*innen fragten sich, ob das nicht ein weiterer, taktisch motivierter Aufruf war, um die Sozialdemokratie zu zersetzen. Andere fürchteten den Ausverkauf kommunistischer Ideen durch Anpassung an den Liberalismus.

Zu den Wegbereiter*innen der Volksfront zählen kommunistische Organisator*innen wie der deutsche Kommunist Willi Münzenberg und der französische Schriftsteller Henri Barbusse. Die beiden waren seit 1923 am Aufbau einer internationalen Vernetzung antifaschistischer Einheitskomitees in Berlin und Paris beteiligt. Ihr größter Erfolg war die 1932 gegründete Antikriegsbewegung in Amsterdam, die sich in Paris zu einer globalen antifaschistischen Initiative unter dem Namen »Das Weltkomitee gegen Krieg und Faschismus« entwickelte, in der Intellektuelle, fortschrittlich gesinnte Personen, Sozialist*innen, Kommunist*innen, Humanist*innen und Liberale zusammenkamen – ganz ähnlich wie im späteren Volksfrontprojekt. Doch diese Vorarbeit führte nicht zu einer Änderung der offiziellen Parteilinie in den kommunistischen Parteien jener Zeit. Das Weltkomitee ermög-

lichte dennoch neue Wege der Zusammenarbeit und des Engagements gegen den Faschismus, über Parteigrenzen hinweg – ein bedeutender erster Schritt, das Vertrauen wiederherzustellen.

Dabei gestaltete sich die Anbahnung der Volksfront in Frankreich nicht einfach *top-down*, sondern entsprach dem Druck der Basis, die sich Einheit, wirtschaftliche Veränderung und soziale Reformen wünschte. In diesem antifaschistischen Block hatten nicht nur Meinungsverschiedenheiten weiterhin einen Platz, auch die politischen Identitäten und die Überzeugungen der Einzelnen konnten weiterhin Bestand haben. Ein Nichtangriffspakt zwischen Sozialist*innen und Kommunist*innen jedoch erteilte zersetzenden internen Kämpfen eine Absage. Neu war die Betonung eines gemeinsamen Glaubens an die Demokratie und der Wille, sich gemeinsam für die Bewahrung der politischen Freiheiten einzusetzen, die die Republik bot.

Eine Einheitsfront musste notwendigerweise auf Kompromissen beruhen und Togliatti zufolge waren die Kommunist*innen in der Tat bereit, Zugeständnisse zu machen. An dieser Stelle sei darauf hingewiesen, dass die linken Kritiker*innen der Komintern, wozu auch die Trotzki*innen gehörten, die Volksfrontidee für einen verheerenden Verrat an revolutionärer Politik hielten. Die Kommunist*innen entschieden sich in jenem Moment jedoch dafür, den demokratischen Sozialismus mit kommunistischer Präsenz populär zu machen, anstatt zu ihrer eigenen Marginalisierung und einem revolutionären Isolationismus beizutragen, wie es die Trotzki*innen taten. Ungeachtet möglicher strategischer und taktischer Erwägungen steht fest, dass ohne den äußeren Druck des Faschismus und eines drohenden

weiteren Rechtsrucks eine solche Volksfront undenkbar gewesen wäre.

Da die Volksfrontregierungen in Frankreich, Spanien und Chile jedoch in Augenblicken tiefgreifender und lang anhaltender Wirtschaftskrisen zustande kamen, blieb damit auch ihr Handlungsspielraum beschränkt. Die Volksfront musste jedes Mal einen Spagat meistern, um sowohl den Interessen des Kapitals als auch denen der Arbeiter*innen Rechnung zu tragen. Fielen die Reformen zu moderat aus, führte dies zur Enttäuschung der Arbeiterklasse; zu radikale Reformen hingegen hätten die Mittelschicht verschreckt und gegen das Projekt aufgebracht. Waren die Linken tatsächlich bereit, die radikalen Forderungen ihrer eigenen Basis zu unterdrücken? Waren bürgerliche Liberale oder Sozialdemokrat*innen bereit, eine ambitioniertere Wirtschafts- und Sozialpolitik zu akzeptieren und dafür zu kämpfen?

Die im Februar 1936 gewählte Volksfrontregierung in Spanien musste besonders diffizile Herausforderungen meistern. Die Hauptsorge war, dass allzu radikale Forderungen die Mittelschicht nach rechts treiben würden oder den rechten Kräften einen Vorwand für einen Putsch auf Grundlage weitverbreiteter antibolschewistischer Ressentiments liefern könnten. Die Angst vor einer Revolution war ein potentes Elixier für die politische Rechte, weswegen die Komintern die spanischen Kommunist*innen direkt angewiesen hatte, bei der Bildung der Volksfront keine Forderungen aufzustellen, die den Rahmen einer demokratischen Republik überstiegen. Radikalere Forderungen nach einer sozialen Revolution sollten abgemildert und vertagt werden.¹

In Chile führte die Bildung einer Volksfrontregierung nicht zu grundlegenden sozialen

Umwälzungen, aber zur Institutionalisierung sozialistischer Politik. Eine Taktik der chilenischen Kommunist*innen, um Teile der Führung anderer Parteien in der Volksfront von sich zu überzeugen, bestand darin, ihre Wähler*innen aus der Arbeiterklasse zur Wahl von Mitte-links-Kandidat*innen aufzurufen. Auf diese Weise konnte die Kommunistische Partei ihre Glaubwürdigkeit als politischer Bündnispartner untermauern; zugleich erlangte die Volksfront größere Respektabilität, indem sie weitere Mittelschichts- und Zentrumsparteien für sich gewinnen konnte. Trotz ihres Scheiterns entstand aus dieser Erfahrung die Frente de Acción Popular (FRAP) und später die Unidad Popular (UP), ein Bündnis von Linksparteien, das zwischen 1958 und 1973 existierte und zur Regierung von Salvador Allende führte.

ÜBER DIE DEFENSIVE HINAUS?

Während ihrer Hochphase gelang es der französischen Volksfront, sich von zwei Seiten zu zeigen: als mächtige antifaschistische Massenbewegung und gleichzeitig als funktionierendes parlamentarisches Bündnis. Anders formuliert: Eine Mindestanforderung an die Volksfront hatte darin bestanden, das staatliche demokratische System vor einer faschistischen Übernahme zu schützen und die rechtlichen Bedingungen aufrechtzuerhalten, die es ermöglichten, den Staat für die Arbeiterbewegung zu öffnen.

Aus kommunistischer Perspektive waren die Volksfronten überall als Übergangsmodell gedacht, doch die kommunistischen Akteur*innen jener Zeit glaubten nicht daran, dass die Volksfrontregierungen allein grundlegende soziale und politische Reformen bewirken konnten. Eine zentrale Rolle bei der

Schaffung eines Machtgleichgewichts in der Volksfront spielten die Gewerkschaften. Das Zustandekommen und die Durchsetzungskraft der Volksfront in Frankreich gehen auf Betriebsbesetzungen und Generalstreiks im Jahr 1935 zurück, die die Kräfteverhältnisse verschoben und eine politische Euphorie ausgelöst hatten. Auch die französischen Arbeitgeber zeigten sich in der Folge zu beeindruckenden Zugeständnissen bereit.

Die erste Volksfrontregierung führte zum Teil auf Druck der Gewerkschaften anfänglich zu durchaus beachtlichen Verbesserungen: bezahlte Urlaubstage für Arbeiter*innen, eine 40-Stunden-Woche, erhebliche Lohnerhöhungen sowie umfassendere gewerkschaftliche Rechte. Der »Sommer der Hoffnung« 1935 spiegelte sich im Slogan »Für Brot, Freiheit und Frieden« wider – bevor Enttäuschung und ein Rückschritt folgten. Die Einführung eines kooperativen und demokratischen Ansatzes der Arbeitsbeziehungen ist jedoch ein bleibendes Vermächtnis der Volksfront in Frankreich ebenso wie das Frauenwahlrecht und vieles mehr.

Offen bleibt die Frage, ob das Volksfrontmodell mehr leisten kann als reines »Krisenmanagement«: etwa, ob es auch als Motor für weitergehende und langfristige gesellschaftliche Veränderungen und eine Vision eines demokratischen Sozialismus fungieren kann. Hätte man mit diesen Experimenten auch Ziele jenseits der Verteidigung des etablierten liberal-demokratischen Rahmens verfolgen und erreichen können, wenn sie nicht durch Bürgerkrieg und Weltkrieg vorzeitig beendet worden wären?

Mitte der 1930er-Jahre gab es unter Kommunist*innen grundlegende Vorstellungen davon, wie eine zukünftige »antifaschistische Demokratie« hätte aufgebaut werden können,

sie entwickelten diesen Ansatz jedoch nicht zu einer echten Alternative zum Sowjetmodell weiter. Weder Kommunist*innen noch Sozialist*innen in Volksfrontregierungen hatten Pläne ausgearbeitet, wie sich diese Regierungen in Richtung Sozialismus bewegen ließen. Es bleibt daher eine der spannendsten Aufgaben der heutigen Linken, die Idee einer antifaschistischen Demokratie weiterzuentwickeln, die die Verteidigung der Rechte und Freiheiten der liberalen Demokratie anstrebt, während sie sich gleichzeitig mit Unterstützung der Gewerkschaften und fortschrittlicher sozialer Bewegungen für die Umsetzung ambitionierter sozialistischer Ideen starkmacht.

Die Volksfront wird auch heute noch – womöglich zu Unrecht – vor allem als Werkzeug zur Verteidigung gegen den Faschismus betrachtet. Sie sollte jedoch als ebenso mächtiges Instrument bewertet werden, mit dem ein Linksruck der politischen Mitte befördert werden kann (vgl. Candeias in diesem Heft).

Übersetzung aus dem Englischen von Sebastian Landsberger und Claire Schmartz für Gegensatz Translation Collective

1 Mit katastrophalen Folgen in der Politik gegen radikalere, trotzkistische oder anarchistische Kräfte wie die Partido Obrero de Unificación Marxista (POUM), die von der Regierung verfolgt wurden.

LITERATUR

- Degras, Jane (Hg.), 1971: The Communist International 1919–1943. Documents, Bd. 3, 1929–1943, London
- Dimitroff, Georgi, 1935: Die Offensive des Faschismus und die Aufgaben der Kommunistischen Internationale, www.marxists.org/deutsch/referenz/dimitroff/1935/bericht/ch2a.htm
- Eley, Geoff, 2022: Forging Democracy: The History of the Left in Europe, Oxford
- Togliatti, Palmiro, 1965: Kampf für Frieden, Demokratie und Sozialismus. Aus Reden und Schriften über den Kampf der italienischen und der deutschen Arbeiterklasse, Berlin

SACHSEN-ANHALT VOR DER WAHL

SZENARIEN DER FASCHISIERUNG UND DIE VERANTWORTUNG DER LINKEN

ANIKA TASCHKE



Die Landtagswahl im kommenden Jahr in Sachsen-Anhalt wird zeigen, ob die Brandmauer noch hält. Vor welchen Gefahren stehen wir und was kann die Linke ihnen entgegensetzen?

Sachsen-Anhalt steht vor einer Zäsur. Die Landtagswahl im September 2026 wird nicht nur entscheiden, wer künftig regiert. Sie wird zeigen, ob die viel beschworene Brandmauer hält oder die AfD erstmals mitregieren wird. Wird es gelingen, dem gesellschaftlichen Rechtsruck eine solidarische, antifaschistische Praxis entgegenzusetzen und eine rechte Regierung zu verhindern? Die möglichen Szenarien zur Landtagswahl hängen nicht nur vom Wahlergebnis der Linken ab, sondern auch vom strategischen Verhalten der CDU – sowohl auf Bundesebene als auch im Land. Ebenso zentral sind die gesellschaftlichen und medialen Diskurse, die das politische Klima bis September 2026 prägen werden.

In Sachsen-Anhalt ist die AfD längst keine Protestpartei mehr. Bei der Landtagswahl 2021 wurde sie mit 20,8 Prozent zweitstärkste

Kraft. Bei den Kommunalwahlen 2024 war sie vielerorts stärkste Partei, errang Mandate in fast allen kommunalen Gremien. Die Frage ist nicht mehr, ob es zur Normalisierung der AfD kommt, sondern wie weit diese bereits fortgeschritten ist und was ihr entgegengesetzt werden kann.¹ Die AfD profitiert im Land auch von ihrer systematischen Verankerung in lokalen Strukturen, ihrer radikalisierten Basis und dem Schulterschluss mit anderen extrem rechten Akteuren. Die gesellschaftliche Faschisierung im Land ist nicht einfach ein Ergebnis schlechter politischer Kommunikation, sondern Ausdruck eines autoritären Projekts von unten – legitimiert über Wahlstimmen, gestützt durch Diskursverschiebung, flankiert durch Gewalt.

Die gesellschaftliche Linke, aber auch die Partei Die Linke stehen vor strategischen



Herausforderungen gegen die Fasisierung. Doch die Rolle der Linken könnte entscheidend sein: als Teil eines überparteilichen Blockes gegen die AfD oder als kämpferisches Zentrum einer antifaschistischen, solidarischen Gegenmacht. Dieser Artikel skizziert Szenarien der Fasisierung in Sachsen-Anhalt, beleuchtet die Rolle von AfD, CDU und rechten Netzwerken und fragt, wie eine antifaschistische Linke handlungsfähig werden kann.

DIE AfD UND DAS EXTREM RECHTE LAGER IN SACHSEN-ANHALT

Die AfD Sachsen-Anhalt ist ein besonders radikaler Landesverband. Seine führenden Köpfe wie Martin Reichardt oder Ulrich Siegmund gelten als eng verbunden mit dem völkisch-nationalistischen »Flügel«, der formal aufgelöst wurde, praktisch aber weiterwirkt. Der Landesverband agiert zunehmend geschlossen als Teil des autoritären Projekts von Björn Höcke, in dem parlamentarische Mandate nur Mittel zum Zweck sind: Sie dienen der Demontage demokratischer Institutionen.

Die Wahlerfolge der AfD in Sachsen-Anhalt sind Ausdruck davon, dass ihre langfristigen

ANIKA TASCHKE ist stellv. Bereichsleiterin des Zentrums Gesellschaftsanalyse und politische Bildung sowie Referentin für Neonazismus der Rosa-Luxemburg-Stiftung. Im letzten Jahr gab sie zusammen mit Steven Hummel die »Hält die Brandmauer?« zu Kooperationen mit der extremen Rechten in ostdeutschen Kommunen heraus.

Strategien aufgegangen sind. Auf kommunaler Ebene arbeitet die AfD daran, Strukturen zu übernehmen – nicht nur symbolisch, sondern machtpolitisch. Sie stellt Ausschussvorsitze, beeinflusst kommunale Haushalte, schränkt Förderprogramme für Antirassismus, Diversitätsarbeit oder Soziokultur ein. Zugleich ist die Partei in Sachsen-Anhalt tief verwoben mit außerparlamentarischen rechten Akteuren. Die Identitäre Bewegung (IB) betrieb kurze Zeit ein rechtes Hausprojekt in Halle (Saale). Recherchen zu einer Einmietung in einer Villa in Schkopau 2024 lassen erahnen, dass rechte Netzwerke weiterhin im Bundesland Begegnungsorte und Kaderschulen unterhalten. Auch das rechte Netzwerk »Ein Prozent« organisiert Schulungen, Spendensammlungen und

Propagandakampagnen, oft mit personeller Überschneidung zur AfD.

Burschenschaften wie die »Germania Halle zu Leipzig« stehen ebenfalls im engen Austausch mit der parlamentarischen Rechten. Auch hier erfolgt die ideologische Schulung künftiger Kader. Hinzu kommen rechte Medien wie das *Compact*-Magazin, das gezielt Verschwörungserzählungen, anti-queere Hetze und rassistische Inhalte verbreitet. Viele Akteure der Szene betreiben zusätzlich alternative Lokalblogs oder Telegram-Kanäle, mit denen sie eine Gegenöffentlichkeit aufbauen – ungefiltert, anonym, aggressiv. In Städten wie Burg, Magdeburg oder im Harz existieren außerdem klassische Neonazistrukturen, die Aufmärsche organisieren, paramilitärisch trainieren und mit Angriffen auf politische Gegner*innen oder Geflüchtetenunterkünfte immer wieder Schlagzeilen machen.

Nicht zu unterschätzen ist auch die Rolle rechter Influencer*innen, digitaler Aktivist*innen und sogenannter Heimatblogger, die Behörden anprangern oder das, was sie Genderideologie nennen, in Schulen entlarven wollen. Sie fungieren als Resonanzverstärker für das Narrativ der AfD: vom unterdrückten, patriotischen Volk, das sich gegen Eliten, Migration und Moderne zur Wehr setzen müsse.

Diese komplexe Gemengelage macht deutlich: Die AfD ist keine demokratische Mitbewerberin, sondern der parlamentarische Arm eines autoritären Projekts. Die gesellschaftliche Faschisierung in Sachsen-Anhalt ist das Ergebnis dieser Verschränkung von institutioneller Politik, außerparlamentarischer Mobilisierung und digitaler Propaganda. Diese Analyse ist Grundlage für die folgenden Szenarien der Faschisierung und für Überle-

gungen dazu, was eine antifaschistische Linke dem entgegensetzen muss.

ZIVILGESELLSCHAFTLICHER WIDERSTAND UND »DEMOKRATISCHE KERNE«

In unserer Analyse »Hält die Brandmauer?« haben Steven Hummel und ich betont, dass die Normalisierung der AfD und ihrer Politik zuerst auf der kommunalen Ebene beginnt (Hummel/Taschke 2024). Dort, wo sie Landratsämter, Bauausschüsse oder Schulausschüsse besetzt, verändert sich die Struktur des Politischen selbst. Nicht nur werden Fördermittel gestrichen und Partnerschaften mit der demokratischen Zivilgesellschaft beendet, es wird auch ein Klima geschaffen, das kritische Stimmen systematisch verdrängt. Eine rechte Normalität entsteht oft durch tägliche symbolische Machtdemonstrationen: das gezielte Ignorieren queerer Belange, die Sabotage von Integrationsprojekten oder die Besetzung lokaler Kulturpolitik mit autoritären Figuren.

Gerade im kommunalen Raum entscheidet sich, wie widerständig eine Gesellschaft ist. Wer dort schweigt, macht rechte Machtpolitik möglich. Wer sich organisiert, schafft Möglichkeiten der Gegenpositionierung. Der Kampf gegen Faschisierung beginnt in der Schulkonferenz, im Jugendhilfeausschuss, in der Stadtteilversammlung. Eine Linke, die diesen Raum aufgibt, überlässt das Feld der Lebensrealitäten vieler Menschen den Rechten.

Trotz der repressiven Entwicklung gibt es Orte der Gegenwehr, demokratische Kerne, wie David Begrich es formuliert hat: antifaschistische Jugendzentren, migrantische Selbstorganisationen, kommunale Bündnisse gegen rechts. In Halle, Dessau, Magdeburg, Stendal oder in ländlichen Regionen wie der

Altmark entstehen Räume des solidarischen Miteinanders. Diese Initiativen brauchen nicht nur Schutz, sie brauchen auch politische und materielle Unterstützung durch eine kämpferische Linke. Antifaschismus ist dort lebendig, wo konkrete Hilfe organisiert wird, wo Bildungsarbeit stattfindet, wo Netzwerke der Solidarität aufgebaut werden. Dies sind demokratische Orte, die für eine andere Gesellschaft stehen.

STRATEGISCHE KONSTELLATIONEN:

WAS ERWARTET SACHSEN-ANHALT 2026?

Nach einer aktuellen Umfrage von Infratest dimap (Stand: September 2025) liegt die AfD in Sachsen-Anhalt mittlerweile mit 39 Prozent klar vorn. Die CDU kommt danach nur noch auf 27 Prozent, während SPD (7 %), und BSW (6 %) deutlich dahinter liegen. Bündnis 90/Die Grünen (3 %) und FDP müssen um den Einzug in den Landtag fürchten. Die Linke ist danach mit 13 Prozent derzeit drittstärkste Kraft. Daraus ergeben sich mehrere strategische Szenarien:

SCHWARZ-BLAU – DIE AUTORITÄRE OPTION

Eine Koalition aus CDU und AfD hätte theoretisch eine Mehrheit. Öffentlich lehnt die CDU diese Option noch ab, doch lokal gibt es bereits Zusammenarbeit. Das Burgenland, Wittenberg oder Mansfeld-Südharz zeigen, wie die CDU über vermeintliche Sachpolitik den Schlussschluss mit der extremen Rechten sucht. Eine solche Koalition wäre das Ende der Brandmauer und ein massiver Schub für autoritäre Politik.

GROSSE KOALITION – DAS TRÄGE BÜNDNIS

Eine Neuauflage der Großen Koalition (CDU-SPD), eventuell erweitert um Bündnis 90/Die Grünen, wäre rechnerisch derzeit nicht

möglich. Sollte das Szenario dennoch zustande kommen, würde die AfD sich als stärkste Oppositionskraft und als Opfer inszenieren. Ein solches Bündnis riskiert politische Lähmung und trägt durch technokratische Krisenverwaltung zur weiteren Parteienentfremdung in der Wähler*innenschaft bei. Ob es bis zur nächsten Wahl hielte oder die AfD frühzeitig das Ruder übernehme, bliebe offen.

CDU, SPD, BSW – RISKANTE STABILITÄT

Ein Zusammenschluss etwa aus CDU, SPD und BSW könnte knapp 50 Prozent erhalten oder eine Minderheitsregierung bilden und auf wechselnde Mehrheiten setzen. Die politische Stabilität stünde auf wackligen Füßen – die AfD könnte ihre Oppositionsrolle populistisch, aber auch strategisch auskosten. Ob CDU und BSW in eine mögliche Koalition gingen, bleibt derzeit offen. Was in Brandenburg abgelehnt wurde, müsste erneut überprüft werden. Sollte eine solche Regierung auf die »stillschweigende Duldung« der AfD angewiesen sein, bliebe zwar die offizielle Abgrenzung bestehen, faktisch aber wäre der Tabubruch eingeläutet. Während sich Ministerpräsident Reiner Haselhoff und sein Nachfolgekandidat Sven Schulze weiterhin gegen »jeden Extremismus« stellen, hat der Kreisverband Harz bereits einstimmig einen Beschluss zur Kooperation mit der AfD gefasst. Auch die CDU-Abgeordnete Saskia Ludwig deutet bei einem Treffen rechter Akteure in Ungarn an, eine Koalition mit der AfD sei heute noch zu früh, konservative Mehrheiten gebe es dafür bisher lediglich in Ostdeutschland. Das zeigt: Strategische Vorbereitungen laufen längst. Bence Bauer, ehemals in führender Position bei der Konrad-Adenauer-Stiftung, wandte

beim selben Treffen ein, dass eine Zusammenarbeit mit der AfD im eigenen Interesse der CDU liege. Dabei reicht ein Blick in andere Länder, um zu wissen, dass dieses Vorgehen auch die Konservativen schwächen würde (bspw. Candeias 2025). Festzuhalten bleibt: Auch eine indirekte Stützung durch die AfD in Einzelfällen würde die parlamentarische Normalisierung weiter vorantreiben und rechte Positionen stärken.

BSW – DILEMMA UND CHANCE

Auch die Haltung der Linken zum Bündnis Sahra Wagenknecht (BSW) verdient klare Konturen. Führende Mitglieder des BSW – allen voran Wagenknecht selbst – äußerten sich wiederholt kritisch zur Abgrenzung gegenüber der AfD. Diese Haltung, flankiert von Berichten über Gespräche zwischen BSW- und AfD-Vertreter*innen, zeigt: Das BSW operiert in programmatischer Nähe zum autoritären Populismus. Seine Regierungsbeteiligung in Brandenburg untermauert dies: Innenpolitisch dominieren Law-and-Order-Rhetorik, migrationspolitische Härte und der Bruch mit solidarischer Gesellschaftspolitik. Aber gerade weil viele ehemalige Linke angesichts des autoritären Kurses des BSW desillusioniert sind, ergibt sich eine neue Chance. Eine klar positionierte, antifaschistische Linke kann ihnen wieder eine politische Heimat bieten, wenn sie Haltung zeigt und soziale sowie antirassistische Politik zusammenführt.

LINKE OPPOSITION –

ANTIFASCHISTISCHES KORREKTIV

Die wahrscheinlichste Rolle für die Linke ist jene der Opposition. Aber in dieser Rolle muss man nicht ohnmächtig sein. Eine Linke mit

klarem Kurs kann Schutz bieten sowie Aufklärerin und Bündnispartnerin zugleich sein – für alle, die von rechter Politik betroffen sind.

DIE LINKE ALS ANTIFASCHISTISCHER POL

Jede dieser Konstellationen stellt Herausforderungen an antifaschistische Strategien.

Die Linke muss deutlich machen: Nicht das »Verhindern der AfD« ist das Ziel, sondern die Stärkung derjenigen, die unter Faschisierung und autoritärer Politik leiden. Nur eine klare soziale und antirassistische Orientierung gibt der Linken in dieser Gemengelage eine eigenständige Rolle. Diese sei hier kurz skizziert.

Haltung statt Taktik: Die Partei Die Linke darf sich nicht in machstrategische Debatten verstricken. Es geht nicht um Regierungs-, sondern um Handlungsfähigkeit. Wer antifaschistisch sein will, muss Konflikte riskieren. Das bedeutet: keine Zusammenarbeit mit der AfD, aber auch keine Koalitionen mit einer CDU, die rechte Diskurse übernimmt.

Soziale Frage und Antirassismus zusammen-

denken: Die AfD ist keine Partei der kleinen Leute. Sie ist gegen Mindestlohn, gegen Sozialtransfers, gegen Gleichstellung. Ihre soziale Rhetorik ist nationalistisch, ausgrenzend, autoritär. Eine linke Antwort muss Klassenpolitik und Antirassismus verbinden und konkret werden: Mieten deckeln, Energiearmut bekämpfen, sichere Aufenthaltstitel durchsetzen, Care-Arbeit aufwerten. Wer das Soziale ernst meint, muss das Autoritäre bekämpfen.

Schutzräume schaffen, Kämpfe verbinden: Die Linke muss dort präsent sein, wo Menschen angegriffen werden: in queeren Treffpunkten, in migrantischen Communities, in ländlichen Räumen. Sie muss konkret Solidarität organisieren – mit Betroffenen rechter Gewalt, mit

der Zivilgesellschaft, mit antirassistischen und antifaschistischen Gruppen. Antifaschismus ist keine Parlamentsrede, sondern Praxis.

Vor Ort, nahbar: Die Zeit bis zur Wahl muss genutzt werden, Präsenz zu zeigen und Gespräche auf Augenhöhe zu führen. Dort, wo die Menschen sind – nicht nur bei Ständen auf den Marktplätzen, sondern auch am Gartenzaun oder direkt an der Haustür. Nahbar und offen für die Probleme und Sorgen der Menschen.

Bewegung unterstützen, Bewegung sein: Die Linke darf sich nicht auf Parteipolitik beschränken. Es geht um eine gesellschaftliche Gegenmacht: in Gewerkschaften, in Schulen, in Nachbarschaften, in sozialen Zentren. Eine starke Linke entsteht nicht im Plenarsaal, sondern durch Organisierung von unten. Dabei sind politische Bildung, Vernetzung, Konfliktbereitschaft und Solidarität die zentralen Mittel.

Nicht um jeden Preis regieren: Eine Regierungsbeteiligung mit der CDU wäre politisch und moralisch fatal. Es braucht keinen technischen Block gegen rechts, sondern einen politischen Pol, der sich den Ursachen der Faschisierung stellt. Wer den Rechten entgegen-treten will, muss sich mit dem Kapitalismus, dem Rassismus und der patriarchalen Gewalt dieser Gesellschaft anlegen.

Themen setzen: Dass in Umfragen das drängendste Thema für die Menschen in Sachsen-Anhalt Migration ist, hat wenig mit der Realität vor Ort zu tun. Die mediale Berichterstattung und das ständige Reden über Migration als Problem führt zu dieser Wahrnehmung und spiegelt sich in den Umfragen wider. Deshalb muss Die Linke andere Themen ansprechen – weg von der Hetze gegen Bürgergeldempfangende und

Migrant*innen – hin zu den sozialen Fragen, zu Infrastruktur und Bildung.

ANTIFASCHISMUS IST KEIN APPELL, SONDERN EINE PRAXIS

Antifaschismus ist mehr als ein Nein zur AfD, er ist ein politischer Maßstab. Viele werden sagen: Wer etwas verändern will, muss regieren. Doch Regieren allein bedeutet noch keine Durchsetzungskraft. Eine starke Linke 2026 definiert sich nicht über Koalitionsoptionen, sondern über eine klare Haltung, Verlässlichkeit an der Seite der Ausgegrenzten, Glaubwürdigkeit und Mut zur Konfrontation mit den Ursachen der Faschisierung. Die Landtagswahl in Sachsen-Anhalt 2026 wird ein weiterer Gradmesser dafür sein, wie tief diese bereits reicht. Die antifaschistische Linke kann und muss hier Bollwerk und Schutzraum sein. Antifaschistische Politik heißt nicht, möglichst anschlussfähig zu sein. Vielmehr richtet sie sich an der Idee einer Gesellschaft aus, die niemanden zurücklässt, und kämpft auf Augenhöhe mit den Betroffenen für die Rechte aller, die unter rechter Gewalt, sozialer Ausgrenzung und staatlicher Repression leiden.

1 Hier auf die Debatte um ein Verbot der AfD einzugehen, würde zu weit führen. Siehe dazu bspw. Engeler/Dück (2024).

LITERATUR

- Candeias, Mario, 2025: Faschisierung an der Macht, in: LuXemburg, April 2025, <https://zeitschrift-luxemburg.de/artikel/faschisierung-an-der-macht/>
- Engeler, Malte/Dück, Julia, 2024: Gegen die Normalisierung der AfD, in: Becker, Lia/Candeias, Mario (Hg.): Vom Horror zur Hoffnung. Strategien gegen blockierte Transformation und Faschisierung, hg. von der Rosa-Luxemburg-Stiftung, Berlin, 7–42
- Hummel, Steven/Taschke, Anika, 2024: Hält die Brandmauer? Studie zu Kooperationen mit der extremen Rechten in ostdeutschen Kommunen, hg. von der Rosa-Luxemburg-Stiftung, Berlin, <https://rlp.rosalux.de/publikation/id/51762/haelt-die-brandmauer-1>

»Hoffnung ist nichts,
das man hat oder nicht hat.
Hoffnung ist etwas,
das man schafft,
indem man etwas tut.«

Alexandria Ocasio-Cortez

LUX LIKE FEMINISM

»Es gibt nur zwei Geschlechter: Faschisten und Antifaschist*innen« – so brachten es feministische Proteste in Argentinien gegen den rechtsextremen Präsidenten Milei auf den Punkt. Um Fragen von Familie, Geschlecht und Migration mobilisiert die autoritäre Rechte weltweit einen Kulturkampf. Über die gewaltvolle Markierung von bestimmten Personen als »Andere« zielt sie auf einen autoritären Staatsumbau, der letztlich die große Mehrheit treffen wird. Dagegen braucht es klare Positionierungen und eine Bündelung linker Kräfte. Und es braucht Solidarität unter all jenen, die von den menschenverachtenden Politiken der Rechten besonders ins Visier genommen werden. Doch wie wirksame Allianzen entstehen können, ist umstritten.

Der Erfolg der Partei Die Linke gibt in diesen Zeiten Anlass zur Hoffnung. Die Trennung vom Wagenknecht-Flügel macht die Partei endlich auch für queere und trans* Personen sowie für Menschen, die von Rassismus betroffen sind, zu einer Bündnispartnerin. Die Zehntausenden von Neumitgliedern sind in großen Teilen Frauen und es gibt die Chance einer queer- und trans*feministischen sowie antirassistischen Erneuerung der Partei. Als Sammlungspunkt antifaschistischer Kräfte kann sie eine wichtige Rolle spielen. Aber eine politische Kraft für intersektionalen

Antifaschismus und Machtaufbau von unten ist damit noch nicht geschaffen.

Die Zeitschrift *LuXemburg* will dafür strategische Debatten ermöglichen und Diskursräume zur Verfügung stellen. Die Redaktion hat daher auch beschlossen, eine autonome FLINTA¹-Redaktion ins Leben zu rufen, in der Queer-Feminist*innen aus Stiftung, Partei, Wissenschaft und Bewegungen zusammenarbeiten. Intersektionaler Antifaschismus braucht eine Pluralität feministischer Perspektiven. Diesen Raum zu geben und neue Verbindungen in Differenz zu ermöglichen, ist eine Herausforderung. Über die praktische Redaktionsarbeit hinaus möchte die FLINTA-LuX daher ein solidarischer Debattenraum sein, in dem darüber nachgedacht wird, wie Praxis und Allianzen eines intersektionalen Antifaschismus konkrete Gestalt annehmen und stärker werden können.

Mit diesem Heft beginnen wir also eine neue Rubrik LUX LIKE FEMINISM. Da es sich um ein Projekt im Werden handelt, freuen wir uns über Rückmeldungen, Anregungen genauso wie über Kritik und Vorschläge zur Weiterentwicklung.

1 FLINTA steht für Frauen, Lesben, inter, nicht-binäre, trans* und agender Personen und ist ein Sammelbegriff für all diejenigen, die von patriarchalen und cis- wie heteronormativen Geschlechterverhältnissen in besonderem Maße betroffen sind.

FÜR EINEN AUFSTAND DER TÖCHTER

WARUM ES EINEN INTERSEKTIONALEN ANTIFASCHISMUS BRAUCHT

**VON LIA BECKER, LOLA FISCHER-IRMLER,
BARBARA FRIED, ELISA OTZELBERGER,
BIRGIT SAUER & ALEX WISCHNEWSKI**

Angesichts der Bedrohungen von
rechts braucht es einen eigenständigen
feministisch-intersektionalen Kulturkampf.
Antifaschistische Allianzen müssen darin
Brücken bauen und polarisieren gleichzeitig.
Nur so lässt sich Gegenmacht gegen die
Kontinuitäten von Gewalt, Ausbeutung und
Unterdrückung organisieren

1.

Wir erleben eine neue Qualität autoritärer Transformation des Kapitalismus

Wir befinden uns in einer Zeit autoritärer Umbrüche des Kapitalismus. Hier in Deutschland greifen die autoritäre Rechte und die AfD immer offensiver soziale Rechte an, schüren Rassismus, Antisemitismus und Queer- sowie Transfeindlichkeit. Die neoliberalen Kräfte haben kein Zukunftsversprechen mehr, die Phase des vermeintlich »progressiven Neoliberalismus« (Nancy Fraser) – noch teilweise sichtbar in den Ampel-Jahren – ist am Ende. Die neue »GroKo der Mitte« steht für Militarisierung und Austerität. Eine Lösung der gesellschaftlichen Krisen (wie der Prekarität, Sorge- und Klimakrise) bietet sie nicht, vielmehr ist sie ein Katalysator autoritärer Krisenentwicklung. Es droht (spätestens) 2029 eine schwarz-blau(-gelb)e Regierung, die möglicherweise einen Umbruch in der Entwicklung hin zu einer Faschisierung darstellen könnte.

Wir sprechen von Faschisierung, nicht um eine Unausweichlichkeit dieser Entwicklung zu behaupten, sondern um ungleichzeitige Prozesse ins Licht zu rücken, die eine neue Qualität autoritärer Transformation bedeuten: das Noch-nicht faschistischer Herrschaft und das Nicht-mehr demokratischer Prozesse.¹ Eine materialistische und intersektionale Kritik

an Faschisierungsprozessen hat dabei eine doppelte Aufgabe: Sie muss einerseits die Zusammenhänge mit dem autoritären Neoliberalismus sowie die Kontinuitäten in Ausbeutungs- und Gewaltverhältnissen in den Blick nehmen. Gleichzeitig muss sie die (mögliche) Herausbildung einer neuen Qualität von Herrschaft erkennen.

Auch der Blick auf die internationale Ebene ist wichtig. Die Transformationen vollziehen sich in jedem Land unterschiedlich, hierzulande anders als im sich formierenden »Endzeitfaschismus« (Klein/Taylor 2025) in den USA, der sich als Bündnis von Oligarchen, fossilen Konzernen und unterschiedlichen rechten und neofaschistischen Kräften darstellt, und wieder anders unter Mileis Schockstrategie des »anarchokapitalistischen« Staatsabbaus und aggressiven Extraktivismus in Argentinien. In vielen Ländern wie in den USA, Italien oder Ungarn geht der autoritäre Staatsumbau mit Versuchen einher, darüber auch eine kulturelle Hegemonie herzustellen. Immer richten sich diese Projekte gegen Ausgegrenzte, Arme, gegen Migrant*innen und PoC, trans* Personen, gegen feministische und queere Politiken. Das »christlich-jüdische Abendland« ist eine prominente Trope des antimuslimischen Rassismus der Rechten, aber auch der Antisemitismus bleibt eine tragende Säule rechtsautoritärer Bewegungen und Parteien. Rassismus, Queerfeindlichkeit und »Anti-Gender«-Ideologie prägen transnationale Allianzen.

Im Hinblick auf das Verständnis einer neuen Qualität scheinen uns folgende Elemente bedeutsam:

➔ Die Inszenierung von »Grausamkeit« durch staatliche Politik, die Konstruktion von »Anderen« und inneren Feinden (von trans*

und queeren Menschen, Migrant*innen, PoC, Muslima, über linke, sozialdemokratische bis zu liberalen Kräften) sowie die offenen Angriffe auf die Rechtsstaatlichkeit weisen über »autoritär-populistische« Politiken als festem Bestandteil des neoliberalen Kapitalismus hinaus.

→ Die Faschisierung wird auch von Teilen der transnationalen kapitalistischen Klasse, rechten Oligarchen, fossilen, Militär-, »Sicherheits-« und Tech-Konzernen vorangetrieben. Sie ist gleichzeitig Ausdruck und Motor einer enormen Reichtumskonzentration, die sich in politische Macht übersetzt hat.

→ Eine Konvergenz von autoritär-neoliberalen und neofaschistischen Kräften zeigt sich in der Militarisierung von Migrationspolitik und Grenzen (etwa an den EU-Außengrenzen). Die autoritäre Rechte setzt dabei auf eine neue Qualität eines militarisierten autoritären »Festungsstaates« nach innen und außen, mit einer Radikalisierung von Polizei-, Gefängnisgewalt und Repression. Es geht dabei auch um die Durchsetzung einer Gesellschaft mit straffen Hierarchien und autoritären Grenzziehungen (entlang von Rassismus, Geschlecht, Klasse, produktiven vs. abweichenden Körpern). Antifaschistische Strategien müssen diese Tendenzen eines *border fascism* (vgl. u. a. Walia 2021; Toscano 2025) zu einem zentralen Ausgangspunkt nehmen.

→ In den rechten Projekten werden autoritäre Fantasien von patriarchaler Familie, Nation und Bürger*innenschaft als weiß, christlich, cis und *able-bodied* gepaart mit Visionen einer autoritär-disziplinarischen nationalen Arbeitsgesellschaft. Offen ist, ob wir auch hierzulande von einer »Faschisierung sozialer Reproduktion« (Callison/Gago 2025) sprechen sollten, also von einem Zusammenspiel von autoritär-neoli-

beralen Offensiven – etwa gegen soziale Infrastrukturen und kollektive Rechte durch Konkurrenzideologien (bis hin zu sozialdarwinistischen Vorstellungen), für eine weitere Privatisierung von Sorgearbeit und eine Stärkung patriarchaler, heteronormativer Familienverhältnisse – und der Inszenierung von Gewalt gegen innere Feinde. Queer-feministische Antworten auf die Care-Krise müssen daher Teil einer »antifaschistischen Wirtschaftspolitik« sein, denn ohne die Krise der Reproduktion feministisch-intersektional zu analysieren, können wir die Dynamiken der Faschisierung nicht verstehen.

→ Rechtsautoritäre und neofaschistische Kräfte verbinden patriarchale und kriegerische Männlichkeit mit Nationalismus. Aufrüstung und Militarisierung in einer neuen Phase imperialistischer Konkurrenz und Konfrontation werden jedoch nicht nur von rechts, sondern auch aus dem liberalen Zentrum vorangetrieben. Sie gehören mit der Intensivierung der »Zeitenwende« durch die Bundesregierung auch zum infrastrukturellen Erneuerungsprogramm in der Bundesrepublik und tragen zu einer autoritären Formierung im Inneren und der Rehabilitierung patriarchaler, soldatisch-gewaltsamer Männlichkeit bei. Für junge Männer bedeutet dies – angesichts einer Krise der Männlichkeit – auch das vergiftete Angebot einer autoritären Einbindung und Ermächtigung. Gesellschaftliche Krisen werden auf das Terrain hierarchischer Geschlechterverhältnisse verschoben und der Blick auf die Ursachen der Krisen – Eigentums-, strukturelle Ungleichheits- und Machtverhältnisse – werden in autoritären Krisenpolitiken systematisch verstellt. Linker und queer-feministischer Antifaschismus ist daher auch Widerstand gegen Krieg und Militarisierung.

2. Nötig sind eine feministische Strategie brückenbauender Polarisierung und ein Kulturkampf von links

Angesichts dieser Bedrohungen ist eine Strategie notwendig, die sowohl auf diese sich formierende neue Qualität als auch die Kontinuitäten von Gewalt, Ausbeutung und Unterdrückung, die seit Jahrzehnten auch von liberalen und neoliberalen Kräften getragen werden, antwortet. Wie Bündnisse dagegen aussehen können, ist eine entscheidende Frage.

Eine Fokussierung auf soziale Themen – wie sie von Teilen der Linken derzeit vorgeschlagen wird – ist dafür wichtig, greift aber zu kurz, da sie die Bedeutung der intersektionalen Ausbeutungs- und Gewaltverhältnisse (wie der Kämpfe dagegen), des Kulturellen und autoritärer Ideologien in der sich abzeichnenden Faschisierung unterschätzt (vgl. zu dieser Kritik Peters in diesem Heft). Dem Kulturkampf der Rechten können wir nicht einfach durch »soziale Themen« ausweichen, es braucht eine eigenständige linke Antwort.

Als materialistische Feminist*innen sind wir aber auch nicht die antifaschistische Flanke von neoliberaler Krisenpolitik und Imperialismus. Ein liberaler Antifaschismus, der sich auf die Verteidigung der (im Neoliberalismus ausgehöhlten und autoritär transformierten) liberalen Demokratie beschränkt, primär auf

Aufklärung gegen »Vorurteile« und die Kooperation von Zivilgesellschaft und Regierung gegen rechts setzt, kann die Ursachen und die Dynamik der Faschisierung nicht stoppen. Antifaschismus muss Strukturen von Gewalt, Entrechtung und Ausbeutung bekämpfen, sonst bleibt er hilflos.

Daher brauchen wir heute einen intersektionalen Antifaschismus, der sich nicht mit einer Verteidigung des Bestehenden zufriedengibt, sondern offensiv gegen Rassismus, Antisemitismus, Misogynie und Transfeindlichkeit zurückbeißt. Ein Antifaschismus, der sich gegen Militarisierung und Krieg genauso stellt wie gegen Armut, Ungleichheit und den nekropolitischen Kapitalismus. Ein solcher Antifaschismus kämpft für ein besseres Leben für alle. Wir verstehen ihn als Versuch einer rebellischen Verteidigung unserer Körper, der kollektiven (Über-) Lebensbedingungen und der Spielräume für popular-demokratische Organisation und eine radikale Transformation der Demokratie.

Dafür braucht es eine *linke Polarisierung*, die die sozialen Fragen angeht und konkret mit dem Kampf um die Rechte all jener verbindet, die als »Andere« definiert und ausgeschlossen werden. Dazu gehört es auch, die Kontinuität von geschlechtsspezifischer, neokolonialer und extraktivistischer Ausbeutung von Mensch und Natur zu skandalisieren und ihr praktisch zu begegnen. Denn autoritäre Akteur*innen verschärfen diese Ausbeutungsverhältnisse und die Krise der sozialen Reproduktion.

Intersektionaler Antifaschismus verbindet Kämpfe gegen die autoritären Fantasien des *border fascism*, gegen die alltägliche Gewalt von *white supremacy*, kolonialer Unterdrückung und autoritär-neoliberaler sowie strukturell rassistischer Staatlichkeit und gegen

Polizeigewalt. Unser Horizont ist dabei abolitionistisch: Es geht um *Abolition*, also die Aufhebung von Gewaltstrukturen wie Grenzregimen und Nation, Gefängnissen, Polizei und Militär genauso wie von Familie als staatlicher Institution sowie cis- und heteronormativer Zweigeschlechtlichkeit (vgl. dazu Thompson 2025). Dies richtet sich folglich auch gegen *weiße* und cis-normative Feminismen, wie sie gerade wieder in der Debatte um das »Stadtbild« aufgerufen werden.

Transkämpfe um Überlebensbedingungen und ein besseres Leben, auch von trans* Kids, sind genauso Bestandteil unseres Feminismus wie die Kämpfe von Sexarbeiter*innen und Bewegungen gegen autoritäre »Law-and-Order«-Politiken in Stadtteilen, gegen autoritär-patriarchalen und antisemitischen Islamismus sowie strukturellen Rassismus. Dies schließt hierzulande auch Kämpfe gegen den Genozid in Gaza und für echten Frieden, Demokratie und Befreiung in der gesamten Region ein.

Die Faschisierung bedroht aber nicht nur die als »Andere« markierten. Sie stellt eine existenzielle Gefahr für alle dar, die für ein besseres Leben als Arbeiter*innen kämpfen, die sich für Befreiung oder für sozialdemokratische, progressive Veränderungen einsetzen, genauso wie für viele, die die liberale Demokratie und erkämpfte Bürger*innenrechte bedroht sehen. Angesichts dieser zweifellosen Dringlichkeit brauchen wir daher nicht nur linke Polarisierung, sondern zugleich *breite feministische und demokratische Allianzen*, die progressive Teile der Kirchen, (Sozial-)Verbände, NGOs und Menschenrechtsorganisationen genauso einschließen wie Frauenhäuser, Gleichstellungsbeauftragte, Beratungs- und Antidiskriminierungsstellen, die heute schon täglich gegen den

Backlash und für die Verteidigung von Demokratie und sozialen Rechten kämpfen. Die derzeitige Schwäche emanzipatorischer Bewegungen, linker Kräfte sowie organisierter Macht von unten und die Gefahr schneller autoritärer Brüche machen dies unabdingbar (vgl. zur Debatte über die »neue Volksfront« u. a. Becker 2025 und Candeias in diesem Heft). In den USA etwa kooperieren antirassistische, PoC, feministische Bündnisse, die Working Families Party und Teile von Gewerkschaften mit dem Ziel, eine breite Front gegen das MAGA-Regime aufzubauen, die auch Allianzen mit liberalen Kräften (wie der Demokratischen Partei) eingeht. Auch hierzulande brauchen wir dringend eine größtmögliche Bündelung der Kräfte, um eine mögliche schwarz-blaue Regierung zu verhindern!

Das ist kompliziert – es bedeutet: Polarisierung und Brücken bauen gleichzeitig. Zur Debatte steht dabei die Frage, inwieweit über radikale Forderungen Mehrheiten gewonnen werden können oder ob es angesichts der Kräfteverhältnisse eher eines parallelen Herangehens bedarf. Diese Debatte müssen wir führen und gleichzeitig verschiedene Ansätze in der Praxis erproben.

Die »Rückkehr« der Partei Die Linke als politisch-parlamentarische Kraft macht auch in dieser Hinsicht Hoffnung. Für eine feministische Gegenpolarisierung kann sie eine wichtige Rolle spielen, wenn sie diese Herausforderung aktiv annimmt – denn eine queer-feministische Klassenpolitik ist noch kein Common Sense in der Partei und erst recht nicht Praxis, aber seit der Trennung von Sahra Wagenknecht ist es wieder möglich, eine solche zu vertreten. Die vielen Tausenden neu eingetretenen FLINTA können in den nächsten Monaten und Jahren einen Unterschied machen.

3.

Erst in einer gemeinsamen Praxis kann ein intersektionaler Antifaschismus das Begehren nach Befreiung nähren

Wie kann eine solche Praxis des intersektionalen Antifaschismus aussehen? Sie kann und muss durch die Verknüpfung von konkreten Kämpfen und unterschiedlichen Bewegungen entwickelt werden und müsste zugleich über diese hinausgehen und eine geteilte gesellschaftliche Alternative, eine lebenswerte Zukunft erkennbar machen. Denn Hoffnung ist nichts, das man hat, sondern »etwas, das man schafft, indem man etwas tut« (Ocasio-Cortez).

Der Kampf um eine *Vergesellschaftung von Sorgearbeit* könnte ein Feld für brückenbauende Polarisierung sein, das unterschiedliche Erfahrungen von Prekarität und Verletzlichkeit aufgreift und auf andere soziale Infrastrukturen zielt, die ein gutes Leben für alle ermöglichen. Gegenseitige Hilfe, Unterstützung im Alltag und Solidaritätsstrukturen (etwa für die Gesundheitsversorgung von trans* Personen oder Geflüchteten) gehören in vielen antirassistischen und queer-feministischen Zusammenhängen schon jetzt zusammen. Gleichzeitig sind gut ausgebaute und kostenfreie Infrastrukturen und der Aufbau solidarischer Netze in der Nachbarschaft für alle Menschen eine Erleichterung, die nicht die finanziellen Möglichkeiten haben, fehlende Care- und Gesundheitsdienstleistungen privat

hinzuzukaufen. Sie müssen aber explizit auch für jene gedacht werden, deren Lebenserhalt und Reproduktion in der aktuellen Staatlichkeit hintergestellt werden oder nicht vorgesehen sind. Dies kann ein Ansatz für breite queer-feministische Allianzen sein und für die Organisierung mit Menschen, die sich (noch) nicht in linken Strukturen bewegen.

Hier tut sich die oben beschriebene Herausforderung in der Vermittlung zwischen radikalen Zielen und breiten antifaschistischen Bündnissen auf. In Berlin stimmte 2023 eine Mehrheit für die Vergesellschaftung großer Immobilienkonzerne, weil die Notwendigkeit an die Wurzel gehender Maßnahmen in der Mietenpolitik in die Breite der Gesellschaft hinein gut kommuniziert und mit einer echten Alternative verbunden werden konnte. Statt eines Diskursradikalismus für eine bereits überzeugte linke Minderheit gilt es, einen intersektionalen Antifaschismus mit konkreten Verbesserungen für die Mehrheit glaubhaft zu verbinden und gleichzeitig Antworten auf den reaktionären Kulturkampf zu geben.

Den Kulturkampf popular und intersektional führen. Das umfasst auch die Ansprache jener schwankenden Teile der Gesellschaft, wie zum Beispiel traditionelle, christliche und sozialdemokratische Milieus sowie Teile der Mittelklasse. Viele von ihnen teilen den Eindruck, dass die gesellschaftliche und politische Entwicklung gegen ihre Lebensvorstellungen läuft, sie verbindet die Sorge vor Altersarmut und sozialem Abstieg und die kulturelle Bindung an Formen von »Familie«. Familie als soziales Verhältnis organisiert jedoch auch die Privatisierung gesellschaftlicher Erfahrungen und die Reproduktion des krisenhaften Alltags. Denn durch Kürzungen in der sozialen Daseinsvorsorge und Preissteigerungen wird Sorgearbeit wieder vermehrt in die Familien

verlagert und dort historisch den Frauen aufgetragen. Je weniger Ressourcen zur Verfügung stehen, Dienstleistungen privat hinzuzukaufen, desto stärker sind Menschen davon betroffen.

Gleichzeitig ist gesellschaftlich stark umkämpft, welche Familien darin zumindest etwas abgesichert werden sollen. Die AfD führt den Klassen- und Kulturkampf von oben mit Bezug auf die »traditionelle Familie«, auf die »normalen« Familien, deren Angehörige zugleich als »Leistungsträger« angesprochen werden. Die Frage der Wiedererweckung der weißen Nation wird zur Frage der Familie und umgekehrt, immer verwoben mit Rassismus, patriarchalen und heteronormativen Ideologieelementen. Die Strategie der AfD, sich als »Partei der normalen Familien« zu inszenieren und so Brücken hin zu ihrem Kampf gegen die »Gender-Ideologie« und Migration zu schlagen, scheint derzeit aufzugehen. Zugleich ist das autoritär-hierarchische, patriarchale Familienbild der AfD auch eine potenzielle Schwachstelle der Rechten.

Denn für eine Mehrheit der Frauen, der Arbeiter*innen und ihrer Familien würde eine neoliberal-reaktionäre Familien- und Sozialpolitik eine drastische Verschlechterung der Lebensverhältnisse bedeuten. Denn auch wenn Leistungen für traditionelle Familien ausgebaut werden, wird diese Politik insgesamt mit massiven Kürzungen im Sozialbereich einhergehen. Außerdem baut sie darauf, dass weite Teile der Versorgung individuell gestemmt und weiter privatisiert werden. Gerade für Frauen bedeutet das, dass sie keine eigenständige Absicherung etwa bei Trennung oder im Alter erwarten können. Für marginalisierte Gruppen, für Alleinerziehende, Menschen mit Behinderungen und chronischen Krankheiten, von Rassismus, Queer- und Transfeindlichkeit

Betroffene, deren Familien nicht als solche angesehen werden, geht es oft schon jetzt um das Überleben.

Die Vergesellschaftung von Sorgearbeit als Strategie einer brückenbauenden Polarisierung greift dies auf, indem sie die geschlechtliche Arbeitsteilung als Bedingung der aktuellen Geschlechterverhältnisse angreift und deren Verschränkung mit rassistischen und queerfeindlichen Ausschlüssen in den Blick rückt. Sie tut dies, indem sie Bedingungen guter Sorge für alle ins Zentrum stellt – konkret etwa:

- ➔ Entprivatisierung und Gemeinwohlorientierung, Ausbau und Aufwertung von Care-Infrastrukturen auf allen Ebenen; Zugang für alle Bevölkerungsgruppen, insbesondere die genannten, deren Ansprüche heute besonders prekär sind; kein Profit mit Pflege, Gesundheit, Kinderbetreuung und Assistenz, damit der Zugang für alle kostenlos sein kann;
- ➔ Arbeitszeitverkürzung (z. B. die 30-Stunden-Woche mit Lohnausgleich) als eine Voraussetzung für eine andere Organisation von Care;
- ➔ Sorge jenseits einer passivierenden Logik von Assistenz; Ausbau einer intersektional orientierten und empowernden Gesundheitsversorgung und Pflege; Stärkung öffentlicher Orte und Ressourcen für kollektive und nicht familiarisierte Formen des Sorgens;
- ➔ keine weitere Verschiebung der Care-Krise an Menschen und Länder der Peripherie (*global care chains*); *decent work* und angemessene Arbeitsverhältnisse für Migrant*innen im Care-Sektor beispielsweise in kommunalen Pflegeeinrichtungen oder Pflegegenossenschaften (vgl. Diaz Molina u. a. in diesem Heft).

Mit dieser Perspektive kann es möglich werden, Verbesserungen für die Mehrheit voranzubringen und dies gleichzeitig von dem Zwang

zu einer einzigen Familienform zu trennen. Auf diese Weise werden überhaupt erst die Möglichkeiten für diverse Formen des Zusammenlebens geschaffen, weil die traditionelle Familie nicht das einzige Versprechen des Überlebens ist. Bei der Vergesellschaftung von Sorge geht es nicht nur darum, Sorgearbeit gerechter zu verteilen, sondern darum, ein binäres, hierarchisches, patriarchales sowie hetero- und cis-normatives Geschlechterverhältnis in seiner Verschränkung mit dem *racial capitalism* und die damit verbundenen Arbeitsteilungen aufzuheben. Dies ist der Fluchtpunkt einer Vergesellschaftung von Care-Arbeit.² Damit hat sie zahlreiche Überschneidungen mit den Diskussionen zu transformativer Gerechtigkeit und Abolition.

Intersektionaler Antifaschismus kann nur in Konflikt und Solidarität zwischen unterschiedlichen Ansätzen, Initiativen und Bewegungen entstehen und mächtig werden. Das erfordert viele Diskussionen, Geduld, Kreativität, Care sowie die Bereitschaft, Widersprüche anzuerkennen und auszuhalten. Es bedarf auch unserer Fähigkeit, Solidarität in der Differenz zu entwickeln und aus unterschiedlichen Erfahrungen und Ansätzen gemeinsame Kraft zu schöpfen.

Intersektionaler Antifaschismus will die Begehren nach Befreiung gegen brutalisierten Spät-Neoliberalismus, genozidalen Kapitalismus und Faschisierung nähren. Dieses Begehren lässt sich aber nicht am Reißbrett planen, sondern kann nur genährt werden, indem wir uns auf bereits existierende Bewegungen beziehen und ein neues Verhältnis von theoretischer, politischer und kultureller Praxis finden. Es braucht eine konkrete Praxis, die Momente einer intersektionalen und sozialistischen Utopie beinhaltet, den Horizont

eines guten Lebens für alle vorstellbar macht und damit »Hoffnung schafft«.

- 1 Vgl. hierzu unter anderem die ausführlichen Debatten in den Heften 2/2023, 2/2024 sowie 1/2025 der Zeitschrift *LuXemburg*.
- 2 Vgl. dazu ausführlich und für unterschiedliche Care-Bereiche <https://sorgende-staedte.org>

LITERATUR

- Becker, Lia, 2025: Der Horizont eines sozialen Antifaschismus. Neoliberale Faschisierung und das Momentum der Linken, in: *LuXemburg*, Juli 2025, <https://zeitschrift-luxemburg.de/artikel/der-horizont-eines-sozialen-antifaschismus/>
- Callison, William/Gago, Verónica, 2025: Die Kettensägen-Internationale, in: *LuXemburg*, Mai 2025, <https://zeitschrift-luxemburg.de/artikel/kettensaegen-internationale/>
- Klein, Naomi/Taylor, Astra, 2025: Aufstieg des Endzeitfaschismus, in: *Blätter für deutsche und internationale Politik* 6/2025, 47–60
- Toscano, Alberto, 2025: Spätfaschismus. Rassismus, Kapitalismus und autoritäre Krisenpolitik, Münster
- Thompson, Vanessa, 2025: Schwarze Kritik des Faschismus. Warum abolitionistische Perspektiven für sozialen Antifaschismus unverzichtbar sind, in *LuXemburg*, Dezember 2025: <https://zeitschrift-luxemburg.de/schwarze-faschismuskritik/>
- Walia, Harsha, 2021: *Border and Rule. Global Migration, Capitalism, and the Rise of Racist Nationalism*, Chicago

LIA BECKER arbeitet unter anderem zu Faschisierung, Transfeminismus und Klasse. Sie ist Mitglied der queer-feministischen Programmkommission der Linken.

LOLA FISCHER-IRMLER ist wissenschaftliche Mitarbeiterin am Arbeitsbereich Gender und Diversity des Otto-Suhr-Instituts an der FU Berlin und in der Initiative »Sorge ins ParkCenter« aktiv.

BARBARA FRIED ist Referentin für klassenpolitischen Feminismus der Rosa-Luxemburg-Stiftung und Teil der Feministischen Kommission des Parteivorstands der Linken.

ELISA OTZELBERGER studiert Geschlechtergeschichte und ist Mitglied im Ko-Kreis der Bewegungslinken.

BIRGIT SAUER ist Professorin i. R. für Politikwissenschaft an der Universität Wien und Vorsitzende des Wissenschaftlichen Beirats der Rosa-Luxemburg-Stiftung.

ALEX WISCHNEWSKI beschäftigt sich mit internationalen feministischen Bewegungen und ist Mitglied der queer-feministischen Programmkommission der Linken.

AFFEKTIVE DEMOKRATIE DEN KULTURKAMPF QUEER-FEMINISTISCH INTERSEKTIONAL WENDEN

BIRGIT SAUER

Die Politisierung von Wut scheint derzeit das Terrain der Rechten allein. Emotionalität und die Sorge umeinander sind aber wesentliche Elemente des politischen Handelns, insbesondere für queer-feministische Kämpfe gegen autoritäre Entwicklungen

DIE AUTORITÄR-RECHTE KONSTELLATION

Rechte Akteur*innen führen einen Kampf um kulturelle Hegemonie, um die Staatsmacht zu »erobern« und autoritäre Lösungen neoliberaler Transformationskrisen durchzusetzen. Dazu setzen sie auf weiße männliche Suprematie und Maskulinität, auf die Naturalisierung von Ungleichheit und Herrschaft sowie auf die Konstruktion von auszuschließenden oder tötbaren Körpern. Diskurse um Geschlecht und Sexualität eignen sich für diesen rechten Kulturkampf besonders gut, da sich damit moralische Paniken vor der Auflösung des Gewohnten und vor Kontrollverlust erzeugen lassen. Rechtsautoritäre Akteur*innen verknüpfen in diesen *moral panics* diskursiv Bedrohung und Verunsicherung, etwa erschütterte heteronormative Familienverhältnisse und eine vermeintliche

Krise der weißen Männlichkeit, mit dem Versprechen von Sicherheit durch Führung, Unterordnung und Disziplin z.B. in der Familie. Die Gender- und Sexualitätspaniken deuten nicht nur die materielle Entrechtung der neoliberalen Ära um, sondern sie sind auch eine Strategie, um für den autoritären Umbau einen gesellschaftlichen Konsens herzustellen, also autoritäre Diskurse und Praktiken zum Common Sense zu machen. Und sie gehen mit Gewalt einher – vor allem gegen Migrant*innen, PoC und trans* Personen.

Geschlechter- und Sexualitätsfragen müssen deshalb zum Ausgangspunkt für eine emanzipatorische Gegenmobilisierung werden. Ein queer-feministischer Kulturkampf gegen die autoritäre Rechte muss zum einen die befreiende Perspektive des Ausstiegs aus patriarcho-kapitalistischen Geschlechter-,

Sexualitäts- und Familienverhältnissen vor Augen führen. Zum anderen muss er den neoliberalen Exzess von Affekten, wie ihn die autoritäre Rechte in den *moral panics* inszeniert, aufgreifen und als affektive Demokratie re-artikulieren. Affektive Demokratie nimmt ein materialistisch-feministisches Demokratiekonzept zum Ausgangspunkt, das Arbeit und Arbeitsteilung, Sorgetätigkeiten und Selbstsorge als demokratisches Handeln, das heißt als Partizipation am Ringen um die Organisation des Lebens, begreift.

KAPITALISMUS, GESCHLECHT UND AFFEKTE. INTERSEKTIONEN VON HERRSCHAFT

Kapitalistisch-patriarchale Unterdrückung basiert schon immer auf heteronormativer Zweigeschlechtlichkeit, Trennungen von produktiver und reproduktiver Arbeit oder von staatlichem Innen und Außen. Zweigeschlechtlichkeit institutionalisierte historisch die permanente Produktion multipler kapitalistischer Ausbeutung und Ungleichheiten wie die Unterwerfung von Frauen*, Gewalt gegen Homosexuelle und trans* Personen, aber auch Sexualisierung und Ausschluss von »Anderen«, von nicht zur Nation Gehörenden, zum Beispiel rassialisierten Menschen. Die heterosexuelle Familie ist die sichtbare Institutionalisierungsform dieser Grausamkeiten. Die kapitalistische Akkumulation hat die Konzentration von Sorge – als Arbeit, als Liebe, als Zugehörigkeit und Affektivität – in einer vermeintlichen Privatsphäre, die von der öffentlichen, staatlichen Sphäre getrennt sei, zur Voraussetzung.

Erwerbsarbeiter müssen privat und kostenlos reproduziert, sollen umsorgt werden und die öffentliche Sphäre deshalb rational

BIRGIT SAUER war bis zu ihrer Pensionierung Professorin für Politikwissenschaft an der Universität Wien. Sie forscht insbesondere zum Thema Geschlecht und Politik. Zudem ist sie Vorsitzende des Wissenschaftlichen Beirats der Rosa-Luxemburg-Stiftung und ehrenamtliche Redakteurin dieser Zeitschrift.

und emotionsfrei organisiert sein, damit das Liebes- und Reproduktionsversprechen der Privatheit umso deutlicher und umso gewaltvoller als Verfügungsanspruch durchgesetzt werden kann. Für die patriarcho-kapitalistische Moderne ist ein Dispositiv affektiver Trennungen charakteristisch, das emotionalisierte Menschen ausschließt und abwertet.

Antikapitalistische Kämpfe gegen rechts müssen also auch deshalb Geschlechter- und Sexualitätsverhältnisse sowie Affektivität ins Zentrum stellen, weil diese Konstellationen kapitalistische Ausbeutungsverhältnisse im Alltagsverstand der Menschen verankert haben. Einen queer-feministischen Kampf um kulturelle Hegemonie zu führen bedeutet daher auch, diese Grundfesten des Kapitalismus in den Denk- und Fühlweisen, in der Arbeit, im Alltag und in den Sorgeverhältnissen zu erschüttern.¹

DIE ILLUSION DEMOKRATISCHER RATIONALITÄT

Die Verführung auch linker Politik war es lange, daran zu glauben, dass der Kampf um Emanzipation »rational« geführt werden müsse, um legitim zu sein. Solidarität, der Anspruch der internationalen Arbeiterbewegung, konnte dann nicht als Emotionalität, als Form der Sorge umeinander begriffen werden, sondern als eine rationale Entscheidung für den gemeinsamen Kampf. Dies

führt aber in eine politische und emotionale Sackgasse, ist doch die affektive Zusammengehörigkeit bei allen Freiheitskämpfen zentral. Auch Geschlechter- und Sexualitätskämpfe waren historisch schon immer emotional. Die Verunglimpfung queerer und feministischer Perspektiven als »bloße Identitätspolitik« trug wesentlich zur Krise linker Gegenmacht bei. Heute sind wir, wie auch schon in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts, an einem Punkt, wo Affektivität und Emotionalität das exklusive Terrain der autoritären Rechten zu sein scheinen.

Die Trennungsverhältnisse der liberalen Demokratie, zu denen auch die Trennung von Rationalität und Emotionalität gehört, dienten schon immer der Herrschaftssicherung der bürgerlichen Klasse. Die an die liberale Demokratie geknüpften Vorstellungen von politischem Subjektsein (der weiße, männliche, produktive und »vernünftige« Bürger), die Trennung von öffentlich und privat und die Idee der Repräsentation sind Formen der bürgerlich-kapitalistischen Herrschaft. Diese Vorstellungen sind an ihr Ende gekommen. Daher gilt es, Demokratie radikal neu zu erfinden, um kapitalistisch-patriarchale Herrschaft zu überwinden.

DIE ZEIT IST GÜNSTIG: DEMOKRATIE NEU DENKEN

Nicht weniger als das ist der Einsatz für einen neuen Anlauf im Kampf um Befreiung. Die Zeit ist günstig für einen feministischen Kulturkampf, denn in der Krise der sozialen Reproduktion, der damit verbundenen Krise von Sorgeverhältnissen und der Verunsicherung von Geschlechterverhältnissen liegt eine Chance. Diese Krisen bieten Ansatzpunkte für die sukzessive Auflösung von geschlechtlich

verfestigten kapitalistischen Ausbeutungsverhältnissen. Der Kampf für Emanzipation muss aber auch Affekte und Emotionen als notwendige Elemente des Politischen ernst nehmen. Nicht nur das Private ist politisch, auch das Politische ist privat, weil Politik (private) Interessen aushandelt und Subjektivitäten entstehen lässt. Linke, queer-feministische und intersektionale Kämpfe um eine neue Demokratie müssen Kämpfe um Emotionen und Affekte sein, sie müssen anstecken, affizieren, um intersektionale Herrschaftsformen gemeinsam aufzulösen in Praxen der Sorge, Relationalität und Solidarität. Und sie können zeigen, dass das Affektdispositiv, wie es in Zweigeschlechtlichkeit und in heterosexuellen Familien entsteht, einengt.

EMANZIPATION UND »AFFEKTIVE DEMOKRATIE«

Ein emanzipatorisches Projekt gegen die autoritäre Rechte muss ohne Zweifel die immense soziale Ungleichheit beseitigen, es muss Programme ökonomischer Umverteilung auflegen und eine soziale Infrastruktur etablieren. Demokratische Selbstbestimmung kann nur durch eine fundamentale Transformation der Eigentumsverhältnisse sowie der darin eingelagerten geschlechtsspezifischen affektiven Arbeitsteilung verwirklicht werden. Umverteilung und ein neuer Arbeitsbegriff sind notwendige, aber keine hinreichenden Voraussetzungen dafür, der autoritären Rechten den Boden zu entziehen oder gar emanzipatorische Verhältnisse zu schaffen. Dazu bedarf es einer radikalen Neuimagination des Demokratischen, des Alltags und von Subjektvorstellungen, also eines emanzipatorischen queer-feministischen Kulturkampfes.

Grundlage dafür ist ein Perspektivenwechsel, um Demokratie vom Abgespaltenen der patriarcho-kapitalistischen Herrschaftsform aus zu konzipieren – von der Privatsphäre, den Geschlechter- und Sexualitätsverhältnissen, dem Subjektsein, der Sorge und der Affektivität. So schreibt etwa Gundula Ludwig (2021, 661), dass politisches Handeln immer auch ein Handeln zwischen Menschen und damit »ein Handeln zwischen Körpern« ist, situiert in affektiven Konstellationen. Auch Isabell Loreys Vorschlag einer »präsentischen Demokratie« stützt sich »nicht auf autonome Individuen«, sondern auf »Verbindungen und Affizierungen« (Lorey 2020, 161).

Affekte sind Teil des Alltags der Menschen, der Erwerbsarbeit, der prekären Tätigkeit oder der Erwerbslosigkeit, der Sorge um sich und um andere, sie sind aber auch ein notwendiges Element von Staatlichkeit und politisch-demokratischem Handeln. Affektivität als soziales Verhältnis und Teil der staatlichen Arena ist aber immer widersprüchlich. Darin liegt ihr emanzipatorisches Potenzial. Für eine feministisch-intersektionale Idee von Demokratie geht es einerseits darum, die abgespaltene und ausgeschlossene Affektivität als notwendigen Teil von Politik anzuerkennen, andererseits aber auch darum, die Affektivität der Ausgeschlossenen wahrzunehmen. Alison Jaggar (1989) spricht von »outlaw emotions« meist marginalisierter Menschen, die dominanten Gefühlslagen widerständig widersprechen. Ganz ähnlich hebt Sara Ahmed (2004) die emanzipatorische Kraft von »affect aliens«, von aufgrund ihrer Affektivität Ausgeschlossenen hervor – des Pöbels, Homosexueller, von trans* Personen oder Frauen*.

Demokratie entsteht in Arbeits- und Sorgenkämpfen, kollektiven wie individuellen Auseinandersetzungen um Leben, um Emotionen und Affekte. In diesem widersprüchlichen Feld kann sich Demokratie als ermöglichende, sorgende, affektive und affizierende Praxis ausbilden. Affekte erlauben das anerkennende Miteinander mit anderen, bieten sie doch die Chance, die eigene Verletzbarkeit wie auch jene der anderen wahrzunehmen und sie zum Ausgangspunkt politischen Handelns zu machen. So kann gemeinsames Handeln als Bezogenheit und Beziehung, als Nähe, aber auch Distanz und als konflikthafte, widersprüchliche Ringen darum gefasst werden. Sorge ist eine Lebensbedingung, die aufgrund der Angewiesenheit auf andere Menschen entsteht. Sie kann daher für diese Abhängigkeit sensibilisieren. Das Wissen um gemeinsame Abhängigkeit und das Angewiesensein aufeinander können wiederum zur Grundlage gemeinsamen demokratischen Handelns als »fürsorgliche Praxis« werden (Tronto 2013). Die Idee affektiver Demokratie kann an diese Vorstellungen von Sorge anschließen, will aber die politisch-demokratische Dimension menschlicher Relationalität und Beziehung stärker betonen.

Der Raum des Politischen entsteht aus affektiver politischer Subjektivierung – und umgekehrt: Er produziert affektive politische Subjekte. Das Gemeinsame des politischen Handelns beruht zwar auf Affizierung, auf Beziehung und Relation, auf Zugewandtheit und Empathie, doch in einem stets umkämpften und widersprüchlichen politischen Raum. In einem Konzept »affektiver Demokratie« können daher Affekte nicht schlicht zelebriert werden. Vielmehr müssen Affekte

stets in ihrer Eingebundenheit in patriarcho-kapitalistische Verhältnisse betrachtet und auf ihre Widersprüchlichkeit hin befragt werden. Affekte können herrschaftliche Verhältnisse kreieren und reproduzieren, gerade heute, da Gefühle eine neue Form der Regierung von Menschen, eine »neoliberale affektive Gouvernamentalität«, also eine Form von Herrschaft geworden sind (Penz/Sauer 2016, 95ff).

Affektive Subjektivierungsweisen eröffnen aber auch Chancen für die Auflösung von hierarchischer Zweigeschlechtlichkeit und intersektionaler Herrschaft sowie für Möglichkeiten emanzipativer Politikformen der Affizierung gegen kapitalistische Entfremdung. Es gibt keine per se demokratiefeindlichen Emotionen und Affekte, wie dies Eva Illouz (2023) oder Martha Nussbaum (2016) annehmen. Auch »negative« Gefühle wie Hass, Ressentiment oder Abscheu, die darauf zielen, Menschen herabzuwürdigen und auszuschließen, können Ausgangspunkte für emanzipatorische Politiken sein. Dies hat Audre Lorde (1984) in einem frühen Text am Beispiel des Kampfs gegen rassistische Erfahrungen gezeigt.

Für das Konzept einer affektiven Demokratie ist der materialistisch-feministische Anspruch der Herrschaftskritik allerdings zentral, wie ihn auch die frühe Frauenbewegung erhob: Frauenbewegtem Aktivismus ging es um die Politisierung und Kritik herrschaftsförmiger Geschlechterverhältnisse, versteinert auch in einer restriktiven Politik der Gefühle. Die Vorstellung einer affektiven Demokratie muss somit die Spannung zwischen Affekten als kreativ-emanzipatorischem Aspekt von Handeln und Affekten als herrschaftlich überformten politischen Instrumenten fassen.

Affektive Demokratie benötigt Institutionen und Mechanismen, die dieses Spannungsverhältnis zumindest zeitweise auf Dauer stellen, um es dann auch wieder auflösen zu können. Affektive Demokratie bräuchte beispielsweise neuartige kommunikative Foren, Räume im Alltag, Zeiten und institutionelle Formen, um den je individuellen bzw. kollektiven Gefühlen gemeinsam nachzuspüren, aber auch, um über sie nachzudenken, um also herauszufinden, woher sie kommen, was sie ausgelöst hat und welche Bedeutung sie für das je eigene Leben, aber auch für das Leben anderer Menschen haben. Affektive Demokratie benötigt also Verfahren, um Affekten in der Politik zu ihrem Recht zu verhelfen, aber auch um ihr zerstörerisches Potenzial in Schach zu halten. Dazu bedarf es der »Gefühlskritik« (von Maur 2023). In Ansätzen des feministischen Community Organizing und bei Haustürgesprächen wird diese teilweise schon erprobt (vgl. Fries/Gennburg in diesem Heft).

Dies heißt auch, die unmittelbare Verknüpfung von Affekten, materiellen Verhältnissen, von Produktions- und Reproduktionsverhältnissen sowie Geschlechter-, Sexualitäts- und Ethnizitätsverhältnissen gemeinsam zu erkennen, zu hinterfragen, immer wieder in ihrer Herrschaftsförmigkeit zu kritisieren, um demokratisierende Veränderung anzustoßen. Gemeinsame Praxen der Sorge sind bereits gegenwärtige Ausgangspunkte, wie sie zugleich tragende Grundlage für solche neuen Institutionen werden müssen.

AFFEKTIVE DEMOKRATIE GEGEN EINE MASKULINISTISCH-RECHTE KONJUNKTUR

Eine Transformation der aktuellen maskulinistischen Konjunktur hin zu einer sor-

genden, egalitären Konstellation muss die hegemoniale Affektstruktur transformieren und als das anerkennen, was sie ist: ein notwendiges Element des Politischen. Der von der autoritären Rechten künstlich produzierten Unsicherheit und ihrer autoritären Versicherheitlichung können wir mit einer Idee begegnen, die Sicherheit »entlang von Sorge, Relationalität und Interdependenz« denkt (Laufenberg/Thompson 2021, 32). Anders als autoritäre Sicherheitsversprechen der politischen Rechten kann Sicherheit in und aus konkreten Sorgepraxen von Menschen entstehen, insbesondere in marginalisierten Praxen. Kian Kaiser (2025, 29) formuliert dies folgendermaßen:

»Wenn wir anfangen, das Leben von trans Menschen als Provokation zu begreifen, und anfangen, ihre Erfahrungen als Teil unserer Realität anzuerkennen, eröffnen sich neue Perspektiven. Neue Perspektiven auf Familie, auf Arbeit, auf Pflege, auf Zugehörigkeit. Es entstehen Räume, in denen Fürsorge nicht an Ausbeutung und Anerkennung, nicht an Anpassung geknüpft ist. Diese Räume sind selten [...] Aber sie sind da. In selbstorganisierten Kollektiven, in queeren Care-Netzwerken, in migrantischen Freund:innenschaften, in solidarischen Praxen.«

Solche Praxen werden bereits gelebt und erprobt, in kommunalen Ansätzen »sorgender Städte«, in Caring Communities von trans* Personen, aber auch in den Anfängen der Covid-Pandemie, als spontane Praxen einer nachbarschaftlichen solidarischen Infrastruktur entstanden, ebenso wie in Zeiten des Ukraine-Krieges, um Geflüchtete zu unterstützen. Auch wenn solche solidarischen Infrastrukturen zerbrechlich und fragil sind,

können sie sich als Erfahrung in den Alltag, in den Common Sense der Menschen einschreiben. Was in noch begrenzten Räumen praktiziert wird, beinhaltet ein Potenzial für populäre Ausweitung, ja für Praxen des queer-feministischen Universalisierens.

1 Ich bevorzuge die Konzepte Affekt und Affektivität gegenüber Emotion und Gefühl, um auf die körperliche Dimension und vor allem die Relationalität, die Atmosphäre, die durch Spuren entsteht, hervorzuheben. Emotionen und Gefühle sind demgegenüber zielgerichteter auf ein Objekt.

LITERATUR

- Ahmed, Sara, 2004: *The Cultural Politics of Emotion*, Edinburgh
- Illouz, Eva, 2023: *Undemokratische Emotionen*, Berlin
- Jaggar, Alison M., 1989: *Love and Knowledge. Emotion in Feminist Epistemology*, in: *Inquiry* 2/1989, 151–176
- Kaiser, Kian, 2025: *Geschlecht als Werkzeug, nicht als Waffe*, in: *Tagebuch* 6, 26–30, <https://tagebuch.at/2025/10/geschlecht-als-werkzeug-nicht-als-waffe/>
- Laufenberg, Mike/Thompson, Vanessa, 2021: *Kritik der Sicherheit. Gesellschaftstheoretische und intersektionale Perspektiven*, in: dies. (Hg.), *Sicherheit. Rassismuskritische und feministische Beiträge*, Münster, 7–54
- Lorde, Audre, 1984: *The Uses of Anger: Women Responding to Racism*, in: dies., *Sister Outsider. Essays and Speeches*, Berkeley, 124–133
- Lorey, Isabell, 2020: *Demokratie im Präsens. Eine Theorie der politischen Gegenwart*, Berlin
- Ludwig, Gundula, 2021: *Körper und politische (An-)Ordnungen. Zur Bedeutung von Körpern in der modernen westlichen Politischen Theorie*, in: *Politische Vierteljahresschrift* 4/2021, 643–669
- Maur, Imke von, 2023: *›Richtiges Fühlen‹ als Politikum – Gefühlspraxis und Gefühlskritik*, in: dies./Meyer, Uwe/Walter, Sven (Hg.), *Wozu Gefühle? Philosophische Reflexionen für Achim Stephan*, Leiden, 43–66
- Nussbaum, Martha, 2016: *Warum Liebe für Gerechtigkeit wichtig ist*, Berlin
- Penz, Otto/Sauer, Birgit, 2016: *Affektives Kapital. Die Ökonomisierung der Gefühle im Arbeitsleben*, Frankfurt a. M.
- Tronto, Joan C., 2013: *Caring Democracy. Markets, Equality, and Justice*, New York

KIEZKAMPAGNEN: FEMINISTISCH-SOZIALISTISCH LAND (ZURÜCK)GEWINNEN WIE DIE LINKE IN PLÄNTERWALD DER AFD WIND AUS DEN SEGELN GENOMMEN HAT

VON LENA FRIES & KATALIN GENNBURG

Die Linke in Berlin Treptow-Köpenick verfolgt seit Jahren eine konfliktorientierte Stadtteilpolitik. Diese an Fragen der Alltagsversorgung zu orientieren ist auch eine feministische Strategie gegen rechts

Im Berliner Ortsteil Plänterwald offenbart sich, was so oder so ähnlich viele Nachbarschaften in Ost-Berlin prägt und die Menschen dort auseinanderzureißen droht. Sie erleben eine mangelhafte Gesundheits- und Nahversorgung, fehlende Infrastrukturen, schlechte Verkehrsanbindungen sowie marode Straßen statt blühender Landschaften. Darunter leiden insbesondere Menschen, die Sorgeverantwortung tragen, also zu- meist FLINTA, aber auch ältere Menschen, da sie auf kurze Wege und die Integration der Nahversorgung in ihre Arbeits- und Lebensräume angewiesen sind. Trotz der über die letzten 30 Jahre hinweg entstandenen infrastrukturellen Defizite war es insbesondere der Stadtrand im Osten Berlins, der im vergangenen Jahrzehnt Platz für neuen Wohnraum bereitstellen musste. Durch die

Nachverdichtung der grünen Innenhöfe der Ostmoderne verloren ausgerechnet diejenigen auch noch den dringend benötigten Raum zum Zusammenkommen ohne Konsumzwang, die ohnehin am wenigsten haben und in kleinen Wohnungen leben.

Das ist Klassenkampf von oben: Die kapitalgetriebene Baupolitik der Berliner SPD und CDU opfert grüne Begegnungsorte in Großsiedlungen, während die Villenviertel luftig bleiben. Diese Art der Nachverdichtung verstärkt außerdem die Versorgungskrise: Die Nachbar*innen können sich nicht mehr gut vor Ort versorgen, der Verkehr nimmt zu und besonders im hohen Alter wird es schwierig, auf ein Auto zu verzichten, weil es allein den Anschluss an soziale Teilhabe sichert. Wer sich kein Auto leisten kann, ist schlecht dran. Der Frust über diese Unge-

rechtigkeiten vermischt sich mit dem Gefühl, seit 1990 ohnehin nicht in relevante Entwicklungen einbezogen zu werden. Als Linke nehmen wir seit vielen Jahren diese Unzufriedenheit der Menschen ernst und versuchen, mit ihnen gemeinsam Verbesserungen in der Nachbarschaft zu erringen. Seit dem Wahlkampf der Wiederholungswahl zum Berliner Abgeordnetenhaus im Februar 2023 ist es uns gelungen, mit einer entsprechenden Kiezkampagne die Mobilisierung der Rechten »auszudribbeln« – die häufig das Monopol auf die Kanalisierung des vorhandenen Unmuts haben – und dem sozialistisch-feministischen Anspruch auf ein gutes Leben für alle, der seit Jahren Basis unserer Arbeit im Kiez ist, eine politische Form zu geben.

VERSORGUNGSKRISE TRIFFT DEMOKRATIEKRISE

Plänerwald ist ein Ortsteil des Berliner Bezirks Treptow-Köpenick, liegt eine Station außerhalb des S-Bahn-Rings und hat eine Bevölkerung mit hohem Durchschnittsalter. Etliche der Erstbewohner*innen der Q3A-Bauten¹ aus den 1960er-Jahren wollten nie wegziehen, hinzu kamen in den letzten Jahren diejenigen, die aus der Innenstadt verdrängt wurden, weil die Mieten dort nicht mehr bezahlbar sind. Jedoch fehlt es an allem: Ärzt*innen, Bäckereien, einer Apotheke und Kulturräumen. Es gibt noch nicht einmal ausreichend Geldautomaten. Die letzte Hausärztin steht kurz vor der Pensionierung, das örtliche Ärztehaus wurde erst privatisiert und dann aufgrund »fehlender Wirtschaftlichkeit« geschlossen, die lokale Apotheke gab auf. Wir nennen es die »Brandenburgisierung« der Hauptstadt – eine Leere, die inzwischen mitten in der Metropole Raum greift und das schöne Leben auf Tankstellen

LENA FRIES ist Historikerin, Mitarbeiterin bei Katalin Gennburg (MdB) und sowohl in der Bürgerinitiative Plänerwald als auch in der Linken-Ortsgruppe aktiv. Sie versteht die organisierende Arbeit im Kiez insbesondere zu Sorgeinfrastrukturen als antifaschistische Praxis und bringt diesen Ansatz in die Bezirksarbeit der Linken in Berlin Treptow-Köpenick ein.

KATALIN GENNBURG ist Stadtbauhistorikerin und seit Februar 2025 Abgeordnete im Deutschen Bundestag für den Berliner Bezirk Marzahn-Hellersdorf. Sie ist Sprecherin für Stadtentwicklung, Bauen & Tourismus der Fraktion Die Linke. Zuvor hatte sie dreimal hintereinander bei den Wahlen zum Berliner Abgeordnetenhaus das Direktmandat für Treptow-Köpenick errungen und war zusammen mit Ortsverbänden der Linken an der Organisation des Treptower Norden beteiligt.

und Imbissbuden reduziert. Die Gründe dafür sind komplex: gravierendes Versagen der Stadtplanung, ein profitorientiertes Gesundheitssystem und eine neoliberale Wirtschaftspolitik. Deregulierungen, Entstaatlichungen, Bodenprivatisierungen und Betongoldpolitik haben Wohnraum zu einem Anlageobjekt gemacht und zu Preisexplosionen geführt, die längst nicht nur die Innenstadt betreffen. Das Beispiel Plänerwald wirft ein Schlaglicht auf den Zustand des Gemeinwohls in den Kommunen und auf die Wut vieler Menschen dort. Berechtigt ist diese Wut allemal, allerdings richtet sie sich unter den aktuellen Verhältnissen häufig gegen »andere« anstatt gegen »oben«. Darin liegt aber auch eine Chance für linke Politikansätze, die versuchen, diese Emotionen solidarisch zu wenden.

Im Jahr 2021 wehrten sich Bewohner*innen einer der Nachkriegssiedlungen gegen die Errichtung von Neubauten auf mehreren Wiesen und sammelten dagegen

in weniger als drei Wochen über 1 000 Unterschriften (vgl. Leiß 2021). Die rot-rot-grüne Mehrheit im Kommunalparlament beschloss daraufhin einen »Kompromiss«: Einer der großen Innenhöfe sollte von der Bebauung verschont werden, der Rest der geplanten Wohnungen wurde jedoch gebaut. Ohne Verkehrs- und Nahversorgungskonzepte zeigte sich schnell die Fadenscheinigkeit dieser »Lösung«, denn die Alltagsversorgung in der Gegend verbesserte sich nicht und die Frustration über das Abgehängtsein im Kiez vermengte sich mit der sich im Zuge der Corona-Pandemie und angesichts der Vielfachkrise verschlechterten gesamtgesellschaftlichen Stimmungslage. Auch rassistische Diskurse über die zugezogenen neuen Nachbar*innen nahmen zu. Als Ende 2022 dann für den Bau eines Radwegs 290 Parkplätze wegfallen sollten, schien das der sprichwörtliche Tropfen zu sein, der das Fass zum Überlaufen brachte. Es folgte eine emotionalisierte Debatte über die Missstände im Ortsteil, die die AfD geschickt aufzugreifen verstand: Sie forderte im Februar 2023, drei Tage vor der Wahl zum Berliner Abgeordnetenhaus, die Parkplätze zu erhalten und den Radwegebau zu stoppen.

BÜRGERINITIATIVEN UND KIEZKAMPAGNEN

Die Linke im Treptower Norden verfolgt seit 2016 eine konfliktorientierte Politik vor Ort. Wir versuchen, die Wut der Menschen über die gesellschaftlichen Verhältnisse in politische Handlungsfähigkeit zu verwandeln. Nichts wird kleingeredet, nichts wird wegmoderiert. Im Gegenteil: Kein Konflikt ist zu klein und keiner zu groß, um nicht mit einer Initiative im Stadtteil darauf einzugehen oder

eine neue deswegen zu gründen. Die Gefühle der Menschen werden ernst genommen und dennoch – oder gerade deshalb – gemeinsam hinterfragt und reflektiert. Denn bei dieser Art von organisierender Kampagnenarbeit geht es auch darum, »die Spannung zwischen Affekten als kreativ-emanzipatorischem Aspekt von Handeln und Affekten als herrschaftlich überformten politischen Instrumenten« (Birgit Sauer in diesem Heft) aufzugreifen. Das ist ein ambitioniertes Anliegen, das aber nicht zuletzt auf der Grundlage einer seit Jahren vertrauensvollen Zusammenarbeit mit lokalen Akteur*innen im Plänterwald tatsächlich verfolgt werden kann. Zu der seit über 30 Jahren existierenden Bürgerinitiative gibt es langjährige Kontakte. Doch wie genau sind wir vorgegangen?

ZUHÖREN, PROBLEME ERNST NEHMEN UND DIESE AUF LINKS DREHEN!

Als wir bei Haustürgesprächen von der Wut über den neuen Radweg erfuhren, überlegten wir zunächst, was eigentlich unsere Haltung dazu sein könnte. Schnell wurde klar, am Radweg selbst konnte es nicht liegen, dem Unmut mussten noch andere Dinge zugrunde liegen. Um diese zu ergründen, haben wir mit dem Wichtigsten angefangen: Zuhören, die Perspektiven der Menschen verstehen und ernst nehmen, die sie umtreibenden Probleme identifizieren und nach Lösungen suchen, die nicht diejenigen verantwortlich machen, die über noch weniger Ressourcen und Einfluss verfügen. Das heißt, die Menschen aktiv einbinden, aber auch alternative Deutungen und praktische Vorschläge anbieten, wie sich die Lebenssituation vor Ort jenseits rechtspopulistischer Frustparolen ver-

bessern lässt. Im Plänterwald ließ sich daraus eine lokale Kampagne entwickeln, die an den alltäglichen Bedürfnissen der Nachbarschaft ansetzt und die Ohnmacht überwindet. Das ist aufwendig, aber lohnt sich.

An den Haustüren, in Bürgerdialogen neben dem Supermarkt vor Ort und im Austausch mit der lokalen Bürgerinitiative wurde der eigentliche »Elefant im Raum« identifiziert: die fehlende Beteiligung der Menschen an den Bauprojekten im Ortsteil bei gleichzeitigem Abbau der Versorgungsinfrastrukturen: von der Apotheke bis zur Postfiliale. Dies hatte zu einer allgemeinen Ablehnung und Wut gegen »die Eliten« geführt, anknüpfend an die im Osten noch sehr präsenten Erfahrungen von Vereinigungsunrecht, Ausverkauf und Schlechterstellung. Für rechte Mobilisierung ein ideales Terrain.

GEMEINSAME INTERESSEN IDENTIFIZIEREN UND ANLIEGEN FORMULIEREN

Nach vielen Gesprächen entstand die Idee zu einer Kampagne, die die eingeschränkte Mobilität der Menschen zum Ausgangspunkt nimmt und die fußläufige Erreichbarkeit von guter Nahversorgung für Alt und Jung zum Kern der Forderungen erklärt. Wir stellen damit soziale Infrastrukturen und nachhaltige Verkehrslösungen gegen die allgegenwärtige Krise des Alltagslebens, beharren auf dem Recht auf Mobilität und darauf, dass diese bezahlbar und umweltverträglich sein muss, anstatt die private Autonutzung unkritisch zu verteidigen. Damit docken wir als Linke an eine feministische Stadtentwicklungspolitik an, die das Leben und die Alltagsversorgung in den Blick nimmt und damit vor allem das Leben von FLINTA. Aus den Erfahrungen mit

der harten Realität von Pflegenden, Kinderbetreuenden, körperlich eingeschränkten und älteren Menschen, die immer wieder an der Alltagsbewältigung scheitern, entwickeln wir die Realutopie einer »sorgenden Stadt«.² Wir versuchen das Bedürfnis danach zusammen mit der lokalen Bevölkerung zu artikulieren und vor diesem Hintergrund eine politische Bewegung aufzubauen. So weisen wir vermeintliche Betonlösungen in der Horizontalen oder Vertikalen wie eine traditionelle Parkplatz- und Autopolitik sowie das Konzept Bauen, Bauen und immer mehr Bauen zurück und schlagen solidarische Antworten vor, für die es sich wirklich zu kämpfen lohnt.

VERBÜNDETE SUCHEN UND VERNETZUNG VORANTREIBEN

Für die konkrete Arbeit vor Ort kooperieren wir mit der Kampagne »Sorge ins ParkCenter«,³ die das nahezu leer stehende Parkcenter im angrenzenden Stadtteil Alt-Treptow für die (Sorge-)Bedarfe der Nachbarschaft zu vergesellschaften sucht – mit Gemeinschaftsküchen, Kinderbetreuung und Repair-Stationen. Es soll zu einem »Sorge-Zentrum« umgenutzt werden, wie es sie in mehreren lateinamerikanischen Metropolen als Ergebnis einer Kooperation zwischen feministischen Bewegungen und lokaler Politik bereits gibt (vgl. Testoni/Zubcov 2025). Von Anfang an stützte sich die Kampagne auf eine enge Zusammenarbeit mit der lokalen Bürgerinitiative, die sich seit über 30 Jahren für den Ortsteil Plänterwald engagiert und mit der wir bereits zahlreiche Kämpfe geführt haben. So konnten wir lokale Publikationen wie das von der Initiative herausgegebene *Plänterwaldblatt* nutzen, auf Kontakt- und Mailinglisten

zugreifen und dadurch unsere Reichweite vergrößern. »Macht umverteilen« wird dabei praktisch, indem Ressourcen des lokalen Abgeordnetenbüros für die Menschen vor Ort zugänglich und nutzbar gemacht werden. Es wird (Herrschafts-)Wissen aus Parlament und stadtpolitischen Netzwerken weitergegeben, es werden Ausschussthemen gesetzt oder Briefe geschrieben. Aber vor allem werden Menschen zur ehrenamtlichen Arbeit ermächtigt, indem Hauptamtliche Bürokratiekram und zeitraubende Aufgaben übernehmen.

REIN IN DIE KIEZE: KOMMUNALE INSTRUMENTE FÜR DIE LANGFRISTIGE ORGANISIERUNG NUTZEN

Mithilfe eines Einwohnerantrags, einem demokratischen Instrument, das die Bezirksverordnetenversammlungen in Berlin bei Vorliegen von über 1 000 Unterschriften zu einem Beschluss zwingt, organisiert Die Linke zusammen mit der lokalen Bürgerinitiative Plänerwald nun seit über zwei Jahren den Kiez. Der Einwohnerantrag fordert nicht weniger als die Lösung des Versorgungs- und Infrastrukturproblems vor Ort. Er fordert ein Mobilitäts- und Infrastrukturkonzept für ein lebenswertes Plänerwald unter Beteiligung der dort lebenden Menschen. Das mag auf den ersten Blick nach einer großen Forderung klingen, im Kern geht es den Anwohner*innen schlicht um ein städtebauliches Entwicklungskonzept für den Ortsteil, das Bedürfnissen nach mehr sozialen Treffpunkten, einer besseren Nah- und Gesundheitsversorgung sowie Verkehrslösungen gerecht wird. Der entscheidende Punkt ist die Bürgerbeteiligung. Nur wenn die Menschen im Kiez ernsthaft eingebunden werden und auch Ergebnisse folgen,

kann das zerstörte Vertrauen in die Demokratie langsam wieder aufgebaut werden.

Ausgehend von einer Kiezversammlung kam es zu einer Nachbarschaftsvernetzung, um für den Einwohnerantrag die benötigten Unterschriften zu sammeln sowie Demonstrationen, Podiumsdiskussionen zur Gesundheitsversorgung, Haustüreinsätze und Infostände vor dem Supermarkt zu organisieren. Nach der Einreichung des Antrags mit über 1 300 Unterschriften war die Arbeit vor Ort natürlich nicht vorbei. Mittels einer auf den Einwohnerantrag aufbauenden Ärzt*innenvernetzung, einer weiteren Unterschriftensammlung und einem Aufruf, der sowohl online als auch als Abreißzettel im Bezirk verbreitet wurde, gelang es, einen neuen Hausarzt für den Kiez zu gewinnen. Dieser wird seine Praxis Anfang 2026 eröffnen. Zusätzlich machen sich derzeit einige Genoss*innen aus der Linken Gedanken, wie und ob die leer stehende Apotheke zu einer Apothekengenossenschaft ausgebaut werden kann.

Das zeigt deutlich: Vertrauen aufbauen und Erfolge feiern braucht Zeit und Ausdauer an der Seite der Menschen in den Kiezen, insbesondere weil vonseiten der Verwaltung selten schnelle Lösungen kommen. So ist zwar über den Einwohnerantrag mittlerweile positiv abgestimmt worden, aber bis auf zwei vom Bezirksamt organisierte Einwohnerversammlungen ist bislang nicht viel passiert.

KLEINE ERFOLGE FEIERN, NÄCHSTE SCHRITTE GEHEN

Am deutlichsten wurde der Erfolg der Kampagne bei einer der öffentlichen Versammlungen nach der Abgabe des Ein-

wohnerantrags. Der Saal im Rathaus war bis auf den letzten Platz besetzt. Über 250 Nachbar*innen waren vor Ort, mehr als bei vorherigen Protesten. Das war ein starkes Zeichen an den Bezirk. Sie äußerten sich zur mangelhaften Lebensmittel- und Gesundheitsversorgung vor Ort oder auch zum ÖPNV – die für den Radweg wegfallenden Parkplätze wurden lediglich in einem Beitrag erwähnt. Es wurde klar, dass es gelungen war, den Diskurs zu drehen und die eigentlichen Probleme im Kiez in den Fokus zu rücken. Und obwohl die AfD in Plänterwald Stimmen dazugewinnen konnte und weiter versucht, Themen wie den Radwegebau oder im Bezirksparlament den Einwohnerantrag für sich zu instrumentalisieren, grenzten sich diejenigen, die die Rede zur Einbringung des Einwohnerantrags auf der Versammlung hielten, klar von der AfD ab. Sie sprachen sich gegen Scheinlösungen durch rechte Stimmungsmache aus. Dafür gab es großen Applaus im Saal. In einem Kiez mit Wahlergebnissen von bis zu 25 Prozent für die AfD (und weiteren 10 % für die CDU) bei den letzten Bundestagswahlen ist das keineswegs selbstverständlich.

Klar ist aber auch: Es geht hier um die langfristige Organisation einer Gegenmacht von unten. Eine solche Kampagne ist nur möglich, weil Die Linke in Plänterwald seit Jahren konsequent an der Seite der Nachbar*innen kämpft. Der dreifache Gewinn des Direktmandats bei den Berlin-Wahlen ist ein klares Indiz dafür. Gleichzeitig haben die Rechten auch hier zugelegt. Als Linke können wir hier nur Stück für Stück Terrain (zurück-)gewinnen. Im Plänterwald zeigt sich, dass wir im Kleinen aufbauen,

was wir im Großen schaffen wollen: Wir sind die Brandmauer gegen rechts und wir können feministisch-sozialistisch Land zurückgewinnen für eine lebenswerte Zukunft.

WEITERMACHEN!

Mit einer gut verankerten Wahlkreisarbeit von unten und Kiezkampagnen, die an den Punkten ansetzen, die den Menschen wirklich wichtig sind, gehen Parteaufbau, Verankerung und linke Programmatik Hand in Hand. Rechte Positionen und Akteur*innen werden auf mehreren Ebenen gleichzeitig zurückgedrängt. Indem die hier beschriebene Kampagne an den alltäglichen Bedürfnissen ansetzt, leistet sie Sorgearbeit im Kiez und strukturiert diese solidarisch um. In der Verknüpfung mit der Praxis des Zuhörens und des Findens gemeinsamer Lösungen entsteht eine feministische Organisation, die auch an unsere Parteipraxis anknüpft.

1 Als Q3A-Bauten werden Typenbauten der DDR aus den 1950er- und 1960er-Jahren bezeichnet. Mit der Q-Serie begann dort das industrielle Bauen mit dem Ziel, in möglichst kurzer Zeit eine große Zahl an Wohnungen nach gleichem Bauplan und in gleicher Fertigung zu errichten.

2 Vgl. <https://www.rosalux.de/sorgende-staedte>

3 Vgl. <https://www.sorgezentren.de>

LITERATUR

Leiß, Birgit, 2021: Nachverdichtung. Stadtrat: »Zumutung« für die Bewohner, Berliner Mieterverein, 1.9.2021, www.berliner-mieterverein.de/magazin/online/mm0921/die-nachverdichtung-in-wohnquartieren-ist-oft-eine-zumutung-fuer-die-bewohner-092107a.htm

Testoni, Eugenia/Zubcov, Camila, 2025: Sorgezentren in Lateinamerika. Drei Städte übernehmen Verantwortung für Sorgearbeit, hg. von der Rosa-Luxemburg-Stiftung, Reihe Studien, Berlin, <https://www.rosalux.de/publikation/id/53816/sorgezentren-in-lateinamerika>

GEZEITENWECHSEL AM ENDE DES HOMONATIONALISMUS? TRANS* POLITIK ZWISCHEN AUTORITÄREM ETATISMUS UND SPÄTEM NEOLIBERALISMUS

MINE PLEASURE BOUVAR

Die Strategie queerer Verbände, auf eine liberale Anerkennungspolitik zu setzen, ist gescheitert und geht für trans* sowie von Armut und Rassismus betroffene Menschen mit Ausschlüssen einher. Aber wie kann ein linker Kampf um queere und trans* Befreiung angesichts der autoritären Entwicklung aussehen?

Weht ein neuer Wind durch die Bundesrepublik? Ein Regenbogenfahnenverbot im Bundestag, Debatten um Speicherung empfindlicher Daten von trans* Personen und rechte Angriffe auf das sogenannte Selbstbestimmungsgesetz (SBGG) sind das Gebot der Stunde. Der Vergleich mit der Ampelregierung, gekennzeichnet durch queere Aktionspläne und die Verabschiedung des SBGG, mag den Schluss nahelegen, dass wir es mit einem Bruch zu tun haben. Es scheint, das Mainstreaming queerfeindlicher Diskurse war erfolgreich, und zwar international. Damit wären die Zeiten der neoliberalen Homonationalismen, also der Integration queerpolitischer Themen in den Rahmen bürgerlicher nationaler Projekte, in den Zentren des globalisierten Freihandels infolge einer autoritären Wende

endgültig vorbei. Wenn Queerfeindlichkeit eine neue Qualität als staatstragende Politik gewinnt, stellt sich die Frage nach dem Umgang, den politische Kämpfe aus queerer Perspektive damit finden müssen. Antworten fallen jedoch schwer ohne ein Verständnis der Entwicklungen, die hierhin geführt haben.

BRUCH ODER AUTORITÄRE KONTINUITÄT?

Das Konzept des autoritären Etatismus von Nicos Poulantzas (2002) kann verstehen helfen, warum die Vorstellung einer autoritären Wende als Bruch mit dem neoliberalen Staat nicht überzeugt. Poulantzas beschrieb bereits Ende der 1970er-Jahre eine Tendenz der Machtverschiebung innerhalb des staatlichen Gefüges hin zu einer autoritären Normalisierung. Gegenüber der Legislative, dem

Parlament als Arena auch widerstreitender Klasseninteressen und den darin beteiligten Parteien, habe die Exekutive an Wichtigkeit gewonnen. Was Poulantzas als Entwicklung am Ende des Fordismus wahrnahm, lässt sich rückblickend als Saat begreifen, aus der der Neoliberalismus hervorging.

Poulantzas folgend sieht John Kannan-kulam (2008) in verschiedenen bürgerlichen Staaten wie der Bundesrepublik oder Großbritannien in der Phase des Neoliberalismus einen autoritären Etatismus am Werk. Die ideologische Richtschnur »weniger Staat, mehr Markt« bezog sich dabei vor allem auf den Sozialstaat, der abgebaut wurde zugunsten eines Ausbaus staatlicher Kontroll- und Ordnungsfunktionen bei gleichzeitiger Demontage der Arbeiter*innenbewegung – also einer »Verselbstständigung der Exekutive [...], zusammen mit einer rechtspopulistischen Anrufung der Nation« (ebd., 330). Statt um weniger handelt es sich eher um einen in vielerlei Hinsicht gestärkten Staat, dessen Ressourcen und Apparate im Interesse der Globalisierung der Produktion und Liberalisierung der Finanzmärkte umgeschichtet wurden.

Demnach erscheint der autoritäre Umbau nicht als Bruch, sondern als Ergebnis der neoliberal-kapitalistischen Entwicklung. Es kommt zu einer Normalisierung eines autoritären Politikmodus, legitimiert durch seinen effizienten Umgang mit den multiplen Krisen, die ab den 2000er-Jahren einsetzten. Es sind diese normalisierten autoritären Instrumente, die ausgebaut werden, um neoliberale Herrschaft angesichts des sterbenden globalisierten Freihandels unter US-Vorherrschaft abzusichern.

MINE PLEASURE BOUVAR ist prekär freischaffende wandernde Agitator*in und politische Bildner*in. Sie* schreibt, workshopt, denkt und konspiriert gegen die Kommodifizierung von Identitäten, für die transsexuelle Befreiung und den queeren Kommunismus.

Davon ausgehend fragt sich, ob durch die Zunahme autoritärer Tendenzen eine neue Qualität der Krisenbewältigungsmechanismen bürgerlicher Herrschaft herangereift ist, die den faschistischen Bruch obsolet macht, weil die Aushöhlung des demokratischen Inhalts bei Beibehaltung des demokratischen Rahmens problemlos möglich ist. »Der »autoritäre Etatismus« stützt sich [...] auf die [...] »repressiven Staatsapparate«. Deren Erweiterung bildet den Kern der autoritären Transformation demokratisch verfasster Staaten, in denen kein Staatsstreich stattfindet, sondern der autoritäre »Block an der Macht« bei Wahlen Mehrheiten gewinnt.« (Deppe 2018, 255) Die oft als Bruch oder Wende charakterisierte Entwicklung lässt sich meines Erachtens besser verstehen als ein Hinüberwachsen der bereits etablierten Autorität in ihre immer offenere Gewaltförmigkeit.

HOMONATIONALISMUS ALS QUEERPOLITIK IM AUTORITÄREN ETATISMUS

Es ist das Ökosystem des sich etablierenden neoliberalen autoritären Etatismus, in dem sich der Homonationalismus in der Bundesrepublik zur dominanten Form der Queerpolitik entwickelt. Gründete sich beispielsweise 1972 die erste bundesrepublikanische schwule Selbstorganisation, die Homosexuelle Aktion Westberlin, noch als

kommunistische Gruppe mit dem Ziel, sich am revolutionären Klassenkampf zu beteiligen, wurde sie in ihrer Rolle als Knotenpunkt der sich formierenden westdeutschen LGBTQIA+-Bewegung bald von der liberalen Allgemeinen Homosexuellen Arbeitsgruppe abgelöst. Ähnlich verhielt es sich mit dem linksgerichteten Bundesverband Homosexualität, der sich Ende der 1990er-Jahre auflöste, während der Schwulenverband Deutschland (heute LSVD) für die Organisation von Schwulen und Lesben nicht als Arbeiter*innen, sondern als nach Gleichberechtigung strebende Bürger*innen an Bedeutung gewann. Der Raum für eine klassenkämpferische Praxis wurde enger und Queerpolitik fand zunehmend weniger auf der Straße und im Betrieb statt. Vielmehr kam es zu ihrer Institutionalisierung und Professionalisierung sowie – losgelöst von anderen emanzipatorischen Kämpfen – zu einer Fokussierung auf Forderungen nach staatlicher Anerkennung queerer Bürger*innenrechte. Teile der queeren Bewegung wuchsen immer mehr in die Rolle hinein, die der autoritäre Etatismus für sie vorsah: beratende Zulieferer für den lobbyistisch geprägten politischen Aushandlungsprozess. Unzweifelhaft trug die Herausbildung einer queeren Verbändelandschaft maßgeblich dazu bei, durch anerkennungspolitische Integration in die liberale Demokratie das Überleben der deutschen LGBTQIA+-Bewegung angesichts der AIDS-Krise zu gewährleisten. Gleichzeitig ging diese Integration mit einer Verengung von Queerpolitik einher. Verdinglicht und fragmentiert in lobbyierbare Einzelbedarfe der Schwulen, der Lesben, der

trans* Community usw. appellierte queere Politik affirmativ an den Nationalstaat als Repräsentant seiner queeren Bürger*innen – mitsamt seiner Klassenstruktur. An die Stelle des Angriffs auf die Ehe als Basis für familiäre und vergeschlechtlichte Organisation der Reproduktion trat die Auslebung des bürgerlichen Kernfamilienideals in homo. Darüber hinaus führten interessen-gruppenpolitische Institutionalisierung und die damit einhergehende Professionalisierung zur Herausbildung einer Art queeren Mittelklasse, die als Quasi-Beamte*innen ihrer Verbände die Funktion der Deliberation übernahm, also die zivilgesellschaftliche Beratung der Politik. Lobbyarbeit muss gelernt sein: Beziehungsarbeit mit Ministeriumsmitarbeiter*innen und Parlamentarier*innen, das Beherrschen von Codes der Respektabilität, legalistisches und juristisches Know-how, all das sind wesentliche Hürden. Die Verbände wurden so tendenziell klüngelhaft entdemokratisiert und in die autoritär etatistische politische Architektur aus Kommissionen, Ministerien, Konsensrunden und Expert*innenbefragungen eingebunden. Es ist fraglich, ob es sich dabei um wirkliche Beteiligung handelt oder nicht eher um ein Mittel der Legitimation der Hinterzimmerpolitik (vgl. Lösch 2004, 256).

So zeigte sich im Entstehungsprozess des SBGG, wie einfach es ist, Interessenvertretungen über Verbändeanhörungen einzubinden, ihre Beiträge letztlich aber außen vor zu lassen (vgl. Bouvar 2023). Versuche, materielle Verbesserungen zu erringen, bleiben in der ministeriellen Topografie der autoritär etatistischen Politik stecken oder

werden reduziert auf Akte nomineller Anerkennung, um Zustimmung zu finden. Die Konstruktion des homonationalistischen queeren staatsbürgerlichen Subjekts mittels derart ausgehandelter Reformen bleibt demnach eine im Wesentlichen selektive.

HOMONATIONALISMUS RAUS AUS DEN KÖPFEN?

Was verändert sich an der Rolle der Anrufung des queeren staatsbürgerlichen Subjekts im krisenhaften späten Neoliberalismus, gekennzeichnet durch zunehmende Queerfeindlichkeit des Staates? Besonders Transfeindlichkeit dient als staatstragendes, populistisches Instrument ideologischer Krisenbewältigung. Der jahrzehntelange Angriff auf den Sozialstaat, die Militarisierung der Grenzregime kapitalistischer Zentren und der Ausbau migrationsfeindlicher Politiken führen zu einer Krise der Reproduktion. Diese soll mittels der reaktionären, vergeschlechtlichten Disziplinierung hin zu erzwungener heterosexueller Zweigeschlechtlichkeit behoben werden – Rettung der bürgerlichen Familie mit dem Knüppel. Die Bomben müssen gebaut, die Panzer gefahren, die Gewehre gehalten sowie die Soldat*innen und Lohnarbeiter*innen geboren werden, die es braucht, um die bröckelnden Machtpositionen im Übergang zur multipolaren Weltordnung zu verteidigen. Ist der Homonationalismus damit am Ende? Schwerlich. Einerseits ist der Backlash keine generelle Breitseite gegen alle LGBTQIA+ gleichermaßen, sondern eine Vertiefung bestehender Asymmetrien, die sich bereits in der interessengruppenpolitischen Verdinglichung finden. Er richtet sich vorrangig

gegen bereits vulnerable Queers, darunter Kinder und Jugendliche, arme transfeminine Personen, BIPOC und migrantisierte Queers, sowie spezifisch gegen körperlich transitionierende Personen. Zeitgleich dient Homonationalismus der Selbstvergewisserung einer linksbürgerlichen Oppositionshaltung gegen derzeit politisch dominante konservative Kräfte, ohne ein wirkliches Gegengewicht zu diesen zu bilden. Mehr noch zeigt sich entlang staatsrasonabler, transmisogynen und antikommunistischer Linien, welche Blüten der autoritär-liberale Versuch der staatsbürgerlichen Integration treiben kann. Weiterhin wird gegen Queerfeindlichkeit auf eine Weise Bezug genommen, die nicht die systemischen Widersprüche als ihre Wurzel benennt, sondern missliebige Staatschefs, die auch den geopolitischen Interessen der EU im Weg stehen. Unter dem Vorwand, Queers und europäische Werte zu verteidigen, werden auch von oppositioneller Seite Rüstungsausgaben mitbeschlossen, die durch Sozialabbau und eben auch die Kürzung queerer Angebote gegenfinanziert werden. Gleichzeitig sollen Queers auf gesetzgeberische Errungenschaften der letzten Koalition eingeschworen werden, unter dem Motto »SBGG verteidigen«, während sich in ebenjenem SBGG die Kontinuität zwischen aktuellen Entwicklungen und Jahrzehnten autoritär-etatistischer Transformation zeigt. Die Einführung von Sonderregistern für Personenstandsänderungen per Verordnung¹ ist nicht alleinige Kopfgeburt von Unionspolitiker*innen, sondern stammt aus dem Gesetzgebungsprozess zum SBGG unter Leitung der Parteien der Ampelregierung. Die in deren Gesetzentwürfen vorgesehene automatisierte Datenweitergabe an das

Bundesamt für Migration und Flüchtlinge, den Verfassungsschutz und andere Repressionsorgane konnte erst in letzter Minute gekippt werden. Weitere Spuren autoritärer Versicherheitlichung trägt das Gesetz aus der Feder der »Fortschrittskoalition« in Form insbesondere transmisogynen und rassistischer Disziplinarmaßnahmen: Sie leisten einer Segregation transfemininer Personen im Alltag Vorschub, regeln ihre »Zuordnung zum männlichen Geschlechtseintrag im Spannungs- und Verteidigungsfall« für die Erfüllung der Wehrpflicht, schließen Menschen mit Duldungsstatus von der rechtlich verbuchten Selbstbestimmung aus und stellen geflüchtete trans*, inter* und nichtbinäre Personen unter Generalverdacht, sich durch Personenstandsänderung einer Abschiebung entziehen zu wollen.

Einfallstore queerfeindlicher Politiken wurden also nicht trotz, sondern zu einem gewissen Maß gerade durch die Queerpolitik des Homonationalismus geöffnet – ebenso wie die Ampelregierung verantwortlich ist für weitreichenden Sozialabbau und Asylrechtsverschärfungen, auf die Schwarz-Rot derzeit aufbaut.

WER VERBÜNDETE SUCHT, MUSS SEINEN HAUPTFEIND KENNEN

Wie kann also eine fortschrittliche trans* politische Organisation gegen die autoritären Vorstöße im späten Neoliberalismus aussehen? Der Versuch des liberal-homonationalistischen Hegemonieprojekts ist vorerst gescheitert und auch seiner oppositionellen Wendung gelingt keine nennenswerte Abgrenzung zum bundesdeutschen und europäischen Imperialismus. Der

queerpolitische Weg, klassenübergreifend auf die Anerkennung als staatsbürgerliches Subjekt zu setzen – der besonders für trans* Personen mit empfindlichen Ausschlüssen gepflastert ist –, ist eine Sackgasse. Gegen Angriffe konservativer und faschistischer Akteur*innen blieb die interessengruppenpolitische Einfallslosigkeit bislang wehrlos und gegenüber dem Ausbau des autoritären Staats erweist sie sich tendenziell eher stabilisierend. Ein Kampf um trans* und queere Befreiung muss daraus die richtigen Schlüsse ziehen. Dazu gehört eben auch die Erkenntnis, dass die liberale Demokratie, deren Verteidigung dieser Tage gern beschworen wird, selbst eine Form bürgerlicher Herrschaft ist, die sich notwendigerweise autoritärer Mittel bedient, um ihr Fundament – die Ausbeutung von Arbeitskraft und die globale wie vergeschlechtlichte Arbeitsteilung – zu erhalten. Der Hauptfeind steht im eigenen, als bürgerlicher Nationalstaat verfassten Land.

Hoffnungen auf linke, regierende Mitverwaltung des Klassenstaates müssen aus fortschrittlicher Perspektive entschieden zurückgewiesen werden. Wer von links in die politische Mitte blinkt, will rechts fahren, wie sich an Zustimmung zu Kriegskrediten und Ermöglichung der Kanzlerwahl aus den Reihen des erklärten politischen Feindes zeigt. Ebenso haben anerkennungspolitische Reformprojekte derzeit kein Momentum. Es wird Zeit, die Anrufung des regenbogenfarbenen staatsbürgerlichen Subjekts hinter sich zu lassen und queere Kämpfe nicht mehr entlang klassenübergreifender Identitäten, sondern entlang konkreter Bedürfnisse zu organisieren, um die Grundlage

für eine handlungsfähige, fortschrittliche trans* Bewegung mit politischer Klarheit zu schaffen. Verbände, die in das staatsapparative Gefüge und homonationalistische Politik eingebunden sind, bieten hierfür keine Plattformen.

Lokale queere Zentren, Vereine und ihre Netzwerke, wo Queers bereits jetzt teilweise ihre eigene Versorgung organisieren, sind für alltägliche queere Überlebenskämpfe und die erfolgreiche Verteidigung gegen autoritäre Veränderungen ungemein wichtiger als die institutionalisierte Verbandspolitik. Erwartbare Angriffe auf trans* Gesundheit können hier mit Selbstorganisation abgefangen werden. Selbstgekochte Hormone können schwer von den Krankenkassen abgelehnt werden. Diese Strukturen aus der Abhängigkeit von der austeritätspolitischen Mühle staatlicher Förderung zu lösen und sie mit Blick auf die konkreten Bedürfnisse arbeitender und armer Queers zu gestalten und, wo nötig, zu demokratisieren, heißt Gegenmacht aufzubauen. Um einen liberal-identitätspolitischen Rückfall zu vermeiden, sollten wir uns nicht nur als trans* Personen organisieren, sondern als arbeitende, Mieten zahlende, prekarierte Mitglieder unserer Klasse. Statt »Demokratie zu verteidigen« gilt es, die zivilgesellschaftliche Fragmentierung klassenpolitisch zu überwinden, den als »vorpolitisch« abgesteckten Raum zu repolitisieren und zu einem Schauplatz zu machen, auf dem Kämpfe verbunden werden können. Wichtige Impulse hierfür liefern Ansätze der revolutionären Stadtteilarbeit, die den Menschen dort begegnet, wo ihr Alltag stattfindet und politisch geprägt wird,

von Mietenpolitik, Reproduktionsarbeit, Gewaltschutz, Gesundheitsberatung und vielen weiteren, um sie dort zu organisieren. Weiter zeigt die Palästinasolidaritätsbewegung seit zwei Jahren, wie kontinuierliche Organisation Momentum aufrechterhalten und Kämpfe verbinden kann – unter ihrem Banner sammeln sich mittlerweile Keime einer erneuerten Friedens- und internationalistischen Bewegung, die fortschrittlichen Teile der Klimabewegung sowie streikende Arbeiter*innen.

Die Kämpfe transgeschlechtlicher Menschen finden entlang grundlegender systemischer Widersprüche statt. Statt sie mit anerkennungspolitischen Pflastern abzumildern, gilt es, diese Widersprüche deutlich zu machen und sie bis zu ihren Bruchkanten auszuweiten.

1 Siehe <https://perspektive-online.net/2025/10/zustimmung-im-bundesrat-ueber-dobrindts-sonderregister-fuer-trans-personen/>

LITERATUR

- Bouvar, Mine Pleasure, 2023: Was lange währt, wird scheiße, in: analyse & kritik 696, 19.9.2023, www.akweb.de/politik/selbstbestimmungsgesetz-was-lange-waehrt-wird-scheisse/
- Deppe, Frank, 2018: Bonapartismus reloaded, in: Beck, Martin/Stützle, Ingo (Hg.), Die neuen Bonapartisten. Mit Marx den Aufstieg von Trump & Co. verstehen, Berlin, 243–259
- Kannankulam, John, 2008: Autoritärer Etatismus im Neoliberalismus. Zur Staatstheorie von Nicos Poulantzas, Hamburg
- Lösch, Bettina, 2004: Deliberative Politik. Öffentlichkeit, Demokratie und politische Partizipation, Dissertation, Hamburger Universität für Wirtschaft und Politik, Hamburg
- Poulantzas, Nicos, 2002: Staatstheorie. Politischer Überbau, Ideologie, Autoritärer Etatismus, Hamburg (frz. Erstausgabe: 1978)

DIE PFLEGEGENOSSENSCHAFT MAITELAN EIN MODELL FÜR DIE DEMOKRATISIERUNG VON SORGEARBEIT

**LISETH DÍAZ MOLINA, ANDONI EGIA OLAIZOLA
& ARATZ SOTO GORROTXATEGI**

Häusliche Pflege ist der am stärksten migrantisierte Care-Sektor. Ein baskisches Beispiel zeigt, wie lokale Politik die Selbstermächtigung von Pflegekräften stärken und Spielräume für lokale Formen einer Solidarökonomie ausweiten kann

Die industriell geprägte Stadt Hernani im spanischen Baskenland hat in den letzten Jahrzehnten eine Entwicklung durchlaufen, die typisch ist für viele kapitalistische Industrieländer: Ein wachsender Anteil hochaltriger Menschen bringt einen erhöhten Bedarf an Pflegedienstleistungen mit sich. Die vermehrte Integration weiblicher Arbeitskräfte in den Lohnarbeitsmarkt hat außerdem dazu geführt, dass es heute vor allem Migrantinnen aus Ländern der sogenannten Peripherie sind, die diese Pflegearbeiten – unter oft schwierigsten Bedingungen – verrichten. Auch in der 20 000 Einwohner*innen zählenden Gemeinde Hernani ist der Pflegesektor in den letzten Jahren erheblich gewachsen und durch Prekarität und Irregularität geprägt. Die meisten Personen, die hier arbeiten, sei

es formal oder informell, sind Migrantinnen ohne gesicherten Aufenthaltsstatus.

Angesichts dieser Zustände riefen im Jahr 2020 einige Pflegekräfte der Stadt eine Genossenschaft ins Leben. In Zusammenarbeit mit der Stadtverwaltung schufen sie mit der Kooperative Maitelan eine institutionelle Form, um ihre Arbeitsbedingungen zu verbessern, ihren Aufenthaltsstatus zu regulieren und ihre Arbeit aufzuwerten. Es ist ein Beispiel für den lokalen Aufbau von feministischer Gegenmacht und der Ausweitung demokratischer Formen der Organisation von Sorgearbeit. Wie kam es dazu?

LOKALE ENTWICKLUNGSSTRATEGIE

»HERNANI BURUJABE«¹

In Hernani regiert seit 2011 das linke Parteienbündnis EH Bildu (Vereinigtes Bas-

kenland). Es besteht aus drei Parteien: Batasuna, die zwischen 2003 und 2011 wegen ihrer Nähe zur links-separatistischen ETA verboten war und den institutionellen Arm der baskischen Befreiungsbewegung darstellt; Eusko Alkartasuna, die baskische Sozialdemokratie, und Alternatiba, eine Abspaltung der Kommunistischen Partei des Baskenlands. Hernani war und ist ein wichtiger Ort für die baskische Unabhängigkeits- und Arbeiter*innenbewegung. In den letzten Jahren war es außerdem ein wichtiger Ort feministischer Kämpfe. Dazu hat nicht zuletzt die Kulturarteko Plaza Feminista beigetragen – eine öffentliche Einrichtung, in der die Gleichstellungsabteilung der Stadtverwaltung angesiedelt ist, die aber auch von feministischen und antirassistischen Bewegungen gestaltet wird.

Dank der linken Stadtverordnetenversammlung verfolgt die Abteilung für lokale Wirtschaftsentwicklung schon seit 2013 einen Entwicklungspfad, der auf den Prinzipien der Sozial- und Solidarwirtschaft basiert. Die etwa siebenjährige Zusammenarbeit mit politischen, wirtschaftlichen und sozialen Akteuren auf diesem Gebiet schuf die Voraussetzungen, um einen nächsten Schritt gehen zu können: ein Projekt, das eine Strategie zur Erreichung ökonomischer Autonomie mit dem expliziten Anspruch verbindet, den Rahmen kapitalistischer Regulation zu überschreiten. Wie genau ein solches Projekt aussehen könnte, ergab sich 2020, mitten in der Corona-Pandemie und im Lockdown. Hernani befand sich damals in einer Notlage: Von Tag zu Tag mehrten sich Anfragen von Bürger*innen an die Stadtverwaltung um Hilfe bei der

LISETH DÍAZ MOLINA ist Soziologin und Expertin für soziale Ökonomie und Gemeinwesenarbeit. Sie ist Mitbegründerin und Verwaltungsratssekretärin der Pflegegenossenschaft Maitelan.

ANDONI EGIA OLAIZOLA ist Geograf und Referent für lokale Entwicklung in der Stadtverwaltung von Hernani. Er hat den Regionalentwicklungsplan Beterri Buruntza (2013–2020) mitgestaltet, im Zuge dessen die Genossenschaft Maitelan gegründet wurde.

ARATZ SOTO GORROTXATEGI ist Professor für angewandte Wirtschaft an der Universität des Baskenlandes (UPV/EHU), Mitglied des Instituts für Sozialwirtschaft und Genossenschaftsrecht (GEZKI) und forscht zu Potenzialen einer Solidarökonomie in der ökosozialen Krise.

Versorgung mit Lebensmitteln und Energie, beim Zugang zum Internet sowie bei der Pflege und Begleitung einsamer älterer Menschen. Einmal mehr wurde deutlich, dass weder die privaten Haushalte noch der Markt oder die öffentliche Verwaltung allein über die nötigen Kapazitäten verfügen, um die materiellen Voraussetzungen eines guten Lebens zu gewährleisten. Entsprechend dringlich war es, über ein neues Verhältnis von öffentlichen Institutionen, Ökonomie und Selbstorganisation nachzudenken und mithilfe des Modells einer Public-Common-Partnership auf eine post-neoliberale Ordnung abzielen.

DEMOKRATISIERUNG DER PFLEGE IN HERNANI

Die Geschichte der Pflegegenossenschaft Maitelan begann also lange vor ihrer eigentlichen Gründung. Ihre Wurzeln sind neben der Solidarwirtschaft langjährige Anstrengungen von feministischer Seite,

die Sorgearbeit in der Region zu demokratisieren. Zwischen 2016 und 2020 unterstützte die Abteilung für lokale Entwicklung der Stadt zu diesem Zweck ein feministisches Forum, das alle Gleichstellungsbeauftragten der Region sowie die antirassistische Bewegung von Hernani zusammenbrachte. In den Debatten wurde klar, dass die extreme Prekarität, unter der Arbeiterinnen in der häuslichen Pflege leiden, eines der drängendsten Probleme im Care-Bereich ist – ein Problem, das an der Schnittstelle von feministisch-antirassistischer Bewegung und lokalem Staat bearbeitet werden konnte und musste.

Ein Ergebnis war die Entscheidung der Stadtregierung von Hernani, in Zusammenarbeit mit AHMER² und dem Institut für Genossenschaftsrecht und Sozialwirtschaft GEZKI die Gründung einer gemeinnützigen Sozialgenossenschaft zu fördern, der vor allem migrantische Pflegearbeiterinnen angehören sollten. Die Gründung von Maitelan erfolgte Anfang 2020, einen Monat vor Ausbruch der Corona-Pandemie und somit in einer Situation, in der die Notwendigkeit, Sorgearbeit auf kommunaler Ebene anders zu organisieren, einmal mehr offensichtlich geworden war. Und sie reagierte auf eine dreifache Dringlichkeit: Erstens ging es darum, die Arbeitsbedingungen der migrantischen Pflegearbeiterinnen zu verbessern; zweitens darum, ihre Arbeit sichtbar zu machen und aufzuwerten; und drittens sollte mittels der Genossenschaft der Zugang der Care-Arbeiterinnen zu sozialen Rechten, einschließlich eines gesicherten Aufenthalts und einer Arbeitserlaubnis, dauerhaft garantiert werden.

ARBEIT, DIE DAS SOZIALE MITEINANDER PFLEGT UND VERÄNDERT

Maitelan bietet in erster Linie häusliche Pflege und Reinigungsdienste an sowie eine Reihe weiterer Dienstleistungen wie Beratung, Krankenhausbegleitung oder Kinderbetreuung. Die Genossenschaft ist zum Beispiel an dem Projekt »Auzozaintza« beteiligt, das Angebote für ältere Menschen mit geringem Einkommen macht, die von Einsamkeit betroffen sind, darunter einen Besucherservice, in den auch die Nachbarschaft eingebunden ist. Es werden Veranstaltungen organisiert und so Räume für Begegnung geschaffen und die sozialen Netzwerke in den jeweiligen Wohngebieten gestärkt. Dieses Projekt wurde durch die Zusammenarbeit mit der Stadtverwaltung von Hernani und der Sozialgenossenschaft Zabalduz ermöglicht, deren Schwerpunkt als sozialer Träger unter anderem auf der Gemeinwesen- und Nachbarschaftsarbeit liegt.

EIN MODELL DEMOKRATISCHER GOVERNANCE

Das Genossenschaftsmodell von Maitelan umfasst sowohl arbeitende als auch nutzende und kooperierende Mitglieder. Zu Beginn bestand die Kooperative aus vier arbeitenden Genossinnen, vier nutzenden Genoss*innen, also Menschen, die auf Pflege angewiesen sind, und 20 kooperierenden Mitgliedern bzw. Projektpartner*innen. Inzwischen sind es neun arbeitende Genossinnen, neun Nutzer*innen und 51 Projektpartner*innen, darunter etwa 20 weitere Genossenschaften aus der Region. Im Jahr 2025 beschäftigt Maitelan insgesamt 16 Pflegekräfte, die allerdings (noch) nicht alle Mitglied der Genossenschaft sind. Die kooperierenden

Mitglieder tragen zur Entwicklung von Maitelan insofern bei, als sie Aufgaben in den Bereichen Buchhaltung, Wirtschaft und Management, Kommunikation und Öffentlichkeitsarbeit übernehmen. Durch die enge Zusammenarbeit ist über die Zeit ein starkes regionales Netzwerk aus Einzelpersonen, Unternehmen und sozialen Akteuren entstanden, das sich kollektiv für eine Demokratisierung der Sorgearbeit einsetzt.

Die Genossenschaftsstruktur ermöglicht außerdem eine demokratische Aushandlung im Inneren, da einerseits die Arbeiter*innen eine tragende Rolle spielen und gleichzeitig Nutzer*innen und andere gesellschaftliche Interessengruppen die Angebote und Aktivitäten der Kooperative mit beeinflussen können. Der Verwaltungsrat besteht aus drei Arbeiterinnen, einer Nutzer*in und einer Kooperationspartner*in. Er wird von der Generalversammlung gewählt, trifft strategische Entscheidungen und überwacht die Einhaltung der Genossenschaftsziele. Die wichtigsten Beschlüsse fällt allerdings die jährlich tagende Generalversammlung, in der jedes Mitglied der Genossenschaft eine Stimme hat und in der auch kontroverse Anliegen der Mitglieder zur Sprache kommen. Die Entscheidungs- und Führungsstrukturen sind somit in hohem Maße demokratisch. Damit ist die Kooperative auch ein Ort für kollektive Lernprozesse, was die Selbstorganisation anbelangt. Da es sich um eine gemeinnützige Genossenschaft handelt, werden die wirtschaftlichen Gewinne nicht an Investoren ausgeschüttet, sondern vollständig reinvestiert, um das Projekt zu verbessern. Sie werden zum Ausbau der Angebote genutzt, für Weiterbildungen, eine Erhöhung der Löhne oder für die An-

schaffung von Infrastruktur und Arbeitskleidung. Die soziale Mission hat so immer Vorrang vor wirtschaftlichen Interessen.

STABILITÄT UND SORGE FÜR DIE ARBEITERINNEN

Vom Genossenschaftsmodell profitieren vor allem die Arbeiterinnen. In einem Sektor, der von Prekarität, Instabilität und Vereinzelung geprägt ist, garantiert die Genossenschaft soziale Rechte, bietet Gemeinschaft und Anerkennung und trägt so zu mehr Selbstvertrauen und Sicherheit der Arbeiterinnen bei. Die Pflegerinnen verfügen über unbefristete Verträge und die Löhne liegen über dem in Spanien gültigen Tarifvertrag für Pflegekräfte im öffentlichen Dienst und werden jährlich angepasst. Außerdem haben sie die Möglichkeit, selbst Mitglied der Genossenschaft zu werden. Über Genossenschaftsanteile sind sie sowohl an den Entscheidungsprozessen als auch am Unternehmensvermögen beteiligt. Darüber hinaus versucht die Genossenschaft, Antworten auf die besonderen Herausforderungen der Pflege zu finden: Arbeitszeiten werden nicht wie in privatwirtschaftlichen Pflegediensten nach dem profitabelsten Takt organisiert, sondern entlang der Bedürfnisse von Arbeiterinnen und Nutzer*innen – das trägt zu größerer Zeitsouveränität bei. Die kollektive Struktur der Genossenschaft vermittelt darüber hinaus in dem stark asymmetrischen und nicht selten von missbräuchlichem Verhalten geprägten Verhältnis zwischen Arbeiterinnen und Nutzer*innen.

Nichtsdestotrotz bleibt die Pflege von Menschen physisch und psychisch herausfordernd. Deswegen hat die Genossenschaft

im Jahr 2025 zwei neue Schulungsprogramme eingeführt, die zum Wohlbefinden ihrer Beschäftigten beitragen sollen. Das erste Programm zielt auf die psychologische Unterstützung der Pflegerinnen, bietet Supervision und emotionalen Beistand in herausfordernden Situationen, das andere zielt auf die körperliche Regeneration von der anstrengenden Arbeit in der häuslichen Pflege. Beide Programme schaffen einen geschützten Raum für aktives Zuhören, körperliche Aktivitäten und gegenseitige Fürsorge. In diesem Sinne ist die Prämisse der Genossenschaft klar: Nur wer selbst gut umsorgt ist, kann sich ernsthaft um andere kümmern.

WIDERSPRÜCHE, DIE BLEIBEN

In den ersten anderthalb Jahren nach der Gründung gab es einen großen Aufschwung, nicht zuletzt durch Einrichtungen aus der Region, die als kooperierende Mitglieder der Genossenschaft beitraten und deren Ziele und Perspektiven stärkten. Es wurden »Stadtversammlungen« abgehalten, in denen Arbeitsgruppen zu den Themen Ausbildung häuslicher Pflegekräfte, Kommunikation, Unternehmensentwicklung und Selbstfürsorge gebildet wurden. All das gab dem Anliegen von Maitelan starken Rückhalt. Jedoch führte die Corona-Pandemie in Kombination mit einer noch unerfahrenen Geschäftsführung relativ bald zu wirtschaftlichen Schwierigkeiten. Diese zwangen die Genossenschaft dazu, sich mehr auf die Kernaufgaben zu konzentrieren und weniger Zeit in die Organisation von Nachbarschaftsversammlungen und die Netzwerkarbeit zu investieren, obwohl gerade diese für das transformatorische Anliegen des Projekts von besonderem Wert waren.

Eine weitere Herausforderung besteht darin, dass die Nutzer*innen sich weniger an der Genossenschaft beteiligen als erhofft. In der Regel wenden sie sich aufgrund eines akuten Pflegebedarfs an Maitelan und nicht etwa, weil sie ein übergeordnetes Interesse an dem Projekt haben. Die Situation der Pflegebedürftigkeit erschwert vielen Nutzer*innen und deren Familien die Teilhabe, weswegen der Anspruch, die Angebote auch in enger Abstimmung mit den zu Pflegenden zu entwickeln, teilweise unerfüllt bleibt.

Jenseits der genannten Aspekte sind die Pflegearbeiterinnen mit weiteren gravierenden sozialen Herausforderungen konfrontiert. Der Care-Sektor ist und bleibt stark feminisiert und abgewertet. Da vor allem Migrantinnen in der Genossenschaft arbeiten, sehen sie sich fast täglich rassistischer und sexistischer Diskriminierung ausgesetzt, die ihre psychische Gesundheit beeinträchtigt. Beide Probleme können mit der Gründung einer Genossenschaft nicht wirklich behoben werden.

PERSPEKTIVE DER TRANSFORMATION

Auch wenn Pflegegenossenschaften allein die zahlreichen Herausforderungen, mit denen die Sorgearbeit in unserer Gesellschaft konfrontiert ist, nicht bewältigen können, so zeigt Maitelan doch, wie eine soziale und wirtschaftliche Transformation von Sorgearbeit sowie deren Demokratisierung schrittweise vorangetrieben werden können. Da die unternehmerischen Entscheidungen und Praktiken der Genossenschaft nicht auf Wertsteigerung und wirtschaftliche Rentabilität ausgerichtet sind, stellen sie zudem die vom Kapital auferlegten Spielregeln infrage.

Darüber hinaus befördern die autonome Organisation und Selbstverwaltung, bei der die Bedürfnisse der Arbeiterinnen im Mittelpunkt stehen, deren Emanzipation. In den von Maitelan initiierten Kämpfen um Sorgearbeit findet außerdem eine demokratische Aushandlung von Bedürfnissen statt, die elementar ist für andere ökonomische und Sorgeverhältnisse (vgl. Sauer in diesem Heft). Die bloße Existenz eines kollektiven, solidarischen Projekts, das maßgeblich von rassifizierten und migrantisierten Frauen getragen wird und die Bedürfnisse der Nutzer*innen ernst nimmt, kann in Zeiten vielfacher Krisen und eines globalen Aufstiegs rechter Kräfte die Hoffnung auf eine Alternative zur herrschenden Ordnung nähren.

Durch ihre lokale Verankerung und aktive Förderung des sozialen Miteinanders baut die Genossenschaft ferner intensive Beziehungen zu den Nutzer*innen sowie zu sozialen Akteuren der Region auf. Auf diese Weise werden Netzwerke unterstützt, die keine wirtschaftlichen Ziele verfolgen, sondern auf die Sorgebedürfnisse der Menschen in der Region eingehen und den solidarischen Zusammenhalt stärken wollen. Aus dieser gefestigten Position heraus und dank der geknüpften Beziehungen können die am Projekt beteiligten Personen wiederum den gesellschaftlichen Einfluss des Genossenschaftsmodells und einer Solidarökonomie vergrößern.

SCHLUSSFOLGERUNGEN

Hernani ist es mithilfe der kommunalen Behörden gelungen, in einem historisch unsichtbar gemachten, aber für den Erhalt des Lebens hochgradig wichtigen Sektor

menschenwürdigere Arbeitsbedingungen zu schaffen. Besonders hervorzuheben ist, dass damit auch die aufenthaltsrechtliche Absicherung der Arbeiterinnen auf lokaler Ebene gelungen ist – ein Anliegen, für das die transnationale Bewegung solidarischer Städte seit Jahren kämpft. Das Unterstützungsnetzwerk innerhalb wie außerhalb der Genossenschaft bietet darüber hinaus Rückhalt in Missbrauchssituationen.

So hat sich Maitelan trotz vieler Schwierigkeiten bei seiner Gründung in einem Sektor, der durch geringe Produktivität, hohe Arbeitsintensität, Schattenwirtschaft und Konkurrenz durch profitorientierte Unternehmen gekennzeichnet ist, als ein wirksames Instrument zur Verbesserung der Situation migrantischer Pflegekräfte erwiesen und einen Beitrag zur Demokratisierung der Wirtschaft geleistet. In diesem Sinne kann Maitelan ein Vorbild dafür sein, wie trotz Marktdominanz und der bescheidenen Größe des Projekts Räume für feministische und antirassistische Gegenmacht geschaffen, die Demokratisierung der Pflege vorangetrieben und Horizonte erschlossen werden können, bei denen gute Sorgebedingungen im Mittelpunkt des sozioökonomischen Systems stehen.

Aus dem Spanischen von Barbara Fried

1 *Burujabe* ist Baskisch und bedeutet »autark« oder »sein eigener Herr sein«.

2 AHMER (Asociación Multicultural de Hernani) ist ein gemeinnütziger antirassistischer und feministischer Verein, der Migrant*innen mit Rechtsberatung und Weiterbildung unterstützt.

»MAKE EGGS CHEAP AGAIN!« MÖGLICHKEITEN UND GRENZEN ANTIFASCHISTISCHER WIRTSCHAFTSPOLITIK

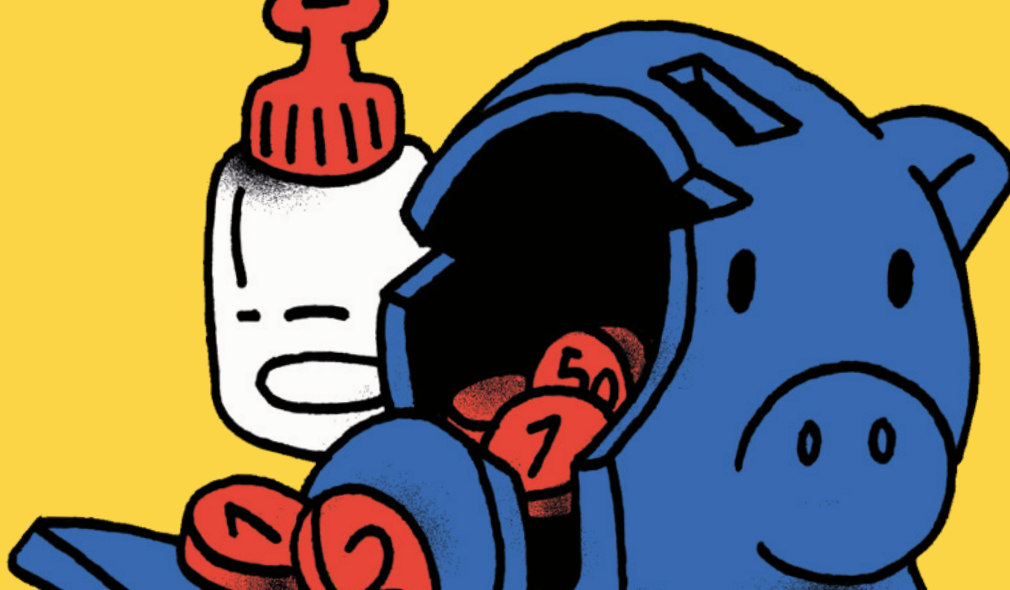
SABINE NUSS



Isabella Webers Konzept der antifaschistischen Wirtschaftspolitik erscheint oftmals als Wunderwaffe. Mit ihm verbindet sich nicht nur die Hoffnung auf ein Mittel gegen die Faschisierung, sondern auch eine Perspektive auf eine alternative Wirtschaftspolitik jenseits neoliberaler Dogmen

Als Donald Trump am 5. November 2024 die Wahl zum Präsidenten gewann, reagierte die deutsche Ökonomin Isabella Weber mit einem aufrüttelnden Post auf X und löste damit eine Diskussion aus. Sie fragte: »Können wir jetzt endlich ernsthaft über antifaschistische Wirtschaftspolitik sprechen?«¹ Der Post ging in kürzester Zeit viral. Etliche Medien stürzten sich auf die Ökonomin. Sie wollten wissen, was eine »antifaschistische Wirtschaftspolitik« genau sein sollte und welche Ziele damit verfolgt werden. Webers Vorstoß wurde in Deutschland vor allem von der Partei Die Linke aufgenommen, aber auch Vertreter*innen der kritischen Wirtschaftswissenschaften, von Jugendorganisationen und Gewerkschaften waren neugierig zu erfahren, was hinter dem Etikett stecken mochte.

Im Nachhinein erklärte Weber, sie sei schockiert gewesen vom Ergebnis der Wahl, aber nicht überrascht. Viele Leute hätten Trump gewählt, weil das Leben für sie immer teurer geworden sei. Die Demokraten hätten es versäumt, »die wirtschaftlichen Sorgen der Wechselwähler wirksam anzusprechen«.² Man habe die finanziellen Probleme der Menschen ignoriert. Donald Trump sah das ganz ähnlich: »Einwanderung und Lebensmittel – damit habe ich die Wahl gewonnen«, sagte er im Fernsehsender ABC, »ein sehr einfaches Wort: Lebensmittel. Wissen Sie, wer das Wort jetzt benutzt? Ich! Ich sage jetzt immer: Lebensmittel. Wenn du Äpfel kaufst, wenn du Speck kaufst, wenn du Eier kaufst – da haben sich die Preise in kürzester Zeit verdoppelt und verdreifacht. Deshalb habe ich die Wahl gewonnen. Wir werden diese Preise senken.«³



Also propagierte er: »Make eggs cheap again!« Was zunächst nach einer Verballhornung seines zentralen Wahlkampflogans »Make America Great Again« – MAGA – klang, war tatsächlich ernst gemeint. Und verfiel.

Dass der Post von Isabella Weber so viel Resonanz erfuhr, hatte mehrere Gründe.⁴ Die an der University of Massachusetts lehrende Ökonomin ist keine Unbekannte. Ende Dezember 2021, inmitten der Pandemie, war sie in einen internationalen »Shitstorm« geraten, nachdem sie angesichts rasant gestiegener Gaspreise im britischen *Guardian* »strategische Preiskontrollen« erwogen hatte. Sie hatte sich schon zuvor lange mit diesem Thema beschäftigt und betont, dass Preiskontrollen ein äußerst kontroverses wirtschaftspolitisches Werkzeug seien und nur unter ganz bestimmten Umständen ein Mittel der Wahl. Da aber die dominante Sicht auf Inflationsbekämpfung wichtige historische Erfahrungen und Argumente ausblende, sei es an der Zeit, auch über solche Maßnahmen nachzudenken. Im Vorwort zur deutschen Übersetzung ihres Buchs »Das Gespenst der Inflation« konstatierte Weber rückblickend: »Ich hatte mich um vorsichtige Formulierungen bemüht.

SABINE NUSS ist freie Autorin und Publizistin. Bis 2010 war sie Referentin für Kritik der Politischen Ökonomie bei der Rosa-Luxemburg-Stiftung, dann Leiterin der Politischen Kommunikation, von 2017 bis 2023 Geschäftsführerin des Karl Dietz Verlags. Mit Eva Völpe moderiert sie den Podcast *Armutszeugnis*.

Dies ist ein gekürzter Auszug aus der Einleitung von: »Der verdrängte Kapitalismus. Möglichkeiten und Grenzen antifaschistischer Wirtschaftspolitik«. Ein gerade erschienener Gesprächsband von Sabine Nuss mit Andrej Holm, Stephan Kaufmann, Antonella Muzzupappa und Ingo Stützle, Karl Dietz Verlag Berlin, 2025.

Aber es stellte sich heraus, dass das Stichwort »Preiskontrollen« ausreichte, um in den sozialen Medien einen Sturm der Empörung auszulösen.« (Weber 2023)

Ein Jahr später wurde Weber vom damals amtierenden deutschen Bundeskanzler Olaf Scholz (SPD) in eine »Gaspreiskommission« eingeladen, um eine Bremse gegen die kriegsbedingt steigenden Gaspreise zu konzipieren. Ein durchschnittlicher Familienhaushalt sparte dadurch im Jahr ihrer Geltung (2023) bis zu 1 000 Euro.⁵

Weber war also bereits prominent, als sie den Post absetzte. Hinzu kam, dass sie mit ihrer fordernden Frage offensichtlich einen Nerv getroffen hatte. Wir erleben derzeit die »machtvollste Welle rechter Politik nach dem Zweiten Weltkrieg«, so der Rechtsradikalismusforscher Cas Mudde (2020, 15). Rechtsradikale Parteien werden »zunehmend zur Normalität« (ebd.). Deutschland macht hier keine Ausnahme. Die (vorläufig) als gesichert rechtsextrem eingestufte Partei Alternative für Deutschland (AfD) gewinnt immer mehr an Zulauf. Über die Gründe dieses Phänomens wird viel diskutiert und geforscht. Meist steht das Thema Migration im Fokus. Dabei spielt auch die individuelle wirtschaftliche und finanzielle Lage eine nicht zu unterschätzende Rolle. Wenn ökonomische Krisen oder staatliche Kürzungspolitik die soziale Sicherheit des Einzelnen beeinträchtigen und zu Abstiegsängsten oder existenzieller Verunsicherung führen, ist das auch ein Grund, warum die Menschen rechte Parteien wählen. Zu diesem Ergebnis kommt eine ganze Reihe von unterschiedlichen Studien. Diese Perspektive habe inzwischen in Teilen der Profession große Übereinstimmung produziert, schreibt der Ökonom Frederik Heussner (2024), auch wenn sich die konkreten Positionen im Einzelnen stark unterschieden. Die unter Ökonom*innen verbreitete Theorie besagt, »dass steigende soziale Ungleichheit und sozialräumliche Benachteiligung, zunehmende soziale Unsicherheit und das Gefühl von Kontrollverlust wesentliche Motivatoren für die Wahl rechtspopulistischer und extrem rechter Parteien« sind (ebd.).

Da kam Webers Aufruf, sich über eine »antifaschistische Wirtschaftspolitik«

Gedanken zu machen, gerade recht. Endlich schien es eine handfeste und anschlussfähige Idee gegen die Verschiebung der politischen Tektonik nach rechts zu geben, und das aus berufenem Mund. »Antifaschistische Wirtschaftspolitik« wirkte wie ein Zauberspruch, mindestens aber barg er eine Hoffnung, dass sich endlich, nach vier Jahrzehnten neoliberaler Ideologie und Praxis, ein breiter Zuspruch aller Demokrat*innen zu einer alternativen Wirtschaftspolitik mobilisieren ließe. Mittlerweile wird auch eine »antifaschistische Rentenpolitik« gefordert, von einem »sozialen Antifaschismus« (Becker 2025; Candeias 2025) ist ebenso die Rede, gar von der »Ökonomen-Antifa« (Kaufmann 2024).

Allerdings liegt weder von Weber noch von anderer Seite zum gegenwärtigen Zeitpunkt eine *ausgearbeitete* Konzeption einer »antifaschistischen Wirtschaftspolitik« vor. Was es gibt, ist eher ein »Maßnahmenbündel [...], im Grunde eine Handvoll keynesianischer Reformvorschläge«, wie es Astrid Zimmermann (2025) provokant genannt hat. Beispielhaft dafür stehen Vermögenssteuer, Mietendeckel oder staatliche Investitionen in eine grüne Industriepolitik sowie Preiskontrollen zur Eindämmung von Inflation. Mit dem »altsozialdemokratisch klingenden Panorama an Vorschlägen«,⁶ so Tom Strohschneider, soll die Verteilung des gesellschaftlich produzierten Reichtums gerechter werden, die Schere zwischen Arm und Reich kleiner. Finanziell schlechter gestellte Menschen sollen in Krisenzeiten besser vor materieller Verschlechterung geschützt und die vom grünen Strukturwandel Betroffenen mitgenommen werden. Kurz: Das Ziel

ist ein höheres Maß an sozialer Sicherheit und gesellschaftlicher Integration. Das, so die Hoffnung, würde Menschen davon abhalten, sich rechten Parteien zuzuwenden.

Worum geht es bei der »antifaschistischen Wirtschaftspolitik« also genau, wo liegt ihr angenommenes Potenzial für mehr soziale Sicherheit und Integration? Wo stoßen diese Instrumente an Grenzen? Zwar ist es auch unter den Verfechter*innen einer »antifaschistischen Wirtschaftspolitik« Konsens, dass Menschen nicht nur aus Gründen sozialer Unsicherheit und materieller Verschlechterung rechts wählen, denn nicht nur diejenigen, die von Abstiegsangst oder von Krisen betroffen sind, wählen rechts. Menschenfeindliche Ideologien sind weit verbreitet und nicht auf bestimmte Einkommensschichten oder Bevölkerungsgruppen beschränkt.

Das Spektrum der Motive, wieso Menschen sich rechten Ideologien zuwenden, soll in dem Buch »Der verdrängte Kapitalismus« daher erweitert werden – über den ewigen Rekurs auf Migrationspolitik hinaus. Damit soll ein anderes Licht auf das angenommene emanzipatorische Potenzial einer »antifaschistischen Wirtschaftspolitik« geworfen werden, mit der Absicht, den Horizont möglicher alternativer Politiken weiter zu spannen.

1 Isabella Weber: »Can we now finally have a serious conversation about an anti-fascist economics?«, Tweet vom 6.11.2024, <https://x.com/isabellamweber/status/1854028015430185234?t=x410JJGBSzfQO4Np03iXg/>

2 Isabella Weber: Zum Einfluss der Inflation auf die Wahl Donald Trumps. Forum Re-live. Online-Diskussion auf dem Forum New Economy Symposium vom 20.11.2024,

Minute 1:30, <https://newforum.org/forum-re-live-isabella-weber-zum-einfluss-der-inflation-auf-die-wahl-donald-trumps/>

3 Alexandra Hutzler: The president-elect said he won in part because of his vow to slash food bills, in: ABC News, 13.12.2024, <https://abc7ny.com/post/trump-now-says-bringing-down-grocery-prices-will-be-hard/15651643/>

4 Weber war allerdings nicht die Erste, die den Zusammenhang zwischen Wirtschaftspolitik und Antifaschismus aufgebracht hat. Bereits im Juni 2023 prägten die Parteivorsitzende der Linken, Ines Schwerdtner, und der Chefredakteur des Wirtschaftsmagazins *Surplus*, Lukas Scholle, den Slogan »Antifa heißt Wohlfahrtsstaat«; vgl. Schwerdtner, Ines/Scholle, Lukas, 2023: Den Höhenflug der AfD stoppt nur soziale Politik, in: Jacobin, 5.6.2023, <https://jacobin.de/artikel/den-hoehenflug-der-afd-stoppt-nur-soziale-politik-bjoern-hoecke-christian-lindner-robert-habeck-antifa-heisst-wohlfahrtsstaat-ines-schwerdtnerlukas-scholle/>.

5 Vgl. Jörg Heidjann: Was ist die Gaspreisbremse?, www.stromauskunft.de/gas/gaspreisbremse/

6 Tom Strohschneider: »Hat man sich die falschen Kämpfe ausgesucht?«, in: Linke tl;dr, 22.6.2025, https://engelbecken.substack.com/p/hat-man-sich-die-falschen-kampfe?utm_source=substack&utm_medium=email/ In diesem Beitrag findet sich eine empfehlenswerte kommentierte Übersicht von Artikeln zu den verschiedenen Vorstellungen einer »antifaschistischen Wirtschaftspolitik«.

LITERATUR

Becker, Lia, 2025: Der Horizont eines sozialen Antifaschismus, in: LuXemburg, 1/2025, <https://zeitschrift-luxemburg.de/artikel/der-horizont-eines-sozialen-antifaschismus>

Candeias, Mario, 2025: Allianz eines sozialen Antifaschismus, kein Kartell der Parteien, in: Blog Institut Solidarische Moderne, 12.5.2025, www.solidarische-moderne.de/de/article/726.allianz-eines-sozialen-antifaschismus-kein-kartell-der-parteien.html/

Heussner, Frederick, 2024: Antifaschistische Ökonomik? Na klar! Aber was heißt das?, in: Exploring Economics, www.exploring-economics.org/de/entdecken/antifaschistische-oekonomik/

Kaufmann, Stephan, 2024: Die Ökonomen-Antifa. Welche Wirtschaftspolitik könnte gegen den Rechtstrend helfen?, in: nd, 29.11.2024, www.nd-aktuell.de/artikel/1187171.linke-wirtschaftspolitik-die-oekonomen-antifa.html/

Mudde, Cas, 2020: Rechtsaußen. Extreme und radikale Rechte in der heutigen Politik weltweit, Bonn

Weber, Isabella, 2023: Das Gespenst der Inflation. Wie China der Schocktherapie entkam, E-Book, Berlin

Zimmermann, Astrid, 2025: Antifaschistische Wirtschaftspolitik ist gut, aber nicht genug, in: Jacobin, 30.5.2025, <https://jacobin.de/artikel/klassenkampfrechtsruck-solidaritaet-arbeitskampf-organisierung-antifa-linke-rechtsextremismus-afd-populismus/>

GESPRÄCH

MIT CARLA REEMTSMA,
TOM KREBS UND
INES SCHWERDTNER

» Der Begriff unterstreicht, dass die AfD oder Trump nur mit einer neuen Wirtschaftspolitik gestoppt werden können, die sich endgültig von den marktliberalen Glaubenssätzen der politischen Mitte verabschiedet.«

Tom Krebs

» Wer denkt, der Faschismus ließe sich mit akzeptablen Lebensverhältnissen und sicheren Jobs hinreichend bekämpfen, verkennet das gedankliche Gift, das rechte Ideologien erst verfangen lässt.«

Carla Reemtsma

» Wir brauchen eine Rückführung der Kontrolle zentraler Infrastrukturen der Daseinsvorsorge in die öffentliche Hand und einen Staat, der in der Krise investiert.«

Ines Schwerdtner

ANTIFASCHISTISCHE WIRTSCHAFTSPOLITIK: EIN GEEIGNETER STRATEGISCHER BEGRIFF GEGEN DIE FASCHISIERUNG?

Im November 2024, nach dem zweiten Wahlsieg Trumps, brachte die linke Ökonomin Isabella Weber den Begriff antifaschistische Wirtschaftspolitik in die Debatte ein (vgl. Nuss in diesem Heft). Trotz reger Diskussion blieb bislang aber unklar, was genau damit gemeint ist, wo Nutzen und Grenzen eines solchen Herangehens liegen. Wir wollen an dieser Stelle noch einmal kritisch nachfragen und zu einer Klärung beitragen.

Warum ist antifaschistische Wirtschaftspolitik ein guter Begriff für euch? Welchen Nutzen hat er? Wo liegen aber auch seine Grenzen?

TOM KREBS: Der Begriff lenkt die Aufmerksamkeit auf die ökonomischen Treiber rechtsradikaler Bewegungen. Insofern ist er passend. Der Aufstieg rechtsradikaler Parteien wie der AfD war nur möglich, weil die sogenannten Mitte-Parteien eine neoliberale Wirtschaftspolitik betrieben haben. Und der Begriff unterstreicht, dass die AfD oder Trump nur mit einer neuen Wirtschaftspolitik gestoppt

werden können, die sich endgültig von den marktliberalen Glaubenssätzen der politischen Mitte verabschiedet. Ich denke, der Nutzen des Begriffs liegt genau in seinen Grenzen: Er entstand als Reaktion auf aktuelle politische Entwicklungen und ist damit theoretisch noch nicht vollständig ausformuliert.

INES SCHWERDTNER: Für die breite Mehrheit ist auf den ersten Blick nicht klar, was mit antifaschistischer Wirtschaftspolitik gemeint ist, aber ich bin Isabella Weber dankbar, dass sie ihn eingeführt hat, weil er etwas auf den Punkt bringt: Er verdeutlicht die Verbindung zwischen Rechtsruck und ökonomischen Fragen und eröffnet zugleich die Möglichkeit, wirtschaftliche Antworten auf rechte Politik zu geben. Wir müssen uns endlich davon lösen, die Auseinandersetzung mit der politischen Rechten fast ausschließlich auf kultur-, identitäts- oder demokratiepolitischem Terrain zu führen. Es ist auch mehr als eine Haltungsfraße, auch wenn diese natürlich zentral war im Bundestagswahlkampf. Ich bin überzeugt: Die Ursachen des Aufstiegs der Rechten liegen ganz wesentlich in den ökonomischen Verhältnissen. Genau dort müssen auch antifaschistische Gegenstrategien ansetzen.

CARLA REEMTSMA: Wenn wir über antifaschistische Wirtschaftspolitik sprechen, wird sofort klar, dass Wirtschaftspolitik immer mehr umfasst als nur Beschäftigungs-, Inflations- oder Wachstumszahlen. Es macht deutlich, dass Ökonomie unweigerlich mit der Verfasstheit unserer Gesellschaft zu tun hat – und Wirtschaftspolitik in der Konsequenz genauso. Sie wird damit zu einer gestaltenden Kraft weit über den politischen Teilbereich

Wirtschaft hinaus. Sie formt, wie Menschen arbeiten, welche Güter zu welchen Preisen produziert werden, welche Rolle der Staat spielt, mit welchen ökonomischen (Un-)Sicherheiten Menschen umgehen müssen. Weil die Auswirkungen so umfassend sind, sollten wirtschaftspolitische Erwägungen immer mehr als nur ökonomische Logiken im Blick haben. Das Konzept der antifaschistischen Wirtschaftspolitik macht sich diese Wechselwirkungen ganz bewusst zunutze. Ohne starke soziale und ökonomische Grundlage ist eine stabile und gerechte Gesellschaft kaum möglich, geht Vertrauen in Politik und Demokratie verloren.

Gleichzeitig suggeriert der Begriff, gute Wirtschaftspolitik reiche aus, um eine Gesellschaft gegen menschenfeindliche, autoritäre, antidemokratische Tendenzen zu wappnen. Dies würde verkennen, dass der Faschismus immer auch auf intellektueller und moralischer Verrohung basiert. Eine gute ökonomische Situation kann Menschen vielleicht weniger anfällig machen, schützt aber nicht vor den eigentlichen Gefahren des Faschismus.

CARLA REEMTSMA ist aktiv bei Fridays for Future, war lange eine der Sprecher*innen. 2023 gründete sie die Organisation Das Momentum. Sie studiert derzeit an der Humboldt-Universität zu Berlin.

TOM KREBS ist Professor für Makroökonomik an der Universität Mannheim und wissenschaftliches Mitglied der Mindestlohnkommission. Er hat mit Isabella Weber zu den Themen Preiskontrollen und antifaschistische Wirtschaftspolitik publiziert.

INES SCHWERDTNER ist seit 2024 Ko-Vorsitzende der Partei Die Linke. Zuvor war sie Redakteurin von *Jacobin* und arbeitete in der Rosa-Luxemburg-Stiftung.

Was ist das Antifaschistische daran oder geht es nicht einfach um linke Wirtschaftspolitik?

TOM: Für mich ist antifaschistische Wirtschaftspolitik eine Politik, die den Aufstieg der rechtsradikalen bzw. neofaschistischen Parteien in Europa und den USA effektiv bekämpft. Das bedeutet, sie muss die ökonomische Verunsicherung und sozialen Abstiegsängste, die aufgrund der neoliberalen Krisenpolitik der Mitte-Parteien entstanden sind, adressieren und in einen positiven Impuls umwandeln. Das läuft letztlich auf eine linke Wirtschaftspolitik hinaus, aber mit einer speziellen Gewichtung verschiedener wirtschaftspolitischer Instrumente. Und natürlich muss die Frage beantwortet werden, welche Art von linker Wirtschaftspolitik wir in diesen unruhigen Zeiten brauchen.

CARLA: Zwischen beiden gibt es große Überschneidungen, trotzdem sind sie nicht deckungsgleich: Vielmehr ist jede antifaschistische Wirtschaftspolitik links, aber nicht jede linke antifaschistisch. Es gibt schließlich auch nicht die eine linke Wirtschaftspolitik. Antifaschistische Wirtschaftspolitik beginnt an einer anderen Stelle: Sie erkennt den Kampf gegen den Faschismus als eine zentrale Aufgabe an und befürchtet eine steigende Empfänglichkeit für rechtsautoritäre Tendenzen aufgrund der ökonomischen Verhältnisse. Linke Wirtschaftspolitik hingegen begründet ihre Maßnahmen mit dem Anspruch an soziale Gerechtigkeit und mit Erkenntnissen zu Marktversagen etc. Linke Wirtschaftspolitik kann, aber muss keinen emanzipatorischen Anspruch haben, antifaschistische hingegen schon. Wer denkt, der Faschismus ließe sich mit akzeptablen Lebensverhältnissen und sicheren Jobs hinrei-

chend bekämpfen, verkennt das gedankliche Gift, das rechte Ideologien erst verfangen lässt. Antifaschistische Wirtschaftspolitik erkennt das und handelt dementsprechend, indem sie für bessere ökonomische Verhältnisse genauso wie für Vertrauen in den Staat und die Mitbürger*innen sorgt.

INES: Das genuin Antifaschistische an dieser Form der Wirtschaftspolitik besteht darin, dass sie die Demokratie schützt, weil sie die ökonomische Teilhabe der Vielen garantiert. Wir wissen heute um den Zusammenhang von Sparpolitik, Inflation und Rechtsruck. Dieser Zusammenhang ist in vielen Ländern und unterschiedlichen historischen Phasen wissenschaftlich belegt. Dasselbe gilt für Deindustrialisierungs- und Schrumpfungsprozesse: Regionen, die davon besonders stark betroffen sind, tauchen in der politischen Geografie rechter Parteien auffällig häufig auf. Das überrascht nicht. Wenn die Fundamente des gesellschaftlichen Zusammenlebens erodieren, wächst die Konkurrenz um ebendiese Grundlagen. Wenn Wohnungen, Kitas oder Sporthallen fehlen, wenn sich die Menschen alltägliche Güter kaum noch leisten können und die Versorgungslage insgesamt schlechter wird, dann lässt sich diese Knappheit leicht politisch instrumentalisieren. Rechte Akteure befeuern gezielt Verteilungskämpfe unter rassistischen Vorzeichen. Ihr politisches Projekt besteht nicht darin, Wege aus der Krise aufzuzeigen, sondern den Zugang zu den verbleibenden Ressourcen zu verengen. Antifaschistische Wirtschaftspolitik setzt hier bewusst einen anderen Akzent. In Krisenzeiten, in denen Parteien der Mitte meist auf Kürzungspolitik setzen, fordern wir

das Gegenteil. Wir wollen investieren, Preise regulieren, wir stellen die breite Mehrheit ins Zentrum unserer Politik. So verhindern wir, dass Menschen aus Frust über Verarmung, Verknappung und Vereinzelung den Rechten in die Arme getrieben werden.

Mit Analogien sollte man zwar vorsichtig sein, doch ein Blick zurück lohnt. Der Aufstieg der Faschisten in Deutschland lässt sich nicht monokausal erklären, aber die harte Kürzungspolitik des Zentrumskanzlers Heinrich Brüning war zweifellos ein entscheidender Brandbeschleuniger. Millionen Menschen wurden arbeitslos und verarmten. Als Gegenentwurf gab es den WTB-Plan, der auf massive öffentliche Investitionen und Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen setzte. Doch in der SPD-Parteispitze fand er wenig Unterstützung, da der Koalitionsfrieden nicht gefährdet werden sollte. Teile der Nationalsozialisten griffen das Thema Arbeitsbeschaffung auf und besetzten es von rechts. Damit schufen sie Anknüpfungspunkte für Arbeiter*innen und Arbeitslose. Wie die Geschichte verlaufen wäre, hätte die SPD offensiver gehandelt, bleibt Spekulation. Doch eine mutigere, antifaschistische Wirtschaftspolitik hätte das Schicksal der Republik möglicherweise noch einmal wenden können.

Was wären die wichtigsten Komponenten einer antifaschistischen Wirtschaftspolitik?

CARLA: Ungleichheit massiv reduzieren. Grundlegende ökonomische Sicherheit für alle schaffen. Daseinsfürsorge stärken. Und alles immer in Kombination mit einer starken emanzipatorischen und demokratischen Agenda, die Menschen in eine aktive gesellschaftliche Rolle bringt.

TOM: Wie gesagt, die Diskussionen zur Bedeutung des Begriffs haben gerade erst begonnen, und Isabella Weber wird dazu bald ein Buch veröffentlichen. Aber wie auch immer diese neue Wirtschaftspolitik letztlich aussehen wird, sie sollte meines Erachtens durch vier Prinzipien geprägt sein. Erstens muss der Staat die Grundversorgung mit lebenswichtigen Gütern und Dienstleistungen zu bezahlbaren Preisen sichern. Um dies zu erreichen, sind in der Regel staatliche Preiskontrollen notwendig, zum Beispiel eine Energie- oder Mietpreisbremse. Zweitens ist es eine zentrale staatliche Aufgabe, die richtigen Rahmenbedingungen für gute Arbeit und faire Löhne zu schaffen. Das bedeutet unter anderem ein vernünftiger Mindestlohn und eine Stärkung der Gewerkschaften. Drittens braucht es mehr öffentliches Eigentum in Schlüsselbereichen, um den wirtschaftlichen Erfolg zu gewährleisten. Hier rede ich nicht nur von der öffentlichen Infrastruktur und dem öffentlichen Wohnungsbau, sondern ich meine auch Beteiligungen an Industrieunternehmen der Stahlbranche (Thyssenkrupp Steel) und des Militärs (Rheinmetall). Und viertens benötigen wir ein faires und effizientes Steuersystem, also für Deutschland eine Reaktivierung der Vermögenssteuer und eine gerechtere Erbschaftssteuer.

INES: Es geht zunächst darum, Preissprünge bei Gütern zu verhindern, die für ein gutes Leben unverzichtbar sind: Lebensmittel, Wohnen, Energie. Tom hat das angesprochen. Wenn in der Krise die Preise in diesen Bereichen nach oben schnellen, muss der Staat eingreifen, Preise deckeln und Kon-

trollen einführen. Ein positives Beispiel ist der Gaspreisdeckel, den Isabella Weber im Zuge der Corona-Pandemie vorgeschlagen hat und der teilweise umgesetzt wurde. Zusätzlich brauchen wir eine Rückführung der Kontrolle zentraler Infrastrukturen der Daseinsvorsorge in die öffentliche Hand und einen Staat, der in der Krise investiert. Einrichtungen wie Schwimmbäder, öffentlicher Nahverkehr oder Krankenhäuser sind für das gesellschaftliche Zusammenleben unverzichtbar und müssen im Sinne des Gemeinwohls organisiert sein. Nur ein aktiver Staat kann den Menschen vermitteln, dass er tatsächlich einen Unterschied macht. Damit das gelingt, sind zwei Dinge notwendig. Zum einen muss der Staat Handlungskapazitäten zurückgewinnen. Jahrzehnte neoliberaler Politik haben diese geschwächt. So ging etwa bei der Privatisierung öffentlicher Unternehmen auch viel Wissen verloren. So entstand ein Teufelskreis: Je mehr Know-how verschwand, desto stärker war der Staat auf externe Akteure angewiesen, um politische Ziele zu erreichen. Gut ablesbar ist das an den stetig steigenden Ausgaben für externe Berater*innen, mit denen wir uns als Linke im Haushaltsausschuss intensiv befasst haben. Zum anderen braucht der Staat finanzielle Spielräume. Die aktuellen sind viel zu eng, um den Herausforderungen unserer Zeit gerecht zu werden. Wir wollen diejenigen finanziell stärker in die Pflicht nehmen, die viel haben, aber gemessen daran wenig beitragen. Eine progressive Steuerpolitik soll den gesellschaftlichen Reichtum gerechter verteilen, die unteren und mittleren Einkommen entlasten und die oberen stärker belasten. Und: Die Schuldenbremse gehört endlich abgeschafft.

Außerdem ist die Demokratisierung der Wirtschaft zentral. In vielen Branchen sind in den letzten Jahren Mitbestimmungsrechte abgebaut und Gewerkschaften zurückgedrängt worden. Die politisch hergestellte Vereinzelung der Beschäftigten öffnete rechten Agitator*innen ein Einfallstor. Die Rechte von Beschäftigten und Gewerkschaften müssen endlich wieder gestärkt werden, zudem müssen sie im Zentrum des sozial-ökologischen Umbaus stehen. Nur mit dem Wissen der Beschäftigten kann die Transformation der Industrie gelingen. Wirtschaftsdemokratie bedeutet schließlich mehr als Mitbestimmung im Betrieb. Auch eine demokratische Wirtschaftsplanung gehört wieder auf die politische Agenda.

Gibt es im Rahmen des Konzepts antifaschistischer Wirtschaftspolitik auch Überlegungen, wie wir all die guten Vorschläge an die potenziellen Adressaten bringen? Vielleicht ist das nicht nur eine Frage der richtigen Politik, sondern auch eine kulturelle Frage. Geht es nicht auch darum, solidarische und demokratische Lebensweisen zu stärken?

CARLA: Ohne demokratische und kulturelle Praktiken ist antifaschistische Wirtschaftspolitik nur linke Wirtschaftspolitik in verschiedenen Ausformungen. Antifaschistische Praktiken leben davon, dass sie nicht einfach nur eine staatliche Bringschuld sind, sondern sich auf die Lebenspraktiken der Menschen übertragen lassen. Anhand adäquater Versicherungen, Daseinsfürsorge und staatlicher Infrastruktur können Menschen Care-Arbeit in der Familie

übernehmen, zivilgesellschaftliches Engagement ausüben, Gemeinschaft erleben und Vertrauen aufbauen. Dort, wo der Zugang zu kulturellen und gesellschaftlichen Angeboten weniger von den eigenen finanziellen Verhältnissen abhängig ist, wo ökonomische Ungleichheiten weniger ausgeprägt sind, kommen Menschen klassenübergreifender in Austausch, die »einfachen Feindbilder« verfangen weniger.

TOM: Ich würde sicherlich nicht abstreiten, dass kulturelle Fragen wichtig sind und auch den Zusammenhalt innerhalb einer Bewegung stärken können. Doch wenn die grundlegende ökonomische Programmatik nicht stimmt, dann ist das alles im politischen Raum nicht viel wert. Nehmen wir zum Beispiel die Grünen und die SPD in Deutschland oder die Demokraten in den USA. Solange diese progressiven Kräfte ihre naive Marktgläubigkeit nicht ablegen, werden sie die Menschen immer wieder enttäuschen und den Rechten in die Arme treiben.

INES: Natürlich müssen wir uns auch Gedanken darüber machen, wie wir diese Inhalte vermitteln. Das heißt, wir gehen nicht an die Haustür und zitieren antifaschistische Wirtschaftspolitik, sondern zeigen aufrichtiges Interesse an den Problemen des Alltags der Menschen. Allein in meinem Wahlkreis in Berlin-Lichtenberg haben wir an rund 68 000 Haustüren geklopft und die Menschen in 12 000 Gesprächen direkt gefragt, wo bei ihnen der Schuh drückt. Viele der Menschen, mit denen wir gesprochen haben, haben sich zum ersten Mal politisch wahrgenommen gefühlt und sich dafür bedankt.

Dabei darf es aber nicht bleiben. Wir wollen wieder stärker eine Rolle im Alltag der Menschen spielen. Angebote wie »Die Linke hilft« oder Sozialsprechstunden sind ein guter Anfang. Wir suchen die Menschen dort auf, wo die Probleme sind, und bieten konkrete Lösungen an. Das ist etwas, was uns unheimlich viel Glaubwürdigkeit gibt. Man lernt auch wieder, wie normale Menschen zu sprechen, und verbleibt nicht im linken »Szenesprech«. In Zukunft wollen wir außerdem den Aufbau von Betriebsgruppen stärker vorantreiben.

Ist eine antifaschistische Wirtschaftspolitik geeignet als Grundlage für eine antifaschistische Allianz bzw. »Volksfront von unten«? Brauchen wir Letzteres überhaupt?

TOM: Der Begriff kann sicherlich hilfreich sein, um die politische Mobilisierung und die Bildung einer antifaschistischen Allianz voranzutreiben. Aber je nach Milieu kann er auch kontraproduktiv sein. Ich glaube zum Beispiel, dass die große Mehrheit der Gesellschaft eine antifaschistische Wirtschaftspolitik uneingeschränkt unterstützt, aber viele mit diesem Begriff nichts anfangen können und einige ihn sogar als unangenehm empfinden.

INES: Natürlich sollten sich antifaschistische Kräfte organisieren und Allianzen bilden. Es gibt Regionen, insbesondere im Osten Deutschlands, aber auch darüber hinaus, in denen Linke und Antifaschist*innen fast täglich angegriffen werden. Im Windschatten der Wahlerfolge der AfD fühlt sich auch die militante rechte Szene gestärkt. Die Linke sollte deshalb immer Teil antifaschistischer

Bündnisse sein, die über das eigene Lager hinausreichen und gesamtgesellschaftliche Solidarität mit den Betroffenen rechter Gewalt organisieren.

Das Problem besteht jedoch darin, dass Teile der politischen Mitte genau die Politik betreiben, die den Aufstieg der Rechten erst ermöglicht hat. Die Lehre aus antifaschistischer Wirtschaftspolitik lautet ja gerade, dass es eben auch ökonomische Verhältnisse sind, die den Rechtsruck befeuern. Wenn die Parteien der Mitte den bestehenden Status quo verteidigen, tragen sie damit Verantwortung für den Rechtsruck – und untergraben zugleich ihre eigene gesellschaftliche Basis. Für eine linke Partei ergibt sich daraus ein Spannungsverhältnis: Sie muss die Mitteparteien für ihre verfehlte Wirtschafts- und Finanzpolitik kritisieren und angreifen, zugleich aber in der Lage sein, punktuell Bündnisse mit ihnen einzugehen.

CARLA: Die Notwendigkeit aktiver Wirtschaftspolitik im Kampf gegen rechts wird mehr und mehr erkannt. Mit dem Sondervermögen für Infrastruktur und Klimaschutz hätte es das Potenzial für eine Orientierung nach vorne gegeben – doch statt die Milliarden für reale Veränderung zu nutzen, machen Union und SPD Wahlgeschenke und übertünchen die tatsächlichen Konfliktpunkte. Von dieser Regierung progressive Veränderungen zu erhoffen erscheint utopisch, auch die angespannte Finanzlage in Berlin spricht dagegen. Anders sieht es bei den Bewegungen auf der Straße aus: Der zweite Berliner Volksentscheid zur Vergesellschaftung großer Wohnungskonzerne oder die Zusammenarbeit von Gewerkschaften

und Klimabewegung bei der Umstellung des Stahlwerks in Bremen auf grüne Produktion sind Hoffnungsschimmer. Gleichzeitig gilt für die Bundestagswahl 2029: Wer wirklich politische Veränderung erreichen will, sollte über das gesamte progressive Spektrum versuchen, Macht und Mehrheiten aufzubauen und dafür ein attraktives Politikangebot zu machen. Das bedeutet: Politik für die 99 Prozent, Reiche zur Verantwortung ziehen, Klima schützen, bezahlbare grüne Wärme und Mobilität sichern.

Gibt es eine Perspektive, einzelne Aspekte einer antifaschistischen Wirtschaftspolitik aus der Opposition heraus voranzubringen? Oder braucht es mit Blick auf zukünftige Wahlen »progressive Mehrheiten«? Und sind die mit SPD und Grünen überhaupt realistisch?

TOM: Wir leben in einer parlamentarischen Demokratie, insofern kann der Aufstieg der AfD nur durch eine linke parlamentarische Mehrheit dauerhaft gestoppt werden. Deshalb sollte es ein zentrales Ziel sein, parteiübergreifende Gemeinsamkeiten zu finden und diese als Ausgangspunkt einer Zusammenarbeit zu nutzen. Doch natürlich gibt es Widerstände, insbesondere bei den Grünen und der SPD. Das hat mit der Neoliberalisierung dieser zwei Parteien zu tun, die sich etwa darin widerspiegelt, dass marktliberale Glaubenssätze von vielen Parteifunktionär*innen kritiklos übernommen werden. Zudem machen sich die linken Flügel dieser Parteien unnötig klein und denken nicht strategisch genug. Dabei ist die Basis der Grünen und auch der SPD ökonomisch viel linker als die Funktionärs-

ebene. Die Grünen könnten sich in der Opposition neu sortieren, und es ist zu hoffen, dass in der SPD die linken Stimmen umso lauter werden, je länger Schwarz-Rot an der Regierung ist. Die kommenden drei Jahre werden politisch entscheidend sein.

INES: Manchmal überholt die Realität die politischen Mehrheiten. Es gibt Situationen, in denen die faktische Macht des Realen bestimmte Entscheidungen erzwingt. Die Energiepreiskrise war ein solcher Moment: Plötzlich wurde ganz offen und weit über das linke Lager hinaus über Preisdeckel diskutiert. In solchen Momenten ist es unsere Aufgabe, Druck aufzubauen – auch und gerade aus der Opposition heraus. Es geht darum, durch Agenda Setting und Organisation in der Gesellschaft Einfluss auf die Machtverhältnisse zu nehmen, sich weder im Klein-Klein technokratischer Reformen zu verlieren noch sich in

einer immer gleichen Fundamentalopposition einzurichten. Entscheidend ist, die politische Architektur so zu verändern, dass sie der breiten Mehrheit in diesem Land zugutekommt und die Position der Arbeit im Verhältnis zum Kapital stärkt.

Eine wie auch immer geartete Mitte-links-Regierung sollten wir nicht im luftleeren Raum diskutieren, sondern entlang konkreter materieller und machtpolitischer Fragen. Natürlich könnten Elemente einer antifaschistischen Wirtschaftspolitik als Bindeglied dienen. Im Moment sehe ich jedoch nicht, dass die drei Parteien in der Lage wären, eine solche Debatte strategisch und jenseits parteitaktischer Arithmetik zu führen. Deshalb sind wir gut beraten, uns zunächst auf uns selbst zu konzentrieren und unsere gesellschaftliche Verankerung zu stärken.

Das Gespräch führte Mario Candeias.

MEHR ZUM THEMA

Gesprächsband »Der verdrängte Kapitalismus«, hg. von Sabine Nuss, Dietz Verlag Berlin, im Erscheinen

Dokumentation der Veranstaltung »Antifaschistische Wirtschaftspolitik! Von notwendigen Alternativen zum Kurs der neuen Bundesregierung« mit Carla Reemtsma, Tom Krebs und Ines Schwerdtner vom 5. Juni 2025, www.rosalux.de/mediathek/media/element/2674

Podcast Armutszeugnis der Rosa-Luxemburg-Stiftung, mit Eva Völpel und Sabine Nuss, #19: »Ist neoliberale Politik schuld?«, <https://soundcloud.com/rosaluxstiftung/19-armutszeugnis-ist-neoliberale-politik-schuld-das-erstarken-der-rechten-teil-1>

Der verdrängte Kapitalismus. Möglichkeiten und Grenzen antifaschistischer Wirtschaftspolitik. Ein Gesprächsband von Sabine Nuss mit Andrej Holm, Stephan Kaufmann, Antonella Muzzupappa und Ingo Stütze. 128 Seiten, Broschur, 12,00 € ISBN 978-3-320-02433-8
Dietz Berlin


UN GLEICH LAND

Deutschland gehört mit Blick auf die privaten Vermögen zu den ungleichsten Demokratien der Welt. Während sich die Milliarden und Millionen Euro einiger weniger Menschen ungebremst vermehren, kommen viele kaum über die Runden. Die soziale Spaltung hat in den letzten Jahrzehnten deutlich zugenommen und verschärft sich mit jeder weiteren Krise.

Die hier abgebildete Grafik veranschaulicht die hierzulande extreme Vermögensungleichheit. Sie ist ein Ausschnitt und Vorabdruck aus einer neuen Publikation der Rosa-Luxemburg-Stiftung, die Anfang 2026 unter dem Titel »Ungleichland. Grafiken und Fakten zu Deutschland« erscheinen wird. In »Ungleichland« sind weitere Facetten ungleicher Verteilung, etwa bei Erbschaften und Lebenschancen, aber auch mit Blick auf das Anheizen der Klimakrise faktenreich belegt und aufwendig illustriert. Es geht um Vermögen und Macht der Superreichen, die Erosion der Demokratie – aber auch um Alternativen.

Die Grafiken können gerne als Bildungsmaterial genutzt und über soziale Netzwerke geteilt werden. Eine Vorbestellung der Publikation ist möglich unter www.rosalux.de/ungleichland

GRAFIKEN UND FAKTEN ZU DEUTSCHLAND

ANMERKUNGEN

- a| Davon besitzt allein das reichste 1 Prozent rund 37,9 Prozent.
- b| Vermögen, von dem alle Schulden abgezogen wurden, dazu zählen u. a. Betriebe, Immobilien, Finanzvermögen (v. a. Wertpapiere), Fahrzeuge, Kunstgegenstände, Gold, Schmuck.
- c| Bezogen auf erwachsene Personen in Deutschland im Jahr 2022 (70 107 122 Personen).
- d| Die 249 Vermögen verteilen sich auf etwa 4 300 Haushalte. Den Gesamtwert schätzte das *Manager Magazin* auf rund 1,1 Billionen Euro. Laut Netzwerk Steuergerechtigkeit sind es jedoch mindestens 1,4, eher 2 Billionen Euro (siehe Quellen). Das Beispiel verweist auf ein generelles Problem: Die Datenlage zu hohen Vermögen ist in den letzten Jahren besser geworden, hat aber immer noch Lücken.
- e| Allein zwischen 2023 und 2024 ist die Zahl um 500 Personen gewachsen. Nur in den USA und China leben noch mehr Multimillionär*innen.
- f| Von Dividenden profitieren vor allem finanzstarke Investmentfonds bzw. bereits hochvermögende Anleger*innen. So eignet sich eine kleine, finanzstarke Elite bedeutende Teile der von den Beschäftigten erarbeiteten Unternehmensgewinne an.
- g| Trifft zu, wenn das Einkommen unter der Armutsgefährdungsgrenze (weniger als 60 Prozent des mittleren Einkommens/Median) liegt oder der Haushalt von erheblicher materieller und sozialer Entbehrung betroffen ist oder die Person in einem Haushalt mit sehr geringer Erwerbsbeteiligung lebt. Siehe Statistisches Bundesamt: Einkommen und Lebensbedingungen, Armutsgefährdung (abgerufen am 10.9.2025).
- h| US-Dollar umgerechnet in Euro (Stand 10.9.2025).
- i| Durchschnittlicher Jahresnettolohn, d. h. nach Abzug von Steuern und Sozialabgaben; Werte für ledige Person ohne Kinder, Steuerklasse I
- j| Die Berechnung bezieht nicht mit ein, dass sich das Vermögen von Klaus-Michael Kühne permanent mit hohen Erträgen weiter vermehrt.



2022 VIEL FÜR WENIGE WENIG FÜR VIELE

Die oberen **10%**^a
der Bevölkerung
besitzen **69,8%**^b
des gesamten Nettovermögens



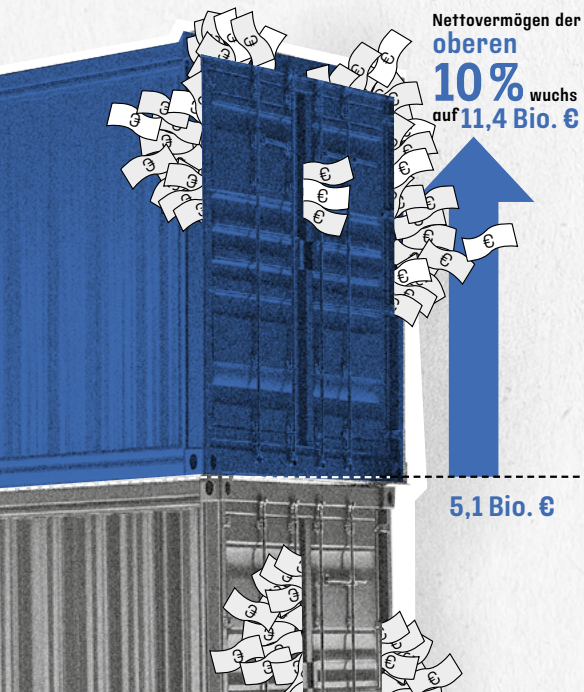
Die mittleren **40%**
der Bevölkerung

besitzen **29%**
des gesamten Nettovermögens

Die unteren **50%**^c
der Bevölkerung

besitzen **1,2%**
des gesamten Nettovermögens

2025 VIEL WIRD NOCH MEHR WENIG BLEIBT WENIG



2024 RIESENVERMÖGEN WACHSEN WEITER MEHR RUTSCHEN IN ARMUT

2014 **16,5 Mio.**

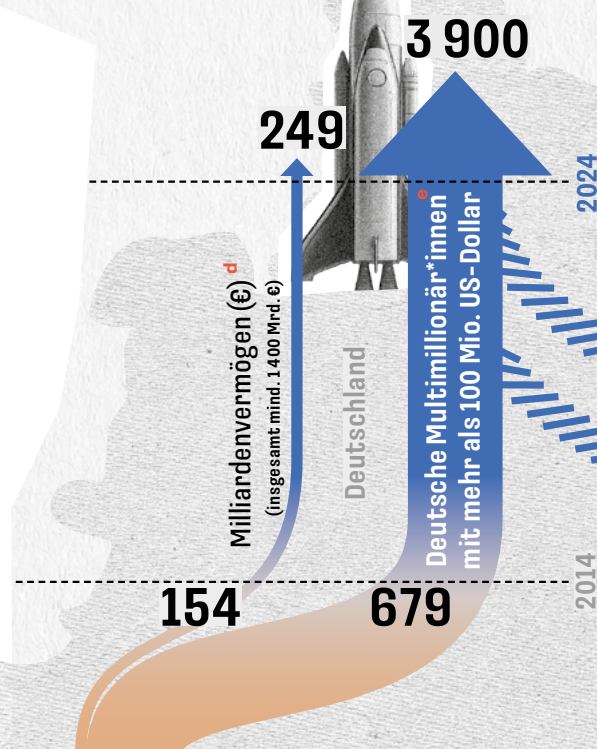
von Armut
oder sozialer
Ausgrenzung
betroffene
Personen ^g

2024 **17,7 Mio.**

Nettovermögen der unteren **50%** wuchs auf **0,5 Bio. €**

2025 (1. Quartal) **5,1 Bio. €**

2011 (1. Quartal) **0,2 Bio. €**



Familie Klatten und Quandt u.a. BMW



Dieter Schwarz, Schwarz-Gruppe, u.a. Lidl und Kaufland



Familie von Baumbach und Boehringer, u.a. Boehringer Ingelheim, Pharma



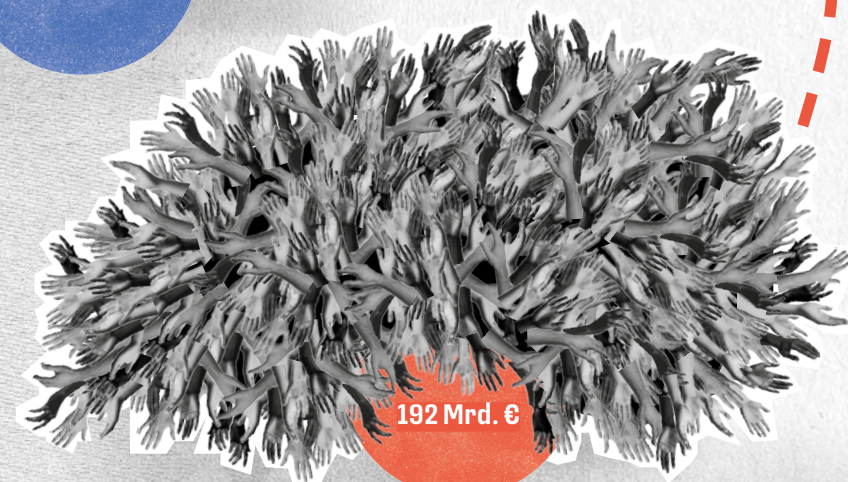
Klaus-Michael Kühne, u.a. Hapag-Lloyd, Kühne+Nagel



193 Mrd. €

4

35 000 000^c
(untere Hälfte der erwachsenen Bevölkerung)



192 Mrd. €

Vermögen von Klaus-Michael Kühne: rund **34 Mrd. €**^h
KUEHNE+NAGEL

2025 ALLES EIGENE LEISTUNG? VON WEGEN!

ZIEL 2025



Ø Jahresnettoverdienstⁱ
30 502 €

START

vor 1,1 Mio. Jahren angefangen zu arbeiten (Homo erectus)^j

in den Krisenjahren
+27%
Dividenden^f (Ausschüttungen aus Unternehmensgewinnen)

2020 → 2023

Reallöhne
-12%



QUELLEN:

VIEL FÜR WENIGE, WENIG FÜR VIELE

Netzwerk Steuergerechtigkeit, 2024: Jahrbuch Steuergerechtigkeit 2024, Berlin, S. 42f

VIEL WIRD NOCH MEHR, WENIG BLEIBT WENIG

Obere 10 Prozent: Europäische Zentralbank, 2025: Distributional Wealth Accounts: Adjusted wealth (net) of households – Decile 10 based on net wealth concept, Germany, Quarterly (abgerufen am 10.9.2025), <https://data.ecb.europa.eu/data/datasets/DWA/DWA.Q.DE.S14.N.LE.NWA.D10.EUR.S.N>

Untere 50 Prozent: Europäische Zentralbank, 2025: Distributional Wealth Accounts: Adjusted wealth (net) of households – Bottom 50% based on net wealth concept, Germany, Quarterly (abgerufen am 10.9.2025), <https://data.ecb.europa.eu/data/datasets/DWA/DWA.Q.DE.S14.N.LE.NWA.B50.EUR.S.N>

RIESENVERMÖGEN WACHSEN WEITER

154 Milliardenvermögen 2014: Oxfam Deutschland/Netzwerk Steuergerechtigkeit, 2024: Keine Angst vor Steuerflucht. 100 Jahre demokratische Gegenmaßnahmen und ihre Bedeutung für die Besteuerung deutscher Milliardenvermögen, Berlin, S.8

249 Milliardenvermögen 2024: Manager Magazin, 2024: Das sind die 500 reichsten Deutschen, 10.10.2024

1 400 Milliarden: Jirrmann, Julia/Trautvetter, Christoph, 2023: Milliardenvermögen in Deutschland. Lücken der Reichtumserfassung und -besteuerung – Vorschlag für einen alternativen Reichtumsbericht, WP der Hans-Böckler-Stiftung, Nr. 316, Dezember 2023, S. 20

Multimillionär*innen in 2014: Boston Consulting Group, 2015: Global Wealth 2015. Winning the Growth Game

Multimillionär*innen in 2024: Boston Consulting Group, 2025: Globales Vermögen steigt um vier Prozent auf 512 Billionen US-Dollar

Armutsgefährdete 2014: Eurostat, 2015: Jeder Vierte war im Jahr 2014 in der EU von Armut oder sozialer Ausgrenzung bedroht

Armutsgefährdete 2024: Eurostat, 2025: Von Armut oder sozialer Ausgrenzung bedrohte Bevölkerung nach Alter und Geschlecht

Dividenden und Reallöhne: Oxfam Deutschland (2024): Unternehmen Ungleichheit. Wie die Macht der Großkonzerne die Kluft zwischen Arm und Reich weiter vertieft. Berlin. S. 4

VIER FAMILIEN

Netzwerk Steuergerechtigkeit, 2024: Jahrbuch Steuergerechtigkeit 2024, Berlin, S. 44

ALLES EIGENE LEISTUNG? VON WEGEN!

Vermögen von Klaus-Michael Kühne: Forbes-Reichenliste (abgerufen am 10.9.2025)

Durchschnittlicher Jahresnettolohn: Bundesministerium der Finanzen, 2025: Datensammlung zur Steuerpolitik, Ausgabe 2025, S. 18

ANTIFASCHISMUS OHNE KULTURKAMPF IST ABWEHR OHNE WIRKUNG

THORBEN PETERS



Viele Linke meinen, entscheidend für die Zurückdrängung des Rechtspopulismus sei allein die ökonomische Umverteilung. Doch ohne eine kulturelle Gegenerzählung bleiben auch materielle Verbesserungen fragil

Die Debatte über die AfD steckt seit Jahren in einer Sackgasse fest. Die einen setzen auf moralische Skandalisierung und merken nicht, dass die Rechten sich gerade von Empörung nähren. Die anderen glauben, soziale Politik allein könne sie kleinhalten, und übersehen, dass rechte Politik kein Reflex auf materielle Not ist, sondern deren kulturelle Umdeutung in Feindbilder, Aufwertungsfantasien und nationale Identität. Wer an diesen Rezepten festhält, bleibt defensiv. Doch Abwehr reicht nicht: Nur ein offensiver linker Kulturkampf kann politisches Terrain zurückgewinnen. Ökonomie öffnet Türen, aber Kultur entscheidet, wer hindurchtritt.

Die sozialökonomischen Krisenerfahrungen unserer Zeit wie Prekarisierung, Deindustrialisierung oder der Abbau öffentlicher Infrastruktur schaffen einen frucht-

baren Nährboden für rechte Vorstellungen. Sie ermöglichen es, Unzufriedenheit und Unsicherheit in politische Alternativen zu übersetzen. Doch welche Richtung dieser Unmut nimmt, entscheidet sich nicht allein an der materiellen Lage. Hier greift der rechte Kulturkampf, der aus der Perspektive kritischer Gesellschaftstheorien genauer als *eine bestimmte Strategie im immer auch ideologisch-politisch-kulturell ausgetragenen Klassenkampf* zu verstehen wäre. Für Wolfgang Fritz Haug und das Projekt Ideologietheorie (1979) handelt es sich dabei um eine »ideologische Auseinandersetzung im Feld des Kulturellen um Kulturelles«. Sie beschreiben in diesen Zusammenhang Rassismus als »eine der entfremdeten Protestformen gegen Entfremdung«, die so immer wieder zum Herrschaftsinstrument wird (ebd.).



Die rechte ideologische Strategie liefert einfache Erklärungen, klare Feindbilder und sorgt vor allem für symbolische Aufwertung. Wer im Job kaum Anerkennung erfährt, kann sich im rechten Diskurs als stolzes Mitglied einer »Volksgemeinschaft« wiederfinden. Wer den Kontrollverlust in einer unüberschaubar gewordenen Welt spürt, dem werden Sündenböcke angeboten: »die Ausländer«, »die Eliten«, »die da oben«. Wer im Alltag an Status verliert, greift nach der kulturellen Krücke, die ihm die Rechten hinhalten. In all diesen Fällen wird kulturelle Aufwertung als Kompensation für materielle Entwertung geboten. Genau darin liegt die eigentliche Attraktivität der AfD – nicht in ihrem neoliberalen Programm, das den Interessen von Menschen mit kleinen und mittleren Einkommen zuwiderläuft, sondern in ihrer kulturellen Vorstellung von Zugehörigkeit, Identität und Stolz.

Die Zuspitzung der ökonomischen Krise führt nicht nur zu wachsender Ungleichheit, sondern vor allem zu Erfahrungen von Erniedrigung im Alltag. Die Demütigung besteht nicht nur darin, weniger zu haben, sondern darin, weniger wert zu sein.

THORBEN PETERS ist Landesvorsitzender der Partei Die Linke in Niedersachsen.

Menschen, die ein Leben lang gearbeitet haben, sehen sich im Alter Renten ausgesetzt, die kaum zum Leben reichen – eine brutale Botschaft, dass ihre Lebensleistung nichts wert ist. Erwerbslose erfahren im Bürgergeldsystem eine Behandlung, die eher auf Misstrauen und Kontrolle als auf Unterstützung beruht – und damit eine institutionalisierte Form sozialer Abwertung. Hier zeigt sich ein Mechanismus, den Marx als Entfremdung beschrieben hat: Menschen werden auf Funktionen und Verwertbarkeit reduziert, ihre Arbeit und Existenz verlieren den Zusammenhang mit Anerkennung und Selbstbestimmung.

Zugleich verschärft die neoliberale Logik der Eigenverantwortung diese Entwertung, indem sie individuelle Schuldzuweisungen produziert: Wer nichts »leistet«, gilt als selbstverantwortlich für sein Scheitern. Selbst Teile der Mittelschicht, die sich über Jahrzehnte durch Fleiß und Leistung abgesichert wähten, spüren die Angst vor dem Ab-

stieg. Sie sehen sich mit steigenden Mieten und unsicheren Arbeitsplätzen konfrontiert und sorgen sich, dass die eigenen Kinder es einmal schlechter haben könnten. Diese Erfahrungen prägen ein Gefühl der Entwertung, das nicht allein durch höhere Löhne oder bessere Sozialleistungen verschwindet, sondern tiefer reicht: Es geht um die Frage, welchen Platz man in dieser Gesellschaft hat, ob man geachtet oder abgewertet wird.

Migrationsfeindliche Parolen oder sozialdarwinistische Hetze gegen Erwerbslose werden in der öffentlichen Debatte oft als Ablenkungsmanöver gedeutet: Der Blick werde von den eigentlichen sozialen Problemen weggelenkt, während die Verlierer*innen der ökonomischen Entwicklung gegen noch Schwächere ausgespielt würden. Diese Lesart greift jedoch zu kurz. Denn solche Feindbilder erfüllen nicht nur die Funktion, von Ungerechtigkeit abzulenken, sie werden vielmehr von vielen aktiv begrüßt. Dieses Muster lässt sich auch in der Frontstellung zu feministischen Positionen, Gendersternenchen oder bei Transfeindlichkeit finden. Sie bieten eine Vorstellung, in der die eigene Stellung aufgewertet wird: nicht durch reale materielle Verbesserungen, sondern durch die Abwertung anderer.

Wenn Konservative behaupten, Leistung müsse sich wieder lohnen oder Migration bedrohe die Sozialsysteme, greifen sie genau jene Muster auf, die den rechten Kulturkampf am Leben halten. Diese Argumente erscheinen als nüchterne Sachpolitik, sind aber selbst Teil der Abwertungslogik: Sie verschieben die Verantwortung auf die Schwächeren und stabilisieren kulturell, was ökonomisch zerfällt. Wenn Parteien wie die

CDU mit Forderungen nach Leistungskürzungen beim Bürgergeld kokettieren oder Migrationsabwehr zum zentralen Projekt erklären, dann geschieht dies nicht nur aus taktischem Kalkül. Diese Narrative stoßen auf Resonanz. Sie verbinden soziale Frustration mit einer kulturellen Vorstellung, die Zugehörigkeit verspricht: Wer andere abwertet, kann sich selbst erhöht fühlen.

EIGENSTÄNDIGE LINKE POLITIK DES KULTURELLEN

Ein wirksamer Antifaschismus kann daher nicht allein auf Abwehr setzen, sondern braucht eine eigene kulturelle Vorstellung. Oft wird innerhalb der Linken eingewandt, Kulturkampf sei ein Nebenschauplatz, entscheidend sei allein die ökonomische Umverteilung. Doch diese Trennung greift zu kurz: Auch ökonomische Kämpfe sind kulturell vermittelt. Wer höhere Löhne oder bessere Sozialleistungen erkämpft, braucht zugleich eine Deutung, warum Würde nicht an Verwertbarkeit gebunden ist. Ohne eine kulturelle Gegenerzählung bleiben selbst materielle Verbesserungen fragil – sie können jederzeit von rechter Symbolpolitik überlagert und in eine Erzählung von nationaler Stärke oder »gesunder Härte« umgedeutet werden. Die Linke muss daher die Mechanismen der Abwertung verstehen, aber vor allem eine positive Gegenvorstellung entwickeln. Sie muss Menschen in ihrer Erniedrigung nicht allein aufklären, sondern ihnen eine Aufwertung bieten, die auf Solidarität und kollektiver Stärke beruht.

In der Arbeiterbewegung des 19. und 20. Jahrhunderts war Kulturkampf bzw. eine Politik des Kulturellen ein zentrales Element

politischer Praxis. Arbeiterbildungsvereine, Gewerkschaftslieder, Festkultur und Zeitungen stifteten nicht nur Information, sondern vor allem Würde und Identität. Sozialistische Politik bezog sich stets auf Werte wie Solidarität, Gleichheit, Gerechtigkeit und die Würde der Arbeit – jedoch nicht als abstrakte Allgemeinplätze, sondern aus der Perspektive der arbeitenden Klassen.

Diese Begriffe waren stets umkämpft: Im Kapitalismus werden sie oft umdefiniert: Gerechtigkeit reduziert sich auf Eigentumsrechte, Solidarität verengt sich auf nationale Zugehörigkeit und Würde können nur diejenigen beanspruchen, die sich in der Logik der Verwertbarkeit behaupten. Sozialistische Politik hingegen verstand diese Werte als kollektive Kampfansprüche der Ausgebeuteten. Sie bot Gemeinschaft, in der Menschen nicht Objekte der Verhältnisse blieben, sondern Subjekte der Geschichte wurden. Arbeiter*innen sind diejenigen, die das Land ausmachen und den Reichtum produzieren. Es reicht aber nicht, den anders zu verteilen, es muss auch gelernt werden, sich anders, demokratisch und sinnvoll zu organisieren. Genau diese Elemente – der Stolz auf den Gebrauchswert, der Wert von Solidarität, das Recht auf Teilhabe und Selbstbestimmung – können auch heute eine Grundlage für einen linken Kulturkampf bilden, in dem rechten Mythen nicht nur widersprochen wird, sondern sie aufgrund einer eigenen Vision überflüssig werden.

Bewegungen der Gegenwart zeigen bereits, wie ein linker Kulturkampf konkret erfahrbar wird. Wenn Mieter*innen in Berlin mit »Deutsche Wohnen & Co enteignen« für kollektive Verfügung über Wohnraum

kämpfen, geht es nicht nur um Mieten, sondern um ein anderes Verständnis von Stadt und Gesellschaft: Wohnen als Grundrecht statt als Ware. Solidarität wird dort nicht abstrakt beschworen, sondern praktisch gelebt: in Unterschriftensammlungen, nachbarschaftlichen Festen und gemeinsamer Organisierung gegen Ohnmacht. Ähnlich machen die Arbeitskämpfe im Pflege- und Krankenhaussektor deutlich, dass ökonomische Forderungen untrennbar mit gesellschaftlicher Anerkennung verbunden sind. Wenn Pflegekräfte streiken, verteidigen sie nicht nur ihre Arbeitsbedingungen, sondern fordern Würde ein: die Aufwertung von Sorgearbeit als zentrale Grundlage menschlichen Lebens. Auch solidarische Landwirtschaftsprojekte, Genossenschaften und Kollektivbetriebe tragen dazu bei, indem sie die Produktion dem Zugriff des Marktes entziehen und gemeinschaftliche Verfügung erproben. Solche Orte, an denen Verantwortung geteilt, Entscheidungen demokratisch gefällt und Risiken gemeinsam getragen werden, sind kleine, aber symbolisch wichtige Keimzellen einer anderen Lebensweise. Selbst im Alltag entstehen Räume, in denen linke Gegenkultur lebendig ist: in antifaschistischen Fankurven, auf linken Festivals oder in Stadtteilzentren, wo Stolz und Identität nicht durch Abwertung anderer entstehen, sondern aus gemeinsamer Praxis, gegenseitiger Unterstützung und Freude.

Auch internationale Erfahrungen bestätigen diese Dynamik. Die Kampagnen von Bernie Sanders und Zohran Mamdani in den USA machen deutlich, dass linke Politik dann auf Resonanz stößt, wenn sie materielle Verbesserungen mit einer Sprache der

Würde und Solidarität verbindet. Entscheidend ist dabei nicht allein das Programm – Forderungen nach Mindestlohn, allgemeiner Gesundheitsversorgung oder kostenloser Bildung –, sondern das Gefühl, Teil einer inklusiven und vielfältigen Bewegung zu sein. Millionen Kleinstspender*innen, Hausversammlungen und das Motto »Not me. Us« vermitteln den Menschen, dass Würde nicht aus Konkurrenz erwächst, sondern aus kollektiver Stärke. Genau dieses Moment, die Erfahrung, eingebunden zu sein in eine größere solidarische Bewegung, ist auch hierzulande für einen linken Kulturkampf zentral. Ein solcher Kulturkampf muss dort ansetzen, wo Menschen Erniedrigung und Abwertung erfahren, und sollte ihnen eine andere Vorstellung von sich selbst und der eigenen Existenz eröffnen: die Würde der Arbeit, die Anerkennung von Care-Arbeit, das Recht auf Wohnen, Bildung und öffentliche Daseinsvorsorge, den Schutz vor Diskriminierung.

Ein linker Kulturkampf macht deutlich: Würde erwächst nicht aus der Abgrenzung gegenüber Schwächeren, sondern aus der solidarischen Gestaltung einer Gesellschaft, in der niemand zurückgelassen wird. Doch eine solche Kultur entsteht nicht allein durch Programme oder Regierungsbeteiligung, sondern durch ein anderes Politikverständnis. Linke Politik darf kein Wahlverein sein, sie muss Hegemonie aufbauen – durch Bewegungen, Kämpfe und konkrete Solidarität im Alltag. Eine Partei, die sich auf Parlamente beschränkt, kapituliert vor dem rechten Kulturkampf. Sie muss ein Ort werden, an dem diese Werte erfahrbar sind: wo Menschen spüren, dass Solidarität nicht

nur gefordert, sondern gelebt wird; dass Veränderung nicht nur verheißen, sondern organisiert wird. Sich links zu organisieren, bedeutet dann, Teil einer gesellschaftlichen Veränderung zu sein – und genau darin liegt die Kraft, den rechten Kulturkampf nicht nur abzuwehren, sondern eine eigene kulturelle Deutungshoheit zu begründen.

Antifaschismus darf sich deshalb weder auf moralische Empörung noch auf parlamentarische Appelle beschränken. Er muss als umfassende Strategie verstanden werden, die auf drei Ebenen zugleich ansetzt: *Ökonomisch*, indem er die Ursachen von Abstiegsangst und sozialer Demütigung bekämpft und reale Verbesserungen erwirkt. *Kulturell*, indem er den rechten Aufwertungs-narrativen eine eigene Vorstellung entgegensetzt, die Solidarität, Arbeit, Sorge und Würde ins Zentrum stellt – und damit eine andere Lebensweise eröffnet. *Organisatorisch*, indem er Strukturen schafft, in denen diese Werte erfahrbar werden und eine Bewegung entsteht, die Druck auf die herrschenden Verhältnisse ausübt. Nur wenn diese drei Ebenen zusammenwirken, hat die Linke überhaupt eine Chance, der AfD die Basis zu entziehen bzw. eine starke Gegenmacht aufzubauen und zugleich eine Perspektive von Hoffnung und Veränderung zu eröffnen, die über Abwehr hinausgeht.

Die Krisendynamik des Kapitalismus öffnet nicht nur der Rechten Räume, sie kann auch zur Chance für die Linke werden – wenn sie den Kulturkampf aufnimmt und Solidarität zur erfahrbaren Alternative macht.

LITERATUR

Projekt Ideologietheorie, 1979: Theorien über Ideologie, Hamburg



Foto: © Daniel Chatard aus unserer Bildstrecke »Äquator der Ungleichheit«

GESPRÄCH

MIT PAULINE JÄCKELS UND FELIX JAITNER

» Der lange fehlende außenpolitische Diskurs in der gesellschaftlichen Linken führt dazu, dass wir die neue imperiale Konkurrenz noch zu sehr mit den Kategorien des Kalten Krieges bewerten.«

Pauline Jäckels

» Friedrich Merz wird nicht müde zu betonen, dass Außen- und Innenpolitik sich nicht mehr trennen lassen. Damit hat er insofern recht, als dass die in der Geschichte der Bundesrepublik beispiellose Aufrüstung vor allem über Kürzungen beim Sozialstaat finanziert werden soll.«

Felix Jaitner

WELTUNORDNUNG – VON LINKS ERKLÄRT

Ihr hostet gemeinsam den neuen Podcast »Weltunordnung«. Nach »dis:arm«, den Jan van Aken und Linda Peikert moderierten, ist es der zweite Podcast der Rosa-Luxemburg-Stiftung zu linker Außenpolitik. Was hat es mit dem Namen auf sich und weshalb habt ihr euch für dieses Format entschieden?

PAULINE JÄCKELS: Der Name Weltunordnung beschreibt den Zustand einer sich verändernden internationalen Konstellation. Die unipolare Welt unter der Führung der USA befindet sich immer deutlicher in Auflösung. Aber die neue, sich herausbildende Ordnung, die an ihre Stelle tritt, droht keine Friedensordnung zu werden. Stattdessen beobachten wir mit der Rückkehr der nuklearen Konfrontation eine Gefahr, die wir schon längst überwunden glaubten. Hinzu kommt die Klimakrise, deren destabilisierende Auswirkungen immer deutlicher werden. Diese Herausforderungen müssten eigentlich mithilfe bestehender internationaler

Organisationen wie der UN oder der OSZE (Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa) bearbeitet werden, doch die verlieren immer weiter an Bedeutung. Mit dem Podcast möchten wir Perspektiven einen Raum geben, die diese Entwicklungen aus kritischer, progressiver Sicht analysieren. Da aber nicht jede*r Zeit und Lust zum Lesen hat, ist dieses Format besonders gut geeignet. In einer knappen Stunde können sich die Hörer*innen einen Überblick über die Lage in verschiedenen Regionen, über Konfliktdynamiken und die Hintergründe der skizzierten Umbruchsprozesse verschaffen. Außerdem erhoffen wir uns von dem Podcast, Diskussionen zu außen- und friedenspolitischen Fragen anzustoßen.

Was sind aus eurer Sicht gerade die zentralen Prozesse der Umordnung? Was verändert sich?

FELIX JAITNER: Der Übergang zur multipolaren Welt geht einher mit dem wirtschaftlichen, politischen und kulturellen Bedeutungsgewinn Asiens. Dem Aufstieg Indiens und Chinas steht der Bedeutungsverlust des Westens – insbesondere der Länder Westeuropas und Deutschlands – gegenüber. Diese Verschiebung der Kräfteverhältnisse von West nach Ost führt jedoch nicht zu einer sozial gerechteren oder friedlicheren Welt, sondern verschärft die Polarisierung: Weite Teile Afrikas, Lateinamerikas und Asiens bleiben ökonomisch, technologisch und politisch abhängig von den Großmächten. Die sich global verschärfenden Ungleichgewichte sind ein wichtiger Grund für die zunehmend gewaltsame Eskalation von Konflikten,

aber auch für den Aufstieg rechtsautoritärer politischer Kräfte.

Zum anderen sehen wir eine Rückkehr der Blockkonfrontation, des Zerfalls der Welt in miteinander konkurrierende Bündnisse. Der große Unterschied zur Blockkonfrontation des Kalten Krieges ist, dass der gegen den traditionellen westlichen Imperialismus gerichtete Block noch nicht mal eine schimärenhafte alternative Idee jenseits des Kapitalismus verkörpert, sondern sich rein negativ begründet. Die Regime in Russland, im Iran oder in Nordkorea, um nur drei prominente Beispiele zu nennen, sind in ihrer Legitimationsstruktur völlig verschieden. Selbst China verfolgt nicht das Ziel, eine alternative Wirtschaftsordnung aufzubauen. Im Gegenteil: Der ökonomische Aufstieg des Landes beruht nicht zuletzt auf der brutalen

PAULINE JÄCKELS ist seit April 2025 Meinungsredakteurin bei der *taz*. Davor war sie zwei Jahre lang beim *nd* für die parlamentarische Berichterstattung zuständig. Sie studierte Wirtschafts- und Politikwissenschaften sowie Internationale Beziehungen mit Fokus auf die Regionen Nahost und Nordafrika. Zu ihren Kernthemen gehören die deutsche Israelpolitik und Public Diplomacy.

FELIX JAITNER ist Senior Researcher am Institute for Global Reconstitution (IGRec), einem Thinktank in Berlin. Er ist Konfliktforscher und arbeitet zu Fragen internationaler Politik und ungleicher Entwicklung; er verfasste für die Rosa-Luxemburg-Stiftung unter anderem die Studie »Gescheiterte Modernisierung und imperiales Projekt. Die russische Außenpolitik im Spiegel ökonomischer und sicherheitspolitischer Interessen«, die 2024 erschien.

Ausbeutung der arbeitenden Bevölkerung. Im herrschenden Diskurs wird diese neue Blockkonfrontation häufig als Gegensatz zwischen westlichen Demokratien und östlichen Autokratien konstruiert. Das halten wir vor allem für eine ideologische Begründung für die zunehmende Militarisierung der Außenpolitik. Wir befinden uns eher in einer neuen Phase der offenen imperialen Konkurrenz.

Weshalb sind aus eurer Sicht die außen- und friedenspolitischen Themen in der Linken derart umstritten? Und wie kann sie mit Widersprüchen, die ja in der Sache begründet sind, besser umgehen?

PAULINE JÄCKELS: Wir würden das nicht auf die Linke begrenzen. In Deutschland herrscht im gesamten progressiven Lager keine Einigkeit darüber, wie die geopolitischen Umbrüche zu bewerten sind. Hinzu kommt, dass es wenig Untersuchungen gibt, die kritisch die aktuellen Umbruchsprozesse analysieren und zu einer eigenständigen linken Diskussion beitragen würden. Der über lange Jahre fehlende außenpolitische Diskurs in der gesellschaftlichen Linken führt dazu, dass wir die neue imperiale Konkurrenz noch zu sehr mit den Kategorien des Kalten Krieges bewerten oder Narrative des herrschenden Diskurses übernehmen. In Teilen der Linken gibt es historisch bedingte Sympathien für Russland oder China, im bürgerlichen Lager für die USA. Doch anders als im Kalten Krieg wird nicht der Kapitalismus als System herausgefordert. Länder wie China, Indien und Russland beanspruchen einen Platz als anerkannte Großmächte und die etablierten

westlichen Kräfte zeigen wenig Bereitschaft, den Kuchen neu zu verteilen.

Unser aktuelles Heft zielt auf »Strategien der Hoffnung«: Wo seht ihr Möglichkeiten für eine wirksame linke Intervention?

FELIX JAITNER: Bundeskanzler Friedrich Merz wird nicht müde zu betonen, dass Außen- und Innenpolitik sich nicht mehr trennen lassen. Damit hat er insofern recht, als dass die in der Geschichte der Bundesrepublik beispiellose Aufrüstung vor allem über Kürzungen beim Sozialstaat finanziert werden soll. Diesen Zusammenhang aufzuzeigen, ist eine zentrale Aufgabe der Linken. Das progressive Lager – nicht nur in Deutschland, sondern in ganz Europa – beschränkt sich jedoch vor allem darauf, Abwehrkämpfe gegen Sozialkürzungen, gegen Aufrüstung, gegen rechte Hetze und autoritäre Tendenzen zu führen. Eine Strategie der Hoffnung müsste auch eine konkrete gesellschaftliche Utopie beinhalten, die den Menschen eine Perspektive aufzeigt, wie ein gutes, gerechtes und friedliches Leben aussehen könnte. Ich meine damit Vorstellungen oder Elemente einer neuen Weltwirtschafts-, Handels-, Klima- und Sozialordnung, die eine Verringerung der globalen Ungleichheiten, Kooperation und eine gemeinsame friedliche Existenz zum Gegenstand haben. Solange diese fehlen oder nur abstrakt diskutiert werden, bleibt die Linke in der Defensive und hat der Rechten wenig entgegensetzen.

Alle – außer der Linken – setzen auf Aufrüstung. Sogar die IG Metall sieht darin

teilweise eine Chance zur Sicherung von Industriearbeitsplätzen. Wie beurteilt ihr das Mobilisierungspotenzial des Themas Abrüstung für das progressive Lager links der Union? Kann da was gehen aus eurer Sicht, und wenn ja, wie?

PAULINE JÄCKELS: Die klare Haltung in der Linken gegen Aufrüstung wird dadurch infrage gestellt, dass Stimmen aus der Partei immer wieder für eine militärische Unterstützung der Ukraine werben. Waffenlieferungen in ein Kriegsgebiet – selbst im Falle eines völkerrechtswidrigen Angriffes wie des russischen – ziehen zwangsläufig eine enge militärische Kooperation und erhöhte Rüstungsausgaben nach sich. Deshalb halten wir es für inkonsequent, gegen Aufrüstung, aber für Waffenlieferungen zu sein. Eine klare Positionierung gegen die Aufrüstung in Deutschland ist essenziell, denn sie führt nicht zu mehr Sicherheit, sondern erhöht die Gefahr einer militärischen Konfrontation. Als Antwort auf die zusätzlichen Milliardenausgaben in der EU und den USA werden nicht nur in Russland, sondern auch in China, Indien und anderen Ländern zusätzliche Budgets für das Militär bereitgestellt. Damit befeuert Deutschland eine globale Rüstungsspirale, die wertvolle Ressourcen bindet, die zur Begrenzung des Klimawandels oder der wachsenden sozialen Ungleichheit viel sinnvoller eingesetzt werden könnten – und letztendlich wichtige Kontextfaktoren für gewaltsame Konflikte sind. Eine wirksame Mobilisierung gegen die Aufrüstung und die Militarisierung der deutschen

Politik ist jedoch nur dann möglich, wenn im progressiven Lager die Sicherheitsbedürfnisse der Menschen ernst genommen werden. Das bedeutet: Die Linke muss eine Strategie entwickeln, wie Sicherheit im Angesicht der Klimakrise und der Rückkehr der atomaren Konfrontation nicht nur gedacht, sondern auch konkret umgesetzt werden kann.

Das Gespräch führte Mario Candeias.

WELTUNORDNUNG

Die Podcast-Folgen im Überblick

Sind Klima und Kapitalismus kompatibel,
Ulrich Brand?

Steht Syrien vor der nächsten Diktatur,
Kristin Helberg?

Was treibt Deutschland in Afrika,
Frauke Banse?

Geht der Westen unter,
Daniel Marwecki?

Will Russland Frieden,
Alexey Yusupov?

Wer könnte Netanjahu Einhalt gebieten,
Muriel Asseburg?

Wie macht die EU ihre Wirtschaftspolitik,
Angela Wigger?

Wie geht friedensgeleitete Außenpolitik,
Jan van Aken?



www.rosalux.de/weltunordnung

Die Autobahn A40 zieht sich von Dortmund über Essen und Mülheim bis nach Duisburg – quer durch den größten Ballungsraum Deutschlands. Für Soziolog*innen ist sie mehr als eine Straße: Sie gilt als »Sozialäquator«. Denn sie teilt die Region in einen tendenziell wohlhabenden Süden, wo vornehmlich ältere Menschen deutscher Herkunft leben, und einen eher ärmeren Norden, wo die Bevölkerung stärker migrantisch geprägt ist. »Sozialer Brennpunkt«, das klingt für viele nach Drogen, Gewalt und Plattenbau. Im nördlichen Ruhrgebiet bedeutet hingegen der häufig wenig spektakuläre Alltag, dass viele Grundschulkinder außer dem Kantinenessen keine warme Mahlzeit am Tag bekommen, marode »Schrottimmobilien« übersteuert an Menschen aus Rumänien und Bulgarien vermietet werden, weil diese auf dem regulären Wohnungsmarkt keine Chance haben, dass das lokale Hallenbad geschlossen hat und die Menschen nur noch befristete Arbeitsverträge haben oder bei Subunternehmen angestellt sind. Die von Kohle und Stahl geprägten Städte entlang der A40 standen lange für ein soziales Versprechen: dass gesellschaftlicher Aufstieg durch harte Arbeit möglich ist. Doch die Realität sieht heute anders aus. Studien zeigen: Wer im nördlichen Ruhrgebiet aufwächst, hat deutlich schlechtere Perspektiven – bei Schulabschlüssen, Gesundheit und Einkommen.

Das Fotoprojekt »Äquator der Ungleichheit« verfolgt die A40 quer durch das Ruhrgebiet und zeigt diese soziale Trennlinie auf. Es porträtiert Orte, Menschen, Lebensverhältnisse auf beiden Seiten der Autobahn. Es fragt: Wie sichtbar ist Ungleichheit? Und bis wohin sind Menschen bereit, sie zu ertragen?



ATOR

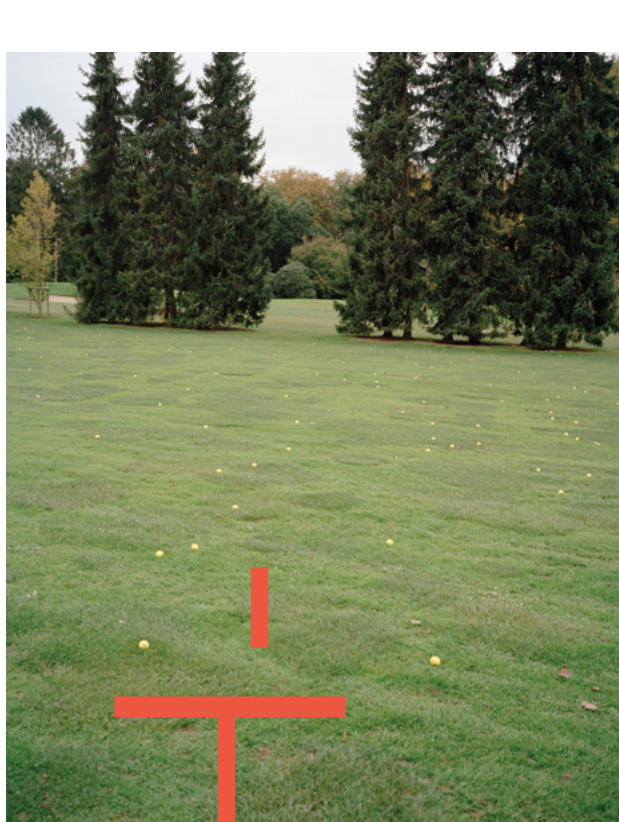
**EINE FOTOREPORTAGE
VON DANIEL CHATARD**

A high-angle, wide shot of a multi-lane highway interchange. Several cars are visible on the roads. The highway is flanked by green grassy hills and a red metal guardrail. In the foreground, there's a concrete barrier and some greenery. The sky is clear and blue. The overall scene is a mix of infrastructure and nature.

er
W
Z
D

ATOR

EINE FOTOREPORTAGE VON DANIEL CHATARD

An aerial photograph of a highway interchange with multiple lanes and overpasses. Several cars are visible on the road. The surrounding area is green with trees and grass. In the foreground, there is a grassy hillside with a metal railing. The word 'ATOR' is written in large, red, outlined letters at the top, and 'EINE FOTOREPORTAGE VON DANIEL CHATARD' is written in bold, black, sans-serif font below it. At the bottom, the word 'WIRTSCHAFT' is partially visible in large, red, outlined letters.





Links: Hochofen Schwelgern,
Duisburg-Marxloh

Rechts: Infrarot-Wärmetherapie
in der Pferdepension Hufotel,
Essen-Bredeney

Rechts oben: Entspannen in der
Salzgrotte Werden, Essen



Oben: Yagmur Dumanli holt ihre Schwester vom Gymnasium ab. Aufgrund von Terrordrohungen bleiben im April 2025 20 Schulen in Duisburg an mehreren Tagen geschlossen.

Unten: Fußgängerzone, Essen-Zentrum

Rechts: Sabine, auf dem Straßenstrich in der Dortmunder Innenstadt-Nord





Links: Sprengung eines Wohn-
blocks in Duisburg

Rechts oben: Flugplatz, Mülheim
Menden-Holthausen

Rechts unten: Villa Hügel,
Essen-Bredeney







Links oben: »Schrottimmobilie« in Gelsenkirchen

Links unten: Hüttmannschule, Essen-Altendorf. In dem kinderreichen Bezirk, wo über 60 Prozent der Kinder in Armut leben, vergrößert sich die Schule 2023 von vier auf fünf Klassen pro Jahrgang.

Rechts: Halde Rheinelbe, Gelsenkirchen-Ückendorf. Die brennende Halde besteht aus Abraum und Kohleresten der stillgelegten Zeche Rheinelbe.

REGIEREN 2026?

WAHLEN ALS EIGENSTÄNDIGES POLITISCHES TERRAIN DER GESELLSCHAFTLICHEN LINKEN

KALLE KUNKEL

Die Linke hat sich als antifaschistische Klassenpartei reorganisiert. Damit verbindet sich auch Verantwortung. In Berlin gilt es, sich auf eine mögliche Regierungsbeteiligung vorzubereiten und deren Bedingungen zu diskutieren. Am besten gemeinsam mit den sozialen Bewegungen

Die Art und Weise, wie der Partei Die Linke im Frühjahr die Wiederauferstehung gelungen ist, sollte für die außerparlamentarische Linke Anlass sein, ihr Verhältnis zur Partei neu zu bestimmen. Bisher ist es der gesellschaftlichen Linken nicht gelungen, trotz einzelner erfolgreicher Klima-, Mieten- und Arbeitskämpfe eine emanzipatorische Repräsentation der weitverbreiteten gesellschaftlichen Unzufriedenheit zu organisieren. Es ist wichtig anzuerkennen, dass Parteien bei der Bestimmung der Konfliktlinien, an denen entlang sich politische Identitäten bilden, eine wichtige Funktion zukommt. Die Kämpfe sozialer Bewegungen allein reichen dafür nicht.

Die Partei Die Linke war aufgrund ihrer internen Streitigkeiten und der medial ausstrahlenden rechtsautoritären Politik von

Sahra Wagenknecht und ihrer Entourage mindestens über das letzte Jahrzehnt nicht in der Lage, diese Repräsentation zu organisieren. Das hat sich nun geändert. Der Partei ist es gelungen, sich als antifaschistische Klassenpartei zu positionieren, die ganz selbstverständlich die Vielfältigkeit gesellschaftlicher Subjektivität lebt. Diese woke Klassenorientierung ermöglicht ihr, wichtige gesellschaftliche Repräsentant*innen der aktuellen gesellschaftlichen Konflikte an sich zu binden. Dies war die Voraussetzung für die enorme gesellschaftliche Mobilisierungsfähigkeit, durch die es der Partei wie keiner anderen gelungen ist, im letzten Bundestagswahlkampf eine alltägliche Präsenz herzustellen. Die wichtigsten Gesichter des Wahlkampfes, in Berlin Ines Schwerdtner, Gregor Gysi, Pascal Meiser und Ferat Koçak,



haben Aktivitäten wie den organisierenden Haustürwahlkampf nicht als aktivistischen Klimbim denunziert (wie es Wagenknecht und andere getan haben), sondern haben den Effekt verstärkt, indem sie die Praxis der Tausenden Aktivist*innen zu einem Teil ihrer öffentlichen Erzählung gemacht haben.

Für die außerparlamentarische Linke ist dies Chance und Herausforderung. Chance, weil die Partei wieder mehr sein kann als eine nützliche Quelle für Ressourcen. Sie kann Teil einer (Klassen-)Organisierung und Mobilisierung für ein linkes politisches Projekt sein und dieses auch repräsentieren. Herausforderung, weil die außerparlamentarische Linke, damit das gelingt, sich mehr als bisher darüber verständigen muss, welche Erwartungen sie an einen parlamentarischen Akteur hat. Zugespitzt stellt sich diese Frage im Jahr 2026 in Berlin, wo eine Chance besteht, dass Die Linke aus den Wahlen zum Abgeordnetenhaus am 20. September als stärkste Kraft des Mitte-links-Lagers hervorgehen wird. Dabei zeigt Berlin wie im Brennglas die aktuellen Probleme (radikal-)reformistischer Projekte und möglicher Regierungsbeteiligungen.

KALLE KUNKEL ist Pressesprecher des ver.di-Landesbezirks Berlin-Brandenburg, er hat im Jahr 2015 als Gewerkschaftssekretär den ersten Streik an der Charité in Berlin mitorganisiert und ist in mietenpolitischen Kämpfen aktiv.

DAS ERBE ...

Berlin blickt auf eine lange und wechselvolle Zeit linker Regierungsbeteiligungen zurück. In den 2000er-Jahren kam die Vorläuferpartei der Linken, die PDS, als Krisenverwalter zusammen mit der SPD an die Regierung, weil im Rahmen des Bankenskandals alle anderen Parteien moralisch und politisch abgewirtschaftet hatten. Der Bankenskandal hatte eine ausgewachsene Haushaltskrise zur Folge. Die PDS trug den Austeritätskurs in den Folgejahren weitgehend mit – inklusive Tarifflicht, Lohndumping und Verschönerung des Tafelsilbers, darunter große Bestände von landeseigenen Wohnungen. Sie wurden zu Hunderttausenden an Investoren verkauft und landeten über Umwege bei großen finanzmarktorientierten Konzernen wie Vonovia & Co.

Ab 2016 regierte Die Linke als Juniorpartner in einer rot-rot-grünen-Koalition (R2G) unter den Bedingungen von Haushaltsüberschüssen. Die Stärke insbesondere der stadtpolitischen Bewegungen eröffnete ein Fenster für Experimente in der Stadtpolitik. Die Haushaltsüberschüsse ermöglichten etwa Rekommunalisierungen von Wohnungsbeständen (zu schmerzhaft übersteuerten Preisen), die zuvor privatisiert worden waren. Der Druck hierfür kam unter anderem durch die offensive Nutzung des kommunalen Vorkaufsrechts, das vor allem vom grün regierten Bezirk Friedrichshain-Kreuzberg vorangetrieben wurde.¹ In diese Zeit fielen jedoch auch uneingelöste Versprechen. Exemplarisch genannt sei hier die von der R2G-Koalition

»Die erratische Aufstellung der SPD muss in jede Überlegung dazu, welche Mehrheiten es in Berlin für eine progressive Politik tatsächlich gibt, einbezogen werden.«

zugesagte Beendigung der Ungleichbehandlung der sogenannten Servicebeschäftigten durch Outsourcing an den öffentlichen Berliner Krankenhäusern. Es gelang nicht, die wachsende soziale Ungleichheit in der Stadt und die Gentrifizierung aufzuhalten oder gar zurückzudrängen und die kommunale Politik und Verwaltung zu demokratisieren.

2021 wurde die R2G-Koalition zunächst fortgesetzt. Die partielle Öffnung zu den stadtpolitischen Bewegungen wurde jedoch insbesondere auf Druck der SPD zunehmend wieder infrage gestellt. Die Koalition stand von Beginn an unter großer Spannung angesichts der unterschiedlichen Positionierungen der beteiligten Parteien zum erfolg-

reichen Volksentscheid »Deutsche Wohnen & Co enteignen« (DWE). Nach der wegen massiver Formfehler notwendig gewordenen Wiederholung der Wahl zum Abgeordnetenhaus im Februar 2023 wechselte die SPD-Führung zur Überraschung ihrer bisherigen Koalitionspartner und vieler der eigenen Parteigenoss*innen in einer Art Coup zur CDU. Das Manöver steht exemplarisch für den Zustand der SPD in der Hauptstadt. Deren (Funktionärs-)Basis gilt im bundesweiten Vergleich als relativ links, zugleich ist die Berliner SPD historisch immer eng mit der Immobilienlobby verbandelt gewesen. Dazu kommt: Die sozial orientierte Basis wählt sich regelmäßig zielsicher eine Führung und Spitzenkandidat*innen, die eher ein distanziertes Verhältnis zu ihrer Basis haben, um es freundlich auszudrücken. In der Haltung zu DWE spitzte sich dieser Grundkonflikt zu. Während die Führung von einem SPD-Parteitag im Mai 2023 ausdrücklich aufgefördert wurde, die Vergesellschaftung von Wohnungsbeständen entsprechend dem Volksentscheid von DWE umzusetzen, taten deren Senator*innen und die Regierende Bürgermeisterin alles dafür, das Projekt zu torpedieren. Der Wechsel in die Landesregierung zusammen mit der CDU, diesmal als Juniorpartner, ist wohl im Wesentlichen damit zu erklären, dass die SPD-Führung sich aus der Umklammerung ihrer Basis auf der einen und den Koalitionspartnern auf der anderen Seite in Sachen DWE befreien wollte. Die erratische Aufstellung der SPD, die in dieser Episode sichtbar geworden ist, muss in jede Überlegung dazu, welche Mehrheiten es in Berlin für eine progressive Politik tatsächlich gibt, einbezogen werden.

Um das Für und Wider einer abermaligen Koalition mit SPD und Bündnis 90/Die Grünen im Jahr 2026 hat sich in der Partei Die Linke eine kontroverse Debatte entsponnen, in der sich nicht einfach prinzipielle Gegner*innen und Befürworter*innen von Regierungsbeteiligungen gegenüberstehen. Vielmehr wird über die qualitativen Kriterien gerungen, unter denen eine Regierungsbeteiligung für eine progressive Politik hilfreich sein kann. Für diese Debatte hätte der Kontrast zwischen der Zeit von 2016 bis 2021 und von 2021 bis 2023 eine fast schon experimentelle Versuchsanordnung bereitgehalten. Leider hat die Partei, aber auch die außerparlamentarische Linke es versäumt, eine systematische Auswertung dieser Zeit vorzunehmen. Dies erschwert es aktuell, sich überhaupt auf die richtigen Fragen zu verständigen.

... UND DIE AKTUELLE LAGE IN BERLIN

Es fehlt nicht nur eine Aufarbeitung der Erfahrungen aus den Regierungskoalitionen in der Vergangenheit. Über die letzten Jahre hat sich zudem die politische und ökonomische Großwetterlage massiv verändert, was es zu berücksichtigen gilt. Global formiert sich eine autoritäre Konterrevolution, die soziale, ökonomische und kulturelle Errungenschaften angreift, die von den sozialen Bewegungen der letzten Jahre erkämpft wurden. Die blockierte kapitalistische Dynamik global und speziell in Deutschland übersetzt sich in eine ökonomische Wachstumsschwäche und eine zunehmende Finanzierungskrise des (Sozial-)Staats bei gleichzeitig rasant steigenden Ausgaben für die Aufrüstung. Die aktuelle Koalition aus CDU und SPD in Berlin reagiert darauf mit einer Mischung aus Kürzungspolitik und Aus-

nutzung der bestehenden haushälterischen Spielräume zur Neuaufnahme von Schulden. Sollte sich an den ökonomischen Rahmenbedingungen in nächster Zeit nichts grundsätzlich verändern, wird auch eine neue Regierung in Berlin ab Ende 2026 mit einer vermutlich extrem angespannten Haushaltslage konfrontiert sein. Unter diesen Voraussetzungen ein progressives Projekt für Berlin zu formulieren ist eine Riesenherausforderung.

EINEN MACHTWECHSEL ALS GESELLSCHAFTLICHE BEWEGUNG DENKEN

Im Vergleich zu vielen anderen Metropolen, in denen unter dem Stichwort Munizipalismus über eine andere Verbindung von Bewegung und Parlament/Regierung nachgedacht worden ist und einige neue Ansätze erprobt wurden, hat Berlin gute Startbedingungen. In Städten wie Barcelona, wo neue linke Parteien und Wahlbündnisse aus sozialen Bewegungen hervorgegangen sind, wurden die Bewegungskader relativ

»Leider hat die Partei, aber auch die außerparlamentarische Linke es versäumt, eine systematische Auswertung der Regierungsbeteiligungen vorzunehmen.«

schnell von den vielen Aufgaben und Funktionen in Partei, Verwaltung und politischen Ämtern aufgesogen. In Berlin hat sich Die Linke zwar verändert, indem sie Impulse aus den außerparlamentarischen Bewegungen aufgenommen hat. Außerdem haben sich Teile der außerparlamentarischen Linken immer wieder entschieden, zukünftig in der Partei zu wirken. Zugleich bestehen jedoch weiterhin starke außerparlamentarische Netz-

werke und Strukturen. Dies ermöglicht eine Arbeitsteilung im linken Ökosystem. Die außerparlamentarischen Bewegungen müssen dafür anerkennen, dass eine Veränderung gesellschaftlicher (Macht-)Verhältnisse nicht einfach als eine Ansammlung (erfolgreicher) Bewegungskämpfe verstanden werden kann. Der erfolgreiche Volksentscheid 2021 zur Vergesellschaftung von Wohnraum sowie die Landtagswahlen 2021 und 2023 haben gezeigt, dass die Zustimmung zu einer relativ radikalen Forderung auf der parlamentarischen Ebene sogar mit einer Schwächung der progressiven Parteien einhergehen kann. Zu wenig kohärent übersetzt sich Zustimmung zu einzelnen Forderungen in entsprechende politische Identitäten, oder noch konkreter: in Wahlverhalten. *Die außerparlamentarische Linke muss die Wahlen also als eigenständiges politisches Terrain ernst nehmen.*

Die wechselvolle Geschichte linker Regierungsbeteiligungen in Berlin zeigt aber auch: Die Veränderung der parlamentarischen

»Ein linkes Regierungsprojekt muss also eine realistische Perspektive entwickeln, wie unter den restriktiven Haushaltbedingungen die soziale Infrastruktur erhalten werden kann.«

Kräfteverhältnisse als gesellschaftliches Projekt anzunehmen, erfordert von den Parteien ein verändertes Verständnis, wie sie diese parlamentarische Macht, gegebenenfalls auch mit der Regierungsmacht, verhandelbar machen. Das bedeutet: Es braucht erstens konkrete Projekte, an deren Umsetzung sich die Parteien messen lassen, zweitens eine Institutionalisierung von Vertrauen und drittens eine Verwaltung im Dienst der Kämpfe.

Konkrete Projekte: Ein progressives Projekt muss eine Antwort auf die bestehende Haushaltskrise finden. Sie muss Wege finden, die soziale Infrastruktur zu erhalten, ohne – wie in den 2000er-Jahren – die Arbeitsbedingungen und die Löhne der Beschäftigten anzugreifen. Ein linkes Regierungsprojekt muss also eine realistische Perspektive entwickeln, wie unter den restriktiven Haushaltbedingungen die soziale Infrastruktur erhalten werden kann. Ein Projekt, das auf eine Durchsetzung von Kürzungen im sozialen und kulturellen Bereich »nur mit mehr Bauschmerzen« hinausläuft, ist keine tragfähige Perspektive für eine Regierungsbeteiligung. Zugleich braucht es eine Idee, wie Leuchtturmprojekte aussehen können, die nicht vor allem auf einer anderen Verteilung von Geldern beruhen. Die Umsetzung des Volksentscheids zur Vergesellschaftung großer Immobilienkonzerne ist ein solches Projekt, weil es weitgehend haushaltsneutral umgesetzt werden kann. Doch es braucht weitere Ideen und Projekte, die schnell konkret spürbare Verbesserungen für große Teile der Berliner Bevölkerung versprechen. Welche das konkret sein können, darüber muss jetzt eine Debatte beginnen.

Im Bereich der Mietenpolitik wäre ein solches Projekt, das Staatsversagen bei der Durchsetzung bereits bestehender gesetzlicher Regelungen zu beenden. So rügt selbst der Landesrechnungshof die mangelhafte Durchsetzung des Zweckentfremdungsverbots in Berlin. Während Frankfurt am Main jedes Jahr eine dreistellige Anzahl von Verfahren wegen Mietwucher führt, ist in Berlin bisher nur ein Mal ein Bußgeld verhängt worden. Mindestbedingungen in diesem Sinne können von der außerparlamentarischen

Linken an die Parteien gestellt werden. Und auch Die Linke sollte solche Mindestbedingungen für eine Regierung sinnvollerweise formulieren.

Institutionalisierung von Vertrauen: Bereits in den letzten Legislaturperioden gab es mit Formaten wie dem Initiativen-Forum² Versuche, einen systematischen Dialog zwischen sozialen Bewegungen, zivilgesellschaftlichen Initiativen, Parlament und Senat zu fördern. Diese Ansätze müssen stärker in Richtung Rechenschaftspflicht hinsichtlich der Umsetzung konkreter Projekte weiterentwickelt werden. Dabei müssen sich die außerparlamentarischen Initiativen eine stärkere Gestaltungsmacht in Bezug auf die Themen und Formate aneignen. Sich auf solche Formate einzulassen, muss Teil einer Selbstverpflichtung der progressiven Parteien sein.

Eine Verwaltung im Dienst der Kämpfe: Viele konkrete Erfolge wurden erzielt, weil politisch Verantwortliche unter dem Druck und mit dem Rückhalt von Initiativen bereit waren, ihre (Verwaltungs-)Kompetenzen gegen den Strich zu lesen und die Verwaltung in den Dienst der Kämpfe zu stellen. Bisher sind solche Entwicklungen von der Bereitschaft und Initiative einzelner Akteure abhängig. Ein progressives Projekt muss das Agieren in der Verwaltung als politische Praxis verstehen. Das bedeutet auch, dass Erfahrungen mit einer offensiven Verwaltungspraxis gemeinsam mit außerparlamentarischen Initiativen systematisch ausgewertet und verallgemeinert werden müssen. Teil dieser Experimente muss sein, zu lernen, wie die Kompetenzen und das Wissen von außerparlamentarischen Initiativen für das Verwaltungshandeln fruchtbar gemacht werden können.

SI, SE PUEDE

Von den Gewerkschaften über die Mieter*innenbewegung bis hin zu Wahlkämpfen wurden in den letzten Jahren wichtige Erfahrungen gesammelt, wie Menschen aktiviert werden können, für ihre Anliegen zu streiten, und wie Mehrheiten für progressive Projekte gewonnen werden können. Der beeindruckende Haustürwahlkampf der Linken insbeson-

»Während Frankfurt am Main jedes Jahr eine dreistellige Anzahl von Verfahren wegen Mietwucher führt, ist in Berlin bisher nur ein Mal ein Bußgeld verhängt worden.«

dere im Vorfeld der letzten Bundestagswahlen hat gezeigt, das taktisch kluge und handwerklich geübte Einsatz von Ressourcen und Aktivist*innen-Power einen Unterschied um Ganze machen kann. Ob Berlin im Jahr 2026 die progressive Mehrheit bekommt, die diese Stadt verdient, liegt also in unserer Hand. Das ist Ermutigung und Verpflichtung!

1 Hinzu kamen juristisch relativ waghalsige Operationen wie der »gestreckte Erwerb«, mit dem ein Teil der Bestände in der Karl-Marx-Allee dem Konzern Deutsche Wohnen weggeschnappt werden konnte. Ohne hier in die juristischen Details zu gehen: Solche Schritte waren nur möglich, weil die stadtpolitischen Bewegungen eine Legitimation für eine experimentelle Politik geschaffen hatten, die im Sinne der Mieter*innen an die Grenze des juristisch Machbaren ging.

2 Der rot-rot-grüne Senat hatte ab 2020 ein »Forum für Mietenpolitik« vorgesehen, in dem die organisierte Zivilgesellschaft im Abgeordnetenhaus zum Bereich Mietenpolitik gehört werden soll. Aus diesem Vorhaben heraus entstand das Initiativenforum Stadtpolitik Berlin, kurz IniForum. Finanziert wird es über die Senatsverwaltung für Stadtentwicklung und Wohnen. Es macht sichtbar, was mieten- und stadtpolitische Initiativen bewegt. Es organisiert Informationsveranstaltungen und regelmäßige Hearings im Berliner Abgeordnetenhaus, auf denen Initiativen ihre Themen und Forderungen der Regierungskoalition vortragen. Es unterstützt Initiativen mit einem Recherchedienst und hilft beim Aufbau von Websites.



HOFFNUNG UND HOFFNUNGSLOSIGKEIT IN ZEITEN DES KATASTROPHENKAPITALISMUS

JAN REHMANN

Hoffnungen können nicht von Politiker*innen erzeugt werden. Sie sind »da«, freilich meist keimhaft und vereinzelt. Es kommt deshalb darauf an, sie zu verknüpfen und zu verdichten, sie in konkreten Utopien zusammenzufügen und diese in freundlich-solidarischen Praxisformen zu vergegenwärtigen

Wie kann man in einer Zeit des Katastrophenkapitalismus sinnvoll und verantwortlich von »Hoffnung« sprechen oder sogar als linke Partei »die Hoffnung organisieren«, wie das Leitthema des Bundesparteitags in Chemnitz im Mai 2025 proklamierte? Meine Frage zielt nicht darauf ab, das Nachdenken über unsere Hoffnungsressourcen, ihre Aktivierung und Stabilisierung zu delegitimieren. Aber in der spektakulären Aufmerksamkeitsökonomie unserer digitalisierten Welt sind wir immer in Gefahr, die Rede von der Hoffnung zur Beschwörungsformel verkommen zu lassen. Als solche kann sie nicht dauerhaft wirksam sein, sondern wird von den zu erwartenden Niederlagen erstickt oder verliert sich im alltäglichen Ansturm kapitalistischer Glücksversprechen.

Ich schlage deshalb vor, das Nachdenken über Hoffnung an ihrem Gegenpol zu

beginnen. Gramsci hat ihn als »Pessimismus der Intelligenz« bezeichnet und als unabdingbares Gegenstück eines »Optimismus des Willens« behandelt (Gef. 28, § II, 2232). Diese beiden scheinbar entgegengesetzten Haltungen bilden für ihn eine untrennbare Einheit.

»PESSIMISMUS DER INTELLIGENZ« – EINE MOMENTAUFNAHME

Dass wir auf dieser Spur eher in der Hoffnungslosigkeit landen, ist kaum von der Hand zu weisen. Nicht nur in Trumps USA, auch in Europa stecken wir in einer Konstellation, in der die Oligarchisierung oder gar Faschisierung der bürgerlichen Gesellschaft nahezu unaufhaltsam erscheint. Ulrich Brand und Markus Wissen (2024) zufolge befinden wir uns in einem Stadium des



Kapitalismus, in dem die gesellschaftlichen Widersprüche »nur noch durch eine autoritäre Transformation der Demokratie bearbeitet werden können«, wobei die radikale Rechte oft »nur der extreme Ausdruck einer Entwicklung [ist], die in manchen Bereichen auch von den bürgerlichen Kräften vorangetrieben wird« (ebd., 194f).

Walter Benjamin (1941) interpretiert Paul Klees Bild *Angelus Novus* als Engel der Geschichte, der vom Sturm des vermeintlichen Fortschritts rückwärts in die Zukunft geschleudert wird, während »eine einzige Katastrophe [...] unablässig Trümmer auf Trümmer häuft und sie ihm vor die Füße schleudert« (ebd., 697). Hilf- und fassungslos erleben wir, wie Israel in Gaza trotz Massendemonstrationen und kreativer Protestaktionen (wie z. B. die Sumud Flotilla) einen Völkermord begeht, dessen Ende trotz proklamierter Waffenruhe nicht absehbar ist. Spätestens seit dem von der *Washington Post* im August 2025 veröffentlichten Plan eines »Gaza Reconstitution, Economic Acceleration and Transformation Trust« ist bekannt, dass das neokoloniale Projekt nicht nur von einer rechtsradikalen Netanjahu-Regierung betrie-

JAN REHMANN unterrichtet Philosophie und Gesellschaftstheorien am Union Theological Seminary in New York und an der Freien Universität Berlin. Er ist Redakteur des »Historisch-kritischen Wörterbuchs des Marxismus« (HKWM) und Vertrauensdozent der Rosa-Luxemburg-Stiftung.

ben, sondern auch von den Großkonzernen des Hightech-Kapitalismus unterstützt wird: Im Norden Gazas soll eine »Elon Musk Smart Manufacturing Zone«, im Süden ein »American Data Safe Haven« errichtet werden, entlang der Küste die »Gaza Trump Riviera« mit etwa sechs bis acht »free cities«, wie sie die Trump-Regierung auch für die USA vorsieht. Dass die gegenwärtigen Kriege und die forcierte Aufrüstung auch angesichts der ökologischen Katastrophe ein Verbrechen darstellen, wird weithin gespürt, ohne dass dies bisher zu einer Friedensbewegung führte, die dem militaristischen Wahn in die Speichen fallen könnte. Der kapitalistische Akkumulationstrieb hat sich in einen Todestrieb verwandelt, der die menschliche Zivilisation mitsamt der sie umgebenden und ermöglichenden Biosphäre zu verschlingen droht.

Vor diesem Hintergrund lohnt es sich, die pessimistischen Zeitdiagnosen der ersten Generation der Kritischen Theorie wieder zu lesen, die Therborn (1996, 67) als »dunkle Denker des Marxismus« gewürdigt hat. Die neue Ideologie der »Kulturindustrie« habe die Funktion, ein »lückenlos geschlossenes Dasein« zu verdoppeln und ins unhinterfragbare »Reich der Tatsachen« zu erheben, heißt es in der »Dialektik der Aufklärung« (Adorno/Horkheimer 1981 [1944], 170ff). Mehr noch: Da die Beherrschten die herrschende Moral ernster nehmen als die Herrschenden selbst,

»Tatsächlich ist die Geschichte voll von Zeugnissen, dass die Hoffnung in den dunkelsten Zeiten der Hoffnungslosigkeit aufbrechen kann.«

entwickeln sie zu dem, was man ihnen antut, eine »böse Liebe«, die der Klugheit der ideologischen Instanzen »noch voraus[eilt]«: »Unbeirrbar bestehen sie auf der Ideologie, durch die man sie versklavt.« (Ebd., 155) In der von der Kulturindustrie geleisteten Subjektkonstitution bedeute »personality« kaum noch mehr als »blendend weiße Zähne und Freiheit von Achselschweiß und Emotionen« (ebd., 191).

Zu Recht ist der Kritischen Theorie von vielen Seiten die Unterstellung eines perfekten Verblendungszusammenhangs vorgeworfen worden, bei dem aktive Kulturtätigkeit und subversiv-widerständige Dekodierung ausgeschlossen sind. Ihr schwächster Punkt sei ihre »Unfähigkeit, die befreienden Tendenzen *innerhalb* der bestehenden Gesellschaft aufzuweisen«, resümiert Marcuse (1994 [1965], 265). Aber trotz ihrer Einseitigkeit erfasst sie durchaus realistisch den Aspekt, dass sich

Möglichkeitsräume verkleinern oder auch schließen können. Eine nüchterne Analyse muss auch solche Schließungen einbeziehen, freilich ohne sie zu verabsolutieren.¹

Tatsächlich ist die Geschichte voll von Zeugnissen, dass die Hoffnung in den dunkelsten Zeiten der Hoffnungslosigkeit aufbrechen kann (z. B. das Kreuz als verächtlichstes Stigma der Todesstrafe im Römischen Reich, das sich zum Charisma eines christlichen Neuanfangs wandelte). Nicht weniger als die illusionäre Hoffnung kann auch die metaphysische Überhöhung des Ausharrens im Sinn- und Ausweglosen zur Aufrechterhaltung der Herrschaft in Dienst genommen werden. »Ideologie und Kulturindustrie arbeiten periodisch daran, Hoffnungslosigkeit zu ästhetisieren und als Weltverhältnis konsumierbar zu machen.« (Haug 2004, 481)

Wir stehen also vor einer doppelten Schwierigkeit: Zum einen sind wir konfrontiert mit einem weitverbreiteten und tief verankerten Nihilismus, der die Hoffnungen auf eine bewohnbare Welt aufgegeben hat und entweder nur noch für sich privat etwas herauszuschlagen versucht oder in lähmende Handlungsunfähigkeit (Depressionen, Drogen, Spielsucht etc.) fällt. Zum anderen laufen wir Gefahr, dass unsere Appelle an die Hoffnung angesichts der wirklichen Kräfteverhältnisse als unrealistisch erscheinen. Wenn Hoffnung nach Bloch (1979, 83) »die menschlichste aller Gemütsbewegungen« ist, so wird sie zugleich in Ermangelung von Verwirklichungsmöglichkeiten leicht zur »leeren Hoffnung«. Zudem ist in Klassengesellschaften, in denen Emanzipation und Selbstverwirklichung sich vornehmlich auf

Kosten anderer, davon Ausgeschlossener vollziehen, die Hoffnung selbst von sozialen Gegensätzen durchzogen. Was den einen die Hoffnung auf Sieg, sozialen Aufstieg und Anerkennung, ist den anderen die Aussicht auf Untergang, Elend und Missachtung.

ARBEIT AN DER FUNDIERUNG UND KONKRETISIERUNG VON HOFFNUNGEN

Bei Marx und Engels stoßen wir auf einen interessanten Widerspruch. Einerseits verwenden sie den Ausdruck Hoffnung meist mit den negativen Konnotationen des Illusionären – zum Beispiel als »frommen Wunsch«, der im Gegensatz zur »besseren Erkenntnis« steht (MEW 1, 18); andererseits trugen ihre Theorien und die von ihnen inspirierten Bewegungen und Parteien zu einer ungeheuren Freisetzung von Hoffnungspotenzialen bei, die hinsichtlich ihrer Dynamik und Intensität mit dem frühen Christentum verglichen werden kann. Der ethische Kern dieser Freisetzung ist der »*kategorische Imperativ, alle Verhältnisse umzuwerfen, in denen der Mensch ein erniedrigtes, ein geknechtetes, ein verlassenes, ein verächtliches Wesen ist*« (385). Damit verbunden ist der Kritiktypus einer »bestimmten Negation«, die sich dadurch auszeichnet, »nicht dogmatisch die Welt [zu] antizipieren« (344), sondern die im Schoß der bürgerlichen Gesellschaft entwickelten »Elemente der neuen Gesellschaft« aufzufinden und »in Freiheit zu setzen« (MEW 17, 343). Intendiert ist auch eine kritische Beerbung, die zutage fördert, »dass die Welt längst den Traum von einer Sache besitzt, von der sie nur das Bewusstsein besitzen muss, um sie wirklich zu besitzen« (MEW 1, 346). Beansprucht ist also eine Übersetzung traumhafter Hoffnungen in bewusste und begründete.

Zieht man bei Marx' Kritik am Utopismus den polemischen Überschuss ab, geht es im Kern um die Entwicklung eines analytischen Instrumentariums, das es erlaubt, zwischen illusionären und realistischen Hoffnungen zu unterscheiden.

Freilich erwies sich der von Engels verkündete Sprung »von der Utopie zur Wissenschaft« als eine rationalistisch einseitige Illusion, die selbst utopische Züge aufwies. Ernst Bloch kritisiert, dieser Übergang sei zu schnell erfolgt, nämlich »dergestalt, dass mit der Wolke auch die Feuersäule der Utopie liquidiert werden konnte«, was zu einer »Unterernährung der revolutionären Phantasie« (1979, 726) geführt habe. Vor diesem Hintergrund ist Blochs »Prinzip Hoffnung« als Projekt zu verstehen, die im deterministischen Marxismus abgesprengten utopischen Gehalte in den unterschiedlichsten Gestalten aufzusuchen und mit den analytischen Errungenschaften der marxischen Kritik zu verbinden. Vorgeschlagen wird eine Erweiterung, die beide Seiten aufnimmt: Die bestimmte Negation marxischer Kritik wird als »Kältestrom« reartikulierte und als konkrete »Bedingungsanalyse« mitsamt Ideologiekritik und »Entzauberung des metaphysischen Scheins« ausgewiesen. Diesem analytischen Strom verdanke der Marxismus seine Qualität als »Bedingungs- und Oppositionswissenschaft«. Zum »Wärmestrom« gehört dagegen die »befreiende Intention«, gerichtet auf ein Fernziel, bei dem Mensch und Welt sich nicht mehr fremd sind (240f). In dieser Perspektive sind Gesellschaft und nicht-menschliche Natur durch eine »Naturallianz« verbunden, bei der die Technik nicht mehr in der Natur steht wie eine »Besatzungsarmee

im Feindesland«, sondern in der Lage ist, sich mit der »Mitproduktivität der Natur zu vermitteln« (807, 813f). »Erst Kälte und Wärme konkreter Antizipation zusammen [...] bewirken, dass weder Weg an sich noch Ziel an sich undialektisch voneinander abgehalten und so verdinglicht-isoliert werden.« (240)

An die Stelle des allzu abstrakten Gegensatzes zwischen Utopie und Wissenschaft tritt somit die Unterscheidung zwischen »abstrakter« und »konkreter Utopie«, bei der die Weltverbesserung als »geschulte Arbeit in und mit wirklichen Tendenzen« erfolgt (723). Es geht Bloch um die Entwicklung einer »fundierte[n] [...], mit dem real Möglichen vermittelten« Hoffnung (389). Deshalb bestimmt er die Hoffnung nicht nur emotional als »Erwartungsaffekt«, sondern auch als »Richtungsakt kognitiver Art« (10f), »fähig zu logisch-konkreter Berichtigung und Schärfung« (126). Sie kann somit gelernt werden (5).

AUSGANGSPUNKT: HOFFNUNGEN IM ALLTAGSLEBEN

Bloch zufolge ist die Hoffnung nicht nur ein Gefühl oder eine intellektuelle Einsicht, sondern auch eine weithin unerforschte »Weltstelle« (5), das heißt eine Komponente der Wirklichkeit selbst. Damit ist die traditionelle Entgegensetzung von Subjekt und Objekt durchbrochen. Sobald die Wirklichkeit nicht mehr positivistisch als Ansammlung von »Tatsachen«, sondern praxisphilosophisch als Ensemble praktisch vermittelter gesellschaftlicher Naturverhältnisse verstanden wird, schließt sie die Hoffnungen als Triebkräfte des Handelns mit ein.

Ausgangspunkt linker Politik sind zunächst die Hoffnungen im Alltag. Bei

Adorno und Horkheimer (1981 [1944], 145f) scheint es ausgemacht, dass die von Kant diagnostizierte Fähigkeit, die Mannigfaltigkeit der sinnlichen Eindrücke mithilfe eines Apriori-Mechanismus in Anschauungen und Urteile zu transformieren, dem Subjekt von der Kulturindustrie abgenommen wurde. Hier gibt es offenbar nichts mehr zu synthetisieren, was nicht schon zuvor vorprogrammiert wäre. Dagegen ist bei Gramsci der Alltagsverstand (*senso comune*) weder »falsch« noch durchgehend manipuliert, sondern widersprüchlich zusammengesetzt, er enthält immer auch ein potenziell gegenhegemoniales Widerlager, den »gesunden Menschenverstand« (*buon senso*), der sich durch realistische Realitätsbeobachtung und Experimentiergeist auszeichnet (Gef. 10.II, 1338). Mit ihm müsse sich eine Philosophie der Praxis verbinden, um von dort aus das Gewicht der Ideologien im Alltagsverstand zurückzudrängen und diesen kohärenter zu machen. Bloch fügt eine wichtige Dimension hinzu, nämlich die der Tagträume, von denen »das Leben aller Menschen durchzogen ist« (1979, 1). Auch das »privateste und unwissendste wishful thinking [...] kann informiert« und mit großen gesellschaftlichen Entwürfen eines guten Lebens für alle vermittelt werden (1616).

Hier liegt die prekäre Grundhoffnung linker Theorie und Praxis: dass Menschen auch unter fremder Hegemonie immer wieder selbst Erfahrungen machen und Vorstellungen eines besseren Lebens entwickeln, die grundsätzlich aus den ideologischen Überformungen herausgelöst und zu einer widerständigen und selbstbestimmten Weltanschauung weiterentwickelt werden

können. Deshalb ist der Ansatz der Partei Die Linke, an die Haustüren zu gehen, den Menschen zuzuhören (statt sie zu belehren) und von ihren Erfahrungen und Erwartungen aus die politischen Schwerpunkte zu entwickeln, weit mehr als eine Wahlstrategie: Nur auf dieser Grundlage kann es gelingen, Hoffnungspotenziale zu erschließen, durch die Verdichtung auf Forderungen zu bestärken und den Alltagsverstand nach links zu verschieben.

HOFFNUNGSAUFRÜCHE UND IHRE ENTÄUSCHUNGEN

Hoffnungen können nicht von Politiker*innen erzeugt werden, sondern sie sind »da«, freilich in der Regel keimhaft und vereinzelt, sodass es darauf ankommt, ob und wie sie verknüpft und verdichtet werden. Wenn zum Beispiel nach Jeremy Corbyns Ankündigung am 24. Juli 2025, zusammen mit Zarah Sultana eine linke Partei zu gründen, innerhalb eines Monats über 800 000 Unterzeichner*innen ihre Unterstützung bekunden, ist dies eine Realität, die empirisch beobachtbar und gesellschaftswissenschaftlich erklärbar ist. Ähnliches gilt für den eindrucksvollen Sieg des demokratischen Sozialisten Zohran Mamdani bei den New Yorker Bürgermeisterwahlen, und nicht zuletzt für die weithin für tot erklärte deutsche Linkspartei, die im Februar 2025 bei den Bundestagswahlen eine »Auferstehung aus der Asche« erlebte.

In diesen Beispielen manifestieren sich Aufbruchsbewegungen der Hoffnung. Sie werden weder am Reißbrett entworfen, noch brechen sie als reines »Ereignis« von außen in die Wirklichkeit ein. Das Problem scheint darin zu liegen, dass sie sowohl vorbereitet

sind als auch in gewissem Sinne nicht vorbereitet werden können. Althusser (1968, 137) hat versucht, diese Widersprüchlichkeit mit dem von Freud übernommenen Begriff der *Überdeterminierung* zu fassen, der sich gegen eine im Marxismus weit verbreitete deterministische Ableitung aus der Ökonomie richtet und eine Mehrfachdeterminierung durch verschiedene Realitätsebenen bezeichnet. Bewegungen entstehen aus Dynamiken, die sich komplex überlagern, wobei gerade diese Überlagerungen nur zu einem bestimmten Grad geplant werden können.

So wurden die für Die Linke bei den Bundestagswahlen so erfolgreichen Strategien des *Organizing* und der Haustürgespräche schon seit über zehn Jahren entworfen, erprobt und propagiert, ohne dass sie sich in Wahlerfolgen niederschlagen konnten. Vor den Bundestagswahlen kamen dann verschiedene Bedingungen zusammen, die unerwartet eine Bündelung ermöglichten – freilich nicht »von selbst«, sondern weil es den Akteur*innen gelang, die Gelegenheiten aktiv und geistesgegenwärtig zu ergreifen. Zu nennen wären u. a. ein neues überzeugendes Führungsteam, das nach dem Weggang von Wagenknecht kohärenter auftreten konnte, die Ankündigung der Vorsitzenden, ihre Bezahlung auf das durchschnittliche Facharbeitergehalt zu beschränken, die von Friedrich Merz eingefädelte gemeinsame Abstimmung mit der AfD, die es Heidi Reichinnek ermöglichte, die Partei medienwirksam als antifaschistische »Brandmauer« zu präsentieren sowie ein stärker sichtbares Eintreten für die sozialen Interessen der Lohnarbeiter*innen. Zu den Erfahrungen sozialer Bewegungen gehört freilich auch, dass diese nach einiger

Zeit oft wieder versanden, sich innerlich zerfleischen, entweder kooptiert oder marginalisiert werden. Zu begreifen, wann, wie und unter welchen Bedingungen politische Projekte und Diskurse populäre Zustimmung erzeugen und wieder verlieren, massenhaft Hoffnungen freisetzen und wieder enttäuschen, gehört zu den schwierigsten Herausforderungen linker Politik.

DIE PRIVATISIERUNG DER HOFFNUNG ÜBERWINDEN

Es bietet sich an, das Nachdenken über Hoffnungsressourcen und -dynamiken mit Gramscis Hegemonietheorie zu verbinden und mit dieser nach den Bedingungen der Hoffnung bzw. Hoffnungslosigkeit zu fragen. Grob vereinfacht macht sich Hoffnungslosigkeit breit, wenn die Lebensbedingungen der populären Klassen herabgedrückt, ihre Handlungsräume und Selbstbestimmungsbestrebungen vom herrschenden Machtblock blockiert oder erfolgreich kooptiert, entschärft und entfremdet werden. Unter den Bedingungen einer »passiven Revolution« (Gramsci) werden der Zivilgesellschaft lebendige Energien entzogen. »Die kulturellen Blumen werden ständig von den ideologischen Mächten gepflückt und als ›unverwelkbare‹ Kunstblumen von oben nach unten zurückgereicht, eingebaut in die vertikale Grundstruktur des Ideologischen«, beobachtete das Projekt Ideologietheorie (1979, 184).

Kennzeichnend für die bürgerliche Hegemonie in den kapitalistischen Zentren ist unter anderem, dass ihr weitgehend eine »Privatisierung der Hoffnung« gelungen ist, bei der die Träume einer besseren Welt auf den individuellen Aufstieg und das Wohl

der eigenen Familie begrenzt sind. Der Neoliberalismus konnte einen vornehmlich »passiven Konsens« unter anderem dadurch absichern, dass potenziell oppositionelle soziale Bewegungen fragmentiert werden und sich in partikularistischen Identitätspolitik und Kämpfen um gesellschaftliche Anerkennung verzetteln und erschöpfen.

Als Katharsis bezeichnet Gramsci den Übergang von einer engen korporatistischen Interessenvertretung zu einer ethisch-politischen Stufe, wo die Hegemoniefrage auf »universeller Ebene« gestellt wird, sodass sie alle subalternen Klassen und Gruppen umfasst (Gef. 13, § 17) – diesen »kathartischen« Moment zu bestimmen, sei der »Ausgangspunkt für die gesamte Philosophie der Praxis« (Gef. 10.II, §6, 1259). Tatsächlich konnten gegenhegemoniale Erfolge vor allem dann erzielt werden, wenn es gelang, die unterschiedlichen Unterdrückungserfahrungen und Kämpfe zu verbinden und als Teil übergreifender Gerechtigkeits- und Überlebensfragen zu artikulieren. Wie man am Beispiel des Occupy-Wallstreet-Slogans »We are the 99 %« beobachten konnte, entfachte die Artikulation einer identitätsübergreifenden sozialökonomischen Gemeinsamkeit eine Dynamik, mit der die Bewegung sich landesweit wie ein Lauffeuer ausbreiten konnte. Die Stränge können auch an anderen Verdichtungspunkten zusammenlaufen, zum Beispiel im (zeitweiligen) Aufschwung der Klimabewegungen. Eine systemkritische Sprengkraft kann wiederum dort entstehen, wo die Ökologiebewegung sich mit anderen Bewegungen verbindet, wie etwa mit Teilen der Gewerkschaften (»Wir fahren zusammen«), und wiederum auf

andere Weise, wenn sie – symbolisiert durch Greta Thunberg – sich mit anti-imperialistischen Bewegungen gegen den Völkermord in Gaza vereinigt.

Die Linke muss wieder lernen, eine kraftvolle universalistische Politik zu entwickeln, die die Kritik an Kapitalismus, Imperialismus und Aufrüstung mit den Überlebensfragen der Gattung und unserer Biosphäre ver-schränkt. Nur so ist es möglich, einen starken linken Pol der Solidarität aufzubauen, und dies ist wiederum die Bedingung dafür, der Rechtsentwicklung und Faschisierung eine überzeugende Alternative entgegenzusetzen.

DIE HOFFNUNG ORGANISIEREN

»Die Hoffnung organisieren« ist also eine komplexe Aufgabe. Ähnlich wie die von Rosa Luxemburg geforderte »revolutionäre Realpolitik«, mit der sie untrennbar verbunden ist, ist sie widersprüchlich zusammengesetzt, da es nur so möglich ist, in widersprüchlichen Konstellationen handlungsfähig zu sein: Die radikale Kritik an der kapitalistischen Lebenszerstörung muss einhergehen mit der Fähigkeit, auch die »kleinen« Hoffnungen im Alltag ernst zu nehmen, sie in konkreten Utopien zusammenzufügen und diese in freundlich-solidarischen Praxisformen zu vergegenwärtigen. Hierzu gehören Organisationsformen, die die Beteiligten befähigen, aktiv zu werden, Ziele zu entwickeln, Erfolge und Niederlagen gemeinsam auszuwerten. Linke Politik muss die Sehnsuchtsbilder eines befreiten, unentfremdeten und zugleich nachhaltigen Lebens für alle wach- und lebendig halten und sie zugleich mit einem Real-Möglichen vermitteln, das Bloch (1979, 275) zufolge die Wirklichkeit sowohl

durchzieht als auch an ihrem vorderen Rand »umleuchtet«. Klaus Holzkamp (1985, 393) zufolge benötigen wir ein »begriffendes Möglichkeitsdenken«, das die jeweiligen Übergänge von restriktiver, herrschaftskonformer zu allgemeiner Handlungsfähigkeit auslotet – möglich sind diese Übergänge, wenn sich eine »als realisierbar erfahrene Möglichkeit eines besseren Lebens« abzeichnet (ebd., 400).

1 Zur Frage der Schließung bzw. Offenheit der politischen Konstellation in Deutschland vgl. die Debatte zwischen Mario Candeias (2023) und Ines Schwerdtner (2023).

LITERATUR

- Adorno, Theodor/Horkheimer, Max, 1981 [1944]: Dialektik der Aufklärung, in: dies., Gesammelte Schriften, Bd. 3, Frankfurt a. M.
- Althusser, Louis, 1968: Für Marx, Frankfurt a. M.
- Benjamin, Walter, 1941: Über den Begriff der Geschichte, in: ders., Gesammelte Schriften, Bd. I.2, Frankfurt a. M., 691–704
- Bloch, Ernst, 1979: Das Prinzip Hoffnung, in: ders., Gesamtausgabe, Bd. 5, Frankfurt a. M.
- Brand, Ulrich/Wissen, Markus, 2024: Kapitalismus am Limit. Öko-imperiale Spannungen, umkämpfte Krisenpolitik und solidarische Perspektiven, München
- Candeias, Mario, 2023: Wir leben in keiner offenen Situation mehr, in: LuXemburg, August 2023, <https://zeitschrift-luxemburg.de/artikel/wir-leben-in-keiner-offenen-situation-mehr/>
- Haug, Wolfgang Fritz, 2004: Hoffnungslosigkeit, Teil II, in: Historisch-kritisches Wörterbuch des Marxismus (HKWM), Bd. 6.1, Hamburg, 480–484
- Holzkamp, Klaus, 1985: Grundlegung der Psychologie, Frankfurt a. M./New York
- Marcuse, Herbert, 1994 [1965]: Der eindimensionale Mensch. Studien zur Ideologie der fortgeschrittenen Industriegesellschaft, München
- Projekt Ideologietheorie, 1979: Theorien über Ideologie, Hamburg
- Rehmann, Jan 2004: Hoffnung, in: Historisch-kritisches Wörterbuch des Marxismus (HKWM), Bd. 6.1, Hamburg, 450–469
- Schwerdtner, Ines, 2023: Wir leben in keiner offenen Situation mehr? Aber natürlich!, in: LuXemburg, Juli 2023, <https://zeitschrift-luxemburg.de/artikel/offene-Situation/>
- Therborn, Göran, 1996: Dialectics of Modernity, On Critical Theory and the Legacy of Twentieth-Century Marxism, in: New Left Review 215, 59–81

Wie solidarisch sein?

Widersprüche in der linken Debatte um Gaza und Israel

FLORIAN WEIS

Angesichts der Brutalität des Gaza-Kriegs haben die politischen Debatten in Deutschland zum Nahostkonflikt eine neue Schärfe gewonnen. Selbst in der Linken herrscht diesbezüglich oft ein Schwarz-weiß-Denken vor, das der Vielschichtigkeit des Konflikts nicht gerecht wird

Der Israel-Palästina-Konflikt ist eine Geschichte konkurrierender Nationalbewegungen und Befreiungsnationalismen um ein Land, mit dem sowohl Israelis als auch Palästinenser*innen eine lange Geschichte verbindet. Wenn der Zionismus heute als »Siedlerkolonialismus« charakterisiert wird, enthält dies zwar eine richtige Komponente, übergeht aber, dass die Region bereits vor drei Jahrtausenden die Heimat der Jüd*innen war und immer ein (kleiner) Teil von ihnen dort lebte. Die Mandats- und Kolonialmacht Großbritannien, die 1917 das Erbe der Herrschaft des Osmanischen Reiches antrat, war keineswegs durchgehend prozionistisch. Sie enthielt sich in der UNO-Vollversammlung im November 1947, während die UdSSR den entstehenden Staat Israel unterstützte.

Die Vielschichtigkeit des Konflikts wird in linken Debatten oft auf ein schematisches Schwarz-weiß-Bild verkürzt. Der Text versucht daher, verschiedene Dimensionen des Konflikts vor Ort sowie der hiesigen Debatte zu »sortieren«, um zumindest eine Suchbewegung in Richtung einer »unteilbaren Solidarität« bei parteilicher Haltung erkennbar zu machen. Denn sicher ist: Das Spannungsfeld zwischen jüdischem Befreiungsnationalismus und der Vertreibung und Diskriminierung der Palästinenser*innen bestand von Anfang an. Freilich steht Israel mit diesen düsteren Begleiterscheinungen der Staatswerdung historisch keineswegs allein.

Kurze Phasen der Hoffnung auf eine Befriedung des Konflikts gab es 1977/78 nach dem historischen Besuch des ägyp-

tischen Präsidenten Anwar as-Sadat in Jerusalem und dem Abkommen von Camp David. Dafür wurde Sadat 1981 von islamistischen Militärangehörigen ermordet. Auch Jitzchak Rabin wurde für den zusammen mit Jassir Arafat verfolgten »Oslo-Prozess« 1995 ermordet. Sein Mörder aus der radikalen Siedlerbewegung ist inzwischen ein Idol der heute so starken israelischen Rechtsradikalen geworden.

Vor Ort: Kein Weg, keine Hoffnung, nirgends?

Die Gewalt hat seit dem 7. Oktober 2023 ein Ausmaß erreicht, das alle vorherigen Kriege, Terroranschläge und Besatzungsgewalt seit 1947/48 um ein Vielfaches übertrifft. Mehrere Zehntausend Nicht-Kombattant*innen sind im Gazastreifen getötet worden, die Ernährungs- und medizinische Lage ist katastrophal, nicht zuletzt durch die Blockaden humanitärer Hilfen durch Israel.

Auch für Israel stellen die weit über 1 200 unmittelbar am 7. Oktober 2023 oder später in Geiselhaft durch die Hamas und andere dschihadistische Gruppen Ermordeten die größte Gewalttat gegen Nicht-Kombattant*innen in der Geschichte des Staates dar. Das Massaker ging mit bestialischer Grausamkeit, darunter systematische Vergewaltigungen, einher. Es richtete sich nicht gegen rechtsradikale Siedler*innen im besetzten Westjordanland, sondern gegen säkulare Kibbuzimbewohner*innen, Festivalbesucher*innen und migrantische Arbeiter*innen in Israel selbst. Dieses Massaker ist ein traumatischer Schock für viele Jüd*innen

weltweit, dessen Wirkung viele Linke offenbar schwer nachvollziehen können.

Der Fokus der rechtesten israelischen Regierung in der Geschichte lag bis zum 7. Oktober 2023 auf der Verdrängung der Palästinenser*innen aus dem Westjordanland und der Vorbereitung einer Annexion für ein »Groß-Israel«. Die Hamas schien Benjamin Netanjahu kontrollierbar zu sein. Das Hamas-Massaker führte zum israelischen Angriff auf den Gazastreifen, der im Laufe der Monate immer erbarmungsloser geführt wurde. Mehrere Waffenstillstandsabkommen blieben brüchig und scheiterten spätestens dann, wenn es um eine längerfristige Lösung ging. Ob Trumps »20-Punkte-Plan« über die erste Phase hinaus tragfähig sein wird, erscheint fraglich.

Eine Zwei-Staaten-Lösung, wie sie 1947 von der UNO-Vollversammlung beschlossen wurde und die Ziel des »Oslo-Prozesses« war, ist kaum noch vorstellbar und dennoch die beste Option. Die Anerkennung Palästinas als Staat nunmehr auch durch Großbritannien, Kanada, Australien und andere Staaten ist eine richtige Geste im Rahmen des Festhaltens an einer Zwei-Staaten-Lösung, auch wenn die materiellen Grundlagen durch den massiven israelischen Siedlungsausbau der letzten Jahr-

FLORIAN WEIS ist Referent am Zentrum für Gesellschaftsanalyse und politische Bildung der Rosa-Luxemburg-Stiftung und arbeitet zu Fragen des Antisemitismus und der jüdisch-linken Geschichte und Gegenwart.

zehnte, die Schwächung der Palästinensischen Autonomiebehörde und die – wenn auch abgeschwächte – Macht der Hamas kaum mehr gegeben sind.

Doch die Alternativen sind schlechter: Eine Ein-Staaten-Lösung ist für die allermeisten Menschen in Israel wie Palästina ebenso unvermittelbar, wie sie nicht als demokratische Option vorstellbar ist. Sie könnte tatsächlich zu einem Apartheidsystem wie in Südafrika führen, was Israel auf seinem Staatsgebiet, vielen gegenteiligen Behauptungen zum Trotz, nicht ist, während die Beschreibung auf die besetzten Gebiete faktisch zutrifft. Dies könnte mit einem Bürgerkrieg und massenhaften Vertreibungen der einen oder anderen Gruppe einhergehen. Insofern bleibt die Forderung nach einer Zwei-Staaten-Lösung richtig. Daran ändern auch weder die israelischen Kriegsverbrechen noch der Terror und die reaktionäre Herrschaft der Hamas prinzipiell etwas. Sollten nur Staaten ein Existenzrecht besitzen, die sowohl demokratisch als auch frei von kriegertischer und terroristischer Gewalt sind, wäre die Weltkarte sehr übersichtlich.

Zwischen notwendiger Solidarisierung, aufgeladener Symbolik und dunkelgrauen Grenzbereichen

Forderungen nach einem Stopp von Waffenlieferungen an Israel entsprechen einer generellen Positionierung der Partei Die Linke und sind in sich stimmig. Gleiches gilt für eine Aussetzung der Verhandlungen über ein EU-Assoziierungsabkommen mit Israel sowie

für Sanktionen gegen einzelne Rechtsradikale in Israel oder Produkte aus Siedlungen in den besetzten Gebieten: politisch richtig, wenngleich in der Wirkung begrenzt. Die Frage, wie Sanktionen wirkungsvoll und zielgerichtet eingesetzt werden können, beantworten – nicht nur – Linke selten befriedigend.

Auch die Forderung der Linken in Berlin-Mitte nach Einholung der israelischen Fahne am Roten Rathaus ist angesichts der Kriegsverbrechen im Gazastreifen als symbolische Geste durchaus begründet. Problematisch werden solche Forderungen dann, wenn der Eindruck entsteht, es gehe nicht nur um eine absolut notwendige Verurteilung der israelischen Regierungspolitik, sondern um eine tief verwurzelte existenzielle Kritik an Israel als Staat an sich.

Ein Ausschluss Israels von internationalen Sportwettbewerben sowie vom European Song Contest hat dann eine gewisse Legitimation, wenn etwa der Ausschluss Russlands nach dem Überfall auf die Ukraine im Februar 2022 als Vergleich herangezogen wird, auch wenn es formal gravierende Unterschiede gibt. In beiden Fällen gibt es überzeugende Gründe, diese Maßnahmen zu unterstützen, aber auch begründete Zweifel, sowohl wegen des überschaubaren praktischen Nutzens für die Menschen in der Ukraine und in Gaza als auch wegen der Frage, warum zahlreiche andere Länder nicht so sanktioniert werden.

Unabhängig davon, wie der Verfasser solche Forderungen persönlich bewertet, sind sie per se weder illegitim noch antisemitisch. Gleiches lässt sich kaum noch behaupten,

wenn beispielsweise die Ausladung der Münchner Philharmoniker unter ihrem israelischen Chefdirigenten Lahav Shani vom Flanders Festival Ghent betrachtet wird: Shani habe sich nicht eindeutig genug von dem »genozidalen Regime« in Israel distanziert. Wenn die irische Autorin Sally Rooney – lange vor dem Oktober 2023 – untersagte, ihr damals aktuelles Buch in Israel erscheinen zu lassen, so ist das ihr gutes Recht. Warum Rooney aber offenbar kein Problem damit hatte, dass ihre Bücher in anderen Staaten erscheinen konnten, in denen Unterdrückung herrschte, bleibt erklärungsbedürftig. Außerhalb jeder Diskussion stehen Duldungen von einschüchternden und offen gewaltförmigen Aktionen, deren Zielscheibe keineswegs nur das Café Bajszel in Berlin-Neukölln ist. So wie bei islamistischen Anschlägen mit Recht immer wieder gemahnt wird, nicht Muslim*innen pauschal zu verdächtigen, sondern ihr Recht auf Frieden, Unversehrtheit und Religionsfreiheit zu verteidigen, gerade gegen antimuslimische Gewalttaten, so sollte es ebenfalls eine Selbstverständlichkeit sein, jüdisches Leben in Deutschland und Europa ohne jede Vorbedingung zu schützen. Der jüngste tödliche Anschlag auf eine Synagoge in Manchester am höchsten jüdischen Feiertag, Jom Kippur, hat die ständige Gefährdung jüdischen Lebens einmal mehr aufgezeigt.

Jüd*innen erleben seit dem Massaker der Hamas – und keineswegs erst seit der immer brutaleren israelischen Kriegsführung in Gaza! – eine massive Zunahme von Anfeindungen in Deutschland und Europa, auch wenn diese

teilweise »postkolonial« und antiimperialistisch verbrämt werden. In solchen Strömungen, aus deren Reihen etwa »Free Palestine from German Guilt«, »Free Germany from Zionism«, »Only Nazis support Israel« und »FCK ZIONZS« (mit Hamas-Dreieck) skandiert und gesprayt wird, finden sich eigentümliche Ähnlichkeiten zu völkisch-rechtsrevisionistischen Positionen, wenn es um den Stellenwert der Schoah in der deutschen Geschichte geht.

So wenig wie die Schoah etwa in Süd- oder Ostasien einen zentralen Platz im historisch-politischen Erinnern haben muss, so anders ist die Situation in Deutschland und Österreich. So richtig es ist, *auch* universalistische Schlussfolgerungen aus dem Nazismus und der Schoah zu ziehen, so können diese nicht die Spezifik der NS-Verfolgungspolitik übergehen, in der der im industriellen Massenmord gipfelnde Antisemitismus ein zentrales Element war. Ein Universalismus, der partikuläre Erfahrungen und Schlussfolgerungen vorschnell aufzuheben versucht, wird scheitern und ist oftmals auch unglaubwürdig.

Gegen die globale Überdeutung des Gaza-Krieges

Die Lage der Menschen im Gazastreifen ist katastrophal, und dafür trägt in erster Linie die israelische Regierung die Verantwortung, was die Mitverantwortung der Hamas, die die Zivilbevölkerung durch die Art ihrer rücksichtslosen Kriegsführung in eine Art Geiselhaft nimmt, nicht aufhebt. Die praktische Solidarität der arabischen Staaten und des Iran mit den

Palästinenser*innen blieb über die Jahrzehnte hinweg allerdings sehr überschaubar. Willkommen war der Konflikt jedoch stets zur inneren Herrschaftsstabilisierung durch die kollektive Konstruktion eines äußeren Feindes.

Dass Menschen in Deutschland und Europa, die zahlreiche Angehörige im Gaza-streifen verloren haben, voller Wut auf Israel sind, ist unvermeidbar. Das Problem beginnt jedoch dort, wo linke Unterstützer*innen, und um sie geht es hier, nicht um direkt betroffene Palästinenser*innen im Grenzbereich des Antisemitismus agieren, wo sie die Solidarisierung auf islamistische, autoritäre und terroristische Gruppen ausdehnen oder den Gaza-Krieg zu *dem* zentralen Konflikt der Welt überhöhen, zu *der* umfassenden Menschheitsfrage. Klimakrise, Fluchtbewegungen, enthemmter Kapitalismus, Neofaschismus, Antifeminismus und andere Gegenwartsübel werden darin grobschlächtig ein- und teilweise untergeordnet oder in den Hintergrund gedrängt.

So wie manche derjenigen, für die die Antisemitismus-Bekämpfung im Vordergrund steht, die Leiden der Palästinenser*innen ausklammern oder überall einen »strukturellen Antisemitismus« wittern, so übergehen diejenigen, die Palästina für das Gegenwartsproblem schlechthin halten, entweder andere Kriege, Unterdrückungen und Massenverbrechen, oder ordnen sie grobschlächtig auf einer fast manichäischen Gut-Böse-Achse ein, auf der dem vermeintlichen Westen der »globale Süden« entgegensteht. Doch die Lage im Sudan, wo sich die derzeit mit Abstand weltweit größte

Fluchtkatastrophe abspielt und viele Kinder verhungert sind, die brutal geführten Kämpfe im Kongo, der russische Angriffskrieg gegen die Ukraine, um nur drei Beispiele zu nennen, fügen sich nicht in eine solche dualistische Weltdeutung ein. Das gilt auch für viele blutige Ereignisse der letzten Jahrzehnte, so etwa für den Syrischen Bürgerkrieg nach 2011 ebenso für den Iran-Irak-Krieg (1980–1988), den Massenmord in Ruanda (1994) und in Kambodscha (1975–1979), für die afghanische Tragödie seit 1979, für Bosnien-Herzegowina (1992–1995).

Eine solche Überdeutung des Gaza-Krieges birgt die Gefahr, in Teilen der Linken autoritäre Züge anzunehmen. Wenn es einen Konflikt gibt, in dem sich scheinbar alles bündelt, bleibt Abwägung leicht auf der Strecke, droht möglicherweise sogar ein »Wer nicht für uns ist, ist gegen uns«. In Zeiten rechts-autoritärer Schließung ein nicht zu unterschätzendes Problem. Dabei schmälert es nicht das entsetzliche Leiden der Palästinenser*innen, wenn darauf hingewiesen wird, dass der Gaza-Krieg nicht der einzige Konflikt ist, in dem es zu schweren Kriegsverbrechen und Menschenrechtsverletzungen kommt, Genozid-Vorwürfe erhoben werden oder diktatorische Unterdrückung herrscht.

Kleine Schritte in der Hilflosigkeit

Auch wenn Linke in Deutschland kaum auf die Entwicklung in Israel und Palästina einwirken können und auch wenn die Bruchlinien in der Gesellschaft kaum überbrückbar erscheinen, so könnten doch kleine Schritte gegangen

werden. Die Anerkennung von Dilemmata und Ambiguitäten würde dazugehören, ebenso die Unterscheidung zwischen dringend notwendigen Analysen und Rechtfertigungen: So ist es auf einer analytischen Ebene zwingend notwendig, Gründe für den Aufstieg und Machterhalt von Hamas, Hisbollah & Co. zu untersuchen. Dies analytisch nachzuvollziehen, darf jedoch nicht zu einer Sympathie mit dem reaktionären islamischen Fundamentalismus führen. Für die politische Bildungsarbeit sind geschützte Räume des Austausches, die leisen Tönen und Zweifeln Raum lassen, hilfreich. Sinnvoll könnte es sein, Distanzierungs- und Bekenntnisaufrorderungen allseitig zu reduzieren und zuweilen ein diffuses Nebeneinander ebenso zu tolerieren wie Unschärfen und auch individuelles Schweigen. Das schließt ein zu akzeptieren, dass die subjektive Betroffenheit von Menschen über unermessliches Leid unterschiedlich ausfällt, keineswegs nur auf Israel und Palästina bezogen. Debatten um Meinungs-, Wissenschafts- und Kunstfreiheit würden gewinnen, wenn sie über den Gegenstand – wirklichen wie vermeintlichen Antisemitismus – hinaus im objektiv schwierigen Spannungsfeld von Meinungsfreiheit und Diskriminierungsfreiheit geführt werden würden, mit Maßstäben, die für Antisemitismus, Rassismus und Sexismus konsistent anzulegen wären. Das würde eine Vorsicht im Umgang mit dem rechten Begriff der Cancel Culture einschließen.

Unbedingt notwendig sind Formen der Ermutigung der wenigen säkularen und

demokratischen Kräfte in Israel und Palästina. Ausgerechnet Akteur*innen dieser kleinen Minderheit in Israel mit zu boykottieren, wie dies radikalere Teile der internationalen Palästina-Solidarität praktizieren (z. B. im Fall von »Breaking the Silence«), ist wenig hilfreich. Sie sind es, die die Opposition gegen die bei Weitem rechteste Regierung in der Geschichte Israels am Leben halten. Es gilt, jene Gruppen auf beiden Seiten zu stärken, die den Dialog suchen.

LITERATUR

- Brumlik, Micha, 2022: Postkolonialer Antisemitismus? Achille Mbembe, die palästinensische BDS-Bewegung und andere Aufreger. Bestandsaufnahme einer Diskussion, Hamburg
- Illouz, Eva, 2023: Wir, die Linken? Nicht mehr, in: Süddeutsche Zeitung, 27.10.2023, www.sueddeutsche.de/kultur/eva-illouz-linke-hamas-1.6295055
- Mendel, Meron/Weis, Florian, 2023: Für einen universellen Humanismus, Rosa-Luxemburg-Stiftung, 19.12.2023, www.rosalux.de/news/id/51452/fuer-einen-universellen-humanismus
- Nates, Tali/Weis, Florian/Sichau, Laura, 2022: Nicht vergleichen, aber verbinden, Rosa-Luxemburg-Stiftung, 30.11.2022, www.rosalux.de/news/id/49715/nicht-vergleichen-aber-verbinden
- Reimer-Gordinskaya, Katrin/Tzschiesche, Selana, 2021: Wehtu-Frage Antisemitismus, in: LuXemburg. Gesellschaftsanalyse und linke Praxis 1/2021, 140–145
- Ullrich, Peter, 2024: Wird ausgerechnet Anti-Antisemitismus zu einem Katalysator der autoritären Wende?, in: LuXemburg. Gesellschaftsanalyse und linke Praxis 2/2024, 100–105
- Weis, Florian, 2025: »Die jüdische mit der allgemeinen proletarischen Bewegung zu vereinen«, Sozialismus.de, 25.9.2025, www.sozialismus.de/detail/artikel/die-juedische-mit-der-allgemeinen-proletarischen-bewegung-zu-vereinen/
- Zimmermann, Moshe, 2024: Niemals Frieden? Israel am Scheideweg, Rosa-Luxemburg-Stiftung, <https://www.youtube.com/watch?v=xw99TVf71Z8>

Antizyklische Zuversicht

Wie realistisch ist die Hoffnung auf eine friedliche Zukunft in Gaza?

CHARLOTTE WIEDEMANN

Die Waffenruhe in Gaza ist nicht zuletzt ein Verdienst der internationalen Palästina-Solidarität. Trumps Intervention war auch eine Reaktion auf die weltweiten Proteste und die Kritik an Israel. Doch der Frieden ist fragil und es ist weiterhin unklar, wie eine würdige Perspektive für die Palästinenser*innen aussehen kann

Das Wort Palästina, schrieb Edward Said, stehe für die Hoffnung, ein historisches Desaster könne in eine bessere Zukunft transformiert werden. Nun ist ein gegenwärtiges Desaster hinzugekommen, eine Katastrophe von einem Ausmaß, das sich Said kaum hätte vorstellen können. Gleichwohl war die Palästina-Solidarität in dieser dunkelsten Zeit von einer geradezu antizyklischen Zuversicht geprägt, wie sie sich im Nebeneinander der zwei Slogans ausdrückt: »Stop the genocide« und »Palestine will be free«. Doch welche Brücke führt vom Völkermord zur Freiheit? Und wie verhält sich die neue globale Popularität des palästinensischen Anliegens zur realen Verlassenheit der Menschen in Gaza und

der Westbank? Wer die Palästina-Solidarität ausschließlich im engen deutschen Rahmen betrachtet, kommt leicht zu irrigen Urteilen. In keinem anderen Land war das Bild der Bewegung in den vergangenen zwei Jahren derart von Polizeigewalt, juristischer Verfolgung und medialer Diffamierung verschattet – selbst in Israel herrschte zeitweise zum Gaza-Krieg mehr Meinungsfreiheit. Und es wirkte aus deutscher Sicht wie ein Geschehen auf einem anderen Stern, als Italien und Spanien Kriegsschiffe aussandten, um ihren Staatsbürger*innen auf den Schiffen der »Global Sumud Flotilla«, öffentlichem Druck nachgebend, kurzzeitig symbolischen Schutz zu signalisieren.

Zu begreifen ist die Palästina-Bewegung nur, wenn wir sie auf breiter Leinwand betrachten, als Produkt eines Internationalismus, der stets ihre Konstante war, aber sich heute in anderen Farben und Motiven zeigt.

Che Guevara besuchte Gaza 1959, Malcolm X folgte 1964. Damals lag die arabische Übersetzung von Frantz Fanons »Die Verdammten dieser Erde« in Beirut Buchläden und prägte manche Idee der aufkommenden palästinensischen Befreiungsbewegung. Ihr Kampf lud sich früh mit universeller Bedeutung auf – Palästina als ein Spiegel, in dem sich Entrechtete vieler Art erkennen. »When I see them, I see us«, lautet ein jüngerer afroamerikanischer Slogan. Ikonisch wurde Nelson Mandelas Sentenz: »Wir sind nicht frei, solange Palästina nicht frei ist.«

Gerecht ist eine solche Hierarchie von Solidarität nicht, weder für Rohingya, Uigur*innen oder die Sudanese*innen in Darfur, alle Objekt genozidaler Verfolgung, noch für die maurischen Sahraoui oder die Papua, beide unter ewiger Besatzung. All dies sind anstrengende, weniger eindeutig konturierte Konflikte. Solidarität ist so wenig gerecht verteilt wie alle Güter dieser Erde.

Aber es handelt sich im Fall Palästina eben zweifellos um das zugleich längste und bestdokumentierte Unrecht, um einen Schaukasten, wie machtlos internationales Recht und internationale Institutionen sind, wenn eine Seite eines Konflikts mächtigen, westlichen Schutz genießt. Jüngst wurde Gaza zum Abbild der unterschiedlichen

Wertigkeit von Leben – nicht schamhaft und beiläufig wie in anderen Fällen menschlicher Not, sondern offen und ungeschminkt.

Zusätzlich gibt es zeithistorische Gründe für die besondere Welthaltigkeit des Schicksals der Palästinenser*innen. Sie verloren große Teile ihres Landes just in jenem Moment, als andere ihre Heimat von kolonialer Herrschaft befreiten. Der Plan der Vereinten Nationen zur Teilung Palästinas 1947 und die Gründung Israels 1948 fielen auf den Scheitelpunkt zweier Epochen, der kolonialen Ära und der beginnenden Dekolonisierung. Für die Annahme des Teilungsplans in den UN reichten 33 Stimmen, weil ein Großteil der Welt eben noch keine Stimme haben durfte. Aus den damals 57 Mitgliedsstaaten sind heute 193 geworden. Das Anwachsen der UN-Generalversammlung war ein Prozess der Versüdlichung, der sich immer wieder in Abstimmungen zu Palästina niederschlug. Wie in einem Brennglas fängt das Thema eine gelingende ebenso wie die stockende Demokratisierung der Weltverhältnisse ein. Nicht anders ist es heute. Palästinensische Anwält*innen haben nach jahrelanger Vorarbeit die Domäne des internationalen Rechts mit ihren Argumenten erobert – doch zu einem Zeitpunkt, da dessen Bedeutung verfällt

CHARLOTTE WIEDEMANN ist Journalistin und Sachbuchautorin. Von ihr erschien unter anderem »Den Schmerz der Anderen begreifen. Holocaust und Weltgedächtnis« (2022).

und ein Völkerrechts-Nihilismus um sich greift. Das trumpsche Diktat über Gaza illustriert den neuen Autokratismus, der Recht und Diplomatie verachtet, aber war auch Reaktion auf den anschwellenden weltweiten Unmut über Israel: Trump zog die Reißleine, um Israel vor sich selbst zu retten – in einem Moment, in dem der Staat international so isoliert war wie nie zuvor.

Die Erinnerung an den Holocaust halte die Welt nicht mehr davon ab, »Israel so zu sehen, wie es ist«, schrieb der israelische Menschenrechtler Hagai El-Ad (2024). Die Geschichte diene nicht mehr als »Iron Dome«, der davor schütze, zur Verantwortung gezogen zu werden. Tatsächlich ist der Exzeptionalismus, den Israel als historischer Staat von Opfern aus westlicher Sicht genießt, keineswegs am Ende. Doch hat zum ersten Mal versagt, worauf Israelis stets vertrauten: die Hasbara, abgeleitet vom hebräischen Wort für »erklären«, eine mit Unsummen geförderte Propaganda für ein positives Israelbild. Sie erwies sich am Ende als wirkungslos gegen die Bilder vom Leid in Gaza.

Fluide Bewegung

Die prinzipielle Möglichkeit, Israel moralisch zu isolieren, markiert eine veränderte Konfliktkonstellation. Ob sie genutzt werden kann, ist indes fraglich angesichts der Führungslosigkeit der Palästina-Bewegung. Sie kann sich auf keine politische Autorität beziehen, weder in den palästinensischen Gebieten noch in den Flüchtlingslagern. Schon länger, doch bisher ohne Ergebnis, wird über einen Neuaufbau der

Palästinensischen Befreiungsorganisation (PLO) gesprochen; sie müsste zu einem inklusiven Organ werden, in dem sich alle repräsentiert sähen, auch die Diaspora, die Jugend, die Frauen, mit einer einigenden Vision von Befreiung.

Warum wird ein heterogenes Konglomerat verschiedenster Gruppen und Bündnisse auf fünf Kontinenten überhaupt als gemeinsame Bewegung betrachtet, in der Binnensicht wie in der Außenwahrnehmung? Vor allem aus zwei Gründen: Der Kampf für palästinensische Selbstbestimmung wird vorwiegend national gelesen; daraus ergibt sich eine Klammer von Symbolen und ein Gebot des Zusammenstehens. Außerdem sammelte sich die jüngste Bewegung von Oslo über Tokio bis Sydney um dieselben Sofortforderungen: »Ceasefire now« und »Stop the genocide«. Bereits die anschwellenden Boykottaufrufe verzeichneten keine Einheitlichkeit, reichten von systematischen Disinvest-Strategien, die etwa das Israel-bezogene Portfolio US-amerikanischer Universitäten betrafen, bis zu spontanen Boykottversuchen von Dirigenten oder Radrennfahrern in Europa.

In der amorphen Struktur der Bewegung liegt Stärke ebenso wie Schwäche. Die Schwäche ist konzeptioneller Art, das Fehlen einer gemeinsamen Antwort, was palästinensische Freiheit, Frieden und Gerechtigkeit in der Region bedeuten und wie sie zu erreichen wären. Viele Aktive sympathisieren heute mit dem Modell, das schon lange von der säkularen palästinensischen Linken bevorzugt



Gaza-Stadt, 14. November 2025, Foto: © IMAGO/Anadolu Agency

wird: ein Staat mit gleichen Bürgerrechten für alle, vom Fluss bis zum Meer. Ob darin auch unveräußerliche kollektive Rechte vorgesehen sind, wie etwa im Konzept des binationalen Egalitarismus¹ oder in der föderalen Vision von »A Land for All«,² bleibt offen – zu offen, nicht zuletzt weil Jüd*innen zwischen Fluss und Meer absehbar zur Minderheit werden.

Die Abwesenheit des Konzeptionellen war in der aktuellen Situation zugleich Stärke, denn so ähnelte die Bewegung einem breiten Flussbett ohne markierte Ufer, mit Raum für autonomes Handeln der Akteur*innen und für intellektuelle Multiplikator*innen, etwa aus der Genozidforschung, die sich moderat solidarisch zu den Anliegen der Bewegung zeigten, ohne ihr im engeren Sinne anzugehören. Der

politisch-moralische Kern aber waren jene, die in Gaza das Material für Anteilnahme und Identifikation produzierten: Videojournalist*innen, Ärzt*innen, Schriftsteller*innen. Bilder und Verse, die Millionen berührten, wurden von Menschen geliefert, die nicht wussten, ob sie am nächsten Morgen noch leben würden. Eine solche Dramatik von Lebenswunsch und Todesnähe in Echtzeit auf ihren Smartphones zu verfolgen, politisierte ganze Jahrgänge. Position zu beziehen, wurde zur unabweisbaren Herausforderung.

[Gegen eine Zukunft der Mitleidlosigkeit](#)

Erneut kommen hier Stärke und Schwäche der Bewegung zusammen. Denn es braucht ja keine intime Kenntnis der Geschichte des Nahost-

Konflikts, um zu begreifen, dass Gaza ein Menetekel ist, der Vorgriff auf eine Zukunft der Mitleidlosigkeit, die der Empathie als solcher den Krieg erklärt. Die Menschen in Gaza verkörpern die Unerwünschten, eine Spezies von Menschen, die es auch in anderen Regionen und unter anderen Herrschaftsverhältnissen gibt, aber selten so klar gezeichnet wie im Fall Palästina. In diesem Sinne ist die Bewegung, in der sich viele selbst Marginalisierte engagieren, ein Aufschrei, der sich gegen mehr wendet als allein gegen die Geschehnisse in einem kleinen Stück Westasiens. In einer Zeit, die weltweit kaum ein Projekt der Emanzipation vorhält, das zur Identifikation einlode, hilft Palästina gegen Gefühle von Vereinzelung und Verzweiflung. Auf einem Pappschild markierte eine Demonstrantin in Berlin einen einsamen schwarzen Punkt mit dem Wort »ich«; daneben war das schwarze Netzmuster der Kufiya mit dem Wort »wir« versehen.

Die Kehrseite: Hoch moralisierte Gemeinschaften neigen zum binären Denken. Zu beobachten etwa, wenn die Begriffe zionistisch und genozidal gleichgesetzt werden. Oder wenn, wer nicht von Genozid sprechen will, automatisch Komplize desselben ist. Oder wenn es Antisemitismus in den eigenen Reihen nicht geben kann, weil das zu behaupten ja eine Waffe des Gegners ist.

Genaueres Hinhören ist ratsam, denn die vereinheitlichte Sprache eines anglophonen Internationalismus führt leicht in die Irre. »Palestine will set us free« kann auf deutschem Boden den Verdacht wecken, hier

solle historische Verantwortung entsorgt werden, während mit dem Slogan eigentlich ein kollektiver Prozess der Emanzipation und des Lernens gemeint ist, halb real und halb erträumt. In Ländern, wo die Gaza-Proteste bis in die Gewerkschaften reichten, haben sie das Mittel des politischen Streiks auf die Tagesordnung gezwungen. In Marokko verbindet sich Palästina-Solidarität mit sozialen Kämpfen der jungen Generation. Eine andere Variante des Befreiungsbegriffs findet sich bei Peter Beinart (2025), US-Kolumnist und Redakteur bei *Jewish Currents*, der Vierteljahresschrift der jüdischen Linken. »Wenn wir uns selbst von Suprematie befreien, können wir als Partner der Palästinenser helfen, die Welt zu befreien«, schreibt Beinart in seinem Buch »Being Jewish after the Destruction of Gaza« (ebd.). »Palestine will set us free« bedeutet für ihn der Weg zu einem universellen jüdischen Humanismus.

Damit sind wir beim letzten neuen Merkmal der Konfliktlandschaft: In zuvor unvorstellbarer Zahl sind Jüd*innen zum hoch aktiven Teil der Palästina-Solidarität geworden. Die »Global Jews for Palestine«³ sind in 21 Ländern vertreten; ihre Mitbegründerin Marilyn Garson (2025) schreibt, Antizionismus sei »nichts Geringeres als ein befreiendes Judentum in spiritueller, säkularer und politischer Form. Es ist die jüdische Identität für unsere Zeit«.

Kurz vor dem zweiten Jahrestag des Hamas-Massakers ergab eine Umfrage der *Washington Post*: 61 Prozent der US-Jüd*innen bezichtigten Israels Regierung der



Kraftstoffherstellung aus Plastikabfällen, Gaza-Stadt, 13. November 2025, Foto: © IMAGO/Anadolu Agency

Kriegsverbrechen und fast 40 Prozent des Völkermords.⁴ Ein bemerkenswerter Unterschied zur Haltung jüdischer Israelis, von denen zwei Drittel bei einer Umfrage (aChord Survey) der Hebrew University der Aussage zustimmten, es gebe keine Unschuldigen in Gaza. Eine anhaltende politische und moralische Kluft zwischen den beiden Hauptgruppen des weltweiten Judentums würde das Feld für eine israelisch-palästinensische Zukunft neu abstecken; jüdisch-tribalistische Positionen könnten an Rückhalt verlieren.

Dies alles sind Umbrüche. Machen sie Hoffnung? Vielleicht. Zu den Familien der Olivenbauern in der Westbank, die soeben durch Siedlergewalt an der Ernte gehindert wurden, ist indes keine Zuversicht vorgedrungen.

- 1 Ein wesentlicher Denker für diese Richtung ist der Politikwissenschaftler Bashir Bashir (2025).
- 2 Vgl. hierzu www.2s1h.org/en.
- 3 Vgl. <https://globaljewsforpalestine.com/>.
- 4 Vgl. www.washingtonpost.com/politics/2025/10/06/jewish-americans-israel-poll-gaza/.

LITERATUR

- Bashir, Bashir, 2025: I Look at the Entire Land, Interview von Sonja Zekri, Köpfe und Ideen 2025, Wissenschaftskolleg zu Berlin, www.wiko-berlin.de/en/wikotheque/koepe-und-ideen/issue/20/ich-betrachte-das-ganze-land
- Beinart, Peter, 2025: Being Jewish after the Destruction of Gaza. A Reckoning, London
- El-Ad, Hagai, 2024: What Will Happen When the Holocaust No Longer Prevents the World From Seeing Israel as It Is?, in: Haaretz, 13.5.2024
- Garson, Marilyn, 2025: Jewish, not Zionist, Hastings

WAS WAR & WAS IST



»AUFRECHT – ÜBERLEBEN IM ZEITALTER DER EXTREME« GESPRÄCH UND LESUNG MIT LEA YPI

24. NOVEMBER 2025 IN BERLIN

Als Lea Ypi im Internet ein ihr unbekanntes Foto entdeckt, das ihre Großeltern 1941 beim Après-Ski in den italienischen Alpen zeigt, fragt sie sich, was sie wirklich über ihre Familie weiß. Warum hat ihre geliebte Großmutter Leman, genannt Nini, Französisch gesprochen, wenn sie doch in Saloniki als Enkelin eines Würdenträgers aufgewachsen war? Was hatte sie bewogen, als junge Frau Griechenland zu verlassen und auf eigene Faust nach Tirana zu gehen? Wie war sie mit Asllan zusammengekommen, ihrem Mann, der bald für viele Jahre in einer »Universität« verschwand? Und warum lächelte sie im Schnee von Cortina und zu einer Zeit, in der es nichts zu lachen gab, weil in Europa ein grausamer Krieg tobte?

Ypi macht sich auf die Reise an die Orte der Vergangenheit, um das Leben ihrer Großmutter Stück für Stück zu rekonstruieren. Fesselnd, empathisch und in ihrem unnachahmlichen Ton erzählt Lea Ypi in »Aufrecht« von den Wendepunkten eines Lebens in extremen Zeiten, von schicksalhaften Begegnungen, von Liebe und Verrat sowie von Entscheidungen gegen den Strom der Geschichte.

Es sind die großen Fragen eines Lebens, die Lea Ypi in ihrem neuen Roman verhandelt. Am 24. November stellte sie ihn in der Rosa-Luxemburg-Stiftung in Berlin vor.

Dokumentation:

<https://www.youtube.com/user/rosaluxstiftung/>

LABOUR ENVIRONMENTALISM: KRISE, PERSPEKTIVEN UND STRATEGIEN

INTERNATIONALE KONFERENZ, 1. BIS 2. DEZEMBER 2025 IN BERLIN

Um der sich zuspitzenden sozial-ökologischen Krise noch begegnen zu können, ist eine grundlegend andere Organisation von Arbeit, Produktion und sozialer Reproduktion unerlässlich. Für diese braucht es neue internationale Allianzen zwischen Arbeiter*innen-, Umwelt- und

feministischen Bewegungen, NGOs und transformativen Gruppen. Allerdings sehen wir uns weltweit derzeit mit Rückschritten und Backlashs konfrontiert: Fossile Kapitalfraktionen verspüren ebenso Aufwind wie autoritäre oder gar faschistische Kräfte, geopolitische Spannungen verschärfen sich und drohen sich in immer mehr Kriegen zu entladen. Gleichzeitig lassen sich vielversprechende fortschrittliche Ansätze beobachten: Menschen aus verschiedenen sozialen Bewegungen und Gewerkschaften suchen gemeinsam nach inklusiven und radikalen Alternativen in Bereichen wie Wohnen, Energie, Mobilität und Industrieproduktion. In akademischen Kreisen wird all dies auch unter dem Begriff des *labour environmentalism* diskutiert.

Die zweitägige internationale Konferenz bot Wissenschaftler*innen sowie Aktivist*innen aus sozialen Bewegungen und Gewerkschaften Raum, diese widersprüchlichen Prozesse und die damit verbundenen analytischen und politischen Herausforderungen zu adressieren und Ideen für die gemeinsame zukünftige Arbeit und Vernetzung zu entwickeln. Zentrale Fragen waren: Wie unterscheiden sich die Krisenerfahrungen von Arbeiter*innen entlang der Linien globaler Süden/globaler Norden, Industrie/Landwirtschaft, Produktion/gesellschaftliche Reproduktion? Wo und unter welchen Voraussetzungen werden Krisenerfahrungen regressiv oder progressiv politisiert? Welche Rolle spielen dabei Allianzen, die bestehende Trennlinien überwinden? Die Konferenz bot Raum, diese drängenden Fragen zu diskutieren. Wissenschaftler*innen kamen mit Aktivist*innen aus sozialen Bewegungen und Gewerkschaften sowie mit Beschäftigten aus verschiedenen Ländern zusammen, um in Plena und Workshops die Krise und die Perspektiven des *labour environmentalism* zu analysieren.

Die Veranstaltung fand unter regem Andrang statt, in Kooperation von Arbeiterkammer Wien, Global Labour University, Institute for International Political Economy der Hochschule für Wirtschaft und Recht Berlin, Institut für Politikwissenschaft der Universität Wien, next economy lab, Norbert Elias Center for Transformation Design & Research an der Europa-Universität Flensburg, Sonderforschungsbereich »Strukturwandel des Eigentums« an der Universität Jena und der Rosa-Luxemburg-Stiftung.

Dokumentation:

<https://www.youtube.com/user/rosaluxstiftung/>

WAS KOMMT



»DIE ENTSCHEIDUNG – DEUTSCHLAND 1929 BIS 1934« BUCHVORSTELLUNG MIT JENS BISKY, 28. JANUAR 2026 IN BERLIN

Als im Oktober 1929 Außenminister Gustav Stresemann starb, fragten sich die Zeitgenoss*innen, wie es nun mit der Republik weitergehen würde. Gerade formierte sich eine faschistische Koalition, die 1933 an die Macht kam. Bauern warfen Bomben, die öffentlichen Haushalte litten unter wachsenden Defiziten, bald schien das parlamentarische System gelähmt. Demokratische Republik oder faschistischer Staat – so lautete ab dem Sommer 1930 die Alternative. Was folgte – der Aufstieg radikaler Kräfte, die Pulverisierung der bürgerlichen Milieus, der Aufruhr der Mittelschichten, die Selbstüberschätzung der Konservativen und Nationalisten, die sich einbildeten, Hitler zähmen zu können, Verelendung und Bürgerkriegsfurcht – mündete in die verbrecherischste Diktatur des 20. Jahrhunderts.

Jens Bisky erzählt, wie die Weimarer Republik in einem Wirbel aus Not und Erbitterung zerstört wurde. Ein großes Panorama einer extremen Zeit, die noch immer ihre Schatten auf die Gegenwart wirft. Am 28. Januar 2026 wird Bisky sein neues Buch in der Bibliothek der Rosa-Luxemburg-Stiftung vorstellen. Moderieren wird die Lesung Klaus Lederer.

Weitere Infos:

https://www.rosalux.de/veranstaltung/es_detail/BRZDA/

SAVE THE DATE: DE:LUX 2026 DAS FRÜHLINGSFEST DER ROSA-LUXEMBURG- STIFTUNG, 7. MÄRZ 2026 IN BERLIN

Auch im kommenden Jahr öffnet die Rosa-Luxemburg-Stiftung ihr Haus in der Straße der Pariser Kommune und lädt zum Frühlingsfest ein. Am Programm wird noch gefeilt. Aber schon jetzt steht fest, dass auch diesmal mit Musik, kulturellen Beiträgen und politischen Diskussionen sowie vielen spannenden Gästen für ein besonderes Event gesorgt sein wird. Dabei sein werden unter anderem Poetry-Slamer und Autor Jean-

Philippe Kindler, die Musikerin Christiane Rösinger, Influencer Ole Liebl, die Autorin und Journalistin Şeyda Kurt sowie die Linken-Politikerin Elif Eralp.

Programm und weitere Infos in Kürze unter:

<https://www.rosalux.de/delux/>

MIT WEM



WER MACHT BERLIN ANDERS? KOOPERATIVE UND SOLIDARISCHE STADTENTWICKLUNG

TAGUNG DES HERMANN-HENSELMANN-KOLLOQUIUMS 8. NOVEMBER 2025 IN BERLIN

Berlin war und ist ein Labor für urbane Innovationen. Starke Bürgerbewegungen entstanden im Zuge der Modernisierungswelle der Ostberliner Altbaugebiete, gegen die Olympiabewerbung, gegen Metropolenprojekte wie den Hochhausplan am Alexanderplatz und das Planwerk Innenstadt in den 1990er-Jahren. 2008 gab es den erfolgreichen Bürgerentscheid »Mediaspree versenken«; wohnungspolitische Proteste und Initiativen wie Kotti & Co. folgten. Die erfolgreichen Volksentscheide von »100 Prozent Tempelhof« und »Deutsche Wohnen & Co enteignen« sowie weitere vielfältige Projekte zeugen von innovativer urbaner Praxis. Mit der rot-rot-grünen Stadtregierung von 2016 bis 2023 gab es für diese Vorhaben auch politischen Rückhalt. Aktuell sind solche Projekte durch veränderte stadtpolitische Konstellationen, durch die fortschreitende Kommerzialisierung und »Festivalisierung« der Stadt sowie insbesondere durch knapper werdende Ressourcen bedroht. Das Kolloquium bot Berliner Projekten die Gelegenheit, sich über die Bedingungen des Gelingens und der Zukunftsfähigkeit auszutauschen, sich zu vernetzen und Forderungen nach dem Ausbau einer kooperativen und innovativen Stadtentwicklung zu bündeln. Das Ganze fand als eine Kooperationsveranstaltung der Hermann-Henselmann-Stiftung, der Rosa-Luxemburg-Stiftung und dem Forum für politische Bildung von Helle Panke e.V. statt.

Mehr Infos:

https://www.rosalux.de/veranstaltung/es_detail/news_53802/

GEGEN FEMINIZIDE UND GESCHLECHTERBASIERTE GEWALT

KONGRESS, 21. BIS 23. NOVEMBER 2025 IN HAMBURG

Die alarmierende Zunahme der Anzahl von Feminiziden und von geschlechterbasierter Gewalt verdeutlicht, wie dringlich eine öffentliche Auseinandersetzung mit diesem Thema ist. Als Gesellschaft müssen wir gemeinsam Verantwortung übernehmen. Dazu gehört, den Zusammenhang zwischen »alltäglicher« geschlechterbasierter Gewalt und tödlicher Gewalt herzustellen, um gemeinsam an einer lebenswerten Zukunft zu arbeiten – einer Zukunft ohne Angst, Bedrohung und Gewalt. Der dreitägige Kongress in Hamburg war auch als ein klares Zeichen gegen geschlechterbasierte Gewalt gemeint: nicht wegschauen, sondern solidarisch an der Seite der Betroffenen stehen und gemeinsam aktiv werden.

Das Programm hatte drei thematische Schwerpunkte, die Verbindungen zwischen geschlechterbasierter Gewalt, Feminiziden sowie gesellschaftlicher Prävention, Aktivismus, Forschung und Justiz beleuchteten. Die bewusst intersektional ausgerichtete Auswahl der Referent*innen und Themenblöcke erfolgte unter Berücksichtigung fachlicher Expertise, vielfältiger Perspektiven sowie interdisziplinärer und aktivistischer Vernetzung.

Der Kongress war eine gemeinsame Veranstaltung der Rosa-Luxemburg-Stiftung, der Rosa-Luxemburg-Stiftung Hamburg, der Heinrich-Böll-Stiftung Hamburg, des AStA der Universität Hamburg, der W3_Werkstatt für internationale Kultur und Politik e. V. in Altona und des Vereins für politische Bildung, Analyse und Kritik e. V.

Dokumentation:

https://www.rosalux.de/veranstaltung/es_detail/1DAEZ/

NORMAL. EINE BESICHTIGUNG DES WAHNS

EIN ABEND GEGEN IRRATIONALISMUS UND INSTRUMENTELLE VERNUNFT

27. NOVEMBER 2025 IN BERLIN

Pandemie, Klimawandel, Kriege, die Steuererklärung, der Verkehrsstau – Krisen über Krisen und kein Ende in Sicht. Die einen fliehen in den Verschwörungsglauben oder gleich vollends in den Faschismus. Die anderen halten am gesunden Menschenverstand fest. Sie

verteidigen den Experten gegen den Scharlatan, die Vernunft gegen den Wahn. Sie sind fleißig, halten Nationen und Eigentumsordnung für so natürlich, wie dass der Starke den Schwachen besiegen muss. Sie wissen, dass Kollateralschäden nicht schön, aber unvermeidbar sind: die Hungernden, die Obdachlosen, die Erfrierenden in jedem Winter, die Ertrunkenen im Mittelmeer. An Horoskope glauben sie nur, wenn die ihnen raten zu tun, was die Gesellschaft von den Menschen ohnehin verlangt. Ihre Vernunft ist eine instrumentelle, Vernunft im Dienst der Unvernunft. Effektivität ersetzt jeden Gedanken an eine menschenfreundliche Einrichtung der Welt. Erlaubt ist selbst im Denken nur, was nützlich ist. Lebenswert ist nur, wer produktiv ist. Normal ist, wer gesund ist und arbeiten kann. Der Weg von der Selbstoptimierung zur Eugenik ist kürzer als das Laufband im Fitnessstudio: instrumentell-vernünftig und mörderisch-wahnhaft zugleich. Das ist die Normalität, die die Demokrat*innen verteidigen, auch gegen die Rechten, die für ein neues, noch unmenschlicheres »Normal« eintreten.

Überhaupt ist die Normalität, die in jeder Krise als rasch wiederherzustellende versprochen wird, eine trostlose Hoffnung. Denn der Normalzustand, »dass es so weitergeht«, ist die eigentliche Katastrophe. Auf Bühne und Leinwand besichtigen Thomas Ebermann, Thorsten Mense und Florian Thamer den ganz normalen Wahn, das Pathogene im Normalen und das Irrationale, das aus diesem erwächst. Mit ihrem Programm waren die drei am 27. November 2025 im Mathilde-Jacob-Saal in der Rosa-Luxemburg-Stiftung in Berlin. Sie werden auch im kommenden Jahr noch an verschiedenen Spielstätten zu sehen sein.

Termine und Infos:

<https://www.vernunfthewahn.de/>

WER SCHREIBT



»KRISENBUCH SCHULE«

BROSCHÜRE ÜBER DAS BILDUNGSSYSTEM AM LIMIT

Schätzungen der Kultusministerkonferenz zufolge fehlen derzeit 25 000 Lehrkräfte in Deutschland. Lehrer*innen machen regelmäßige Überstunden. In Berlin wurde die Jahresarbeitszeit von 1 772 Stunden im Schuljahr 2023/24 im Durchschnitt um rund 100 Stunden überschritten. Auch bei Schulbegleiter*innen und Schulsozialarbeiter*innen ist die Belastung hoch. Laut ver.di berichten fast 85 Prozent der Schulsozialarbeiter*innen von regelmäßigen Überschreitungen der vereinbarten Arbeitszeit. Drei Viertel geben an, krank zur Arbeit zu gehen. Verletzendes Verhalten ist an der Tagesordnung: 85 Prozent der Befragten erleben psychische Gewalt unter Kindern. Das »Krisenbuch Schule« richtet den Fokus auf diejenigen, die in einem heruntergewirtschafteten System arbeiten und lernen (müssen). Lehrer*innen, Schüler*innen, Erzieher*innen, Eltern, Schulsozialarbeiter*innen und Referendar*innen kommen darin zu Wort. Sie berichten eindrücklich von ihren täglichen Herausforderungen, von Überforderung, Frustration und Resignation. Die persönlichen Berichte werden durch kurze Texte ergänzt, die die geschilderten Herausforderungen in einen größeren Zusammenhang stellen: zur maroden Infrastruktur, zur Arbeitszeit von Lehrkräften, zur Zunahme von grenzüberschreitendem Verhalten. Darüber hinaus werden Vorstellungen zu einer zeitgemäßen Schule präsentiert. Und es wird gezeigt, was politisch notwendig ist und wie sich Beschäftigte gegen Überforderung zur Wehr setzen können.

Bestellung und Download:

<https://www.rosalux.de/publikation/id/53930/krisenbuch-schule>

»HOHE MIETEN SIND ÜBERALL«

STUDIE ZU MIETENENTWICKLUNG UND WIRKSAMKEIT EINES MIETENDECKELS

Mieterhöhungen gehören in vielen Städten seit Langem zum Alltag der Mieter*innen und prägen die oft

prekäre Wohnsituation von Haushalten mit geringem Einkommen. Eine Analyse von Daten aus insgesamt 25 deutschen Großstädten zeigt, dass die Krise der sozialen Wohnraumversorgung längst zu einem bundesweiten Problem geworden ist und eine große Zahl von Städten betrifft. Mit den Städteprofilen liegen erstmals aktuelle Daten über die unmittelbaren Auswirkungen vor, die ein bundesweiter Mietendeckel hätte. Wie die Studie von Andrej Holm zeigt, würde er in fast allen der in der vorliegenden Studie untersuchten Städte zu einer deutlichen finanziellen Entlastung vieler Mieter*innen führen.

Bestellung und Download: <https://www.rosalux.de/publikation/id/53096/>

»KAHLSCHLAG IN DER KRANKENHAUSLANDSCHAFT« EINE KRITIK DER KRANKENHAUSREFORM UND SOLIDARISCHE ALTERNATIVEN

Über die katastrophale Lage der deutschen Krankenhäuser wird viel diskutiert. Einerseits leiden Beschäftigte und Patient*innen unter dem Zustand des Gesundheitssystems, Klinikschließungen häufen sich. Auf der anderen Seite behaupten Politiker*innen und Ökonom*innen, dass wir zu viele Krankenhäuser haben, deswegen auch zu viele Ausgaben, zu wenig Personal und eine schlechte Qualität der Versorgung. Abhilfe sollte die im letzten Jahr verabschiedete Krankenhausreform leisten. Mittlerweile ist jedoch klar, dass sie zu mehr Privatisierung und Kommerzialisierung, zu mehr Bürokratie, Unterfinanzierung, Strukturabbau und Zentralisierung führt. So schreibt sie den neoliberalen Kurs in der Gesundheitspolitik der letzten Jahrzehnte fort.

Dabei gibt es sinnvolle gemeinwohlorientierte Alternativen: Eine kostendeckende Finanzierung statt des aktuellen Fallpauschalensystems und eine demokratische Bedarfsplanung würden die Krankenhäuser von dem gnadenlosen Verdrängungswettbewerb befreien. Die Broschüre »Kahlschlag in der Krankenhauslandschaft« klärt über den Umfang, die Ursachen und die Folgen dieser Entwicklung auf und zeigt solidarische Alternativen. Neben Analysen gibt es zahlreiche Beispiele und Grafiken sowie einen Werkzeugkasten, um Menschen und Gruppen, die sich gegen eine drohende Schließung wehren, zu unterstützen.

Bestellung und Download: <https://www.rosalux.de/publikation/id/53833/>

ROSA LUXEMBURG STIFTUNG



Susanne Boehm, Jule Ehms,
Bernd Hüttner, Robert Kempf (Hrsg.)

MAKING HISTORY

Zu Geschichte von links und zur
Geschichte von Linken

184 Seiten, Broschur, Oktober 2025
ISBN 978-3-89691-146-9

Download unter:
<https://doi.org/10.56715/978398634207>

ROSALUX INTERNATIONAL

Das neue Portal für fundierte
internationale Analysen aus
einer linken Perspektive

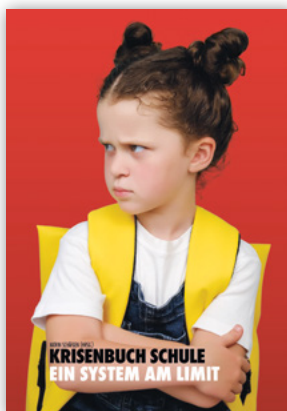
auch als Newsletter abonnierbar
www.rosalux.de/international



Katrin Schäfgen (Hrsg.)
KRISENBUCH SCHULE
Ein System am Limit

86 Seiten, Broschur, Oktober 2025
ISBN 978-3-911374-27-9

Download und Bestellung unter:
www.rosalux.de/publikation/id/53930



PODCASTS DER ROSA-LUXEMBURG- STIFTUNG

ARMUTSZEUGNIS

Der Wirtschaftspodcast
mit Eva Völpe und Sabine Nuss

tl;dr

Der Theoriepodcast
mit Alex Demirović

WELTUNORDNUNG

Der Podcast zu
internationaler Politik mit
Pauline Jäckels und Felix Jaitner

Rosalux History

Geschichtspodcast mit Albert
Scharenberg und Anika Taschke

Zu hören auf der Webseite
der Rosa-Luxemburg-Stiftung,
auf Soundcloud, Spotify und überall
sonst, wo es Podcasts gibt.

[www.rosalux.de/
podcasts](http://www.rosalux.de/podcasts)



Weitere
Publikationen
unter
www.rosalux.de



Kenneth Haar

EIN EUROPA DES KAPITALS

Über die Einflussnahme von Unter-
nehmen auf die EU-Politik – und
wie man dagegen vorgehen kann

362 Seiten, Broschur, Juli 2025

Download und Bestellung unter:
www.rosalux.de/publikation/id/53961



1/2025 GEGEN DIE ZERSTÖRUNG DER ZUKUNFT

Was bedeutet Faschisierung konkret? Brauchen wir eine neue Faschismustheorie? Und was wird aus dem Projekt des grünen Kapitalismus? Ist die neue Zukunft beendet, bevor sie begonnen hat? Der globale Kapitalismus steuert in vielerlei Hinsicht auf Zerstörung von Zukunft zu. Doch die Zukunft wird von gesellschaftlichen Kämpfen entschieden. Die Linke hat einen unerwarteten Wahlerfolg errungen. Wir diskutieren die Strategien der Partei nach ihrer faktischen Neugründung.

BEITRÄGE VON: Lia Becker | Jörn Boewe | Mustapha Boutadjine | Carl Davidson | Julia Dück | Bill Fletcher Jr. | Sarah Jaffe | Philipp Köncke | Margit Mayer | Helena Steinhaus | Thomas Sablowski | Johannes Schulten | Magdalena Schulz | Ceren Türkmen | Hans-Jürgen Urban | Stefanie Wöhl | Harald Wolf | Kerstin Wolter

Juli 2025, 128 Seiten



2/2024 DEUTSCHLAND AM KIPPPUNKT

Kurz vor der Bundestagswahl scheinen die Verhältnisse in Deutschland gleich mehrere Kippunkte zu erreichen. Die Ampel-Regierung hat die ökologische Transformation verspielt und ist zerbrochen. Während die Linke noch in der Krise ist, geht die reaktionäre (Re-)Mobilisierung weit über die radikale Rechte hinaus. Von CDU/CSU bis hin zu Teilen der Medien wird das Ressentiment zur Produktivkraft der Politik insgesamt. Ist die Entwicklung nach rechts noch aufzuhalten?

BEITRÄGE VON: Lia Becker | Thomas Biebricher | Adam Birk | Mario Candeias | Alex Demirović | Richard Detje | Marlene Engelhorn | Axel Gehring | Rebecca Gotthilf | Michael Jäger | Lothar Kittstein | Volker Lösch | Clara Mattei | Leonie Petersen | Dieter Sauer | Ursula Stöger | Natascha Strobl | Peter Ullrich | Jan van Aken | Hilde Wagner

Dezember 2024, 120 Seiten



1/2024 ZUKUNFT MIT PLAN

Planwirtschaft gilt als realsozialistisches Auslaufmodell. Doch nun geistert sie wieder durch linke Debatten. Sind neue demokratische Modelle der Wirtschaftsplanung eine Alternative zum Krisenkapitalismus? Können sie den gigantischen ökologischen Umbau stemmen? Wo liegen die Fallstricke? In diesem Heft werden Ansätze und Wege diskutiert in eine ZUKUNFT MIT PLAN.

BEITRÄGE VON: Rabea Berfelde | Lutz Brangsch | Samuel Decker | Judith Dellheim | Alex Demirović | Barbara Fried | Katalin Gennburg | Jan Groos | Justus Henze | Ulrike Herrmann | Jakob Heyer | Andrej Holm | Bernhard Knierim | Kalle Kunkel | Heide Lutosch | Samia Mohammed | Philipp Möller | Sabine Nuss | Helge Peukert | Dominique Plihon | Christoph Sorg | Jenny Stupka | Simon Sutterlütti | Eva Völpe | Alex Wischniewski | Uwe Witt | Raul Zelik

Mai 2024, 128 Seiten



2/2023 ZEIT DER MONSTER

Wie paralysiert starren wir auf die Krisen unserer Zeit. Rechte Kulturkämpfe haben Konjunktur. Law and Order bedrohen die Grundlagen der Demokratie. Das Heft will diese Phänomene verstehen. Was sind die Monster unserer Zeit? Wo wird um die Richtung der Entwicklung gerungen, um Produktion und Ökologie, um Geschlechterfragen und Arbeitszeit, um Friedenspolitik und Migration? Wie analysieren wir Kulturkämpfe von links?

BEITRÄGE VON: Lia Becker | Ulrich Brand | Clara Bünger | William Callison | John Clarke | Alex Demirović | Richard Detje | Philipp Frey | Gianna Gumowski | Bernd Kasperek | Stephan Krull | Nicole Mayer-Ahuja | Sandro Mezzadra | Benjamin Opratko | Guillaume Paoli | Maximilian Pichl | Thomas Sablowski | David Salomon | Birgit Sauer | Tatjana Söding | Linus Westheuser | Markus Wissen | Joanna Wuest u. a.

Dezember 2023, 140 Seiten



IMPRESSUM

Luxemburg. Gesellschaftsanalyse und linke Praxis 1/2026
ISSN 1869-0424

Herausgeber: Vorstand der Rosa-Luxemburg-Stiftung
Vi.S.d.P.: Mario Candeias mario.candeias@rosalux.org

Redaktion: Harry Adler (Koordinator), Lia Becker, Ulrich Brand, Mario Candeias (leitender Redakteur), Alex Demirović, Barbara Fried, Julia Dück, Sarah Lee Heinrich, Katharina Pühl, Rainer Rilling, Birgit Sauer, Thomas Sablowski, Wolfram Schaffar, Moritz Warnk.

FLINTA-Redaktion: Lia Becker, Atlanta Beyer, Mine Pleasure Bouvar, Pilar Caballero Alvarez, Lola Fischer-Irmeler, Barbara Fried (Leiterin der FLINTA-Redaktion), Kathrin Gebel, Rebecca Gotthilf, Simin Jawabreh, Caro Kim, Inga Lamprecht, Susanne Lettow, Mascha Linke, Mouna Maaroufi, Cari Maier, Katharina Pühl, Elisa Otzelberger, Birgit Sauer, Nina Schlosser, Susanne Schultz, Hannah Schurian, Tarek Shukrallah, Sabine Skubsch, Sarah Speck, Vanessa Thompson, Nina Treu, Sarah Uhlmann, Christa Wichterich, Alex Wischnewski, Kerstin Wolter

Kontakt zur Redaktion: luxemburg@rosalux.org
Straße der Pariser Kommune 8A, 10243 Berlin
Telefon: +49 (0)30 443 10-157
Fax: +49 (0)30 443 10-184
www.zeitschrift-luxemburg.de
Join us on Facebook: www.facebook.com/zeitschriftluxemburg
X: www.x.com/luxemburg_mag

Abonnement: Seit 2014 erscheint die *Luxemburg* kostenfrei.
Bestellen unter: www.zeitschrift-luxemburg.de/abo

Copyright: Alle Beiträge, sofern nicht anders ausgewiesen, laufen unter den Bedingungen der Creative Commons License:    

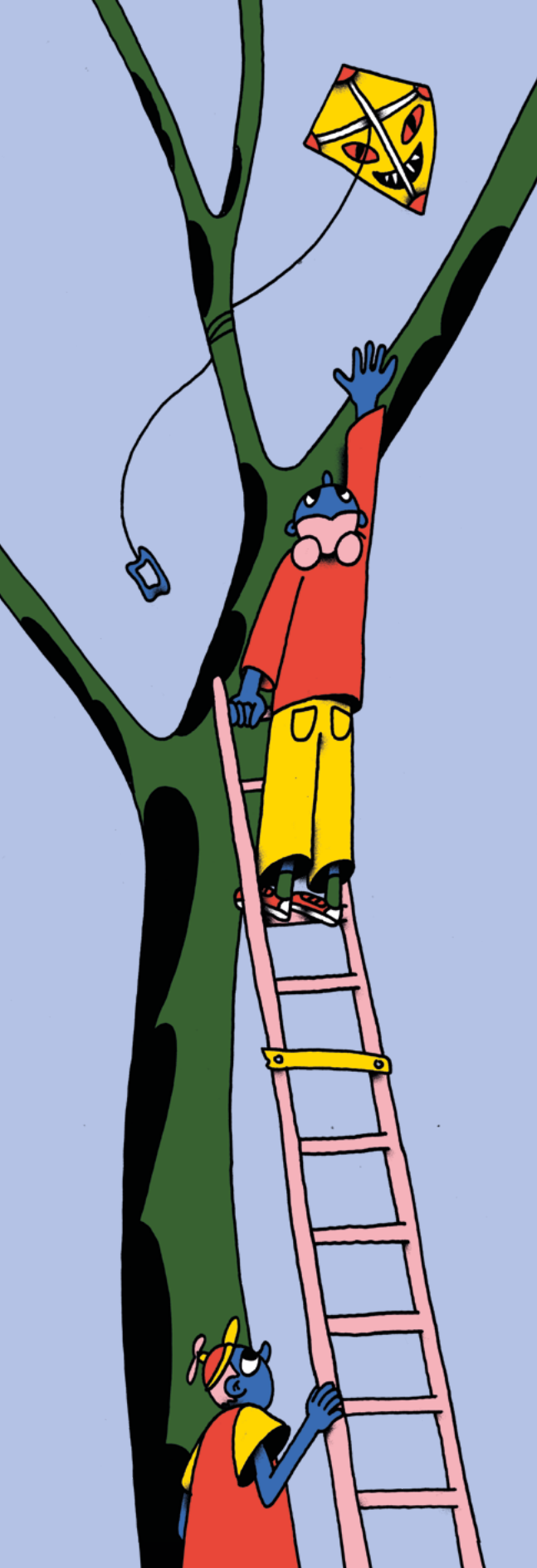
Bildnachweise:
S. 89; 94–103: © Daniel Chatard
S. 127/129: © Imago Anadolu Agency

Titelgestaltung und Illustrationen: © Lorenz Bohlmann
Illustration S. 88–89: Matthias Weber & Schnegg, entnommen aus »Ungleichland« (im Erscheinen)

Lektorat: TEXT-ARBEIT. Lektorats- und Textbüro für Politik, Wissenschaft und Kultur
www.text-arbeit.net

Grafik und Satz: Matthias Weber & Schnegg – Ausstellung, Kommunikation, Design
www.matthies-weber-schnegg.com

Druck: DRUCKZONE GmbH & Co. KG, Cottbus



01
26

Lia Becker | Mine Pleasure Bouvar | Kasper Braskén | Mario Candeias | Daniel Chatard | Andoni Egia-Olaizola | Max Elbaum | Lola Fischer-Irmeler | Barbara Fried | Lena Fries | Katalin Gennburg | Aratz Soto Gorrotxategi | Pauline Jäckels | Felix Jaitner | Tom Krebs | Kalle Kunkel | Liseth Díaz Molina | Sabine Nuss | Elisa Otzelberger | Thorben Peters | Carla Reemtsma | Jan Rehmann | Birgit Sauer | Ines Schwerdtner | Anika Taschke | Florian Weis | Charlotte Wiedemann | Alex Wischnewski

MAGA von der Macht verdrängen
Antifaschistische Volksfront reloaded?
Sachsen-Anhalt vor der Wahl
Für einen Aufstand der Töchter
Make eggs cheap again!
Was kann antifaschistische Wirtschaftspolitik?
Hoffnung in katastrophalen Zeiten
Widersprüche in der Debatte um Gaza

**DIE ZEITSCHRIFT DER
ROSA-LUXEMBURG-STIFTUNG**
ISSN 1869-0424